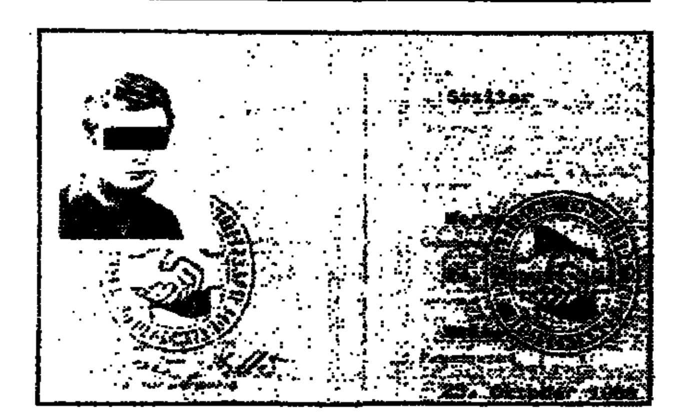
Dienstag, 21. Oktober 1986 - D * * *
Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 245 - 43. W. - Preis 1,20 DM - I H 7109 A
Belgien 38,00 bfr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 150 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 600,00 Din, Luxemburg 38,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 8,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 150 Esc, Schweden 8,00 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 170 Pts, Kanarische Inseln 185 Pts, Türkei 850 TL

exklusiv in der WELT



Stiller und der Agent „Sturm"

Einer der wichtigsten Agenten im Bereich Datenverarbeitung und Elektronik, die Werner Stiller als MfS-Offizier zu führen hatte, trug den Decknamen „Sturm". Eine einzige Lieferung dieses Computerfachmannes war nach Ostberliner Schätzung 55 Millionen Mark wert. In der heutigen Folge der WELT-Serie, ein Vorabdruck aus dem Stiller-Buch „Im Zentrum der Spionage", das Ende Oktober bei v. Hase & Koehler erscheint, schildert er weiter, wie sich der Staatssicherheitsdienst bemüht, Hochschullehrer in der „DDR" als Spitzel zu verpflichten. Seite 10

Heute in der WELT

Die Zukunft der Universitäten

Die Spitze des „Abiturientenbergs" war schon 1983 erreicht. Seither sinken die Studienanfängerzahlen. Welche Hochschulen werden weiter blühen und gedeihen, welche werden schon in wenigen Jahren ums Überleben kämpfen müssen? Eine in Arbeit befindliche Studie bemüht sich um eine Prognose. Die Hochschul-WELT berichtet in einer Serie. Seite 13

POLITIK

Flucht: Ein 20 Jahre alter Autolackierer aus der „DDR" hat die Elbe durchschwommen und unbemerkt niedersächsisches Gebiet erreicht. Er gab als Fluchtgrund Unzufriedenheit mit den politischen Verhältnissen an.

Niederlage: In Griechenland hat die regierende sozialistische PASOK-Partei bei der zweiten Runde der Kommunalwahl erhebliche Verluste hinnehmen müssen. Sie werden auf die Sparpolitik von Ministerpräsident Papandreou zurückgeführt. (S. 2 und 8)

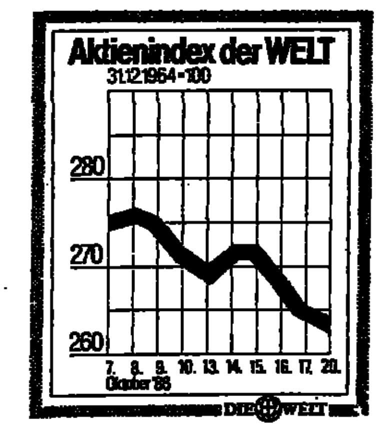
Geschenk: Entwicklungshilfe von 20 Millionen Mark hat König Birendra von Nepal gestern in Bonn geschenkt bekommen. Er hält sich auf zu einem sechstägigen Staatsbesuch in der Bundesrepublik auf.

Finanzskandal: In Frankreich gibt es einen neuen Finanzskandal. Vermißt werden insgesamt elf Millionen Dollar, und die französische Presse will von dem früheren Pariser Außenminister Roland Dumas wissen: Wo ist das Geld geblieben? (S. 8)

WIRTSCHAFT

Vorräte: Die Bundesrepublik Deutschland ist bestens mit Rohöl und Mineralölprodukten versorgt. Die Bestände betragen nach den Angaben des Erdölbevorratungsverbandes insgesamt rund 15 Millionen Tonnen, davon sind 5,7 Millionen Tonnen Rohöl. (S. 17)

Börse: Zum Wochenbeginn war die Kursentwicklung an den deutschen Aktienmärkten bei weiter sehr ruhigem Geschäft uneinheitlich und zumeist schwächer. Am Rentenmarkt gaben die Kurse öffentlicher Anleihen kräftig nach. WELT-Aktienindex 264,22 (265,89). BHF-Rentenindex 106,296 (106,398). BHF-Performance-Index 106,859 (106,925). Dollar-mittelkurs 1,9788 (1,9734). Goldpreis je Feinunze 425,00 (420,00) Dollar.



KULTUR

Totentanz: Am Hamburger Thalia-Theater hat Jürgen Gosch Strindbergs Intrigenspiel „Totentanz" inszeniert. Die gelungene Aufführung lebt vor allem durch die hervorragende Leistung der Schauspieler. (S. 27)

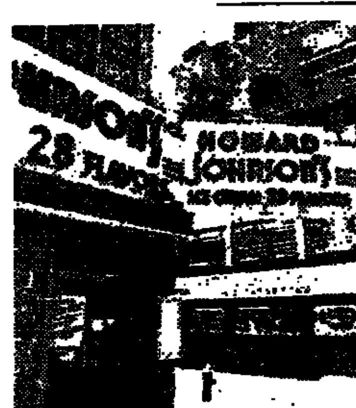
Geburtstag: Die Schriftstellerin Margarete Buber-Neumann wird 85 Jahre alt. Eine Frau, die in Konzentrationslagern gelitten und darüber Bücher geschrieben hat. Sie besitzt die Fähigkeit, zu überzeugen und zu faszinieren. (S. 27)

SPORT

Nationalelf: Mit den zuletzt verletzten Klaus Allofs (Köln) und Rudi Völler (Bremen) reist die Fußball-Nationalmannschaft am 29. Oktober zum Länderspiel gegen Österreich nach Wien. (S. 25)

Fußball: Fortuna Düsseldorf wird bis zum 31. Dezember Rudi Kargus (34) als Torwart verpflichten. Schlußmann Jörg Schmadtke kann wegen eines Fußbruchs nicht mehr spielen.

AUS ALLER WELT



Broadway: Wo früher die Bühnen-Größen Amerikas vor einem zahlungskräftigen Publikum auftraten, locken heute nur noch billige Pornokinos, Sexläden, Imbißstuben und Souvenirgeschäfte die weniger wohlhabenden Kunden. Das ruhmreiche Vergnügungsviertel in New York (Foto) ist inzwischen heruntergekommen: Pomp, Glamour und rauschende Tanzvergnügen, so wie man den „Swinging Broadway" aus unzähligen Kino- und Fernsehfilmen her kennt, gehören längst der Vergangenheit an. (S. 28)

Politischer Streit um Lappas. Spricht heute das Landgericht?

Empörung über Vergleiche mit 1933 / Dregger kündigt Aktuelle Stunde an

DIETHART GOOS, Bonn

Eine heftige Kontroverse zwischen Koalition sowie Opposition und Gewerkschaften hat die Verhaftung des BGAG-Chefs Alfons Lappas ausgelöst. Der IG Metall-Vorsitzende Hans Mayr sprach von einem „schamlosen Schmierentheater" und fügte hinzu, in ihm seien „fatale Erinnerungen an der Zeit nach 1933 wach geworden". Zugleich forderte er die unverzügliche Freilassung von Lappas.

Bundestagspräsident Jenninger und der Chef der Unionsfraktion, Dregger, wiesen jeden Vergleich der Verhaftung von Lappas mit Geschehnissen in der Nazi-Zeit scharf zurück. In Bonn unterstrichen beide CDU-Politiker die Rechtmäßigkeit des Verfahrens. Dregger kündigte an, daß seine Fraktion die „Angriffe auf Bundestag und Justiz" zum Gegenstand einer Aktuellen Stunde machen werde.

Der SPD-Vorsitzende Willy Brandt nannte die Vorgänge auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall ein Lehrstück, das nicht vom Funktionieren des Rechtsstaates handle, sondern vielmehr „von der giftigen Entschlossenheit der Rechten in diesem Land, die Affäre um die Neue Heimat zu nutzen, um den organisierten Arbeitnehmern zu zeigen, wer Herr im Hause ist". Ziel der CDU/CSU/FDP-Mehrheit im Untersuchungsausschuß sei die „kalte Demütigung der Gewerkschaftsbewegung".

Der Sprecher der BGAG in Frankfurt, Stanzick, kündigte gestern an, die Beschwerde gegen die Verhaftung von Lappas solle am Dienstag beim Bundesverfassungsgericht eingelegt werden. Außerdem habe Lappas' Anwalt beim Landgericht Bonn die Aufhebung der angeordneten Erzwingungshaft beantragt. Das Gericht wird heute voraussichtlich darüber entscheiden. Der BGAG-Chef hatte die Beugehaft gestern morgen in einer Bonner Justizvollzugsanstalt angetreten.

SEITEN 2 UND 12:
Weitere Beiträge

Mit aller Schärfe wies der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Heinz Günther Hüsch, Vorwürfe der Gewerkschaften zurück, mit der spektakulären Verhaftung von Lappas hätten sich Koalition und Bundesregierung widerrechtlich Einblikke in das Finanzgebahren und besonders in die Streikkassen der Gewerkschaften verschaffen wollen. Hüsch verwies auf den Vollstreckungsbeschluß des Bonner Amtsrichters Hertz-Eichenrode, wonach Lappas wegen einer Reise in die USA dem Gericht für die nächsten drei Wochen nicht hätte zur Verfügung stehen können. Offensichtlich befürchtete der Richter, der Zeuge wolle sich bis zum Abschluß der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses Mitte Dezember seiner Vernehmung entziehen und ordnete daher die Vollstreckung der Beugehaft an.

Zu der Äußerung des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei, Schröder, über die Verhaftungsweise von Lappas, ein Gewerkschaftskongreß sei genauso immun wie ein Parlament, sagte der Kölner Rechtswissenschaftler Günther Kohlmann der WELT: „Das ist totaler Quatsch".

Empörung hatte Schröder mit seinem Vergleich mit der Situation nach 1933 ausgelöst.

FDP zu Gesetzesverschärfung bereit

Parteipräsidium unterstützt auch die Rasterfahndung / Lehren aus der Bayern-Wahl

DIETHART GOOS, Bonn

Die Bekämpfung des Terrorismus wird für die Freien Demokraten – neben Fragen der Wirtschafts- und Steuerpolitik – zentrales Thema des Bundestagswahlkampfes werden. Mit dieser thematischen Neuorientierung, die Generalsekretär Helmut Haussmann gestern verkündete, zieht die FDP Konsequenzen aus dem für sie enttäuschenden Abschneiden bei der bayerischen Landtagswahl. Im Wahlkampf hatte der Bereich innere Sicherheit dort für die FDP nur untergeordnete Bedeutung.

Hatten die Freien Demokraten in der bisherigen Diskussion immer wieder Vorbehalte gegen eine Verschärfung von Gesetzen und Vorschriften im Bereich der inneren Sicherheit angemeldet, wollen sie jetzt, wie Haussmann ankündigte, alle notwendigen Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung unvoreingenommen prüfen. Wo notwendig, werde sich die FDP an erforderlichen Gesetzesänderungen beteiligen, versprach ihr Generalsekretär.

Das Parteipräsidium sprach sich dafür aus, die Rasterfahndung als besonders wirksames Mittel bei der Verfolgung flüchtiger terroristischer Straftäter wieder einzusetzen. Außerdem zeigte sich die FDP-Spitze außerdem zum Thema Kronzeuge. Wenn sich die Sicherheitsbehörden von einer Einführung der „Kronzeugenregelung" Erfolge versprächen,

SEITE 4:
Weitere Berichte

werde die FDP diese Maßnahme offen und ernsthaft erwägen.

Das Gesetz über die „Zugriffsregelung auf das Zentrale Verkehrsinformationssystem (ZEVIS)" ist nach Ansicht der FDP entgegen früherer Vorbehalte bei der Terroristenfahndung sinnvoll. Der von den Koalitionspartnern ausgehandelte Gesetzentwurf könnte noch vor Ablauf der Legislaturperiode verabschiedet werden.

An die Innenminister der Bundesländer richtete die FDP den dringenden Appell, sich im Interesse einer Erhöhung der inneren Sicherheit unverzüglich auf ein einheitliches Polizeirecht zu verständigen. Zugleich signalisierte die FDP entgegen früherer Einwände ihre Bereitschaft, das umstrittene Gesetz über die Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden des Bundes und der Länder (ZAG) möglichst schnell über die parlamentarischen Hürden zu bringen.

Generalsekretär Haussmann versicherte, mit dieser Haltung seiner Partei zur Terrorismusbekämpfung und Verbesserung der inneren Sicherheit würden keine liberalen Grundsätze aufgegeben. Wichtig sei es, den Fahndungsdruck auf die Terroristen zu verschärfen. Dazu gehöre eine intensivere Öffentlichkeitsfahndung.

Mit ihrer Offensive zur Verbesserung der inneren Sicherheit will die FDP, wie Haussmann erläuterte, ein schärferes Profil gewinnen. „Die persönliche Freiheit läßt sich nur in einem Staat verwirklichen, wo Terroristen keine Chancen haben."

Vorstoß für frühere Steuersenkung

Wirtschaftsinstitute sagen weiteren Aufwärtstrend voraus / Subventionsabbau empfohlen

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Der Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland wird sich auch 1987 fortsetzen. Das wird dann bereits das fünfte Jahr der Aufwärtsbewegung sein. Wie für 1986 erwarten die fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute aus Berlin, Essen, Hamburg, Kiel und München auch für 1987 eine Zunahme des realen Bruttosozialprodukts um drei Prozent.

Allerdings werde das Tempo voraussichtlich im Verlauf des nächsten Jahres etwas nachlassen, vor allem, weil die Wirkungen der Ölverbilligung und der Steuersenkung abklingen. Daher plädieren die Institute dafür, die zweite Stufe der Steuerreform, die auf den 1. Januar 1988 terminiert ist, vorzuziehen und bereits Mitte 1987 rückwirkend zum 1. Januar in Kraft zu setzen.

Die Bundesregierung stimmt mit der Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch die Institute überein. Auch die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft sehen gute Aussichten, die bisherigen Erfolge beim Wirtschaftswachstum und bei der Zunahme der Beschäftigung weiter auszubauen. Auch dort heißt es, die gute konjunkturelle Entwicklung sei noch kein Selbstläufer. Das müsse die Lohnpolitik zur Kenntnis nehmen. Auch nach Meinung der Bundesregierung werde der

SEITE 15:
Der deutsche Export

Verteilungsspielraum im nächsten Jahr erheblich kleiner.

Bei den Arbeitszeitverkürzungen, die in der nächsten Tarifrunde wieder eine Rolle spielen werden, sollte bedacht werden, mahnen die Institute, daß die Kostenbelastung der Unternehmen selbst ohne Lohnausgleich steigt, wenn mit der Arbeitszeitverkürzung auch die Auslastung der Sachkapazitäten sinkt, und sich damit die Kapitalkosten je Produktionseinheit erhöhen. Daher sei eine größere Flexibilität beim Einsatz der Arbeit notwendig. Nur so werde es zu zusätzlichen Einstellungen von Arbeitskräften kommen.

Die Wirtschafts- und Finanzpolitik sollte sich stärker am Wachstum orientieren. Daher sollte auch die für den Anfang der neunziger Jahre geplante umfassende Steuerreform rascher verwirklicht werden. Zur Finanzierung schlagen die Institute den Abbau von Subventionen vor. In der Geldpolitik stützen sie den Kurs der Bundesbank. Sie betonen, eine weitere Beschleunigung der monetären Expansion werde auf Dauer weder für das Wachstum der Bundesrepublik Deutschland noch für die Weltwirtschaft etwas bringen. Versuche, den Dollar gegen einen abwärtsgerichteten Trend zu stützen, halten sie für gefährlich. Erstmals während dieses Aufschwungs ist 1986 die Zahl der Arbeitslosen gesunken. Im Herbst lag sie um rund 100 000 niedriger als vor einem Jahr. Ein ähnlicher Rückgang wird für 1987 erwartet. Trotzdem werde Ende 1987 die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen immer noch reichlich zwei Millionen betragen.

Nervosität in Maputo nach Machels Tod

Staatschef von Moçambique mit Flugzeug abgestürzt / Spekulation um Ursache

DW/-ni, Johannesburg/Maputo

Nach dem Tod des Präsidenten von Moçambique, Samora Machel, der bei einem Flugzeugabsturz am Sonntagabend ums Leben gekommen war, fürchtet die politische Führung in der Hauptstadt Maputo offenbar, daß sie die Kontrolle über die Situation verlieren könnte. Die Bevölkerung war auch Stunden nach der Bekanntgabe des Todes von Machel durch die südafrikanische Regierung noch nicht offiziell über das Ableben des Staatschef informiert. Der staatliche Sender Radio Moçambique meldete lediglich, Machel werde vermißt, und spielte ernste Musik.

Marcellino dos Santos, Mitglied des Politbüros der regierenden Frelimo-Partei, rief die Bevölkerung gestern morgen über Rundfunk auf, Ruhe zu bewahren und „weiter wachsam zu sein, um jede feindliche Aktion zur Verursachung von Instabilität und jedes kriminelle Verhalten zu vereiteln". Gleichzeitig wurde der internationale Flughafen der Hauptstadt von Moçambique geschlossen.

Wie Marcellino dos Santos weiter mitteilte, sind das Politbüro, der Ständige Ausschuß der Volksversammlung und das Kabinett zusammengetreten, um über die Lage zu beraten. Wer Nachfolger des 53jährigen Präsidenten wird, war gestern noch unklar. Er soll nach Angaben aus unterrichteten Kreisen aus dem Politbüro kommen.

Die Maschine mit Machel an Bord war am Sonntagabend im Grenzgebiet zwischen Moçambique, Swasiland und Südafrika abgestürzt. Der Präsident befand sich auf dem Rückweg von Lusaka, wo er an einer Konferenz der sogenannten Frontstaaten teilgenommen hatte. Nach letzten Informationen befanden sich 38 Menschen an Bord, von denen zehn den Absturz überlebt haben sollen. Dazu gehört auch der sowjetische Pilot des Flugzeuges. Unklar ist noch, welche Regierungsmitglieder neben Machel und dem Verteidigungsminister an Bord gewesen sind.

Spekuliert wird auch über die Absturzursache. Eine Version geht davon aus, daß eine Bombe an Bord den Piloten zur Notlandung in dem unwegsamen Gebiet auf südafrikanischer Seite veranlaßt hatte. Ebenso erscheint es möglich, daß er wegen der schlechten Sicht gegen einen Berg geflogen war. Diplomatische Kreise in Südafrika halten es für denkbar, daß die Maschine von den moçambiquanischen Rebellen der Renamo abgeschossen wurde. Nach bisher unbestätigten Berichten soll sich auch der Chefstratege des Afrikanischen Nationalkongresses (ANC) Joe Slovo an Bord der Unglücksmaschine befunden haben. Pretoria wirft ihm vor, für Terroranschläge gegen Südafrika verantwortlich zu sein.

Seite 2: Nach Machels Tod

DER KOMMENTAR

Aufschwung sichern

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Die konjunkturellen Aussichten für die Bundesrepublik sind günstig. Der Aufschwung hat nach dem Urteil der fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Institute seine Kraft zurückgewonnen, nachdem es im Frühjahr einige Schwächezeichen gab. Aber auch die haben lediglich zur leichten Korrektur der Wachstumserwartungen der professionellen Konjunkturforscher geführt.

Eine Zunahme der preisbereinigten gesamtwirtschaftlichen Leistung um drei Prozent in diesem und im nächsten Jahr, wie jetzt prognostiziert, ist nicht zu beachtlich, sondern sie kann sich auch international sehen lassen. Von daher gibt es keinen Grund auf die vor allem von den Vereinigten Staaten immer wieder erhobene Forderung einzugehen, Bundesregierung und Bundesbank sollten die konjunkturelle Entwicklung stimulieren. Schon jetzt sind die Wachstumsaussichten günstiger als in fast allen anderen Industriestaaten. Allerdings bleibt die Arbeitslosigkeit hoch, auch wenn sie in diesem Jahr zum ersten Mal während dieser Aufschwungphase leicht sinken dürfte. Die Zahl der Beschäftigten steigt auch im nächsten Jahr stetig weiter an.

Trotzdem sollte die Mahnung der Institute nicht überhört werden, daß die Dynamik aus sich heraus noch nicht stark genug ist, um eine Abschwächung des Wachstumstempos im Verlaufe des nächsten Jahres zu verhindern. Um dem zu begegnen, ist nicht nur die Lohnpolitik gefordert, sind neben maßvollen Tarifabschlüssen auch Vereinbarungen notwendig, die eine flexiblere Arbeitszeitregelung ermöglichen.

Angesprochen ist auch die Bundesregierung. Ob das Vorziehen der zweiten Stufe der Steuerreform nun der Weisheit letzter Schluß ist, bleibt dahingestellt. Wichtiger erscheint das, was als große Steuerreform für die neunziger Jahre ins Auge gefaßt wird, rascher in die Tat umzusetzen. Und zwar mit Blick darauf, die Wachstumskräfte dauerhaft zu stärken. Wenn das gelingt, dann kann der Aufwärtstrend auch noch für längere Zeit gesichert werden.

Steinkühler markiert das Ziel: Politische Gegenmacht

Streikkasse der IG Metall gut gefüllt / Mehr Mitglieder

DW. Hamburg

Auf dem Gewerkschaftskongreß der IG Metall hat der künftige erste Vorsitzende Franz Steinkühler die Zukunft seiner Organisation mit den Worten beschrieben: „Wir wollen betrieblich und politisch eine Gegenmacht sein." Ein vor zwei Jahren eingeleitetes computergestütztes Projekt solle dabei helfen, indem es den Funktionären die notwendigen Informationen für ihre politische Arbeit jederzeit zur Verfügung stelle. „Es wird keine neue IG Metall, aber eine auf administrativer Ebene schlagkräftigere Metallgewerkschaft geben." In diesem Zusammenhang appellierte Steinkühler an die mehr als 500 Delegierten, auf die eigene Kraft zu vertrauen.

Für Norbert Fischer liegt die Stärke der IG Metall in einer prall gefüllten Streikkasse. „Finanzkraft ist Kampfkraft", sagte er vor dem Kongreß. Die Delegierten forderte er in diesem Zusammenhang auf, kostenwirksame Entscheidungen zu überdenken und in erster Linie die Rücklagen im Auge zu haben.

Bereits im vergangenen Jahr konnte die Metallgewerkschaft ihre Streikkasse nach den hohen Ausgaben von rund 400 Millionen Mark für den Streik um die 35-Stunden-Woche im Jahre 1984 wieder beträchtlich auffüllen. Von den Einnahmen im Jahre 1985 in Höhe von 580 Millionen Mark wurden 134 Millionen für die Rücklagenbildung verwendet.

Norbert Fischer informierte die Delegierten außerdem darüber, daß die IG Metall durch den Streik um die Arbeitszeitverkürzung Mitglieder gewinnen konnte. Ende September waren 2,578 Millionen Metaller in den Reihen dieser größten Einzelgewerkschaft im DGB.

Vor dem Hamburger Kongreß forderte Hans Mayr die Gewerkschafter auf, ihre „Selbstzerfleischung" wegen der Neuen Heimat zu beenden. „Wir werden niemandem mehr die Gelegenheit geben, sich an diesem Dauerthema den Mund zu zerreißen." Abschließend stellte er fest, daß trotz aller positiven Äußerungen von der „alten Sozialpartnerschaft" mit einer konsequenten Gegnerschaft der Konservativen in dieser Sache zu rechnen sei.

Nachfolger für von Braunmühl

DW. Bonn

Bundesaußenminister Genscher hat gestern den deutschlandpolitischen Experten Hermann von Richthofen zum neuen Chef der Politischen Abteilung im Auswärtigen Amt (AA) ernannt. Der Diplomat wird Nachfolger des von Terroristen ermordeten bisherigen Leiters Gerold von Braunmühl. Erst vor kurzem war Richthofen in das AA zurückgekehrt, wo er zunächst die Leitung der Rechtsabteilung übernommen hatte. Zu seinen Auslandsstationen gehörten Djakarta und Saigon.

Seite 2: Der Nachfolger

Pöhl: Dollar ist genug gefallen

DW. London

Bundesbankpräsident Pöhl hat vor den Folgen zu starker Kursausbrüche des US-Dollar gewarnt. Die amerikanische Valuta sei weit genug gefallen, und eine weitere Abwertung wäre in niemandes Interesse, erklärte Pöhl in London.

Der Markt dürfe jetzt auf keinen Fall über das Ziel hinausschießen. Vor der dortigen Deutsch-Britischen Handelskammer warb der Bundesbankpräsident gleichzeitig für einen Wiedereintritt seines Gastgeberlandes Großbritannien zu dem Europäischen Währungssystem.

Kreml sieht in Ausweisung „nur eine kleine Sache"

USA beraten Gegenmaßnahmen / „Chancen für Abkommen"

SAD/DW. Washington/Moskau

Die Vereinigten Staaten wollen die Ausweisung von fünf US-Diplomaten aus der Sowjetunion mit Gegenmaßnahmen beantworten, gleichzeitig aber eine Beeinträchtigung der Rüstungskontrollgespräche mit Moskau verhindern. Dies ergibt sich aus den Äußerungen von Außenminister Shultz und des Stabschefs im Weißen Haus, Regan.

Gegenüber der Fernsehgesellschaft NBC sagte Shultz: „Wir werden etwas unternehmen." Über die Art der Antwort wollte er jedoch keine Angaben machen. Er werde diese Frage mit dem Präsidenten besprechen. Regan wurde dann eine Entscheidung treffen, erklärte Shultz.

Der ansonsten als scharfer Kritiker Moskaus bekannte Stabschef sagte im Fernsehen, die Ausweisungen bedeuteten keinen wesentlichen Rückschlag. „Sie dürfen nicht vergessen, daß die amerikanisch-sowjetischen Beziehungen niemals eine ebene Straße sind", sagte Regan. Er fügte hinzu: „Wir wollen ein Abkommen".

Auch im Kreml besteht offenbar das Interesse, die Affäre nicht hochzuspielen. Der sowjetische Regierungssprecher Arbatow meinte dazu, es handele sich nur „um eine kleine Sache" im Verhältnis zu den gesamten sowjetisch-amerikanischen Beziehungen. Gleichzeitig bestätigte Arbatow, daß die am Sonntag verfügte Ausweisung der fünf US-Diplomaten eine Vergeltungsmaßnahme für die Ausweisung von 25 Angehörigen der sowjetischen UNO-Mission in New York sei.

Nach Ansicht von Shultz gibt es zwischen den Supermächten gute Chancen für den Abschluß eines Abkommens über die Begrenzung und Überwachung von Atomtests. Beim Gipfeltreffen in Reykjavik seien Elemente einer solchen Vereinbarung zusammengetragen worden. Amerikanische Diplomaten hatten bereits am Sonntag verlauten lassen, daß die Supermächte sich sehr bald eine Einigung darüber erzielen könnten, wie die Einhaltung eines Atomteststopps überprüft werden könnte. Ein Durchbruch sei schon in den nächsten Monaten möglich.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nach Machels Tod

Von Monika Germani

Der Tod des moçambiquanischen Präsidenten Samora Machel bringt eine unvorhergesehene Wende im politischen Spektrum des südlichen Afrika. „Machel hat sich nach Ansicht vieler schwarzer Führer bei den Frontstaaten, aber auch im Moçambique selbst überlebt." Diese geradezu prophetischen Worte sagte ein führendes Mitglied der Freiheitsbewegung Renamo vor wenigen Tagen zur WELT.

Machels Politik war schon lange gescheitert. Moçambique ist wirtschaftlich am Ende. Die Rebellen der Renamo haben trotz des Nkomati-Abkommens mit Südafrika an Unterstützung gewonnen. Machel konnte sich nur mühsam an der Macht halten und regierte seit langem ohne jeden Bezug zur Wirklichkeit in Maputo, umgeben von Beratern des von der „DDR" kontrollierten Geheimdienstes Snasp. Südafrika strebte mit dem Nkomati-Abkommen eine „Regierung der nationalen Einheit" aus Machels Frelimo-Partei und der Renamo an, aber die Renamo warf Südafrika vor, Frelimo einseitig zu begünstigen, und lehnte diese Pläne entschieden ab.

Der Mulatte Marcelino Dos Santos, ein Intellektueller und langjähriger Kampfgenosse des verstorbenen Präsidenten, verheiratet mit einer weißen Südafrikanerin – ein entschiedener Vertreter des leninistischen Flügels der Frelimo –, gilt als der wahrscheinliche Nachfolger Machels. Es heißt, er wolle den 1976 mit der Sowjetunion abgeschlossenen Freundschaftsvertrag erweitern, um dann mit deren Hilfe gegen die immer mehr an Boden gewinnenden Renamo-Rebellen vorzugehen. Aber wollen die Sowjets sich darauf einlassen?

Es wäre nach dem nahegelegenen Angola, nach Afghanistan und Nicaragua und dem vietnamesisch besetzten Kambodscha der fünfte Großkampfplatz (läßt man Äthiopien und Südjemen außer Betracht), wo die Sowjetunion mit massiver Hilfe eingreifen müßte. Einerseits klagte Gorbatschow eben erst, daß er sich auf keine weiteren militärischen Ausgaben einlassen wolle; andererseits wäre Moçambique gegebenenfalls das erste Land, wo die Sowjetunion ein „Zurückdrehen des historischen Fortschritts zum Sozialismus" duldete. Für den Kreml ist die Entscheidung nicht leicht.

Börner in Verlegenheit

Von Dankwart Guratzsch

Die Anklage gegen zwei Geschäftsführer der Nuklearfirma Alkem in Hanau und gegen drei Beamte des hessischen Wirtschaftsministeriums bringt den hessischen Ministerpräsidenten Börner in eine peinliche Lage. Sollte vor Gericht bewiesen werden, daß die erteilten „Vorabzustimmungen" der atomrechtlichen Gesetzgebung widersprechen und dazu dienen sollten, wesentliche Änderungen des Betriebs der Firmen vor der Öffentlichkeit zu vertuschen, kommen womöglich auch noch drei hessische Wirtschaftsminister, nämlich Hoffie (FDP), Reitz und Steger (beide SPD), auf die Anklagebank.

Und auch Holger Börner selbst würde Lügen gestraft, der noch vor wenigen Tagen erklärt hatte, die Auffassung sei „schlicht falsch", daß die Hanauer Firmen „illegal" arbeiteten. Daß Börner diese Äußerung tat, obwohl die Staatsanwaltschaft versichert, sie habe den zuständigen Minister – also Börners Justizminister Herbert Günther (SPD) – jederzeit über den Stand des Ermittlungsverfahrens unterrichtet, läßt nur zwei Schlußfolgerungen zu: Entweder Börner wollte bewußt die Flucht nach vorn antreten, um einer grenzenlosen Ausuferung der Anti-Atomdebatte in Hessen entgegenzusteuern; oder Günther, der als Kritiker des rot-grünen Bündnisses gilt, hat seinen Chef über das Hanauer Verfahren im unklaren gelassen. In beiden Fällen jedoch müßten daraus politische Turbulenzen entstehen, die Börner in den bevorstehenden Wahlkämpfen kaum gelegen kommen dürften.

Erweisen sich die Vorwürfe der Staatsanwaltschaft jedoch als haltlos, muß Börner neuen Krach mit seinem Koalitionspartner, den Grünen, gewärtigen. Dann ist die Koalitionsfrage neu gestellt; denn die Einigung darüber, daß der Genehmigungsantrag von Alkem „nicht entscheidungsreif" sei, ist der Kitt, der das Wiesbadener Bündnis zusammenhält. Börner, der sich noch immer als Anhänger der Kernkraft bezeichnet und der doch in Hessen mit seinem rot-grünen Bündnis als erster namhafter SPD-Politiker die abschüssige Bahn des Ausstiegs betreten hat, würde von seiner eigenen Politik eingeholt – gerade da, wo er den Wählern eine glänzende Fassade seiner „neuen Architektur" der Politik zu präsentieren sucht.

Erfolg der Kommunisten

Von Evangelos Antonaros

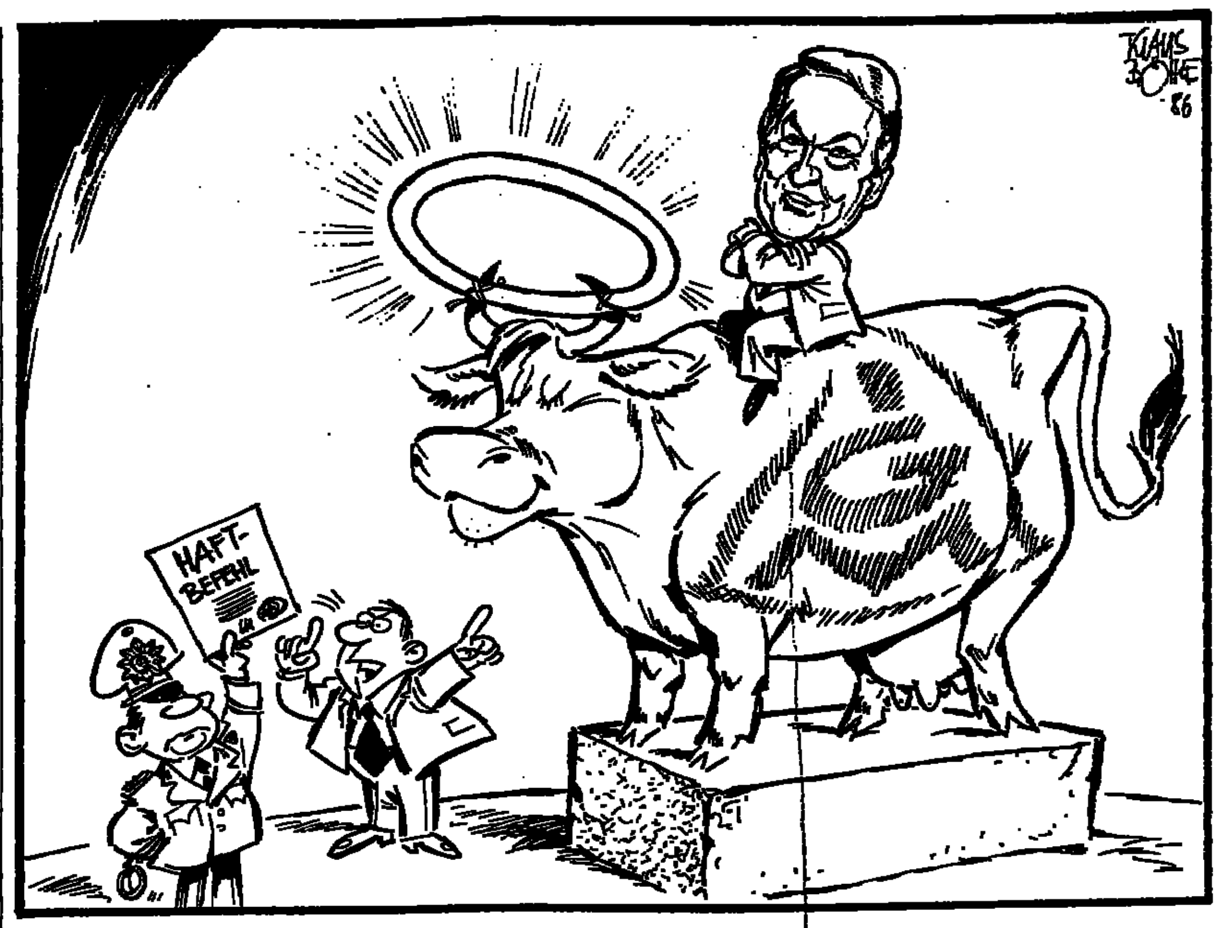
Nimmt man das Ergebnis der griechischen Kommunalwahlen unter die Lupe, so gibt es neben den Konservativen auch einen zweiten Sieger – Griechenlands moskautreue KP. Und das nicht etwa, weil sie dreiundfünfzig Gemeinden erobert hat, sondern weil sie Papandreou nun deutlicher denn je vor Augen geführt hat, daß er sie braucht, wenn er über das Ende seiner jetzigen Amtszeit hinaus im Amt bleiben will.

Wohl sind die Stimmengewinne der Kommunisten erheblich bescheidener als die Zunahme der konservativen Stimmen ausgefallen. Aber darum geht es ja nicht, schließlich strebt die KP keine absolute Mehrheit an. Für Moskaus Weggefährten ist es mehr als genug, daß sie die Stimmen der enttäuschten Linkswähler der PASOK-Partei eingesteckt haben und dadurch zu einem Machtfaktor geworden sind.

Papandreous Politik hat dazu geführt, daß die Kommunisten in absehbarer Zeit einen Teil der Macht verlangen oder zumindest ihre Forderungen diktieren könnten. Als er nämlich 1981 zum erstenmal gewählt und 1985 wiedergewählt wurde, hatten viele Griechen für ihn gestimmt, die von seinen sozialistischen Wunschträumen nicht viel hielten. Sie wollten dem verkrusteten, mit der Macht verwachsenen bürgerlichen Block eine Lektion erteilen, und setzten darauf, daß Papandreou sich zu einem echten Sozialdemokraten entwickeln würde.

Diese Wechselwähler, durch Papandreous Sprunghaftigkeit und Konzeptlosigkeit enttäuscht, sind jetzt in Massen zur Oppositionspartei „Neue Demokratie" zurückgelaufen. Durch den Verlust dieser Stimmen ist Papandreou schwächer geworden; er kann politisch unter Druck gesetzt werden.

Kurzfristig mag er noch jonglieren können, weil seine Parlamentsmehrheit solide ist. Aber seine Freiräume werden immer enger. Früher oder später wird er sich entscheiden müssen, sich entweder dem Diktat der Kommunisten zu beugen oder – wenn auch mit einigen Jahren Verspätung – den Weg der politischen Vernunft einzuschlagen. Von ihm jedenfalls hängt es ab, ob Griechenlands Kommunisten ihr strategisches Ziel einer Machtbeteiligung verwirklichen können.



„Nicht, bevor Lappas wieder auf dem Boden ist!" KLAUS BÖHLE

Die Affäre Lappas

Von Enno v. Loewenstern

Als im Frühjahr 1964 der Henschel-Chef Fritz-Aurel Goergen bei einem Festessen mit Bundeskanzler Ludwig Erhard verhaftet wurde, wurde der Vorgang quer durch die Medienlandschaft als Staatsanwälte-Stolz vor Kapitalistenthronen gefeiert. Die Verhaftung von Alfons Lappas jedoch wurde mit Schmährufen begleitet wie „1933" (der Vorsitzende der Polizei-Gewerkschaft, Günter Schröder) und, nur eine Nuance staatsmännischer, „wilhelminisch" (Willy Brandt).

Durfte Alfons Lappas in Beugehaft genommen werden? Durfte der BGAG-Chef überhaupt von einem Untersuchungsausschuß des Bundestages vernommen werden; darf das Parlament ein Wirtschaftsunternehmen „ausforschen"? Diese Fragen werden wohl vom Bundesverfassungsgericht beantwortet werden. Ohne vorzugreifen, ist wohl die Feststellung erlaubt: nach der heute geltenden Rechtslage ist das Parlament berechtigt, die Neue Heimat zu untersuchen.

Im Artikel 44 des Grundgesetzes, der die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses regelt, ist keine Begrenzung des Auftrags genannt; man geht davon aus, daß der Ausschuß alles untersuchen darf, was das Parlament angeht. Der Kommentator Maunz erinnert daran, daß es seit jeher „Skandalenquêten" gibt, die „bestimmte Mißstände in Verwaltung, Justiz, aber auch im öffentlichen Leben (aufsehenerregende Kriminalfälle u. ä.) zu untersuchen haben."

Das Parlament hat grundsätzlich die Verwaltung zu kontrollieren. Es kann nachprüfen, ob etwa die Finanzbehörden ihrer Pflicht zur Kontrolle eines Unternehmens nachgekommen sind, das als gemeinnützig firmiert und entsprechende Steuervergünstigungen genießt. Ferner gilt laut Artikel 44: „Auf Beweiserhebungen finden die Vorschriften über den Strafprozeß sinngemäß Anwendung." Ein Zeuge kann also die Aussage grundsätzlich nur verweigern, wenn er sich selbst belasten müßte, aber gerade nicht mit Lappas' Winkelried-Alibi vom Kongreß der IG Metall: Er habe die Aussage nicht im eigenen Interesse, sondern im Interesse der Kampfkraft der Gewerkschaften verweigert.

In Wahrheit untersucht der Ausschuß nicht die Kassen der Gewerkschaften, sondern den Zustand der Neuen Heimat. Lappas' Aussage kann nur so verstanden werden: Ich will die Fehler und die Verantwortung der Gewerkschaften vertuschen, damit diese nicht wie jeder Staatsbürger für ihre Fehler einstehen müssen. Damit hat der schlaue Mann in der Tat erreicht, was ein Korrespondent als Kongreß-Eindruck wiedergibt: „Binnen Stundenfrist wurde aus dem Neue-Heimat-Verkäufer und Buhmann Lappas ein Märtyrer der Arbeiterbewegung." Aber verfängt das auch in der Öffentlichkeit, vor allem: bei den NH-Geschädigten?

Natürlich ist die Behauptung Schröders, daß „die, die das in Szene gesetzt haben, den Tag der IG Metall genommen haben, um ihre Macht zu zeigen", völliger Unsinn. Kein Mensch kann gewollt haben, daß ein Gewerkschaftsfunktionär auf einem Gewerkschaftskongreß verhaftet wird. Aber da es sich nun unglücklicherweise zeitlich so fügte, hört man Ausdrücke wie „Himmelsgeschenk" aus der SPD, und die Kongreßredner nahmen die Gelegenheit wahr, ganz im Gegenteil die Macht der Gewerkschaften zu beweisen.

Als de Gaulle die Verhaftung Sartres verhinderte, sagte er: „Man verhaftet nicht Voltaire." Aber Lappas ist kein Philosoph der Aufklärung, sondern ein Praktiker der Verschleierung. Es ist unklar, wie lange SPD und DGB Brandts Parole durchhalten können: „Der CDU-CSU-FDP-Mehrheit im Bundestags-Untersuchungsausschuß Neue Heimat ging es ... weder um die Mieter der Neuen Heimat noch um die Moral. Ihr Ziel war und ist die kalte Demütigung der Gewerkschaftsbewegung." In Wahrheit war es erstens nicht nur eine CDU-CSU-FDP-Mehrheit, sondern die Grünen im Ausschuß stimmten auch für die Beugehaft; peinlicher noch: zwei der vier SPD-Mitglieder bejahten die Beugehaft grundsätzlich, enthielten sich aber aus peripheren Gründen der Stimme. Zweitens hatte derselbe DGB-Vorsitzende Breit, der auf dem Metall-Kongreß Lappas zurief: „Du hast unsere Solidarität", kurz vorher einer DGB-Vorstandsitzung vorgesessen, bei der „massive Kritik" an Lappas' Totalverweigerung geübt worden war. Und drittens kann Lappas jederzeit aus dem Gefängnis, wenn er gemäß der Empfehlung der DGB-Spitze aussagt.



Sind Funktionärstreffen „immun"? Polizeigewerkschaftler Schröder FOTO: DPA

Was in den Köpfen der Gewerkschaftsführer und der ihnen verbundenen Parteiführer vorgeht, versteht man durchaus. Sie haben sich in eine peinliche und kostspielige Lage gebracht. Diese wird dadurch doppelt peinlich, daß eben nicht die Gefahr einer Lähmung der Arbeiterklasse zugunsten der Kapitalisten droht. Der letzte Bericht der Bundesbank belegt, daß die Arbeitnehmer „gut fünf Prozent" Netto-Einkommenszuwachs im ersten Halbjahr 1986 gegenüber dem ersten Halbjahr 1985 hatten.

Die aufgeregte Mobilisierungssprache, die sogar gewalttätige Betriebsbesetzungen (IG Druck und Papier) in Aussicht nimmt, die Parole vom „Immunitätsbruch" (ausgerechnet durch den Polizeigewerkschaftler Schröder!), wo es Immunität nur im Parlament, aber nicht in Universitäten, Gewerkschaftskongressen oder Kanzlerbanketten gibt: das ist eine Sprache, die Rechtsbrecher auf anderen Gebieten ermutigen und den Rechtsstaat gefährden muß, den die Gewerkschaften doch zu verteidigen geloben. Sie kann nur als der verzweifelte Versuch verstanden werden, darüber hinwegzutäuschen, daß man sich die Demütigung selbst geschaffen hat. Und daß man nicht weiß, wie man die Attraktivität der Gewerkschaftsbewegung in einer sich wandelnden Industriewelt erhält, außer durch Krach und sonstigen Rückgriff auf wilhelminische Zeiten.

Aber auf Dauer können die Gewerkschaften kaum anders ihr Ansehen aufbauen und neue Mitglieder gewinnen als durch Sauberkeit und Ehrlichkeit; Ehrlichkeit auch gegen sich selbst.

IM GESPRÄCH H. v. Richthofen

Der Braunmühl-Nachfolger

Von Bernt Conrad

Bundesaußenminister Genscher hat mit der überraschenden Berufung des Ministerialdirektors Hermann Freiherr von Richthofen zum Nachfolger des ermordeten Ministerialdirektors Gerold von Braunmühl wieder einmal taktisches Geschick bewiesen. Denn der neue Leiter der für West- und Osteuropa, Nordamerika, Abrüstung, EG und UNO zuständigen Abteilung des Auswärtigen Amtes vereint in der Sicht Genschers zwei Vorteile: Er ist engagierter Befürworter einer auf Ausgleich mit Osteuropa und der „DDR" gerichteten Politik noch aus den „Entspannungszeiten" der sozialliberalen Koalition, und er genießt gleichzeitig das Vertrauen des Kanzleramtes, besonders von dessen Chef Wolfgang Schäuble.



Engagiert für Entspannungspolitik: von Richthofen KLAUS BÖHLE

Richthofen wurde bei der „Wende" im Herbst 1982 als Leiter des Arbeitsstabes Deutschlandpolitik im Kanzleramt aus der Ära Helmut Schmidts vom neuen Regierungschef Helmut Kohl übernommen und hat dort bis vor einem Monat zur Zufriedenheit Kohls und Schäubles deutschlandpolitische Sachkenntnis beigesteuert. Genscher kann also damit rechnen, daß sein neuer Abteilungsleiter erstens den auch von Braunmühl überzeugt vertretenen Kurs ostpolitischer Verständigung fortsetzt und zweitens – trotz des vermuteten Ärgers mancher CDU-Politiker, vor allem des Vertriebenenflügels – der Rückendeckung des Kanzleramtes sicher sein kann. Richthofen ist gestern schon als Begleiter des Kanzlers und des Außenministers mit nach Washington geflogen.

Doch es wäre ungerecht, Genschers personalpolitische Blitzentscheidung allein nach taktischen Gesichtspunkten zu beurteilen. Denn der Dreiundfünfzigjährige gehört, jenseits aller politischen Präferenzen, zu den besonders befähigten und im Umgang besonders angenehmen Diplomaten. Loyalität, fundiertes Wissen, analytische Begabung, Realismus (auch gegenüber dem Osten) und ein bei allem Selbstbewußtsein bescheidenes Auftreten sind für sein Ansehen bei Kollegen und Kontrahenten und nicht zuletzt im Kanzleramt verantwortlich.

Im Jahre 1963 in den Auswärtigen Dienst eingetreten, hat der gelernte Jurist zunächst bei den deutschen Vertretungen in Djakarta und Saigon Erfahrungen gesammelt. Dann leitete er von 1970 bis 1974 das Völkerrechtsreferat in der Bonner Zentrale. 1975 kam Richthofen zur Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin. Hier begann sein Engagement für die Deutschlandpolitik.

Er konnte es in den folgenden zwei Jahren als Leiter des Deutschland- und Berlin-Referats im Auswärtigen Amt weiter pflegen. 1980 folgte seine Berufung ins Kanzleramt. Dort blieb Richthofen sechs Jahre lang, bis ihn Genscher vor vier Wochen als Chef der Rechtsabteilung ins Auswärtige Amt zurückholte und ihn nun auf Braunmühls Platz beförderte. Hier, auf einem der wichtigsten Posten in der AA-Hierarchie, muß sich Richthofen rasch auch in jene Materien einarbeiten, mit denen er bisher wenig zu tun hatte: Europäische Gemeinschaft, Atlantikpakt, Amerika.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Frankfurter Neue Presse

Sie meint zu Weizsäcker:

Über seine Fähigkeit und seine Neigung, gelegentlich auch Binsenweisheiten so vorzutragen, daß das große Publikum sie für tiefschürfende Einsichten hält, kann man geteilter Meinung sein ... Nach seiner jüngsten Rede vor Bürgerinitiativen gegen das Waldsterben ist zu fragen, ob er der Sache einen Dienst erweist, wenn er beim Umweltschutz dazu auffordert, einander deutlich die Meinung zu sagen und Politiker unter Druck zu setzen. Die Auseinandersetzung läßt doch an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig. Ganze Scharen verleihen ihren Argumenten Nachdruck mit Eisenstangen, Molotowcocktails und Sprengstoffanschlägen.

HESSISCHE ALLGEMEINE

Die Kasseler Zeitung warnt vor einer Unterschätzung der Gewerkschaften:

Die Gewerkschaften sitzen gegenwärtig in einem Echokessel. Was sie immer rufen und tun, schallt viersilbig zurück: Neue Heimat ... Im Moment wirken alle Programme wie Schall und Rauch. Die Öffentlichkeit, fasziniert von dem einen großen Skandal, hört nicht hin. Das ist falsch und wird sich rächen.

General-Anzeiger

Die Bonner Zeitung bemerkt zum Fall Lappas:

DGB und SPD sahen in diesem Vorfall bereits gestern abend einen zwar unerwarteten, aber schnell aufgegriffenen Anlaß, um die Koalition für die Entwicklung der Affäre Lappas verantwortlich zu machen, so als würde die bundesdeutsche Justiz den Koalitionsparteien beflissen zu Diensten sein. Wenn sich jedoch der Chef der Polizeigewerkschaft, Schröder, durch die Verhaftung von Lappas am Rande eines Gewerkschaftskongresses an das Jahr 1933 erinnert fühlt, dann läßt dies ein Maß an Konfrontationsbereitschaft vermuten, wie es bislang in der Bundesrepublik kaum vorstellbar war.

THE TIMES

Die Londoner Zeitung meint zur Erklärung osteuropäischer Dissidenten:

Entgegen dem äußeren Anschein ist das sowjetische Herrschaftsgebiet nicht stabil und durchschnittlich von einem Revolutionsversuch im Jahrzehnt erschüttert. Es konnte diesen periodischen Rebellionen besser widerstehen, weil seine Untertanen nach Ländern und auch untereinander uneins waren. Das vorliegende Dokument aber vereint nicht nur Ungarn, Polen, Ostdeutsche und Tschechen, sondern auch Katholiken und Atheisten, „rechte" Nationalisten und „linke" Arbeiter, offiziell geduldete „Friedens"-Sprecher und Untergrundaktivisten.

LE FIGARO

Die Pariser Zeitung schreibt zur Massenausweisung illegaler Einwanderer:

Die alten Geister des Rassismus werden vor allem dadurch geweckt, daß man das Problem der Immigration nicht offen angehen will (und) die Existenz von Toleranzschwellen leugnet, von denen aus sich Fremdenhaß entwickelt.

Es wird ein kalter Winter im Sowjetreich

Angeblich ist die Katastrophe von Tschernobyl schuld / Von Carl Gustaf Ströhm

Entschlüsselt man die in den Moskauer Medien neuerdings immer wieder auftauchenden Berichte und versteht man die düsteren Warnungen einzelner KP-Funktionäre richtig, dann steht die Sowjetunion vor einem schweren Winter – einer Art „Kriegswinter" mitten im Frieden. Angeblich als indirekte (oder auch direkte) Folge der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl müssen die Sowjets alle Kräfte einsetzen, um einen totalen Zusammenbruch der Stromversorgung während der kommenden Wintermonate zu verhindern.

Wie sagte Lenin? „Kommunismus – das ist Sowjetmacht plus Elektrifizierung des gesamten Landes." Nun mußte die Sowjetmacht eiserne Sparmaßnahmen anordnen: So sollen in den mit Fernwärme versorgten Wohnsiedlungen der Großstädte und Industriegebiete die Zimmertemperaturen auf 13 Grad Celsius gedrosselt werden.

Was dies angesichts des langen russischen Winters besonders für alte Menschen, Kranke und Kinder bedeutet, ist aus Ceausescus Rumänien bekannt, wo die Menschen seit Jahren den Winter in ungeheizten Wohnungen und kaum geheizten Büros verbringen. Schwere Erkrankungen und vermehrte Sterblichkeit bei Kleinkindern und alten Menschen ist die Folge. Die Krankheiten können oft nicht bekämpft werden, weil es an Vitaminen und Medikamenten fehlt.

Außerdem sollen aus Stromersparnisgründen die ohnedies nicht zahlreichen Lichtreklamen der sowjetischen Großstädte ausgeschaltet und die Straßenbeleuchtung soll auf das Nötigste reduziert werden. Auch diese amtlich verordnete Düsternis dürfte nicht dazu beitragen, die ohnedies düstere Stimmung zu heben. Die Sowjetmenschen werden sich der Tatsache bewußt, daß sie auf mehrfache Weise für das Desaster von Tschernobyl bezahlen müssen. Der kommunistische Fortschrittsoptimismus, der in früheren Jahren einen nicht zu unterschätzenden Antriebsmotor für das sowjetische System bildete, weicht jetzt pessimistischen und apathischen Betrachtungen über eine Zukunft, die voller unbekannter und kaum beherrschbarer Gefahren zu sein scheint.

So sieht die erste Bilanz der Gorbatschow-Ära alles andere als rosig aus. Die diesjährige Ernte wird wiederum schlecht ausfallen. Wieder muß die Sowjetunion – die eigentlich dazu geschaffen wäre, eine Kornkammer der Menschheit zu sein – Getreide aus dem kapitalistischen Westen einführen. Wie Laokoon gegen die Schlangen kämpfen Gorbatschow und seine Leute gegen Schlamperei, Alkoholismus und minderwertige Produktion. Gerade in diesem Bereich aber zeigt sich, daß Gorbatschow innen- wie außenpolitisch vor einer Quadratur des Kreises steht.

Er will Leistung erzwingen – aber in einem System, das wirtschaftliche Leistung bisher bestraft und nicht belohnt hat, wird die Abschaffung des Schlendrians als Aufhebung jener kleinen Freiräume empfunden, die das System erst erträglich machten. Der neue Generalsekretär schafft sich damit also ungezählte Feinde unter jenen Millionen Sowjetbürgern (also nicht nur unter den Funktionären), die es sich bisher in irgendeiner Systemnische einrichten konnten.

Hinzu kommen noch andere Kräfte, die Gorbatschow bedrängen – nicht nur die Militärs, deren Rolle seit Reykjavik immer deutlicher zutage tritt. Es gibt in allen kommunistischen Systemen – und besonders im „realen Sozialismus" sowjetischer Prägung – ein Millionenheer von Amts- und Machtträgern oder auch nur einfachen Nutznießern, die davon profitieren, daß alles so bleibt, wie es ist. In der Sowjetunion ist die Macht der Kräfte, die keine Änderung, keine Öffnung und keine Öffentlichkeit wünschen, keineswegs gebrochen.

Gorbatschow kann, selbst wenn er es wollte, die volle Wahrheit über das System, das ihn ja schließlich trägt und zur Macht gebracht hat, nicht sagen. Er würde sonst die Voraussetzungen seiner eigenen Machtposition zerstören. Folglich wird dem Volk der Sowjetunion ein Sündenbock in der Gestalt des Reaktors von Tschernobyl und der dortigen Verantwortlichen präsentiert – ohne daß man sagt, was jeder wissen müßte: daß nämlich sowohl der Reaktor wie die lokalen Verantwortlichen sich durchaus „systemkonform" verhalten haben. So wird ausgerechnet die UdSSR zum Exempel für die westlichen Warner: wenn es mit der Atomkraft nicht klappt, gehen die Lichter aus.

An Gorbatschow bestätigt sich die alte Binsenweisheit, wonach nichts so erfolgreich ist wie der Erfolg – und nichts so erfolglos wie der Mißerfolg. Kenner der russischen Geschichte denken an die Regierungszeit des letzten Zaren: auch damals ging trotz bester Absichten alles schief. Die Folge war eine Revolution.



Gewerkschaften empört über Verhaftung von Lappas auf dem IG Metall-Kongreß – Gericht sah „Gefahr im Verzuge"

Die Polizei kam, und ein Märtyrer war geboren

Von GÜNTHER BADING

Die Legendenbildung auf dem Gewerkschaftstag der IG Metall beginnt pünktlich Sonntag [ab]end um 18.12 Uhr. Alfons Lappas [so]ll zum Märtyrer gemacht werden, [zu]m Opfer einer auf die Gewerkschaf[te]n eindreschenden Bundesregie[ru]ng. Um diese Zeit verläßt – so ver[ze]ichnet es das Sitzungsprotokoll – [d]er Mann die Eröffnungsfeier im [Ha]mburger Congress Centrum, der [be]sser als jeder andere weiß, wie es [u]m die Finanzen des DGB bestellt ist, [wi]e stark also der Deutsche Gewerk[sc]haftsbund in Wirklichkeit ist. [De]nn, Finanzkraft ist Kampfkraft – [di]ese Formel ist auf Gewerkschafts[ko]ngressen unbestritten.

Alfons Lappas geht, begleitet von [D]GB-Chef Breit und dem scheiden[de]n IG-Metall-Vorsitzenden Mayr, [hi]naus und stellt sich zwei Kriminal[be]amten, die ihn in Beugehaft neh[m]en. So hat es der Untersuchungs[au]sschuß des Deutschen Bundesta[ge]s beantragt, um den aussageunwil[li]gen Zeugen Lappas zum Einlenken [zu] zwingen. Der Kongreß geht aus[ei]nander bis zum Montag morgen, [de]m ersten Arbeitstag mit seinen Re[ch]enschaftsberichten und Diskussio[ne]n. Aber die Delegierten stehen im [H]otel noch beieinander, sie sehen [si]ch erneut bei dem Hamburger [A]bend, den die IG-Metall-Kollegen [de]r Verwaltungsstelle Hamburg für [di]e 563 Delegierten und die zahllosen [in]- und ausländischen Gäste ausge[ri]chtet haben. Auch hier nur ein einzi[ge]s Thema: die Verhaftung des Mana[ge]rs der Gewerkschaftsholding.

Anfangs waren es noch „die in [B]onn", die dem verhafteten Gewerk[sc]haftsmanager vermeintliches Un[re]cht angetan hatten. Dann wurde die „konservative Mehrheit im Untersu[ch]ungsausschuß" als Schuldiger ent[d]eckt. Von da war es nicht mehr weit [zu] dem vom IG-Metall-Vorsitzenden [H]ans Mayr erhobenen Vorwurf, daß [d]ieser „ungeheuerliche Vorgang" auf [d]as Konto der Bundesregierung gehe.

Franz Steinkühler, derzeit noch [z]weiter Vorsitzender der IG Metall [u]nd – als einziger Kandidat für die [N]achfolge Mayrs – ab Mittwoch wohl [C]hef der 2 577 993 Mitglieder zählen[d]en größten deutschen Gewerk[s]chaft, hatte zunächst verhalten, fast [m]oderat reagiert, als er am Sonntag [n]achmittag durch einen Anruf der [E]hefrau von Alfons Lappas erfuhr, [z]wei Kriminalbeamte hätten diesen [i]n seiner Wohnung gesucht, um ihn in [B]eugehaft zu nehmen.

[S]teinkühler: Das [s]prengt den Rahmen

Er habe eine „völlig unplanmäßige [I]nformation erhalten", gab Steinküh[l]er im Kongreßsaal zwischen den Re[d]en des Hamburger Bürgermeisters [K]laus von Dohnanyi und der des [D]GB-Vorsitzenden Ernst Breit be[k]annt. „Wir müssen nun damit rech[n]en, daß die Kripo jeden Moment auf [d]em Gewerkschaftstag auftaucht" [u]nd Lappas verhaften will, sagte [S]teinkühler. Und: „Dies sprengt wohl [d]en Rahmen, so denke und hoffe ich, [w]as auch Leute, die uns nicht nahe[s]tehen, noch tolerieren können."

Nach der Rede von Ernst Breit ging [S]teinkühler dann noch einmal ans [M]ikrophon: „Es geht nicht alles plan[m]äßig", bekannte er. Der „Kollege [L]appas" solle nun doch auf dem Ge[w]erkschaftstag verhaftet werden.

Mit dem „planmäßig" hatte Stein[k]ühler jene Bemühungen gemeint, die der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Günter Schröder, unternommen hatte. Der hatte vor den Türen des Kongresses mit seinen Polizeikollegen gesprochen und sie zu überzeugen versucht, die Verhaftung, die ja auf Grund der richterlichen Anordnung wohl kaum zu umgehen sei, wenigstens nicht auf dem Gewerkschaftsforum vorzunehmen. Die Beamten hätten jedoch strikt Anweisung gehabt, Lappas sofort festzunehmen, berichtete die IG-Metall-Führung gestern den Journalisten in Hamburg. Davon, daß Lappas am 22. Oktober eine USA-Reise plante, sich also damit einer möglichen Beugehaft entzogen hätte, war nicht die Rede.

GdP-Chef Schröder erinnert an 1933

Die Regie hinter den Kulissen des Gewerkschaftstages war inzwischen offenbar voll angelaufen. In seiner ersten Erklärung hatte sich Steinkühler noch überrascht gezeigt. Beim zweiten Auftritt kündigte er eine nicht vorgesehene Rede des GdP-Vorsitzenden Schröder an. Und der ging dann in die vollen: „Ich habe von meinen Lehrern gelernt, daß sich 1933 nie wiederholen würde." Und die Delegierten folgten diesem Versuch, das durch einen Richter verfügte Vorgehen – auf Antrag eines Parlamentsausschusses – mit den Methoden der Nazi-Geheimpolizei aus jenen Jahren gleichzusetzen, in denen die Gewerkschaften zerschlagen wurden. Das Protokoll verzeichnet nach diesem Satz Schröders wörtlich: „Die Delegierten erheben sich von ihren Plätzen – lang anhaltender starker Beifall."

Schröder sprach von „diejenigen, die das inszeniert haben – jeder im Saal konnte darunter verstehen, was er wollte. Schröder selbst räumte am Abend im Gespräch ein, daß wohl auch das Verhalten der Hamburger Polizei nicht ganz mit dem Grundsatz der Verhältnismäßigkeit in Einklang zu bringen war. Im Klartext: Man hätte Lappas ja auch auf dem Weg in sein Hotelzimmer, direkt neben dem Kongreßgebäude, festnehmen können.

Die Delegierten jedenfalls waren aufgebracht, empfanden die Gewerkschaften, sich selber als Opfer und den Genossen Alfons als Sündenbock. Nichts von dem ansonsten mehr oder minder offen zur Schau getragenen Neid auf die Vielverdiener in dem DGB-eigenen Unternehmen war mehr zu spüren. Lappas soll, so hieß es auf dem Kongreß, zwischen einer halben und einer dreiviertel Million Mark im Jahr verdienen. In Hamburg aber wurde er für die Gewerkschafter zu einem Helden.

Begleitet von Ernst Breit und Hans Mayr schritt er zur Tür und stellte sich draußen den wartenden Kriminalbeamten. Die Fahrt zur Polizeiwache unternahm Lappas im eigenen Dienst-Mercedes; die Vertreter der Staatsgewalt folgten im Volkswagen.

Daß der Finanzgewaltige des DGB – nicht die Bank für Gemeinwirtschaft, sondern die BGAG ist der wahre Finanzwart des Gewerkschaftsbundes – noch an demselben Tag zum Pseudo-Märtyrer der Arbeiterbewegung werden sollte, konnte auch in der DGB-Spitze niemand ahnen, als man sich am Sonntag mittag zu einer Sondersitzung des DGB-Bundesvorstands mit den Chefs der Einzelgewerkschaften zusammensetzte. Das Treffen war auf Drängen der ÖTV-Vorsitzenden Monika Wulf-Mathies zustande gekommen. Man traf sich, um von dem zum Gewerkschaftstag anreisenden Journalisten nicht beobachtet zu werden, im Haus der Bank für Gemeinwirtschaft am Hamburger Schloßmühlendamm.

Nicht die ohnehin Neue-Heimat-kritische ÖTV-Vorsitzende allein, auch der DGB-Vorsitzende Breit rügte dabei die totale Aussageverweigerung von Lappas. Schließlich hätte auch dieser so weit gehen können wie Breit selber, der vor dem Untersuchungsausschuß zwar Fragen beantwortet, jedoch keine Angaben über nach seiner Meinung nicht zum Neue-Heimat-Komplex gehörende Angelegenheiten gemacht hatte.

Breit hatte vor dessen Auftritt im Untersuchungsausschuß mit Lappas abgesprochen, daß dieser alle Fragen zur Neuen Heimat, nicht aber zu den Geschäften der BGAG machen sollte. Man befürchtet im DGB, dadurch könne das wahre Vermögen der deutschen Gewerkschaften offengelegt werden. Keine Kritik dagegen übte die IG Metall in der Sitzung an Lappas, der nach Ansicht Breits und anderer mit der totalen Aussageverweigerung über das Ziel hinausgeschossen sei, die Finanz- und damit die Kampfkraft des DGB zu verheimlichen.

Der Kaffeestand der Neuen Heimat fehlt

Montag morgen. Pünktlich um 9.30 Uhr eröffnet Franz Steinkühler den ersten Arbeitstag des Kongresses. Eine eigentümliche Stimmung herrscht im Kongreßsaal 1. Brav auf den Redner konzentriert, sitzen die Delegierten an ihren Pulten und lauschen so spannenden Dingen wie dem Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die meisten denken wohl an das Problem der Neuen Heimat, was nun werden soll, was mit Lappas passieren wird und mit den Gewerkschaften, und ob die Regierung in Bonn den Gewerkschaften tatsächlich so übel wolle, wie man in der Mitgliederzeitschrift „Metall" immer lese. So jedenfalls sagen sie es draußen, in den Wandelgängen des Kongreßzentrums, am Kaffeestand der Volksfürsorge oder der BfG; den von der Neuen Heimat gibt es ja nicht mehr.

Im Saal drinnen spielt die Neue Heimat zunächst keine Rolle, bis Hans Mayr ans Rednerpult geht. Und der gibt dann die Denkrichtung für die nächsten Tage vor: „Wenn noch irgend jemand daran Zweifel hatte, daß die Bundesregierung jeden Anlaß sucht, die Gewerkschaften zu schwächen und zu diffamieren, dann sind diese endgültig beseitigt. Aber eines ist auch klar und eindeutig: Gestern hat die Bundesregierung überzogen."

Mayr beendet diesen Teil seiner Rede mit den Worten: „Wir fordern die Demaskierung der Drahtzieher." Die Delegierten quittieren den Angriff auf die Bundesregierung mit langem Beifall. Die Konstruktion ist unglaublich; wahrscheinlich glaubt kaum niemand Saal, daß die Regierung hinter dem Entscheid des Bonner Amtsrichters steht, aber was soll's – jeder Angriff ist recht, wenn er nur dazu führt, daß man bei der Behandlung des Themas Neue Heimat als Gewerkschafter nicht mehr in der leidigen Defensivstellung der vergangenen Wochen bleiben muß.


Ein folgenschweres Schweigen: Alfons Lappas FOTO: DPA

Mit harter Arbeit zum Topmanager des DGB

Von INGE ADHAM

Alfons Lappas wurde mit dem Vollzug der Beugehaft eine Zwangspause verordnet. Dabei wollte der Mann mit dem immer vollen Terminkalender am Mittwoch eigentlich in die USA zu Bankgesprächen in Sachen Neue Heimat.

Die rote Nelke, die er bei seiner Verhaftung am Revers trug, hat sich Alfons Lappas sicher nicht selbst angesteckt. Demonstratives liegt dem 57jährigen Spitzenmanager der BGAG, der Beteiligungsgesellschaft für Gemeinwirtschaft AG in Frankfurt, die das unternehmerische Engagement der Gewerkschaften steuert, nämlich gar nicht. Eher schon harte Arbeit. Die hat Lappas auf seinem Weg bis in die Spitze der Gewerkschafts-Organisation nie gescheut.

Nach dem Mittelschulabschluß machte der 1929 in Wiesbaden geborene Lappas erst eine Waldfacharbeiter-Ausbildung und eine Verwaltungslehre. Der Gewerkschaft gehört Alfons Lappas bereits seit 1949 an, und schon 1951 – in jenem Jahr trat er auch der SPD bei – war der gerade 22jährige Bezirksleiter der Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft. Im Jahre 1968 wurde er deren Vorsitzender. Das gewerkschaftliche Engagement liegt in der Familie. Bruder Günter, mit dem sich Alfons Lappas sehr gut versteht, ist inzwischen zweiter Vorsitzender dieser Gewerkschaft.

Im Mai 1969 wurde Alfons Lappas Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes und war dort für Finanzen zuständig. Dazu gehörte auch die Verwaltung des Vermögens der Gewerkschaften in der von Walter Hesselbach initiierten Gewerkschaftsholding BGAG. Dazu gehören neben den inzwischen verkauften Unternehmensgruppen Neue Heimat und co op AG auch die Bank für Gemeinwirtschaft, die Versicherungsgruppe Volksfürsorge und die Bausparkasse BHW.

Im Januar 1985 rückte Lappas als Nachfolger von Walter Hesselbach an die Spitze der 1974 gegründeten Gewerkschaftsholding – Lohn seiner Arbeit, aber auch Ausdruck jenes Vertrauens, das Lappas in den Gewerkschaften genießt, auch wenn es in den Auseinandersetzungen um die Neue Heimat manchmal so aussah, als sei dies nicht immer der Fall.

Bei der Verhaftung in Hamburg, mit der die vom Bonner parlamentarischen Untersuchungsausschuß beantragte Beugehaft vollzogen und das für viele unverständliche Schweigen Lappas' gebrochen werden soll, riefen ihm die Gewerkschafter nach: „Halt' durch, du tust es für eine gute Sache." Die so erreichte neue Solidarisierung hat Lappas sichtlich gutgetan.

Es war immer seine Stärke, viele Einzelinteressen auf eine Schiene zu bringen. Sein Wort wurde ernstgenommen. Auch in Frankfurter Bankkreisen gilt er, der sich selbst als Pragmatiker kennzeichnet, als kompetenter und im allgemeinen offener Gesprächspartner.

Der Geldmanager des DGB, der über das Debakel Neue Heimat in die Schußlinie geriet, ist freilich nicht nur Arbeitstier. Man sieht es seiner Gestalt an, daß er auch gerne ißt und einen guten Tropfen – mit Vorliebe leichte französische Weine – nicht verschmäht. Als begeisterter „Morgenschwimmer" versucht er, die Pfunde unter Kontrolle zu halten. Der Fitneß und der Entspannung gilt auch die Arbeit im heimatlichen Garten in Friedrichsdorf im Taunus. In seiner Freizeit geht Alfons Lappas gerne auch zur Jagd in seinem eigenen Revier an der Schnittstelle von Taunus und Westerwald.

Das „Aktien- und das GmbH-Gesetz ziehen nicht"

Das Bonner Amtsgericht hat mit seinem Entscheid über den sofortigen Vollzug der Beugehaft eine umfangreiche Begründung abgegeben. In dem Beschlußtext weist das Gericht insbesondere darauf hin, daß ein generelles Aussageverweigerungsrecht nicht auf das GmbH- und das Aktiengesetz gestützt werden könne, auf das sich BGAG-Chef Alfons Lappas bezogen hatte. Die wesentlichen Teile des Textes im Wortlaut:

„... Gegen den Zeugen Alfons Lappas wird zur Erzwingung des Zeugnisses vor dem oben genannten Untersuchungsausschuß mit sofortiger Wirksamkeit die Haft für die Dauer von bis zu sechs Monaten, jedoch nicht über die Dauer der Tätigkeit des Ausschusses hinaus angeordnet. Einer Aussetzung des Vollzugs dieser Entscheidung durch ein auswärtiges Gericht wird ausdrücklich widersprochen. Der Zeuge trägt die Kosten des Verfahrens einschließlich seiner notwendigen Auslagen und der Kosten der Vollstreckung dieses Beschlusses.

Gründe: ... Der Zeuge, der ursprünglich bereits am 1. 10. 1986 vernommen werden sollte, ist zwar schließlich am 16. 10. 1986 vor dem Ausschuß erschienen, hat aber unter Berufung auf Paragraphen 85 GmbH-Gesetz, 93, 404 Aktiengesetz pauschal die Aussage zur Sache verweigert. Der Ausschuß hat hierauf bei dem nach Paragraph 162 StPO in Verbindung mit Artikel 44 GG für die Entscheidung zuständigen Amtsgericht Bonn beantragt, die Haft zur Erzwingung des Zeugnisses anzuordnen und zu vollstrecken.

Der fernmündlich zu diesem Antrag ... gehörte Verfahrensbevollmächtigte des Zeugen hat dessen pauschale Weigerung in gleicher Weise wie der Zeuge vor dem Ausschuß bekräftigt; dazu ausgeführt, der Zeuge, der sich vorerst nicht auf Paragraph 55 StPO berufe, könne nicht gezwungen werden, in strafbarer Weise vor dem Ausschuß Geschäftsgeheimnisse zu verraten; grundsätzlich das Recht des Ausschusses zur Untersuchung des Falles ‚Neue Heimat' bestritten; gebeten, eine Frist von zunächst einer Woche und sodann bis 4. 11. 1986 zu einer weiteren Begründung der Zeugnisverweigerung einzuräumen, und erklärt, der Zeuge persönlich stehe jedenfalls nicht vor dem 4. 11. 1986 zu einer Anhörung dem Gericht zur Verfügung; er reise am 22. 10. 1986 in die USA und habe davor am 20. und 21. 10. keine Zeit. Selbst für den 4. oder 5. 11. 1986 hat er das Erscheinen des Zeugen nicht verbindlich zugesagt.

Wegen Amerika-Reise Gefahr im Verzuge

Unter diesen Umständen ist wegen der angekündigten Amerika-Reise des Zeugen Gefahr im Verzuge, da besorgt werden muß, daß der Zeuge vor Beendigung der Tätigkeit des Untersuchungsausschusses aus dem Ausland nicht zurückkehrt und sich jedem Zugriff des Gerichts entzieht, daher ein weiteres Zuwarten mit der Entscheidung nicht mehr zu vertreten und die Haft nunmehr mit sofortiger Wirksamkeit anzuordnen, da der Zeuge zu einer persönlichen Anhörung in angemessener Zeit nicht bereit und nicht zu übersehen ist, daß der Zeuge auch das gerichtliche Verfahren mit dem Ziel zu verschleppen sucht, angesichts des bevorstehenden Endes der Untersuchungstätigkeit des Ausschusses, sich endgültig jeder Aussage zu entziehen.

Der Einwand des Verfahrensbevollmächtigten des Zeugen, der Ausschuß sei zur Vernehmung des Zeugen nicht befugt, geht schon deshalb fehl, weil der Beschluß des Ausschusses den Zeugen zu vernehmen, aufgrund seines – auch vom Amtsgericht Frankfurt am Main in seinem Beschlagnahmebeschluß vom 30. September 1986 (931 Gs 3417/86) anerkannten – Untersuchungsauftrages gemäß Artikel 44 GG ergangen und der gerichtlichen Nachprüfung nach Artikel 44 Abs. 4 Satz 1 entzogen ist.

Ohne Grund die Aussage pauschal verweigert

... die von dem Zeugen vorgeschützten Bestimmungen des GmbH-Gesetzes und des Aktiengesetzes begründen kein Aussageverweigerungsrecht, da sich der Zeuge hiernach durch eine Aussage vor dem Untersuchungsausschuß als Zeuge nicht strafbar machen würde, wie bereits das Bundesverfassungsgericht am 26. 2. 1975 zum Aktiengesetz entschieden hat (vgl. Der Betrieb 1975, S. 1936).

Angesichts der im Zusammenhang mit der ‚Neuen Heimat' bekanntgewordenen neuen Vorwürfe persönlicher Bereicherung kommt zwar in Betracht, daß der Zeuge wegen eigener strafbarer Verwicklungen zur Verweigerung bestimmter Auskünfte nach Paragraph 55 StPO berechtigt sein kann.

Abgesehen davon, daß der Zeuge sich – jedenfalls vorerst – auf solch ein Recht ausdrücklich nicht beruft und nach Paragraph 55, 56 StPO ein sich weigernder Zeuge auch verpflichtet ist, auf Verlangen Tatsachen anzugeben und sogar glaubhaft zu machen, auf die er die Weigerung stützt, begründet Paragraph 55 StPO aber grundsätzlich nicht ein Recht, pauschal die Aussage zu verweigern, sondern nur zur Verweigerung der Auskunft auf einzelne Fragen, das nur ausnahmsweise unter besonderen Umständen des Einzelfalles, wenn die Auskunft auf alle nur denkbaren zum Beweisthema gehörenden Fragen dem Zeugen die Gefahr strafrechtlicher Verfolgung zuzieht, zu einem generellen Verweigerungsrecht erstarken kann.

Derartiges hat jedoch der Zeuge, der sich vorerst nicht einmal auf Paragraph 55 StPO berufen will und sich weigert, in angemessener Zeit bei Gericht zu erscheinen, jedoch nicht dargelegt.

Da der Zeuge somit ohne gesetzlichen Grund die Aussage pauschal verweigert, bleibt nichts anderes übrig, als nunmehr die Haft nach Paragraph 70 StPO in Verbindung mit Artikel 44 GG anzuordnen, die nach den Grundsätzen der Verhältnismäßigkeit der Mittel im Hinblick auf die Bedeutung des zu klärenden Skandals um die ‚Neue Heimat' auch angemessen ist ..."

Unterzeichnet ist der Beschluß vom Richter am Amtsgericht Michael Hertz-Eichenrode. (dpa)

„EINE 1 MIO DM-HALLE FÜR DM 2,23 qm MONATLICH."

Das Modell '86 mit dem Schleswig-Holstein-Effekt.

Schleswig-Holstein macht Unternehmern ein Angebot:

Mit DM 2,23 pro Quadratmeter monatlich finanzieren Sie eine 1.000-qm-Halle in Schleswig-Holstein.
Und das mit einem Eigenkapital-Einsatz von nur 10% bei einer Investitionssumme von DM 1 Mio.
Durch die optimale Kombination von Zonenrandsonderabschreibungen und direkten Finanzierungshilfen der öffentlichen Hand ist das bei uns möglich.
Wir treten den Beweis in einem Finanzierungsmodell an. Es hat nur 8 Seiten. Sie sollten es kennen. Fordern Sie es an!

WIRTSCHAFTS FÖRDERUNGS-GESELLSCHAFT SCHLESWIG-HOLSTEIN MBH

Coupon: Bitte schicken Sie mir/uns kostenlos und unverbindlich

- ☐ Informationsschrift: Die steuerlichen Abschreibungsmöglichkeiten im Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein können Ihnen 31% Eigenkapital für die Finanzierung Ihrer Betriebsgebäude bringen
- ☐ Informationsschrift: DM 858 600,- geringerer Kapitaldienst bei einer Investition von DM 2 Millionen im Zonenrandgebiet von Schleswig-Holstein. Und das bei geringerem Eigenkapitaleinsatz!
- ☐ Finanzierungsmodell: So finanzieren Sie mit monatlich DM 2,23 per qm eine 1.000-qm-Halle in Schleswig-Holstein. Bei nur 10% Eigenkapital
- ☐ Finanzierungsmodell: DM 2 Millionen für den Im- und Exporthandel
- ☐ Finanzierungsmodell: DM 5 Millionen für das verarbeitende Gewerbe
- ☐ Finanzierungsmodell: DM 10 Millionen für das verarbeitende Gewerbe
- ☐ Finanzierungsmodell: Für das Handwerk und den mittelständischen Handel

Ansprechpartner ____ Firma ____
Straße ____ PLZ/Ort ____
Telefon ____

Wirtschaftsförderungsgesellschaft Schleswig-Holstein mbH, Sophienblatt 60, 2300 Kiel 1, Tel.: (0431) 63091

IWU W 10 86

Hellenbroich sieht Gefahr für Offiziere

dpa, München

Ein hochrangiger Offizier der Bundeswehr könnte nach Einschätzung des früheren Präsidenten des Bundesamtes für Verfassungsschutz, Heribert Hellenbroich, das nächste Opfer eines Anschlags der Roten Armee Fraktion (RAF) sein. In einem Gespräch mit der Illustrierten „Quick" sagte er: „Obwohl es das erklärte Ziel der Terroristen ist, den NATO-Apparat zu treffen, wurde die Bundeswehr bisher ausgespart." Während des Bundestagswahlkampfes steige aber auch die Gefährdung der Politiker. Hellenbroich forderte ein „konsequent überwachtes Vermummungsverbot" zur Durchleuchtung des Vorfelds der RAF, zu dem anarchistische Bombenleger und auch militante Kernkraftgegner gehörten.

Die Kirche und die Rolle der Frau

AP, Bonn

Die Deutsche Bischofskonferenz hat die Herausgabe einer Untersuchung „Die Frau in Gesellschaft und Kirche - Analysen und Pespektiven" begrüßt, die von der Katholischen Sozialwissenschaftlichen Zentralstelle in Mönchengladbach publiziert wurde. Darin befassen sich 13 Autorinnen und Autoren mit den Themen Emanzipation und gesellschaftlicher Wandel; Beruf, Ehe und Familie sowie Frau, Glaube und Kirche.

Die Kirche müsse die Folgerungen aus „der neu bewußt gewordenen Wahrheit ziehen, daß Frau und Mann in völlig ebenbürtiger, wenn auch in je anderer Weise Person sind", erklärte der Vorsitzende der Kommission für gesellschaftliche und sozial-caritative Fragen der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Josef Homeyer. Das habe Konsequenzen für die Kirche insgesamt und auch für jede Gemeinde.

Anzeige

Nutzen Sie die BERUFS-WELT für Ihre berufliche Zukunftsplanung!

Interessante Berufs-Angebote finden Sie jeden Samstag in der BERUFS-WELT, dem großen überregionalen Stellenteil der WELT für Fach- und Führungskräfte.

01-246

DIE WELT

Ost-Berlin empört über „Einmischung"

AP, Berlin

Als „unverschämte Einmischung in die Angelegenheiten anderer Staaten" hat die „DDR" einen diplomatischen Schritt des Botschafters der Bundesrepublik Deutschland in Peking, Per Fischer, bezeichnet. Westlichen Presseberichten zufolge hat er im Vorfeld des China-Besuchs des „DDR"-Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker die Regierung Peking an den Standpunkt Bonns in der Deutschlandpolitik erinnert. Berlin kritisierte, der Bundesregierung habe es offenbar nicht gepaßt, daß der chinesische Parteichef Hu Yaobang in Interviews mehrfach vom „Volk der Deutschen Demokratischen Republik" gesprochen habe.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 370,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

BKA-Vizepräsident Boeden und der Strafrechtler Professor Kohlmann äußern sich zu Fragen des Terrorismus

„Ich appelliere auch an die Mitarbeiter der Archive, sehr wachsam zu sein"

Nach dem jüngsten Terroranschlag der Rote Armee Fraktion (RAF) auf den Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl stehen die Fragen im Vordergrund: Wie kamen die Terroristen an die für eine solche Operation notwendigen Informationen? Aus welchen Quellen hatten sie die teilweise vertraulichen Daten? Darüber und über weitere Themen sprach Frank Ellmers mit dem Vizepräsidenten des Bundeskriminalamtes in Wiesbaden, Gerhard Boeden (61).

Herr Boeden, wie beschaffen sich Terroristen überhaupt ihre Informationen?

Boeden: Terroristen werten einerseits öffentlich zugängliche Publikationen aus, was wir als politische Planung bezeichnen. Zum anderen spähen sie die Lebensgewohnheiten ihrer Opfer unmittelbar vor Ort aus, das wäre dann für uns der taktische Ansatz. Terroristen beobachten also die gesamte politische Szene sehr genau und suchen sich im Rahmen ihrer Strategie bestimmte Angriffsfelder heraus.

Die im Untergrund lebenden Terroristen müssen ja auch miteinander kommunizieren, zum Beispiel per Telefon. Nun kann sich ja eine Brigitte Mohnhaupt oder eine Barbara Meyer schlecht unter ihrem eigenen Namen beim Postamt anmelden. Wie umgehen sie diese Hürde?

Boeden: Zum einen benutzen sie, wenn möglich ganz unverdächtig, das Telefon des Vormieters einer Wohnung, aber das ist die Ausnahme. Normalerweise werden Telefonzellen benutzt.

Besonders nach Attentaten wird ja der Funkverkehr intensiv abgehört. Besteht die Möglichkeit, daß Terroristen den Funk des Bundeskriminalamtes mithören und so Fahndungsmaßnahmen umgehen können?

Boeden: Der Funk des BKA ist verschlüsselt, da ist der Zugang nur schwer möglich.

Hat man in den konspirativen Wohnungen außer Zeitungen und Fachzeitschriften auch Unterlagen gefunden, die Rückschlüsse auf eine undichte Stelle in Behörden zulassen? Gibt es einen RAF-Informanten in Bonn?

Boeden: Nein, Hinweise auf undichte Stellen in Behörden liegen nicht vor. Es ist tatsächlich so, daß wir bei Terroristen als Planungsunterlagen vor allem Photos von möglichen Angriffsobjekten und Lageskizzen gefunden haben.

Es muß doch aber sehr schwer sein, für die Terroristen, Aufnahmen von Funktionsträgern zu bekommen, die nicht wie Politiker im Rampenlicht der Öffentlichkeit stehen. Herr von Braunmühl zum Beispiel führte doch ein sehr zurückgezogenes Leben unbemerkt von der Öffentlichkeit.

Boeden: Ich möchte hier die Gelegenheit nutzen, an alle Mitarbeiter in öffentlichen Bibliotheken oder Archiven zu appellieren, sehr wachsam zu sein, wenn sich jemand dort verdächtig um Informationen über bestimmte Persönlichkeiten bemüht.



Gerhard Boeden FOTO: DPA

Um sich über die Lebensgewohnheiten von möglichen Opfern genau zu informieren, dringen Terroristen und ihre Helfer auch in den unmittelbaren privaten Bereich vor und dazu gehört ja beispielsweise auch das Restaurant oder die gemütliche Bierpinte nebenan. Wie groß ist die Gefahr, daß beim Bierunbeabsichtigt etwas Vertrauliches ausgeplaudert wird?

Boeden: Wer zum Gefährdungsspektrum der RAF gehört, der sollte wirklich alles vermeiden, was eine Ausspähung von außen erleichtert und dazu gehört auch das Plaudern in der Kneipe. Insbesondere sollten Hinweise vermieden werden, die Rückschlüsse auf das persönliche Verhalten wie An- und Abreise zur Arbeit, zu Tagungen oder ähnliches zulassen.

Wie groß ist heute der Kreis der gefährdeten Personen?

Boeden: Eine genaue Zahl zu nennen, wäre nicht sehr sinnvoll, denn aus solchen Angaben könnte die RAF den Umfang von polizeilichen Schutzmaßnahmen ableiten. Aber der Kreis ist schon relativ groß.

Terroristen leben ja ständig im Untergrund, werden überall gesucht. Trotzdem gelingt es ihnen immer wieder, alle für eine Operation notwendigen detaillierten Informationen zu bekommen. Ist das nicht eine sehr schwierige Angelegenheit?

Boeden: Mit Sicherheit ein mühesehliger Weg, aber die Terroristen sehen ihre Aufgabe darin, eine solche Informationsbeschaffung als Grundlage für alle Operationen zu bereiben. Für die ist das ein „Full-Time-Job."

Die Mitglieder der RAF leben bekanntlich in einem permanenten Dauerstreß. Besteht die Möglichkeit, daß sie zu einem bestimmten Zeitpunkt psychisch und physisch am Ende sind.

Boeden: Das politisch hochmotivierte Handeln wirkt bei diesen Leuten immer wieder als Hauptmotor. Inwieweit eines Tages ein „Break Down" erreicht wird, sollen die entsprechenden Fachleute wie zum Beispiel Mediziner beantworten.

Ist es den Fahndern des Bundeskriminalkamtes überhaupt möglich, sich in die Terroristen hineinzuversetzen? Die Ebene ist doch derart irrational, daß sie von keinem normalen Menschen mehr nachvollzogen werden kann.

Boeden: Wir machen alle Anstrengungen, um uns in die Ideologie der RAF hineinzuversetzen. Das gilt besonders für ihre Planungen und ihre Tatvorbereitungen. Ich habe dabei die berechtigte Hoffnung, daß es uns gelingen wird, im Rahmen dieser Zielsetzung an die Täter heranzukommen.

„Der Kronzeuge ist keine Wunderwaffe"

RALPH LORENZ, Bonn

Im Fall der Ermordung des Bonner Diplomaten Gerold von Braunmühl ist nach Auffassung des Kölner Strafrechtlers Professor Dr. Günter Kohlmann durch eine verspätete Einschaltung der elektronischen Medien wertvolle Zeit für die Fahnder verstrichen. Der Direktor des Kriminalwissenschaftlichen Institutes der Universität Köln forderte deshalb im Gespräch mit der WELT „größere Befugnisse für die Ermittlungsbehörden, sich bei der Fahndung der Medien zu bedienen".

Entscheidend sei dabei, daß die Einschaltung von Fernsehen, Funk und Printmedien „zeitnah und nicht erst Tage später" erfolge. Dabei dürfe auch keine Rücksicht auf das Abendprogramm der Fernsehanstalten genommen werden. Unter Umständen müßte schon eine halbe Stunde nach einem terroristischen Anschlag „die Öffentlichkeit mobilisiert" werden. Ferner bedürfe es der „bei terroristischen Tätern verstärkten Rasterfahndung unter Zurückstellung der berechtigten Interessen des Datenschutzes". Der Datenschutz werde „über Gebühr strapaziert". Das Bundeskraftfahrtamt in Flensburg hätte zum Beispiel per Knopfdruck innerhalb weniger Minuten sämtliche „Opel Kadett"-Fahrzeuge auswerfen können. Dies alles sei erforderlich, um eine erfolgversprechende Fahndung „zum frühestmöglichen Zeitpunkt auf Touren" zu bringen. Dazu gehöre auch die unverzügliche Schließung der Grenzen.

Professor Kohlmann: „Ich kann mir nicht vorstellen, daß sich die terroristischen Täter jetzt noch in der Bundesrepublik Deutschland aufhalten. Die brauchten doch nur in den nächsten Zug zu steigen und konnten ganz bequem in Amsterdam untertauchen". Maßnahmen wie diese seien aussichtsreicher als die Rechtsfigur des Kronzeugen, die wieder einmal als „Wunderwaffe gegen den Terrorismus" entdeckt werde.

Der Kölner Strafrechtsexperte erklärte gegenüber der WELT: „Ich bin fest davon überzeugt, daß der Kronzeuge im Bereich der Terrorismusbekämpfung ein untaugliches Mittel ist." Bei „normalen Kriminellen" möge dies ein Anreiz sein, sich der Gefahr der Strafverfolgung zu entziehen, nicht aber bei Tätern, „die aus einer verblendeten ideologischen Grundeinstellung heraus handeln".

In England sei bereits die gegenläufige Tendenz weg von der Rechtsfigur des Kronzeugen zu erkennen. Dort sei zudem der Richter verpflichtet, die Jury auf die Problematik des Beweiswertes einer solchen Kronzeugen-Aussage hinzuweisen. Auch in Italien habe sich die Fragwürdigkeit des Kronzeugen – etwa in den Mafia-Prozessen – gezeigt, denn es könne sich ja auch jemand als Kronzeuge zur Verfügung stellen, um einen Verdacht von den wahren Tätern auf an der Tat Unbeteiligte hinzulenken. Dabei bestehe für solche fragwürdige Kronzeugen gar kein Risiko, da diese ohnehin Straffreiheit oder Strafmilderung genössen. Kohlmann: „Man sollte die italienischen Erfahrungen der letzten Jahre nicht überbewerten."

In Amerika habe der Kronzeuge eine rein praktische Bedeutung. Die Schwerfälligkeit des anglo-amerikanischen Parteienprozesses könne überhaupt erst durch das Ablegen eines Schuldeingeständnisses überwunden werden, mit dem dann der Richter oder die Staatsanwaltschaft „ein Geschäft eingeht". Andernfalls würde, das sei erwiesen, der amerikanische Strafprozeß lahmgelegt.

Den Kronzeugen habe es auch schon im deutschen Rechtsbereich gegeben. Kohlmann: „Die Preußische Kriminalordnung von 1805 enthielt den Paragraphen 398. Da stand drin, daß die Belastung durch einen geständigen Mitbeschuldigten keinen vollen Beweis, sondern nur ein nahes Anzeichen ist." Aus gutem Grunde habe man diesen Gedanken nicht weiterverfolgt.

Der Kronzeuge der Anklage sein ein Straftäter, der um den Preis zugesicherter Straffreiheit oder Strafmilderung an der Überführung anderer Täter mitwirke. Dadurch würden aber in der Bundesrepublik Deutschland wesentliche Grundsätze des geltenden Strafrechts- und Strafprozeßsystems aufgeweicht werden. Etwa das Legalitätsprinzip. (Das heißt, die Ermittlungsbehörden müssen nach dem Legalitätsprinzip immer dann einschreiten, wenn eine strafbare Handlung bekannt wird.) Zudem ergäben sich erhebliche rechtspolitische Bedenken, wie beim Prinzip der Gleichbehandlung von Straftätern. Schließlich bedeute der Kronzeuge den „Verzicht auf Ahndung von Schwerstkriminalität".

Professor Kohlmann: „Ich könnte mir vorstellen, daß dies, auf Dauer gesehen, zwangsläufig zu einer Veränderung des Rechtsbewußtseins führt". Nicht zu vergessen sei, daß auch der Kronzeuge selbst große Risiken eingehe. Er schrecke schon deshalb davor zurück, sich der Strafverfolgung zur Verfügung zu stellen. Er würde von den Komplizen gejagt und habe „sein Leben verspielt".

Lutheraner optimistisch über Ökumene

idea/dpa, Bad Harzburg

In einer Bilanz der Entwicklung des Verhältnisses zwischen Lutheranern und Katholiken hat sich der „Catholica"-Beauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche Deutschlands (VELKD), Bischof Ulrich Wilckens (Holstein-Lübeck), sowohl gegen Ungeduld wie auch gegen Resignation ausgesprochen. Auf der Generalsynode in Bad Harzburg sagte er gestern, von katholischer Seite seien „Anzeichen für einen restriktiveren Gesamtkurs" in zwischenkirchlichen Fragen „zumindest hier in Deutschland" zu erkennen. Darüber hinaus sei eine „Stärkung der zentralen Stellung des Papstes" innerhalb der römischen Weltkirche zu verzeichnen. Wie unter diesen Voraussetzungen eine Gemeinschaft mit evangelischen Kirchen aussehen könne, sei „gegenwärtig noch nicht abzusehen". Es gelte, „mit zäher, fröhlicher Geduld ökumenische Grundfragen immer wieder und immer weiter zi stellen". Wilckens äußerte dennoch die Überzeugung, daß die Grundrichtung des Zweiten Vatikanischen Konzils mit seiner Öffnung gegenüber den anderen Kirchen sich nicht verändert habe. Er sieht vor allem in den Ergebnissen der „gemeinsamen ökumenischen Kommission" Anlaß zu Hoffnung auf weitere Annäherung zwischen den Kirchen. Diese Kommission war auf Initiative von Papst Johannes Paul II. anläßlich seiner Deutschlandreise im Herbst 1980 eingesetzt worden.

Visa-Verkehr mit Ungarn vereinfacht

ms. Bonn

Erleichterungen im gegenseitigen Visa-Verkehr mit Ungarn hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann am Wochenende in Gesprächen mit dem ungarischen Innenminister Janos Kamara in Budapest vereinbart. Danach sollen Inhaber von Diplomaten- und Dienstpässen, Kuriere und Inhaber von Reisepässen, die gemischte deutsch-ungarische Firmen aufsuchen sowie Fahrer von Lastkraftwagen Jahres-Sichtvermerke erhalten. Sie berechtigen zu mehrmaligen Ein- und Ausreisen. Die Bedeutung dieser Vereinbarung wird unter anderem daran deutlich, daß die deutsche Botschaft in Budapest im vergangenen Jahr über 400 000 Visa ausgestellt hat. Bundeskanzler Helmut Kohl hatte ebenfalls Erleichterungen im gegenseitigen Visa-Verkehr angeregt. Auf lange Sicht, so hieß es gestern im Bundesinnenministerium in Bonn, werde an einen Wegfall der Sichtvermerk-Pflicht für alle ungarischen Staatsangehörigen gedacht.

„Entlastung bei Risikokapital-Einsatz"

Zwischenbericht der Späthschen Arbeitsgruppe „Steuerreform" / Detailkritik

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Die „eigentlichen Leistungsträger" der Gesellschaft, meinte Baden-Württembergs Ministerpräsident Lothar Späth dieser Tage auf dem Kammertag der südbadischen Steuerberater, müßten steuerlich entlastet, die Innovationskraft der Wirtschaft spürbar gestärkt werden. Wie das konkret vor sich gehen soll, sagte er nicht. Denn darüber zerbricht sich seit gut zwei Jahren eine von Späth eingesetzte Arbeitsgruppe die Köpfe. Und deren Überlegungen werden zumindest bis zur Bundestagswahl als geheime Staatssache behandelt.

Ein kleines Stückchen hatte sich der Topfdeckel in Sachen „Steuerreform" jedoch in der letzten Sitzung der CDU-Landtagsfraktion gehoben. Grund: Auf Wunsch der Fraktionführung war Arbeitsgruppenleiter Franz Longin vor den Abgeordneten der Regierungspartei zum vertraulichen Zwischenrapport erschienen. Das Rohkonzept, das der Stuttgarter Wirtschaftsprüfer dabei zeichnete, stieß dabei allerdings auch auf harsche Detailkritik.

Im Bereich des Einkommenssteuerrechts wollen die Stuttgarter Reformer demnach nicht nur durch Entlastung der Einkommensgruppe von 80 000 bis 150 000 Mark den sogenannten „Mittelstandsbauch" in der Steuerprogression abflachen. Daneben sollen auch der Spitzensteuersatz von derzeit 56 Prozent abgesenkt und die Steuerbefreiung kleiner Einkommen ausgebaut werden. Parallel dazu denkt die Arbeitsgruppe auch bei der Körperschaftssteuer an Entlastungsmaßnahmen und die Einführung eines Grundfreibetrags.

Auf der anderen Seite soll der Bestand an Vergünstigungen im Einkommenssteuerrecht radikal entrümpelt werden. Wie aus Fraktionskreisen zu hören war, laufen die Reformvorstellungen der Regierungskommission auf die Abschaffung nahezu aller Subventionen und Freibeträge, bis hin zur Sparförderung, hinaus. Neu wären dagegen besondere Steuerabschläge für den Einsatz von unternehmerischem Risikokapital. Es dürfe nicht so bleiben, hatte Späth zuletzt auf jener Steuerberatertagung in Freiburg erklärt, daß derjenige, der ein wirtschaftliches Risko eingehe, schlechter gestellt werde, als ein Sparer, der aus Staatspapieren sichere Zinsen kassiere.

Seit langem plädiert Lothar Späth für eine weitere Verlagerung der Abgabenlast von den direkten in indirekte (Verbrauchs-) Steuern. Auch dem folgt die Arbeitsgruppe Longins und tritt für eine Anhebung der Mehrwertsteuer auf westeuropäisches Niveau ein. Dennoch müßte Vater Staat unterm Strich Steuerausfälle in der Größenordnung von mehreren Milliarden Mark hinnehmen.

Wie verlautet, würde das Stuttgarter Konzept, das auch nach Auffassung seiner geistigen Väter wohl nur in mehreren Stufen zu verwirklichen ist, die Steuerquote des Bruttosozialprodukts auf unter 30 Prozent drücken.

Lehrer-Austausch in EG

Initiative des Europaparlaments zur Freizügigkeit von Pädagogen

PAUL F. REITZE, Bonn

Das Europäische Parlament will sich am Donnerstag mit der Situation der Lehrer in der EG beschäftigen. Ihm liegt ein einstimmig beschlossenes Votum seines Ausschusses für „Jugend, Kultur, Bildung, Information und Sport" vor. Das vorrangige Ziel: Es soll Freizügigkeit erreicht werden.

Angesichts der großen rechtlichen und organisatorischen Schwierigkeiten schlägt der Ausschuß vor, zunächst eine Zwischenlösung anzupeilen. Dadurch wäre zwar die Mobilität gewährleistet, jedoch müßten EG-Bewerber gewisse finanzielle Einbußen in Kauf nehmen, solange ihre Ausbildung derjenigen im Anstellungsland nicht voll entspricht. Sichergestellt müßte indes werden, daß die Bewerber durch Kurse allmählich ihre Ausbildung auf das entsprechende Niveau anheben können.

Der Berichterstatter des Ausschusses, der CDU-Abgeordnete Werner Münch, erläuterte vor der Presse in Bonn die Modalitäten. Vorrangig soll der Austausch von Sprachlehrern angebahnt werden, wobei kurz- und mittelfristige Verträge ebenso in Frage kommen sollten wie die Bereitstellung von Positionen auf Dauer. Für Aspiranten aus der EG müßte das allgemeinbildende wie das berufliche Schulwesen geöffnet werden.

Gegenwärtig unterrichten in der EG mehr als fünf Millionen Lehrer über 70 Millionen Schüler. Einige Länder, so Großbritannien, Dänemark und Portugal, haben in einigen Fächern Pädagogen-Mangel.

Münch geht daher davon aus, daß zwar bei Herstellung der Freizügigkeit ein Druck auf den höher bezahlenden deutschen Arbeitsmarkt erfolgen würde, daß aber durchaus „Einbahnverkehr" vermieden werden könne. Notfalls müßten Quoten das Ziel einer „engeren Verflechtung Europas schon in der Schule" gewährleisten helfen, „obwohl ich das Wort Quote allmählich nicht mehr hören kann".

„DDR" würdigt General von Lenski

dpa, Berlin

Im Alter von 93 Jahren ist der ehemalige Wehrmachts- und NVA-Generalmajor der „DDR", Arno von Lenski, gestorben. Das geht aus einer Todesanzeige in der Ostberliner Zeitung „Volksarmee" hervor. Lenski hatte von 1939 bis 1942 als ehrenamtliches Mitglied des nationalsozialistischen „Volksgerichtshofes" in Berlin nachweislich an 20 Urteilen, gegen deutsche, polnische und holländische Staatsbürger mitgewirkt. Darunter waren auch Todesurteile. Nach dem Kriege baute er in der „DDR" die Kasernierte Volkspolizei, aus der die „DDR"-Streitkräfte hervorgingen, mit auf. In einer Würdigung des Kollegiums des „DDR"-Ministeriums für Nationale Verteidigung heißt es, mit Lenski „verlieren wir einen aktiven Mitgestalter unseres Arbeiter- und Bauernstaates, der sich bleibende Verdienste beim Aufbau der Nationalen Volksarmee erworben hat".

Heute wie in alter Zeit ein Zeichen guter Gastlichkeit



Wenn einem also Gutes widerfährt

Wer dem Ursprung des Wortes Bär nachgeht, kommt zu einer merkwürdigen Entdeckung: Unsere indogermanischen Vorfahren hatten einen anderen Namen für den kräftigen, zottigen, aber auch etwas plumpen Bewohner der nordischen Wälder, den sie übrigens zum König der Tiere erhoben. Aber da einige ihn fürchteten, mochten sie seinen Namen nicht verwenden — wie man zu anderen Zeiten auch nicht vom Teufel sprach, sondern vom Gottseibeiuns, vom Gehörnten oder ähnlich; sie nannten ihn nur den Braunen, und daraus leitet sich unser Wort Bär her. Die alten Römer waren da mutiger, sie blieben bei der ursprünglichen Benennung, die im Lateinischen »ursus« lautet; daraus ergab sich übrigens Ursula.

Später holten auch die Bewohner des Nordens den Bären von seinem Thron herab, zähmten ihn und führten ihn gar als Tanzbären vor. Noch später wurde der als Schlemmer und Honigschlecker bekannte zum Wahrzeichen für gute Küche und wohltuende Behaglichkeit. Na, und wo man behaglich sitzt und ißt, wird es sicher an einem guten Schluck nicht fehlen... wie man auch auf diesem Wirtshausschild Meister Petz bei einem Trunk sieht: »Wenn einem also Gutes widerfährt«, scheint er genüßlich zu brummen.



Im Asbach Uralt ist der Geist des Weines!

Alkem-Geschäftsführer attackiert Staatsanwälte

„Geschäft von SPD und Grünen" / Anklage: Unerlaubte Änderungen

D. GURATZSCH, Hanau

Die Hanauer Staatsanwaltschaft hat den Geschäftsführern der Nuklearfabrik Alkem, Alexander Warrikoff und Prof. Wolgang Stoll, vorgeworfen, ohne erforderliche Genehmigung an Betrieb und Anlage der Firma „wesentliche Veränderungen" vorgenommen zu haben. Dies sei zwischen 1975 und 1984 „in mindestens sechs Fällen fortgesetzt handelnd" geschehen, erklärte der Leitende Oberstaatsanwalt, Albert Farwick, gestern in Hanau zu der bereits am vergangenen Donnerstag erhobenen Anklage.

Die ebenfalls angeklagten drei Beamten des hessischen Wirtschaftsministeriums, Hermann Frank, Ulrich Thurmann und Angelika Hecker, hätten „diesen atomgesetzwidrigen Zustand nicht nur geduldet, sondern durch die Erteilung von atomgesetzwidrigen ‚Zustimmungserklärungen' bewußt bei der Durchführung der ‚wesentlichen Änderungen' Beihilfe geleistet." Das Ministerium hat die drei Beamten inzwischen von ihren atomrechtlichen Genehmigungs- und Aufsichtsaufgaben entbunden.

„Problematisches Gutachten"

Der auf seinen eigenen Wunsch von seinen Firmenämtern beurlaubte Geschäftsführer Warrikoff wies die Vorwürfe zurück. Die Staatsanwaltschaft, so Warrikoff, stütze sich im wesentlichen auf ein Gutachten des „engagierten Kernkraftgegners" Roßnagel, der bereits drei Bücher, darunter eines zum „Fall Hanau", veröffentlicht habe. Im Gegensatz zur Rechtsauffassung der Staatsanwaltschaft und ihres Gutachters seien die beanstandeten wesentlichen Änderungen „im Rahmen der bisherigen Tätigkeit" auf Grund der geltenden Gesetze möglich.

In der 680 Seiten starken Anklageschrift zählt die Staatsanwaltschaft als „wesentliche Veränderungen" unter anderem auf: die Erhöhung der innerbetrieblichen Transporteinheiten für Plutoniumoxid, die Lagerung von Brennstäben mit hoher Spaltstoffanreicherung im Atombunker der Firma, die Umstellung des chemischen Teils der Anlage auf eine völlig neue Technik sowie die Errichtung einer Abfallbehandlungsanlage auf Betriebsgelände. Sowohl die Geschäftsführer als auch die angeklagten Beamten seien sich sehr wohl darüber im klaren gewesen, daß dafür Genehmigungen nach Paragraph 7 Atomgesetz notwendig gewesen wären und die „Vorabzustimmungserklärungen" der damit befaßten Beamten nicht dem Atomgesetz entsprechen.

Zum Beleg verwies der sachbearbeitende Staatsanwalt Reinhard Hübner auf zahlreiche Briefstellen und Schriftstücke, aus denen sich die Absicht der Beteiligten ergebe, die vorgeschriebene Öffentlichkeitsbeteiligung zu umgehen, um langwierige Gerichtsverfahren zu vermeiden. Dahinter habe „das Problem" der Firma gestanden, daß die bestehende Betriebsanlage nach übereinstimmender Ansicht sowohl der Beamten als auch der Geschäftsführer nach geltenden Gesetzen nicht genehmigungsfähig sei. Die Beteiligten hätten deshalb befürchtet, daß durch Aufrollung des Verfahrens die Genehmigung für die noch nach altem Atomgesetz und einer Übergangsregelung betriebenen Anlage versagt werden könnte.

Demgegenüber verwies Geschäftsführer Warrikoff darauf, daß mehrere Landes- und Bundesregierungen das Instrument der behördlichen „Vorabzustimmung" für rechtmäßig und richtig gehalten hätten. Noch vor wenigen Tagen habe das ein Abteilungsleiter im Bundesumweltministerium ausdrücklich bestätigt. Im übrigen sei der Genehmigungsantrag der Firma Alkem gemäß Paragraph 7 Atomgesetz „seit über einem Jahr entscheidungsreif". Er werde aus eindeutig politischen Gründen nicht entschieden, weil eine Genehmigung „das Ende der rot-grünen Koalition bedeuten würde". Damit bezog sich der Alkem-Geschäftsführer auf die schriftlich niedergelegte Vereinbarung zwischen Mitgliedern einer rot-grünen Expertenkommission vom Frühjahr 1985, nach der der Alkem-Genehmigungsantrag „nicht entscheidungsreif" sei. Diese Vereinbarung hatte den Weg zur Bildung der rot-grünen Koalition in Hessen geebnet.

Arbeitsplätze gefährdet

Die Hanauer Staatsanwaltschaft, so Warrikoff, wolle nachweisen, daß Alkem „nicht richtig genehmigt" sei, mit der Folge, daß der Weiterbetrieb der Firma mit 550 Arbeitsplätzen und mit ihrer Bedeutung für die gesamte kerntechnische Entwicklung der Bundesrepublik infragegestellt sei. Sie betreibe damit „mit den Mitteln der Strafjustiz das Geschäft von SPD und Grünen, die diese Technik nicht oder nicht mehr wollen."

Gift, Geld und Genossenfilz – in dem Stadtstaat birgt der Müll auch politische Altlast

Das Wohlstandsproblem Müll ist zur politischen Herausforderung für die Gemeinde-, Stadt- und Landesparlamente geworden. Patentlösungen gibt es nicht – aber eine erstaunliche Vielzahl von Ansätzen. Das ergibt die Übersicht der WELT-Landeskorrespondenten von München bis Kiel. Die Palette der Entsorgungsmaßnahmen reicht von der Abfall-Lagerung, Recyclinglösung über die Müll-Verbrennung bis hin zum Müll-Export in die „DDR".



Dohnanyi: Hamburg leistet auch für die anderen Großstädte Pionierarbeit

Von HERBERT SCHÜTTE

Das Stichwort „Müll" löst in Hamburg drei Assoziationen aus: Gift, Geld und Genossenfilz.

Die Metropole ohne eigene Deponieflächen hat das politische Thema Müll ständig deponiert.

In den vergangenen Wochen filterte der Parlamentarische Untersuchungsausschuß Stadtreinigung – in Kurzform treffend „Müll-Ausschuß" genannt – aus 4000 Seiten Vernehmungs-Protokollen einen Abschlußbericht von 400 Seiten. Ein Bericht, der die Verbindung von Geld und Filz aufdeckt, der Vorwürfe von Kungelei, Bestechung und des – so Ausschußvorsitzender Hermann Scheunemann (SPD) zur WELT – „ständigen Belügens von Senat und Parlament" erhebt.

Die Behörden sollen – das wurde bei den Vernehmungen des Ausschusses deutlich – mindestens 65 Millionen Mark Müllgebühren zuviel eingenommen haben.

Scheunemann sieht die Gebührenordnung denn auch als rechtswidrig an; damit sind nach seiner Auffassung jedoch die Kostenbescheide nicht automatisch nichtig. Eine komplizierte Rechtslage für den Bürger. Der Ausschußvorsitzende schlug vor, die Müll-Gebühren vom 1. Januar 1987 an zu senken.

Müll ist ein parlamentarischer Dauerbrenner, schon zwei Untersuchungsausschüsse haben sich mit dem Müllberg Georgswerder befaßt, dem höchsten Gipfel dieser Art in Europa.

Der „Giftberg" mit mindestens 150 000 Kubikmetern Chemiemüll – hier wurde 1983 auch Dioxin entdeckt – machte Hamburgs Politiker ratlos: Wie konnte „die größte Altdeponie Europas, die weltweit unrühmliche Bekanntheit erlangt hat" (Entsorgungs-Senator Jörg Kuhbier), saniert werden und wer soll das bezahlen? So lauteten die Fragen.

Was es kostet, kann man mittlerweile ungefähr angeben: Rund 145 Millionen Mark.

Das Konzept zur Sanierung wird bereits in die Tat umgesetzt: Für die zwei Meter starke Abdeckung des Müllbergs mit 42 Hektar Grundfläche, in dem sieben Millionen Kubikmeter verdichteter Abfälle und giftiger Dioxine lagern, ist der Auftrag erteilt worden.

Der Bau einer Flotationsanlage, die Sickerwasser und Schadstoffe trennen soll, hat begonnen.

Im nächsten Jahr sollen die Vorbereitungen für den Bau einer Hochtemperatur-Verbrennungsanlage geschaffen werden, die auch Dioxinverseuchte Substanzen beseitigt.

Bis dahin soll auch ein Projekt für den Entzug des Stauwassers aus dem Müllberg fertig sein, damit kein Gift ins Grundwasser abfließen kann. Nach Bekanntwerden des Gift-Skandals war Bürgermeister Klaus von Dohnanyi flugs in die Rolle eines Müll-Märtyrers geschlüpft: Hamburg – so ließ er immer wieder verlauten, wenn die Hansestadt wegen Georgswerder in negative Schlagzeilen geriet – Hamburg leiste hier Pionierarbeit für andere Großstädte, Giftmüll gebe es an vielen Stellen, nur in Hamburg sei er schonungslos aufgedeckt worden. „Es gibt keine vergleichsweise Altlast, wo man mit einem wirksamen Konzept so weit ist wie in Georgswerder", stellt der Sprecher der Baubehörde, Detmar Müller-Landre, mit Befriedigung fest.

Inzwischen sind – mit erheblicher Bonner Finanzbeteiligung – zehn Entwicklungsprojekte angelaufen, die sich mit Problemen wie Hochtemperatur-Verbrennungsmöglichkeiten, Sickerflüssigkeitsregelung und Zwischenlagerung befassen. Kosten: 16 Millionen Mark.

Für einen Stadtstaat ohne eigene Deponie-Kapazitäten ist es nach den Erfahrungen der Baubehörde immer schwieriger, die Nachbarländer zur Bereitstellung dieser Flächen zu bewegen. Hamburg sei zur Zeit noch „hoffnungslos" auf die nahe „DDR"-Deponie Schönberg angewiesen, klagt man in der Baubehörde. Die Stadt Hamburg setzt weiterhin auch auf Verbrennung.

Forschungsvorhaben werden deswegen vor allem in der Richtung betrieben, die Entstehung von Dioxin bei der Verbrennung auszuschalten.

Man versucht in einigen Testgebieten Müll zu sortieren.

Im Stadtteil Bergedorf hat man das ein Jahr lang durch die getrennte Sammlung von Kunststoff-Abfällen gemacht. Doch jetzt sitzt man ratlos „auf einem Berg von Kunststoff", wie Müller-Landre zugibt.

Inzwischen ist in einem anderen Stadtteil, in Harburg, der Versuch einer getrennten Abfuhr von Hausmüll und von organischen Abfällen in den „grünen Naßmülltonnen" angelaufen.

Die Beteiligung ist sehr gut, doch der Test mit 3000 Haushalten kostet allein zwei Millionen Mark.

Außerdem ist die Aufnahmemöglichkeit staatlicher Grünflächen für den kompostierten Müll, aber auch die Kooperationsbereitschaft der Bürger, bei zeit- und arbeitsaufwendigen Versuchen mitzumachen, relativ begrenzt.

So steht Hamburg weiterhin in Gefahr, von seinen Müll-Problemen überwältigt zu werden – angewiesen auf die Aufnahmewilligkeit der in der „DDR" gelegenen Mülldeponie Schönberg; bereit, dreistellige Millionenbeträge für Sanierungsprojekte und Folgekosten zu zahlen und ständig auf der Hut gegenüber neuen Giftfunden, die die gesamte Umweltschutz-Kalkulation in der Stadt Hamburg über den Haufen werfen können.

Der alte oder – nach der Hamburger Bürgerschafts-Wahl – neue sorgengeplagte Entsorgungs-Senator ist angesichts dieser „Altlasten" nicht gerade zu beneiden.

Daten und Fakten auf einen Blick

1. Gesamtmüllaufkommen in Hamburg 1985: 930 000 Tonnen über Stadtreinigung zusätzlich 110 000 Tonnen Klärschlamm und 400 000 Kubikmeter Bauschutt. Außerdem 467 000 Tonnen Sondermüll.

2. Müllexport: 110 000 Tonnen Klärschlamm sowie 134 000 Tonnen Müll. Adressat ist die „DDR". Außerdem 115 000 Tonnen Sondermüll in die „DDR", Deponie Schöneberg.

3. Müllimport: keiner

4. Deponie-Kapazitäten: In Hamburg gibt es keine Deponie-Flächen.

Bahr und Axen präsentieren Vertragsentwurf

p. p. Bonn

SPD-Präsidiumsmitglied Egon Bahr und SED-Politbüromitglied Hermann Axen werden heute um elf Uhr in Bonn erneut gemeinsam vor die Presse treten: Sie wollen ihren innerhalb von knapp einem Jahr ausgehandelten Vertragsentwurf für einen atomwaffenfreien Korridor in Mitteleuropa präsentieren. Nach einem gleichartigen Papier über eine chemiewaffenfreie Zone, das beide im Juni 1985 vorgelegt hatten, ist dies das zweite derartige Abrüstungs-Dokument, auf das sich SPD und SED auf Parteiebene geeinigt haben.

Grundlage für diesen neuen Vertragsentwurf, der nach den Vorstellungen der Delegationen auch wieder zum Gegenstand offizieller Verhandlungen zwischen beiden Regierungen in Deutschland gemacht werden soll, sind die Vorschläge der Palme-Kommission vom Juni 1982: Unter energischer Beteiligung Bahrs hatte diese Kommission, zu der unter Leitung des inzwischen ermordeten schwedischen Ministerpräsidenten Palme auch der frühere US-Außenminister Vance, der ehemalige britische Außenminister Owen sowie der Moskauer Spitzenfunktionär Arbatow gehörten, damals einen jeweils 150 Kilometer breiten atomwaffenfreien Streifen beiderseits der innerdeutschen Grenze vorgeschlagen. Arbatow hatte allerdings in einem Minderheitenvotum seine „Zweifel" zu Protokoll gegeben, „ob der Vorschlag eines 300 Kilometer breiten Sicherheitsstreifens im Sinne einer Rüstungskontrolle nützlich ist, weil Atomsprengköpfe rasch in ein Sperrgebiet zurückgebracht werden könnten".

Während die Gespräche über die chemiewaffenfreie Zone, deren Ergebnis allerdings von der Bundesregierung nicht aufgegriffen worden ist, auf eine Vereinbarung zurückgingen, die der Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel während eines Ost-Berlin-Besuchs mit SED-Chef Erich Honecker getroffen hatte, sind die praktisch identischen Delegationen für die Absprachen über einen atomwaffenfreien Streifen während des Brandt-Besuchs bei Honecker im September 1985 vereinbart worden. Die abwechselnd in Bonn und Ost-Berlin geführten Gespräche wurden in einem sehr schnellen Zeitrhythmus durchgeführt, wobei die Verständigung auf einheitliche Definitionen den größten Stolperstein bildete. Die Verifikationsprobleme blieben zweitrangig, nachdem bei den Chemiewaffen eine Formel erarbeitet worden war.

Für seine neue Produktionsanlage hatte er große Pläne.

Mit unserer Investitionsfinanzierung baute er sie um ein Vielfaches aus.

Wenn ein Produkt im Markt erfolgreich ist, die Nachfrage größer wird, sind schnelle Reaktionen gefragt. Bevor die Konkurrenz aktiv wird. Ein rechtzeitiger Ausbau der Produktion erweitert die Marktchancen und das Ergebnispotential.

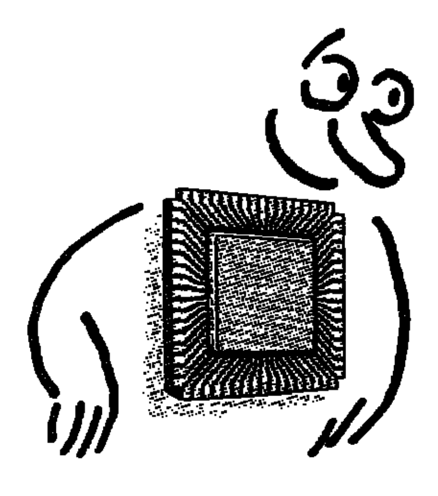
Reden Sie mit uns. Wir sind Ihre Bank.

Mit der BfG:Investitionsfinanzierung können die unterschiedlichsten gewerblichen Objekte finanziert werden. Langfristig. Denn dieser Kredit läuft bis zu 15 Jahre. Und ist außerdem noch in manch anderer Hinsicht sehr flexibel. Zum Beispiel bei den Konditionen – da sind die Tilgungsmodelle so individuell wie die Bedürfnisse unserer Kunden. Auch eine Festzinsvereinbarung bis zu 5 Jahren ist möglich. Wenn Sie also produktiver werden wollen, können Sie auf unsere Investitionsfinanzierung bauen.

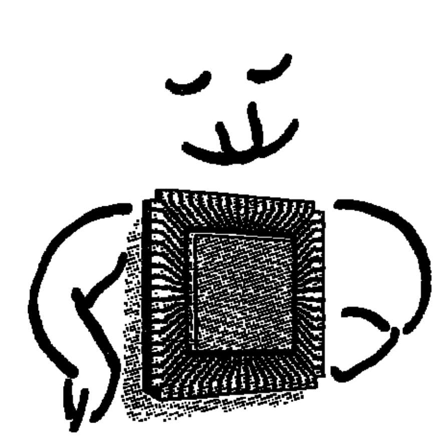


BfG:Ihre Bank

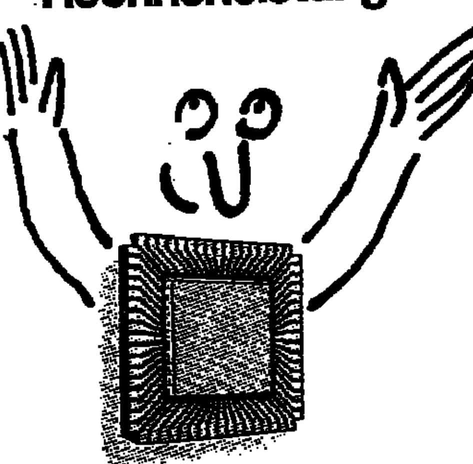
Ich arbeite mit der bewährten Mittelstands-Software



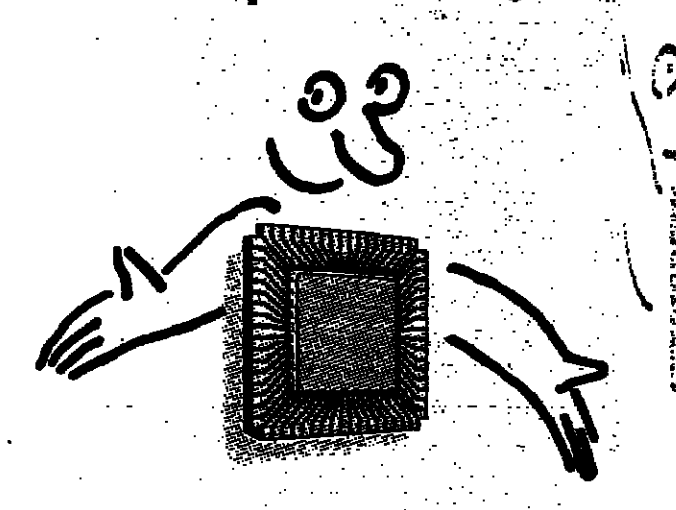
Ich bin kreativ in mehr als 130 Branchen



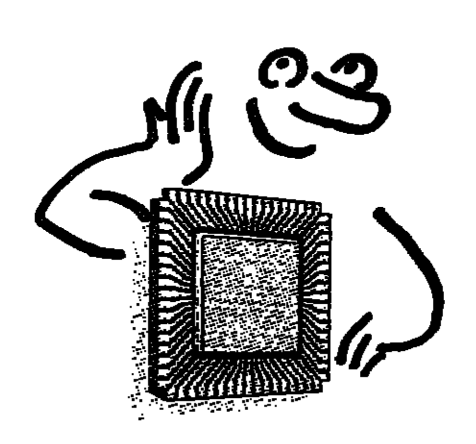
In mir steckt höchste Rechnerleistung



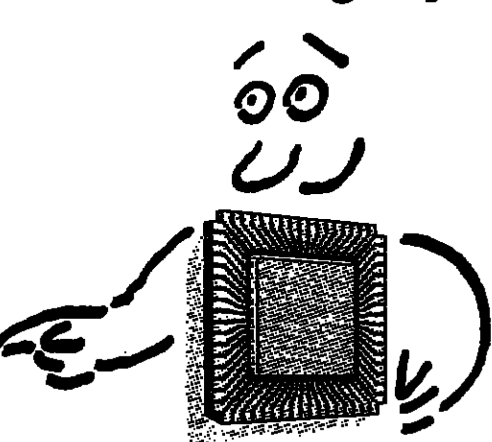
Ich sorge für arbeitsplatzorientierte Computerleistung



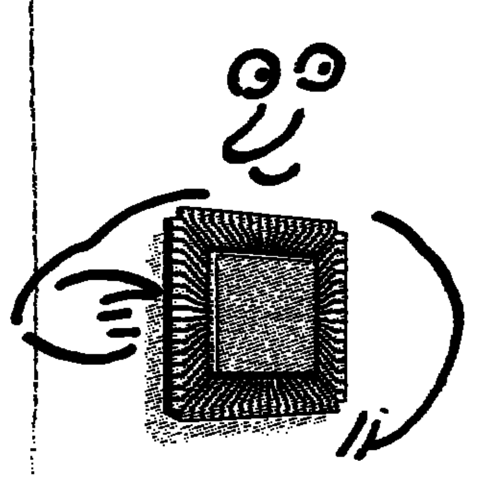
Ich sorge für Leistung nach Maß



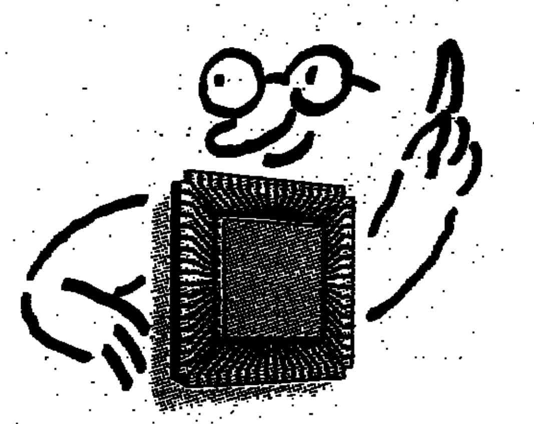
Ich werde betreut durch das einzigartige Fernbetreuungs-System



Ich garantiere Zukunftssicherheit

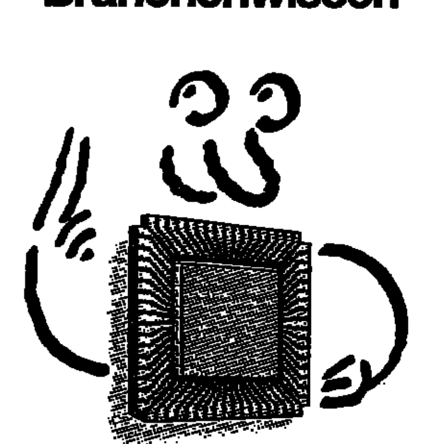


In mir steckt State-of-the-art Technologie

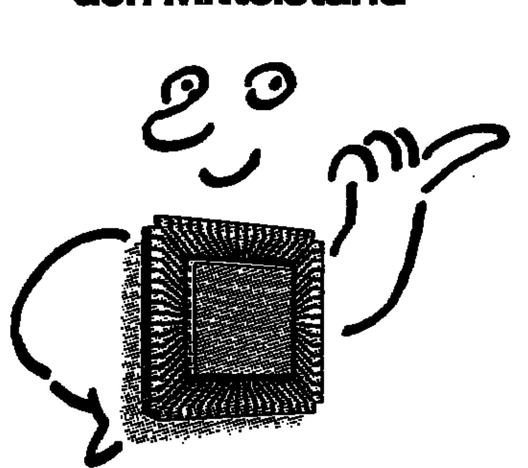


Nixdorf macht e
für den Mte

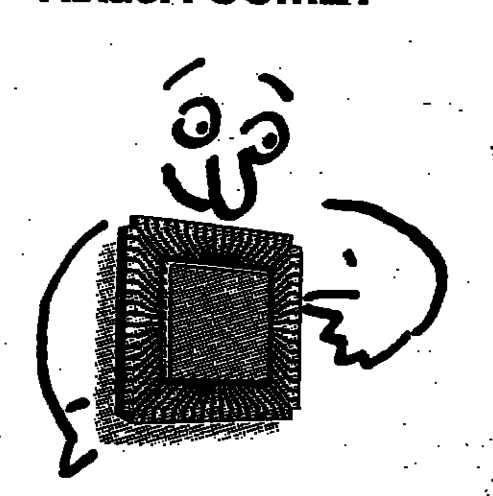
In mir steckt konzentriertes Branchenwissen

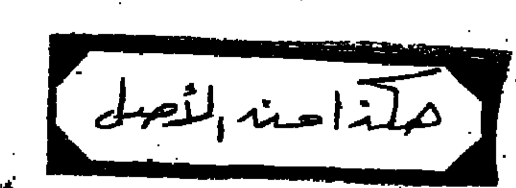


Ich bin kompetent für den Mittelstand



In mir steckt die Softwarestärke von Nixdorf COMET®



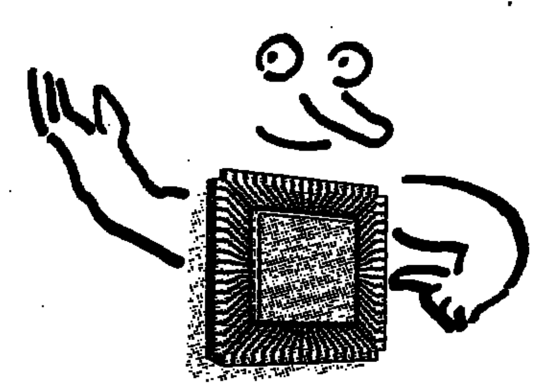


Ich sorge für arbeitsplatzorien... Computerleist...

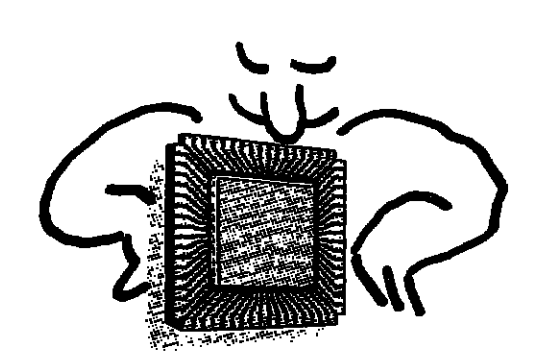
Ich sorge für die Sicherung Ihrer Daten



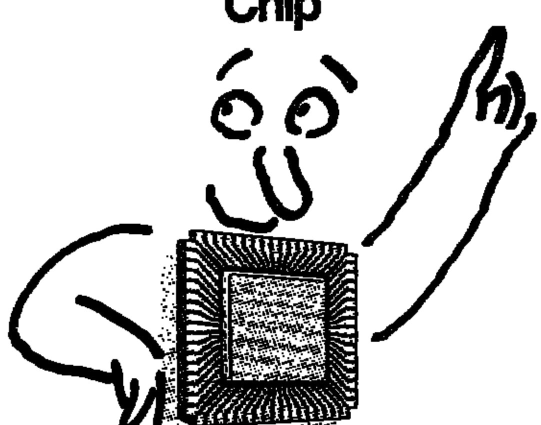
Ich sorge für die Ausbaufähigkeit der Computerleistung



Ich bin bedienerfreundlich zu Ihren Mitarbeitern

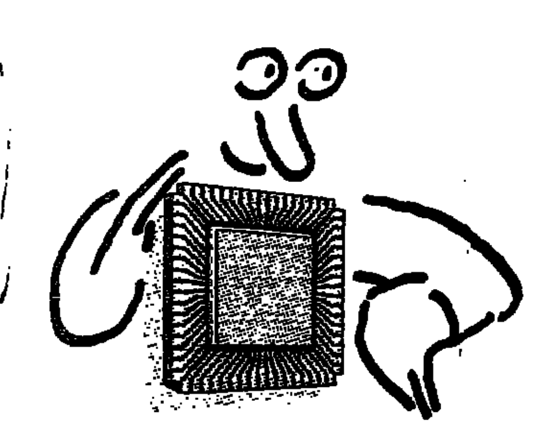


Ich bin ein „kundenspezifischer" Chip

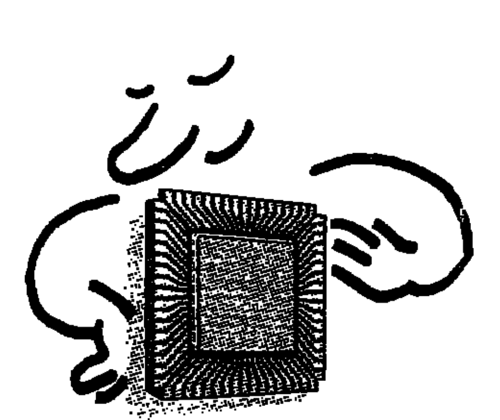


In mir steckt State-of-the Technologie

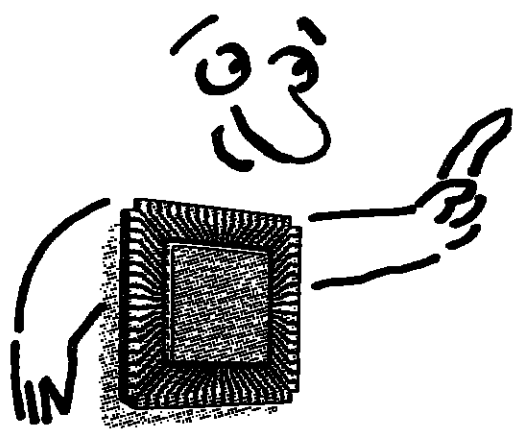
In mir steckt angewandte Intelligenz



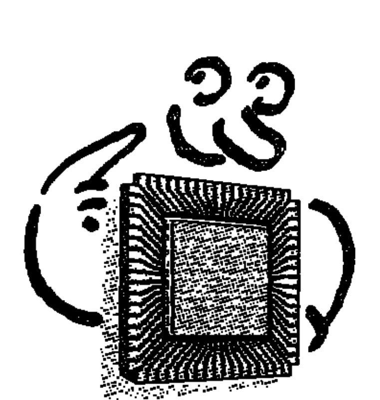
Ich garantiere die Sicherheit der Software-Investitionen



Ich passe mich Ihrer Organisation an



Ich bin kreativ für die integrierte Informationsverarbeitung



...chte Chips kreativ
...n ...ttelstand

Nixdorf 8870: Der Wachstums-Computer mit den kreativen Chips

Der Mittelstand braucht kreative Organisationslösungen. Deshalb hat Nixdorf für den Mittelstand die Chips kreativ gemacht.

Chips, deren Intelligenz in der Anwendung liegt. Chips, in denen das ganze Software- und Branchen-Wissen steckt, das Nixdorf zum Lösungs-Lieferanten für den Mittelstand gemacht hat.

Diese kreativen Chips stecken in der modular aufgebauten, auf Wachstum ausgerichteten Systemfamilie Nixdorf 8870, die jedem mittelständischen Unternehmen eine individuelle Organisationslösung nach Maß bietet. Die Wachstumsfähigkeit ist Grundlage dieses Systems, das immer und überall kreative Lösungen möglich macht.

Damit wird das Nixdorf-System zur Basis für eine zukunftssichere Gesamtlösung.

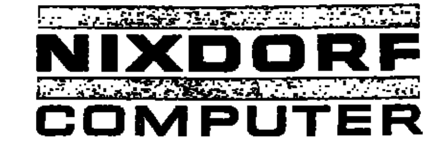
Die Zukunftssicherheit bezieht sich nicht nur auf die Technologie des Nixdorf Systems 8870, sondern auch auf Europas größte Software-Bank, Nixdorf COMET®, aus der sich jeder Anwender seine individuelle Software-Lösung zusammenstellen kann. Zusätzlich bietet Nixdorf für mehr als 130 Branchen spezielle Lösungen an.

Hardware und Software sind nur ein Teil des umfassenden Lösungsangebots von Nixdorf für den Mittelstand. Dazu kommt die individuelle Beratung durch Branchen-Fachleute. Der Service mit dem einzigartigen Fernbetreuungsnetz. Das Aus- und Fortbildungsprogramm in Branchen-Kompetenz-Zentren mit jährlich 3.600 Kursen und Seminaren für Ein- und Aufsteiger aus allen Branchen und Bereichen.

Mit diesem Lösungspaket ist Nixdorf zum bewährten Partner für den Mittelstand geworden.

Wenn Sie mehr über Ihre individuelle Branchenlösung wissen möchten, rufen Sie uns an. Eines der über 60 Nixdorf Service- und Beratungszentren ist gleich in Ihrer Nähe.

Nixdorf Computer AG
Fürstenallee 7, 4790 Paderborn
Telefon 05251/506130
Btx * 55300 *



Täglich droht der Sturz der Regierung Martens

Belgischer Sprachenstreit zieht immer weitere Kreise

HELMUT HETZEL, Brüssel

Der andauernde belgische Sprachenstreit um einen vom höchsten Gericht abgesetzten Provinzbürgermeister droht zu einem politischen Drama für das Land mit anhaltender Regierungskrise zu werden. Wie ein heißes Eisen wird eine echte Lösung des Problems um die Neubesetzung des Bürgermeisteramtes der zu Flandern gehörenden aber mehrheitlich frankophonen Gemeinde Voeren/Fouron zwischen den Regierungsparteien hin- und hergeschoben. Fast stündlich gibt es neue Entwicklungen; täglich droht der Sturz der Brüsseler Zentralregierung.

Neueste Variante im Sprachenstreit-Poker, den beide belgischen Volksgruppen – Flamen und Wallonen – für sich entscheiden wollen und der parteiübergreifend ist:

Die kleinste Regierungspartei im Vier-Parteien-Kabinett „Martens VI", die wallonischen Christdemokraten (PSC), haben den Ball und damit auch die Verantwortung für einen eventuellen Sturz der Regierung in das Lager ihrer flämischen Schwesterpartei, der CVP, gespielt, der auch Premierminister Wilfried Martens angehört.

Die PSC schlägt nämlich vor, den ganzen Streit um die Neubesetzung des Bürgermeisteramtes von Voeren/Fouron für drei Monate auf Eis zu legen. Erst dann soll in einem neuen Anlauf versucht werden, das inzwischen die Grundfesten des belgischen Staates erschütternde Problem zu lösen.

Inzwischen geht es aber bei diesem urbelgischen Sprachenstreit, der daraus entstand, daß das Oberste Gericht den Bürgermeister der flämischen Gemeinde Voeren/Fouron, José Happart, absetzte, weil er kein niederländisch sprach, längst nicht mehr nur um den „Fall Happart" Es geht inzwischen darum, wer aus diesem Streit als eindeutiger Sieger herausgehen kann – Flamen oder Wallonen. Und es geht inzwischen um den nationalen Konsens.

Einer der bisherigen Hauptakteure in dieser „belgischen Tragödie", der christdemokratische wallonische Innenminister Charles Ferdinand Nethomb (50), mußte jetzt „das Handtuch werfen". Nethomb und mit ihm der belgische König Baudouin wurden von José Happart regelrecht vorgeführt, so daß sich der von Nethomb eingesetzte neue Bürgermeister Roger Wynants plötzlich weigerte, sein Bürgermeisteramt anzutreten (WELT v. 18.10.). Der Innenminister war im belgischen Sprachenstreit, der auch Züge eines politischen Schachspiels trägt, mattgesetzt worden und mußte daher seinen Hut nehmen.

Muß handeln: Innenminister Joseph Michel (60)

Nachfolger von Nethomb ist der 60jährige wallonische Christdemokrat Joseph Michel. Er ist als Fachmann für die schwierigen belgischen Autonomiefragen auf Gemeindeebene bekannt. 1974 arbeitete er den nach ihm benannten „Plan Michel" aus. Dieser Plan, de facto eine landesweite Gemeindereform, vereinheitlichte die bis dahin 2359 selbständigen belgischen Gemeinden und faßte sie in 589 Verwaltungseinheiten zusammen. Nur Brüssel blieb von dieser Reform ausgenommen. An dem Wallonen Michel, der nicht nur fließend niederländisch spricht, sondern auch deutsch und englisch hervorragend beherrscht, liegt es nun also, den Sprachenstreit zu lösen. Seine Erfahrung als Ex-Bürgermeister von Virton und ehemaliger Innenminister unter Premier Leo Tindemans (1974) kann er dabei sicher gebrauchen. Auch kommt ihm gelegen, daß nicht er, sondern sein Vorgänger den militanten Wallonen Happart seinerzeit zum Bürgermeister ernannte. Eine Tatsache, die Michel mehr Handlungsspielraum gibt. Und handeln muß er.

Walesa erinnert an Popieluszko

KNA, Warschau

Mehr als 15 000 Gläubige haben am vergangenen Sonntag der Ermordung des polnischen Priesters Jerzy Popieluszko gedacht. Der Geistliche stand der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität" sehr nahe und war vor zwei Jahren von Angehörigen des polnischen Geheimdienstes entführt und getötet worden. Während des Gottesdienstes in der St. Stanislaus-Kirche, auf deren Gelände das Grab von Popieluszko liegt, wurde eine Botschaft von Lech Walesa verlesen. Er rief dazu auf, auch weiterhin treu die Ideale des ermordeten Priesters zu verfechten.

Dänemark: Kaum Asylsuchende

DW. Kopenhagen

Die Zahl der nach Dänemark einreisenden Asylbewerber ist am Sonntag unmittelbar, nachdem ein neues Ausländergesetz in Kraft getreten ist, drastisch zurückgegangen. Am ersten Tag der neuen Bestimmungen hatten sich nur zehn Antragsteller am Kopenhagener Flughafen Kastrup gemeldet. Nach den neuen vom Parlament in der vergangenen Woche beschlossenen Gesetzesänderungen können künftig über Drittländer einreisende Flüchtlinge an der Grenze wieder abgewiesen werden. Bisher durften sie bis zu einer Gerichtsentscheidung im Lande bleiben.

Paris: Ein neuer Skandal belastet die Sozialisten

pr, Paris

Der frühere französische Außenminister beteuert seine Unschuld, doch die Presse fragt hartnäckig weiter: „Roland Dumas, wo sind die elf Millionen Dollar geblieben?"

Seit dem Wochenende beschäftigt die Franzosen ein zweiter „Finanzskandal" der Sozialisten. Nach der Affäre „Carrefour" nun die Affäre „Antigua". Auf dieser Insel in der Karibik wurde eine Flugzeugpiste erneuert. Die Weltbank, die der winzige unabhängige Inselstaat um Hilfe angegangen hatte, schätzte die Kosten auf 750 000 Dollar. Doch keine Bank auf der Welt wollte die Reparatur finanzieren. Bis sich in Burgund die Sozietät „Building Finishing System" dazu bereitfand, eine der Sozialistischen Partei nahestehende Gesellschaft. Das Geschäft wurde auf 11 105 000 Dollar abgeschlossen und durch eine staatliche Bürgschaft abgesichert. Über die Rückzahlung durch das hochverschuldete Antigua machte sich niemand Illusionen.

Die Bedenken bei der Kommission für Staatsgarantien bei Außenhandelsgeschäften wurden am 21. Oktober 1985 durch einen Brief des Außenministeriums zerstreut. Der Brief trägt die Unterschrift des Kabinettschefs, Marc Perrin de Brichambaut. Doch davon will heute der damalige Außenminister Roland Dumas nichts mehr wissen.

Dafür kommen andere Namen ins Spiel, die eine Querverbindung zu der Carrefour-Affäre nicht mehr ausschließen. Wieder fällt der Name Yves Chalier, des flüchtigen Kabinettschefs des früheren Entwicklungshilfeministers Christian Nucci. Beide hatten Verbindungen zu einer Geld-Sammelstelle, über die 60 Millionen Franc Quittungsgelder abgezweigt wurden – wahrscheinlich in die Parteikasse der Sozialisten. Neun Anklagen wurden bisher erhoben. Die Untersuchung verläuft dennoch äußerst schleppend, nachdem die Bürgerlichen nach dem Machtwechsel im März die kuriosen Machenschaften im „Carrefour du développement" aufgedeckt hatten, wobei nicht kontrollierte Summen angeblich für das afrikanische Gipfeltreffen von Bujumbura eingesetzt worden waren, was wiederum den Elysee-Palast ins Zwielicht brachte.

In der Antigua-Affäre ist es jedoch wieder der sozialistische Entwicklungshilfeminister, der in dieser trüben Angelegenheit mitmischt. Nucci empfängt am 26. September 1985 statt Roland Dumas den antiguanischen Minister V. C. Bird. Yves Chalier hat danach eine Unterredung mit dem französischen Botschafter Gilbert Bochet: „Ihre Einstellung zu dem Flughafenprojekt ist bisher negativ, es ist an der Zeit, daß Sie Ihre Meinung ändern – wenn Sie nicht anderen Sinnes werden, haben Sie die Konsequenzen zu tragen ..."

Die Aufregung in Paris ist wieder einmal groß, aber auch dieser zweite sozialistische Finanzskandal wird voraussichtlich im Sande verlaufen. Über Geld spricht man in Frankreich ungern, über die Parteienfinanzierung schon gar nicht.

Konservative erobern Rathäuser der drei größten Städte Griechenlands

KP verweigerte Sozialisten Unterstützung bei Bürgermeisterwahlen / Warnung an Papandreou

E. ANTONAROS, Athen

Mit Hupkonzerten, Freudentänzen, einer improvisierten Riesenfeier auf Athens Verfassungsplatz und viel Feuerwerk haben die Anhänger der bürgerlichen Oppositionspartei „Neue Demokratie" in der Nacht zum Montag die für sie unerwartet günstigen Ergebnisse bei der zweiten Runde der Kommunalwahlen gefeiert: Die konservativen Kandidaten haben in Griechenlands drei größten Städten – Athen, Saloniki und Piräus – wider Erwarten ihre sozialistischen Gegner geschlagen und werden demnächst als neue Bürgermeister in die Rathäuser einziehen.

Das Ergebnis ist ein äußerst schwerer Rückschlag für die seit 1981 regierende sozialistische Pasok-Partei und bestätigt den bereits am ersten Wahlsonntag spürbar gewordenen Trend zu den Konservativen.

Kritik an Sparpolitik

Oppositionschef Konstantin Mitsotakis sprach in der Wahlnacht von einer „Minderheitsregierung der Sozialisten". Dennoch rechnet man in Athen kaum damit, daß der erst im Juni 1985 wiedergewählte Ministerpräsident Andreas Papandreou, der über eine komfortable Mehrheit im Parlament verfügt, in die Versuchung geraten könnte, die erst im Sommer 1989 fälligen Parlamentswahlen vorzuziehen. Eher wird der Ministerpräsident darum bemüht sein, bis dahin das Steuer herumzureißen und die Popularitätsverluste wettzumachen.

Papandreous Partei hat die drei größten Städte wegen der Haltung der Moskau-freundlichen KP Griechenlands (KKE) verloren. Nach der ersten Wahlrunde hatte sie beschlossen, Athens bisherigen sozialistischen Bürgermeister Beis nicht zu unterstützen. Auch in anderen Städten müssen, wie aus einer ersten Analyse eindeutig hervorgeht, viele Kommunisten ihre Stimme nicht dem sozialistischen, sondern dem bürgerlichen Kandidaten gegeben haben. Dadurch hat die erst 1974 legalisierte KKE, die die Sparpolitik der Sozialisten auf Schritt und Tritt kritisiert und die Einführung des Verhältniswahlrechts verlangt, ihre Macht demonstriert und Papandreou gezeigt, daß ohne sie links von der Mitte nichts mehr geht.

Anders ist es nicht zu erklären, daß der große Sieger dieser Wahlschlacht, der frühere Industrie- und Finanzminister Miltiades Evert, seinen Stimmenanteil von 44,5 auf 54,8 Prozent erhöhen und zum neuen Bürgermeister von Athen gewählt werden konnte. In Piräus besiegte der frühere Kulturminister Andrianopoulos den bisherigen sozialistischen Bürgermeister Papaspyrou; auch in Saloniki wurde der bisherige Bürgermeister Manavis, ebenfalls ein Sozialist, vom konservativen Abgeordneten Kouwelas geschlagen.

„Eindeutige Botschaft"

Obwohl der Charakter der Stichwahl, zu der sich nur jeweils zwei Kandidaten stellen durften, das Ergebnis verzerrt, sind Wahlanalytiker der Meinung, daß die Sozialisten seit der Parlamentswahl 1985 knapp 13 Prozentpunkte eingebüßt haben müssen.

Von den 303 Kommunen, in denen am Sonntag gewählt wurde, sind 145 an die Sozialisten, 79 an die „Neue Demokratie", 53 an die Kommunisten und 14 an Unabhängige gegangen. Dieses Ergebnis wurde zwar von den Propagandisten der offiziösen Athener Nachrichtenagentur als ein „großer Sieg der Sozialisten" gefeiert. Verschwiegen wurde dabei allerdings, daß die Pasok-Partei nach den letzten Kommunalwahlen 1982 mehr als 220 Bürgermeister stellen konnte. Selbst Papandreou sprach von einer „eindeutigen Botschaft", die seine Partei erhalten habe. (SAD)

Fragen nach dem Geständnis der Attentäter von Jerusalem

Dschihad oder Fatah ? / Israeli in syrischer Gefangenschaft

E. LAHAV, Jerusalem

Drei junge Araber aus Ost-Jerusalem haben die Täterschaft an dem Handgranatenanschlag vom vergangenen Mittwoch zugegeben. Zwar behaupten sie, Mitglieder der proiranischen Organisation „Islamischer Dschihad" zu sein, gaben jedoch auch zu, in Jordanien durch Funktionäre der „Fatah" für den Dschihad angeworben worden zu sein.

Die israelischen Sicherheitsdienste nehmen dies noch nicht als bare Münze. Es wäre das erste Mal, daß ein Ableger dieser radikal-islamischen Organisation in Jerusalem oder im Westjordanland in Erscheinung getreten wäre. Zunächst jedoch wird diese Aussage für die Ermittlungen ernstgenommen.

Die Festnahme der drei Attentäter wird als glänzender Erfolg angesehen. Schon einen Tag nach dem Anschlag waren sie in Gewahrsam und am nächsten Morgen standen sie vor dem Amtsrichter, der einen Haftbefehl erließ. Bis Sonntag abend jedoch blieb die Nachricht geheim. Zwei von den dreien sind Cousins und wohnen im Dorf Silwan, das sich unmittelbar dem Parkplatz anschließt, auf dem der Anschlag verübt wurde. Der dritte wohnt im Dorf Abu-Tor, das aus einem moslemischen und einem jüdischen Teil besteht. Der moslemische Teil grenzt an Silwan.

Gleich nach dem Anschlag am Mittwoch abend verhaftete die Polizei 27 Araber aus dem Dorf Silwan und unterzog sie einem Verhör. Die Verhafteten erwiesen sich als unschuldig und wurden freigelassen. Sie gaben aber Informationen, die am nächsten Vormittag zur Auffindung der drei führten. Diese bestritten anfänglich alles, doch Samstag gegen Mitternacht gestanden sie, nachdem in ihren Zimmern Waffen und Propagandamaterial gefunden worden war. Mittlerweile haben sie den Anschlag auch vor einer Videokamera rekonstruiert. Noch gesucht werden Verbindungsmänner der drei Täter zu ihrer Dachorganisation.

Der israelische Pilot, der im Verlauf der israelischen Vergeltungsaktion über Libanon aus seinem brennenden Flugzeug absprang, ist jetzt anscheinend in syrischer Gefangenschaft. Zwar können diese Erkenntnisse noch nicht bestätigt werden, aber zahlreiche Anzeichen erhärten diese Annahme. Dadurch wird es viel schwerer, den Gefangenen freizubekommen. Aus dem Bericht des anderen israelischen Piloten, der von seinen Kameraden gerettet wurde, entnehmen die Experten der Luftwaffe „mit einer Sicherheit von 97 Prozent", daß das Flugzeug nicht von einer Rakete vom Boden getroffen wurde, sondern daß eine der Granaten an Bord gleich beim Abschuß explodierte. (SAD)

Shamir setzt neue Akzente

hav, Jerusalem

Noch mehr Einsparungen im Staatshaushalt und noch mehr Wettbewerb sowie eine leichtere Steuerlast, um das Wachstum zu fördern – dies sind die wichtigsten Züge der Wirtschaftspolitik, die der neue israelische Premierminister Yitzhak Shamir in seiner Antrittsrede in der Knesset am Montag vorzeichnete. „Initiative, Leistung, Originalität und persönliche Verantwortung sollen gefördert werden, damit jeder arbeitende Bürger seinen Lebensunterhalt in Würde bestreiten kann."

Gleichzeitig machte Shamir klar, daß unter den Grundsätzen seiner Politik vor allem „zionistische Werte" gefördert würden, zum Beispiel „die Siedlungstätigkeit im ganzen Lande Israel". Im Klartext heißt dies, daß die Besiedlung der besetzten Gebiete weitergeht, daß sich aber Shamir – trotz des Drängens rechtsradikaler Organisationen – zu keiner Mindestanzahl neuer Siedlungen verpflichten will. Shamir sieht auch hier die Haushaltskürzungen als Hemmnis.

Im außenpolitischen Teil seiner Rede bekräftigte Shamir erneut das Streben nach Frieden , wie gehabt unter Ausschluß eines palästinensischen Staates. Ebenso könne es keine Verhandlungen mit der PLO geben und „kein internationales Forum kann als Ersatz für direkte Verhandlungen dienen". Daraus läßt sich herauslesen, daß Shamir keine Einwände gegen die von Peres angeregte internationale Konferenz hat, aber nur als Eröffnungsphase. (SAD)

Propaganda wie zu Stalins Zeiten

lim. Bonn

So hatten sich die Organisatoren des Weltfriedenskongresses ihre Veranstaltung in Kopenhagen nicht vorgestellt. Der Kongreß sollte ein Image des Weltfriedensrates als dialogfähiges Weltforum im Westen verbreiten. Stattdessen weiß nun die westliche Öffentlichkeit, daß diese älteste sogenannte Frontorganisation Moskaus von moderner Publizistik und Transparenz so wenig hält wie zu Stalins Zeiten.

Ein Beispiel: Als der afghanische im Exil lebende Professor Batin Sha Safi über die Zustände an den Schulen in seinem Land seit der sowjetischen Besetzung berichten wollte, fehlte dem Simultan-Übersetzer, der wie fast alle Dolmetscher aus Osteuropa kam, schlicht das Verständnis. Mit den Worten: „Der Redner spricht am Thema vorbei" stellte der Interpret die Übersetzung ein. Professor Safi sprach ins Leere.

Ein weiteres Beispiel: Als offizielle Kongreßanschrift diente der Name des dänischen Radikal-Sozialisten Hermod Lannung. Lannung ist 91 Jahre alt und war zwei Jahrzehnte lang leitendes Mitglied der dänischen UN-Delegation, außerdem Ehrenvorsitzender der „Liberalen Internationale". Das sind gute Tarnvoraussetzungen. Lannung aber ist auch einer der 13 Vizepräsidenten des „Internationalen Verbindungsforums der Friedenskräfte", die wiederum enge Verbindungen zum Weltfriedensrat unterhält und, noch enger, zum „Sowjetischen Friedenskomitee". Über diese Einrichtung steuert die Internationale Abteilung des ZK der KPdSU die einzelnen Frontorganisationen. Die Internationale Abteilung gilt als ein Kopf der Hydra sowjetischer Desinformationspolitik. Der Polit-Kreis Lannung sollte für eine gediegen neutrale Position stehen. Aber schnell waren seine Marionetten-Fäden nach Moskau in der dänischen Presse ans Licht und der ganze Kongreß so in Verruf gebracht, daß selbst dänische Kommunisten nicht mehr daran teilnehmen wollten.

Das Experiment, den Weltfriedensrat erstmals im Westen auftreten zu lassen, ist also mißglückt. In Moskau wird man sich nun vielleicht fragen, ob es nicht zweckmäßiger ist, den Weltfriedensrat nur noch wie bisher vor heimischem Publikum auftreten zu lassen. Außerdem ist die heimliche Finanzierung im westlichen Ausland schwieriger. Aufgeben wird man ihn kaum, dafür hat Moskau zuviel in die weltweite Mammut-Organisation investiert. Schließlich kostet der Weltfriedensrat die Sowjetunion jährlich rund 50 Millionen Dollar. Und er hat auch seine Meriten. 1949 gegründet, 1951 aus Paris (wegen „Aktivitäten der fünften Kolonne"), später auch aus der Bundesrepublik und Österreich ausgewiesen, stützte er propagandistisch die sowjetischen Invasionen in Ungarn, der CSSR und Afghanistan und marschierte bei Pazifistenbewegungen gegen die Nachrüstung, die Neutronenwaffe oder jetzt SDI immer in der ersten Reihe mit. Solch treue Genossen alter Schule haben im Kreml noch viele Partner.

Ungarn vor 30 Jahren: Zum zweiten Mal wurde Budapest von Sowjetpanzern niedergewalzt / Imre Nagys verzweifelter Aufruf

„...erklärt die Neutralität der Ungarischen Volksrepublik"

Von C. G. STRÖHM

War der ungarische Aufstand von 1956 eine Revolution – wie der Westen behauptet – oder handelte es sich um eine „Konterrevolution"? Die Sowjets und auch die ungarischen Kommunisten halten bis auf den heutigen Tag an der Version von der angeblichen „Konterrevolution" fest. Wer neueste amtliche Budapester Darstellungen zu den Oktober-Ereignissen vor dreißig Jahren zur Hand nimmt – etwa das in englischer Sprache erschienene Buch des hohen KP-Funktionärs und Chefredakteurs der Parteizeitung „Nepszabadsag", Janos Berecz – wird nicht nur die erstaunliche These vorfinden, wonach nur etwa 10 000 „Konterrevolutionäre" – allerdings mit Unterstützung der westlichen „Imperialisten", besonders der Amerikaner – den Kommunismus in Ungarn gestürzt haben.

Er wird auch mit der offiziellen Version von den vier Ursachen bekanntgemacht, welche die (Konter-) Revolution ausgelöst haben sollen: Da waren also die schweren Fehler des seinerzeitigen Parteichefs Matyas Rakosi – aber seltsam genug: daß dieser Rakosi jahrelang der Exponent und Vertrauensmann Moskaus war, wird nicht gesagt. So kommt es einem vor, als habe Rakosi seine monströsen Verbrechen aus dem luftleeren Raum und nicht als Beauftragter der Sowjetmacht begangen.

Zweitens ist vom „Revisionismus" und vom „Verrat" Imre Nagys die Rede – also von jenem Mann, der 1945 als „Moskowiter" aus der sowjetischen Emigration heimkehrte, der dann zum Gegenspieler des Stalinisten Rakosi wurde und der in den Tagen des Aufstandes zwei Verbrechen beging, die in den Augen der Sowjets todeswürdig waren: Er verkündete als Ministerpräsident zuerst das Ende der kommunistischen Einparteienherrschaft und die Rückkehr Ungarns zu einem pluralistischen Mehrparteiensystem – wobei als erstes die Sozialdemokraten und die Partei der kleinen Landwirte wieder auf der politischen Bühne erschienen. Damit beseitigte er eine der wichtigsten Errungenmschaften des Sowjetsystems – die monolithische Struktur des Systems. Noch gravierender aber war, daß Nagy am 1. November 1956 den Austritt seines Landes aus dem Warschauer Pakt erklärte und zugleich eine Neutralitätrserklärung abgab – wobei ihm Österreich, das ein Jahr zuvor seine Neutralität proklamiert und seine Besatzungstruppen losgeworden war – als offensichtliches Vorbild diente. Imre Nagy erklärte damals über den ungarischen Rundfunk:

„Die ungarische Nationalregierung, erfüllt von tiefer Verantwortung für Ungarns Volk und Geschichte und als Sprecherin des ungeteilten Willens der Millionen Ungarn, erklärt die Neutralität der Ungarischen Volksrepublik. Das ungarische Volk wünscht – auf der Grundlage von Unabhängigkeit und Gleichberechtigung und im Geist der Charta der Vereinten Nationen – in wahrer Freundschaft mit seinen Nachbarn, mit der Sowjetunion und allen anderen Völkern der Welt zu leben. Das ungarische Volk wünscht die Festigung und weitere Entwicklung der Errungenschaften seiner nationalen Revolution, ohne sich einem Machtblock anzuschließen. Der jahrhundertealte Traum des ungarischen Volkes ist erfüllt."

Heute weiß man, daß dieser Schritt Imre Nagys nicht leichtfertig erfolgte, sondern von Verzweiflung diktiert war. Die inzwischen zu einem Koalitionskabinett umgewandelte Regierung Nagy hatte Nachrichten über eine dramatische Verstärkung sowjetischer Verbände aus dem ganzen Land erhalten. Über die sowjetische Grenze, aber auch aus Richtung Rumänien (das damals von sowjetischen Truppen besetzt war) strömte sowjetisches Militär, darunter Tausende von Panzern, ins Land.


Juri Andropow

„Der jahrhundertealte Traum des ungarischen Volkes ist erfüllt", rief Imre Nagy, und: „Der revolutionäre Kampf des ungarischen Volkes und seiner Helden hat endlich die Sache der Freiheit und Unabhängigkeit zum Siege geführt. Dieser heroische Kampf hat ermöglicht, in den internationalen Beziehungen unseres Volkes dessen fundamentales nationales Interesse durchzusetzen: die Neutralität." Es war eine Illusion.


Imre Nagy

Gleichzeitig verschwand aus Budapest ein Mann, der bisher als Vertrauter oder zumindest Kampfgefährte Imre Nagys gegolten hatte – Janos Kadar, der die neue kommunistische Partei des Landes aufbauen sollte. Heute wissen wir, daß Kadar, der noch am 30. Oktober erklärt hatte, er werde sich den sowjetischen Truppen mit bloßen Fäusten entgegenstellen, wenn sie noch einmal zurückkehren sollten, sich eines anderen besonnen hatte. Was den später berühmt gewordenen ungarischen KP-Chef dazu bewegt hatte, die Fronten zu wechseln und sich in den Schutz der Sowjets zu begeben, um sich dort Moskau zur Verfügung zu stellen, ist bis heute ebensowenig geklärt, wie seine Rolle beim späteren Schicksal Imre Nagys – der beim zweiten Angriff der Sowjets auf Budapest in die jugoslawische Botschaft flüchtete und den die Sowjets dann unter Bruch des Tito gegebenen Wortes nach Rumänien entführten, um ihn zwei Jahre später – wohl nicht zufällig am 17. Juni 1958 – nach einem Geheimprozeß in Budapest hinrichten zu lassen.

Ein weiteres tragisches Schicksal erfüllte sich in jenen Budapester Tagen: Der junge Panzeroberst und spätere Generalmajor Pal Maleter war mit seinen Panzertruppen auf die Seite der Aufständischen getreten und hatte den Sowjets in Budapest eine erbitterte und schließlich für die Ungarn siegreiche Schlacht geliefert. Maleter wurde von den Sowjets unter Vorspiegelung von Verhandlungen in das russische Militärhauptquartier bei Budapest gelockt. Während der ungarische Offizier noch glaubte, über den Abzug der Sowjettruppen zu verhandeln, öffnete sich eine Tür und KGB-Spezialeinheiten stürzten herein, um ihn und seineBegleiter zu verhaften. Er sollte die Freiheit nie wiedersehen. Gemeinsam mit seinemm Regierungschef wurde ihm ein Geheimprozeß gemacht – er endete am Galgen.

Am 4. November 1956 begannen Tausende von sowjetischen Panzern den Angriff auf Budapest. Sowjetische Truppen rollten in die Provinzstädte, besetzten die öffentlichen Gebäude. Die ungarischen Aufständischen leisteten verzweifelten Widerstand – aber diesmal konnte am Ausgang des ungleichen Kampfes kein Zweifel bestehen. Budapest wurde zum zweiten mal innerhalb von zwölf Jahren wieder von überlegener sowjetischer Militärmacht niedergewalzt.

Vielleicht sollte man sich in diesen Tagen an die Worte des ungarischen Staatsministers Istvan Bibo erinnern, der am Tage der Sowjetinvasion die letzte Erklärung der Regioerung Nagy abgab. Er sagte: „Vor aller Welt weise ich die verleumderische Behauptung zurück, daß die glorreiche ungarische Revolution durch faschistische und antisemitische Exzesse befleckt wurde ... Das ungarische Volk erhob sich nur gegen eine fremde Erobererarmee und gegen seine eigenen Henker ..."

Damit zeigt sich aber auch, daß die dritte und vierte offizielle östliche These zu den ungarischen Ereignissen – nämlich daß „innere Klassenfeinde" und westliche Imperialisten sie auslösten – kaum haltbar sind.

„Die Russen brauchten eine Unterschrift für die UNO"

Wer forderte in der ungarischen KP-Führung 1956 den Einsatz sowjetischer Truppen gegen den in Budapest ausgebrochenen Aufstand? In seinem soeben im Zürcher Ammann-Verlag erschienenen Buch „Im Schatten einer Idee" gibt darauf der seinerzeitige ungarische KP-Ministerpräsident der Stalin-Ära und heutige Dissident Andras Hegedüs die Antwort:

Auf die Frage seines Interviewpartners Zoltan Zsille, wann 1956 die Frage eines Eingreifens sowjetischer Truppen erstmals auftauchte, antwortet Hegedüs:

„In einem Telefongespräch zwischen Gerö (damals Parteichef) und Andropow (damals Sowjetbotschafter in Budapest, später sowjetischer KP-Chef).

Zsille: Auf wen ging der Vorschlag ursprünglich zurück? Auf Gerö oder Andropow?

Hegedüs: Es ist vorstellbar, daß der Vorschlag von Gerö ausging. Eines ist sicher, nämlich daß Andropow erklärte, zu einer solchen Entscheidung sei Gerös Zustimmung allein nicht ausreichend. Von einem konkreten Einsatz war damals noch keine Rede. Wir wußten lediglich, daß die Demonstration die von uns als normal empfundenen Grenzen überschritten hatte. Das Stalindenkmal war bereits umgestürzt, die roten Fahnen verbrannt und das Wappen des Roten Sterns aus den ungarischen Fahnen herausgeschnitten worden.

Gerö und Andropow nahmen Imre Nagys (neu ernannter Ministerpräsident und Altkommunist. Später als „Verräter" hingerichtet) Einverständnis, daß die sowjetischen Truppen nötigenfalls in Budapest einmarschieren sollten, als gegeben an. Gerö bat Imre Nagy zu unterschreiben, daß er als Ministerpräsident damit einverstanden sei. Imre Nagy unterschrieb jedoch nicht. Er verzögerte die Angelegenheit. Gerö lief mit dem Brief in der Hand Imre Nagy hinterher, damit dieser unterschreibt. Und Imre Nagy beschleunigte seine Schritte, am Ende rannte er schon beinahe vor Gerö davon. Mit einem Wort: Imre Nagy unterschrieb nicht.

Das zog sich bis zum 26. Oktober 1956 hin, bis man die Sache nicht länger hinausschieben konnte. Für irgend jemanden mußte die sowjetische Einmischung offensichtlich dokumentiert werden. So blieb Gerö und Andropow nichts anderes übrig, als mich um die Unterschrift zu bitten. Ich unterschrieb den Brief. Ich hielt das für völlig natürlich. Ich mußte die Verantwortung mittragen. Zugleich verstand ich vollkommen, daß Imre Nagy nicht unterschrieb. Denn die Unterschrift hätte gegen ihn verwendet werden können.

Zsille: Warum unterschrieb Gerö nicht? Er war der Erste Sekretär der Partei?

Hegedüs: Die Russen hätten die Ereignisse vor der UNO nicht dokumentieren können. Sie brauchten von der Regierung eine Unterschrift.

Zsille: 1968 in der Tschechoslowakei war man nicht mehr so kleinlich.

Hegedüs: Ich bin mir keineswegs sicher, ob sich dort niemand über den Einmarsch gefreut hat. Zum Beispiel Bilak. Ich hatte das Empfinden, mit der Unterschrift eine enorme historische Verantwortung auf mich zu nehmen. Dennoch konnte ich nicht umhin, zu unterschreiben.

(Andras Hegedüs: Im Schatten einer Idee. Amann-Verlag, Zürich)

Ihre Ideen sind Kapital. Wir zahlen sie Ihnen aus.

Gute Ideen sind Geld wert. Und deshalb honorieren wir sie auch.

Denn wir halten Kreativität für eine Eigenschaft, die sich um Wirtschaft und Arbeitsplätze verdient macht, wie keine andere. Denn Einfälle finden auch in vollbesetzten Märkten noch Lücken und gute Ideen schneiden auch im schärfsten Wettbewerb gut ab.

Also muß man Ideen fördern und ihnen die Mittel zur Verfügung stellen, die sie brauchen.

Diese Mittel bestehen erstens aus dem Wissen um die »Rentabilität« einer Idee, damit sie auf dem Markt bestehen kann. Und zweitens aus einem maßgeschneiderten Finanzierungsangebot wie z.B. unserem HYPO-Bankdarlehen, das wir eben nicht nur von den üblichen Sicherheiten abhängig machen, sondern auch auf eine Idee bauen, die ihr Geld wert ist.

Schließlich vertrauen unsere Kunden ja auch unseren Ideen.

Wir lassen uns etwas für Sie einfallen.



Die HYPO. Eine Bank – ein Wort.

Michael R. Probst
HYPO-BANK

8. Folge: Wie der Computer-Spion Gerhard Arnold alias „Sturm" Ost-Berlin Millionen an Entwicklungskosten ersparte



Werner Stiller: Als Bonn anfing, auf die RAF-Terroristen Jagd zu machen, mußten unsere Agenten mit dem Flugzeug reisen FOTO: KLAUS MEHNER

Einer der wichtigsten Agenten in der Bundesrepublik, die Werner Stiller als MfS-Offizier zu führen hatte, trug den Tarnnamen „Sturm". Der Computer-Fachmann lieferte alles, was er an Unterlagen über westliche Elektronik erwischen konnte. Eine einzige Sendung, so erzählt Werner Stiller in dieser Folge, war nach Ostberliner Schätzungen 55 Millionen DM wert.

FLUGHAFEN BERLIN-SCHÖNEFELD

Eine Drehscheibe für die Reisekader des MfS: Ost-Berlins Flughafen Schönefeld FOTO: JUPP DARCHINGER

In seiner MfS-„Burg" versteckt Stiller heißes Material für den BND

In meiner konspirativen Wohnung in der Marienburger Straße richtete ich mir ein Versteck ein, in dem ich künftig all das aufbewahrte, was nach meiner Einschätzung für die westliche Seite später einmal interessant werden konnte. Über der Kochnische befand sich eine Zwischendecke aus Plastikplatten. Darüber war genügend Raum, um solche Unterlagen dort unterzubringen. Das Risiko schien mir gering, denn ich war der einzige Mitarbeiter, der diese Wohnung zu Treffs benutzte.

Nach den beiden Westwerbungen konzentrierte ich mich weiter auf den Ausbau meines Inlandsnetzes und die Verbreiterung der DDR-Basis. Doch alle Hochschullehrer, die die politischen Voraussetzungen erfüllten, waren schon irgendwie beim MfS gebunden. Dabei überprüfte ich am Ende – eigentlich nur zur „Abrundung" meiner Liste – auch den Direktor der Sektion Physik an der Humboldt-Universität, den Genossen Professor Rudolf Hermann. Ich erwaretete natürlich, daß er in seiner Position längst dem MfS verpflichtet war. Doch erstaunlicherweise war er bei der Registratur noch nicht als „erfaßt" vermerkt. Ich ließ ihn sogleich für mich festschreiben und machte mich tags darauf auf den Weg, um ihn ohne weitere Umstände zu kontaktieren. Nach den Erfahrungen mit „Fellow" (Deckname für den früheren Göttinger Professor Hauffe – die Red.) waren meine Hemmungen gegenüber hohen akademischen Würdenträgern bedeutend geringer geworden.

EDV: Ohne Spione hoffnungslos zurück

Im Vorzimmer des Direktors angelangt, wurde ich von der Sekretärin gefragt, wer ich sei. Ich bedeutete ihr: „Das sage ich ihm selbst", klopfte kurz an und trat ein. Rudolf Hermann runzelte leicht die Stirn über den unangemeldeten Besucher, doch diese Unmutsregung verschwand sofort, als er meinen Ausweis sah – er hatte also Respekt vor dem MfS. Das war eine gute Grundlage für mein Vorhaben. Ich sah mir den Mann etwas genauer an. Für seine hohe Funktion sah er noch reichlich jung aus; er war mittelgroß, leicht korpulent, mit vollem Gesicht, sorgfältig gescheiteltem schwarzen Haar, Goldrandbrille. Der Professor gefiel mir. Er verhielt sich sehr zuvorkommend und ließ von seiner Sekretärin sogleich Kaffee servieren. Doch meine Fragen nach einigen seiner Mitarbeiter – ich hatte mir einige als weitere Ansprech- und Werbekandidaten ausgesucht –, beantwortete er nur zögernd. Das verwunderte mich, und so fragte ich ihn geradeheraus nach dem Grund seiner Zurückhaltung, wobei ich einen tadelnden Unterton anklingen ließ. Ich erhielt eine Antwort, die mich verblüffte. Hermann sagte, er habe schon eine Verbindung zu Angehörigen des MfS. Die hätten ihm gesagt, er solle gegenüber anderen Mitarbeitern der Staatssicherheit vorsichtig sein. Ich stutzte und erkundigte mich, wer diese Leute seien. Einer hieße Wertke, erklärte der Professor. Ich verabschiedete mich von ihm mit der Bemerkung, die Sache zu klären und dann wiederzukommen.

Den Namen Wertke kannte ich – er war Referatsleiter in der Abteilung XX der Berliner MfS-Verwaltung, der einen Teil der Humboldt-Universität abwehrmäßig bearbeitete. In der Zentrale rief ich den Genossen Wertke an: „Du kennst doch den Professor Rudi Hermann in der Sektion Physik . . ." – „Ja, der ist für mich erfaßt." – „Du mußt dich irren, er ist für mich erfaßt." Wir stritten noch eine Weile darüber, wem der Mann nun „gehörte", wobei Wertke mich mit der Bemerkung abzufertigen suchte, ich möge mir keine Hoffnungen machen, denn „Rudi" arbeite schon seit einiger Zeit für die Abwehr und sei auch verpflichtet. Ich sah schon meine Felle davonschwimmen, doch vorsichtshalber ging ich selbst zur Registratur und ließ die Sache überprüfen. Dort stellte sich heraus, daß Rudolf Hermann zweimal geführt wurde, einmal für Wertke, das andere Mal für mich erfaßt war. Der Grund waren zwei verschiedene Geburtsdaten, einmal der 6. 11. 1936 für „seinen" und das andere Mal der 11. 6. 1936 für „meinen" Rudi. Ein Anruf bei der Meldekartei ergab, daß „mein" Geburtsdatum stimmte. Ich fuhr nun persönlich zu dem roten Backsteinhaus in der Prenzlauer Allee, das die MfS-Verwaltung Groß-Berlin beherbergt.

Wertke drückte mir schweigend die Akte in die Hand und schrieb eine Übergabemitteilung. Die Anwerbung von Pofessor Hermann selbst war nur noch eine Formalität. Deckname „Kaehler". Später konnte ich ihn zu meinen besten Inlandsagenten zählen.

Als die so lange erwartete Partnerschaft mit dem BND endlich Wirklichkeit geworden war, gelang es mir, dem MfS weitaus wichtigere Geheimnisse als die Namen von IM („Inoffizielle Mitarbeiter" des Stasi – die Red.) zu entlocken. Ich machte mir dazu den sogenannten GvD-Dienst zunutze.

Die operativen Telefonanschlüsse der Hauptverwaltungsaufklärung (HVA) mußten rund um die Uhr besetzt sein. Im Hauptgebäude gab es zu diesem Zweck eine Zentrale, die außerhalb der normalen Dienstzeit ankommende Gespräche in die Wohnungen der jeweils zuständigen Bediensteten durchstellte. Zum Betrieb dieser Vermittlung wurden alle operativen Mitarbeiter turnusmäßig herangezogen. Man konnte damit rechnen, einmal im Vierteljahr für eine Nacht oder auch für einen Sonntag dazu antreten zu müssen. Im GvD-Zimmer befand sich ein großer Ordner, der die Namen, Telefonnummern und Adressen fast des gesamten HVA-Personals enthielt.

Alles in allem konnte ich den größten Teil der HVA-Personaldaten mit Namen und genauen Adressen an den BND liefern. Bis es soweit war, versteckte ich all diese und andere nicht weniger brisante Notizen in der Zimmerdecke meiner konspirativen Wohnung.

Dann wurde ich der Führungsoffizier für einen der wichtigsten Agenten des Referats. Mein neuer Mann hatte schon Bedeutendes für die DDR-Wirtschaft und auch für die Landesverteidigung gebracht. Zwei Jahre zuvor hatte er den Friedrich-Engels-Preis Erster Klasse für Leistungen auf dem Gebiet der Militärwissenschaft erhalten. Gerhard Arnold alias „Sturm" wurde 1935 im Erzgebirge in einem einfachen Elternhaus geboren. Seine Eltern ermöglichten dem Sohn in Dresden das Studium der Elektrotechnik. Dann griff das MfS in den Lebensweg Arnolds ein.

Ohne eine besondere nachrichtendienstliche Ausbildung, dafür aber mit einer vom MfS bezahlten S-Bahn-Karte in der Tasche, fuhr der junge Ingenieur nach West-Berlin und gelangte von dort über einige Zwischenstationen nach München. Er heiratete, fand eine Anstellung beim Computerkonzern IBM und arbeitete sich rasch hoch. Die MfS-Zentrale in Berlin war außerordentlich zufrieden mit der Entwicklung des parteilosen, nunmehr unter dem Decknamen „Sturm" geführten Agenten. Schon 1964 begannen die ersten Informationen – Material über Computerprogramme und Betriebssysteme – zu fließen. Diesen erfreulichen Tatbestand nahm man zum Anlaß, Sturm feierlich in die SED aufzunehmen. Ein Instrukteur fand sich in

Im Zentrum der Spionage

dem Ostberliner Landwirtschaftsspezialisten Walter Kremp mit dem wenig originellen Decknamen „Bauer". Er fuhr von 1965 an vier- bis sechsmal jährlich nach München und wartete am Isartor auf Sturm, der in der Regel einen Stapel Firmenschriften mitbrachte. Die Zentrale hatte mit der Verbindung der beiden einen guten Griff getan. „Sturm" und „Bauer" verstanden sich ausgezeichnet. Dem Agrarexperten gelang es, den politisch wenig motivierten, aber dafür immer noch am heimatlichen Erzgebirge hängenden IBM-Mann zu fleißiger Nachrichtenarbeit anzuhalten. Das alles geschah ohne großen Aufwand. Um die Informationen in der Firma zu sammeln, benötigte „Sturm" keinerlei aufwendige technische Hilfsmittel. Die für den Osten so wertvollen IBM-Schriften aller Kategorien über alle möglichen Informationssysteme waren ihm ohne weiteres zugänglich.

1969 kam die große Zeit „Sturms". In der DDR hatte man allmählich begriffen, daß man im ökonomischen Wettlauf mit dem Westen nicht auf die elektronische Datenverarbeitung verzichten konnte. Es war sogar gelungen, den altersstarrsinnigen Ulbricht für eigene Anstrengungen der DDR auf diesem Gebiet zu gewinnen, und zwischen Elbe und Oder setzte nun ein EDV-Boom ein. EDV – diese drei Buchstaben wurden so etwas wie ein Zauberwort. Überall entstanden Datenverarbeitungszentren. Doch ohne die entsprechenden Kenntnisse und das erforderliche kybernetische Vorwissen kam man nicht weit, und eine Bestandsaufnahme ergab, daß der Vorsprung des Westens immens war. Es zeigte sich nun, daß das MfS in diesem Fall die dafür eingesetzten Finanzmittel wert war. Lange vorher hatten die Spezialisten im MfS den Trend erkannt und konnten nun, als die Partei ensprechende Anforderungen stellte, mit einigen guten Positionen zur Ausspähung westlicher Computergeheimnisse aufwarten.

„Sturm" war eine der besonders guten Quellen. Fortan wurde dem MfS alles, was er lieferte, von der DDR-Wirtschaft aus den Händen gerissen. Auch die Volksarmee glaubte nun nicht länger abseits stehen zu dürfen. Mit eigenen Fähigkeiten und Potentialen haperte es immer noch, aber zum Kopieren dessen, was bei IBM entwickelt worden war, langte es. So kann man „Sturm" und einen weiteren Agenten, der von der Abteilung XIV der HVA geführt wurde, ohne Übertreibung als die Väter der Datenverarbeitungsanlagen in der DDR bezeichnen, und dafür entstanden noch nicht einmal nennenswerte Kosten. Sturm nahm als übersiedelter Agent kein Geld und ließ sich nur seine Auslagen erstatten. Die Reisekosten des Instrukteurs zum Münchner Isartor fielen in dem großen Topf der HVA überhaupt nicht auf. Aber der Nutzen, den die DDR aus dem gestohlenen Material zog, war ansehnlich. Den Wert einer einzigen Lieferung im Jahre 1981 veranschlagten Experten in der DDR-Industrie auf 55 Millionen Mark. Dazu kam noch der militärische Nutzen der Unterlagen für die NVA. Für seine Lieferungen und Informationen erhielt „Sturm" einen Orden. Der Friedrich-Engels-Preis war dabei die höchste ihm zuteil gewordene Auszeichnung.

Nur den Treffort in der Stadt variierte man im Laufe der Zeit. Statt am Isartor kamen die beiden nun vor der Buchhandlung im Münchner Rathaus zusammen, also mitten im dichtesten Menschengewühl der Innenstadt. Niemandem fiel auf, daß die beiden Herren, die sich dort regelmäßig trafen, nicht nur Grüße tauschten, sondern daß auch jedesmal eine prall gefüllte Tasche den Besitzer wechselte. „Sturm" kam nur noch in seltenen Fällen selbst zum Treff nach Ost-Berlin, so wenn er etwas überbringen wollte. Die regelmäßigen Besuche bei seinen Eltern in Stolberg hielt er „sauber"; bei diesen Einreisen wollte er keine MfS-Leute sehen.

Sturm machte sich 1973 selbständig. Ich war beeindruckt: DDR-Spitzenagent, SED-Mitglied, gleichzeitig Unternehmer, „Kapitalist" in der Datenverarbeitungsbranche – eine interessante Kombination.

Bald veränderte sich die Situation im Reiseverkehr ganz erheblich. Mit simpler Vorbereitung und Durchführung von Instrukteurreisen war es ein für allemal vorbei. Grund hierfür war ein Ereignis, das die DDR eigentlich gar nicht berührte. Ich befand mich gerade auf einer Dienstreise nach Perleberg im Nordwesten der DDR, wo ich Ermittlungen zu einer neuen Inlandskontaktperson anstellen wollte und hatte das Autoradio auf einen Westsender eingestellt. Die Nachricht, daß der Berliner CDU-Vorsitzende Peter Lorenz entführt worden war, berührte mich zwar menschlich, aber ich kam zunächst nicht auf die Idee, daß wir dienstlich davon betroffen sein könnten. Am nächsten Tag, in die Zentrale zurückgekehrt, spürte ich jedoch sofort, daß sich etwas ereignet haben mußte. Christian hatte für nichts und niemanden Zeit und lief fortwährend zum Abteilungsleiter, beide zusammen suchten mehrmals den Leiter des Sektors, Oberst Vogel, auf, und „Didi", der Leiter des Referates 2, lief herum wie ein geprügelter Hund.

Gegen zehn Uhr wurden wir alle vom Abteilungsleiter Gerhard Jauck zusammengerufen: Er verkündete ein sofortiges Verbot für alle operativen Westreisen. Instrukteure, die gerade bei ihren Führungsoffizieren in konspirativen Wohnungen saßen, um Weisungen und Papiere für ihre Reisen zu empfangen, mußten aufgehalten werden.

Bei RAF-Fahndung aufgeflogen

Stapel von Funktelegrammen wurden in der HVA-Zentrale abgesetzt, um bereits festgelegte Treffs abzusagen. Die einleuchtende Begründung für diese Restriktionen war die in West-Berlin angelaufene Großfahndung nach den Entführern und ihrem Opfer. Bei uns wurden nicht wenige Verwünschungen gegen die Terroristenszene laut, denn der ganze Aufruhr störte unsere Arbeit empfindlich.

Nach und nach erfuhren wir, daß bei der Abteilung schon Pannen eingetreten waren: Eine wertvolle westdeutsche Quelle, von Heinrich Steffen, einem Mitarbeiter des Referats 2, geführt, war am Tag vor der Lorenz-Entführung mit einem auf fiktive Personalien gefälschten bundesdeutschen Reisepaß zum Treff in die DDR gekommen. Als Geheimnisträger waren ihm Reisen in den Osten verboten, und so hatte er das Risiko des falschen Papiers auf sich genommen. Am Abend des Entführungstages wollte er mit dem Flugzeug nach Frankfurt zurückkehren. Sein Ausweis wurde im Rahmen der Großfahndung besonders gründlich kontrolliert, und bei der Ankunft am Main erwartete ihn die Polizei schon mit Handschellen. Während der Flugzeit war festgestellt worden, daß die im gefälschten Paß angegebene Behörde kein Personalpapier auf den fraglichen Namen ausgestellt hatte. Sowohl Steffen wie sein Referatsleiter wurden zur Rechenschaft gezogen. Eine Untersuchung hatte ergeben, daß beide von der Lorenz-Entführung und von der einsetzenden Großfahndung gewußt hatten, als sie den Agenten mit dem gefälschten Ausweis und fiktiven Namen in die Bundesrepublik zurückreisen ließen. Die Panne wurde ihnen als „politisches" Versagen angelastet, und beide erhielten einen „Verweis" als Disziplinarstrafe.

Die Beschränkungen für Reisen mit gefälschten Ausweisen über West-Berlin wurden erst nach und nach aufgehoben. Die Benutzung fiktiver Personalien für Reisepässe und Personalausweise blieb aber weiterhin verboten, wenn damit in der Bundesrepublik operiert werden sollte. Daran änderte sich auch bis zu meinem Übertritt nichts.

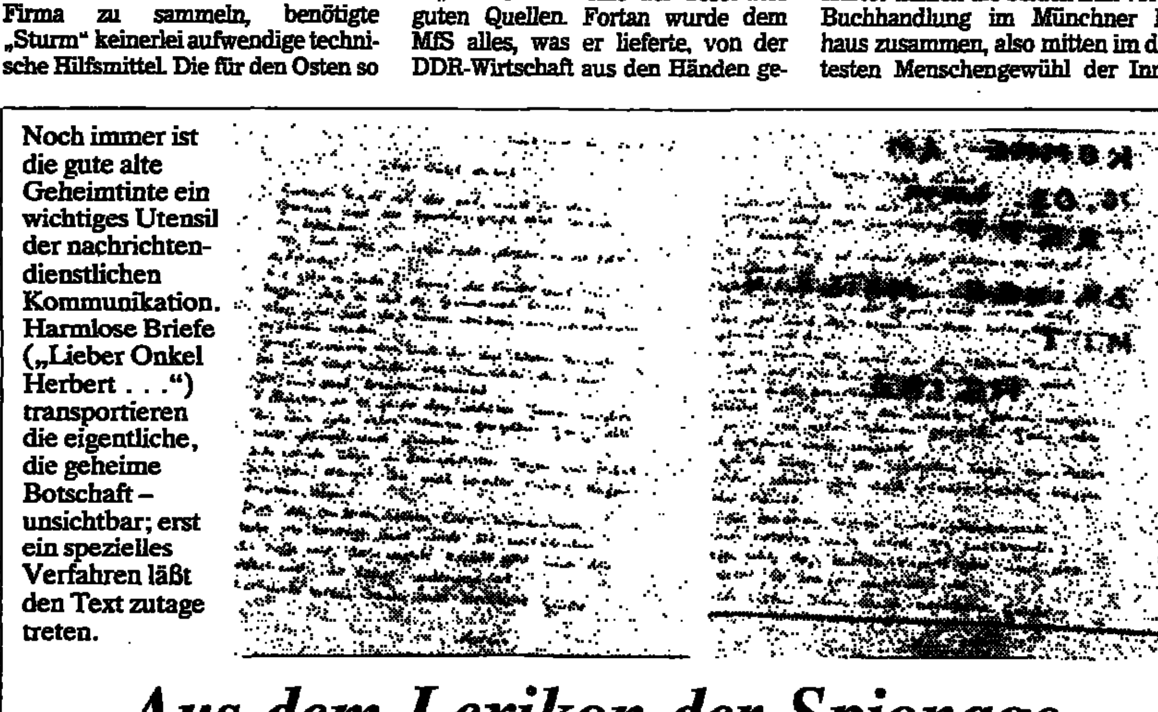
Reisekader gingen nun auf die Alpenroute

So haben die Terroristen der „Rote-Armee-Fraktion" dem DDR-Geheimdienst unbewußt einen nicht geringen Schlag versetzt. Viele Treffs fielen aus, Material kam nicht oder zu spät zur Auswertung in die Zentrale, die Agenten wurden durch die häufigen Kontrollen verunsichert, die Verbindungspläne gerieten durcheinander, und schließlich wurden die Bewegungsmöglichkeiten der MfS-Reisekader erheblich eingeschränkt. Schon vorher waren alle Grenzübergänge aus der DDR nach Bayern für den operativen Einsatz gesperrt worden, denn die bayerische Grenzpolizei hatte sich dort relativ geschickt im Aufspüren von MfS-Agenten erwiesen und auf diesem Gebiet besonderen Ruf gewonnen. Nach der Lorenz-Entführung wurden außerdem jegliche Flugreisen in das Bundesgebiet verboten. Schließlich wurde auch der neue Flughafen Tegel wegen des dort installierten verbesserten Kontrollsystems für Agenten mit gefälschten Papieren tabu.

Freilich ersann das MfS bald Auswege. Der Flughafen Berlin-Schönefeld hatte sich mittlerweile zum Luftverkehrszentrum der DDR entwickelt. Neben zahlreichen Flügen nach Moskau und in andere Staaten Osteuropas gab es mittlerweile auch einige Verbindungen ins westliche Ausland, namentlich nach Wien, Kopenhagen, Amsterdam, Mailand und Stockholm. Gewiß war das für die Instrukteure ein großer Umweg, wenn der Treff in der Bundesrepublik stattfinden sollte. Aus Sicherheitsgründen forderte die Leitung auch, der IM müsse an jedem Zwischenziel mindestens zweimal übernachten. Die Reisen dauerten nun oft eine Woche und länger. Das wurde für die HVA teuer, und viele Instrukteure hatten überdies Freistellungsprobleme an ihren Arbeitsplätzen. Doch man war durch die grundsätzlich veränderten Bedingungen gezwungen, die Umwege und die Kosten in Kauf zu nehmen. Schon bald saßen in den Maschinen ab Schönefeld in die westlichen Zielstädte zahlreiche DDR-Agenten. Besonders Wien – schon seit langem Drehscheibe für die östliche wie für die westliche Spionage – bot sich als Zwischenstation zur Weiterreise in die Bundesrepublik oder zu Treffs in Österreich selbst an. Ich habe unzählige Agenten auf die „Alpenroute" geschickt.

© v. Hase & Koehler Verlag, Mainz

Noch immer ist die gute alte Geheimtinte ein wichtiges Utensil der nachrichtendienstlichen Kommunikation. Harmlose Briefe („Lieber Onkel Herbert . . .") transportieren die eigentliche, die geheime Botschaft – unsichtbar; erst ein spezielles Verfahren läßt den Text zutage treten.



Aus dem Lexikon der Spionage

A-3 Verkehr: Bezeichnung für Funkkontakt zwischen Zentrale und Agenten. Im „A-3 Verkehr" sendet die Geheimdienstzentrale verschlüsselte Texte, die vom Agenten empfangen werden.

*

Abklären: Aufenthalt und Lebensweise einer Person, an der der Geheimdienst interessiert ist.

*

Abschöpfen: Arbeitsmethode eines Agenten, eine interessante Person, die den Spionageauftrag nicht durchschaut, auszufragen.

*

„Toter Briefkasten (TBK)": Versteck zum Deponieren von Aufträgen, Geld und Materialien. Ein TBK kann im Mauerwerk einer Aussichtsplattform (wie bei Stiller) angelegt werden, in einem Baumloch oder in der Erde.

*

Chiffrieren: International gebräuchlicher Terminus, von französisch chiffre = Zahl. Chiffrieren bedeutet einen Text in Zahlen umwandeln. Buchstaben werden durch Zahlen ersetzt. Es können auch Wörter oder Vorgänge durch Buchstaben oder Buchstabengruppen ersetzt werden.

*

BND: Bundesnachrichtendienst, der geheime Auslandsaufklärungsdienst der Bundesrepublik Deutschland, Zentrale in Pullach.

*

BfV: Bundesamt für Verfassungsschutz in Köln.

*

CIA: Central Intelligence Agency. Geheimer Auslandsnachrichtendienst der USA.

*

MfS: Ministerium für Staatssicherheit in Ost-Berlin.

*

KGB: Komitee für Staatssicherheit der Sowjetunion (Komitet Gosdarstwennoi Besobasnosti)

*

HVA: Hauptverwaltung Aufklärung des Ministeriums für Staatssicherheit. Der Spionageapparat des MfS.

*

KW: Eine unter einem Decknamen eingerichtete „konspirative Wohnung". Es handelt sich um einen Treffpunkt oder Arbeitsraum für Agenten. Auch im Terrorismus gebräuchliche Bezeichnung.

*

Mikrat: Winziges Negativ. Der Abbildungsmaßstab beträgt nur noch 1:50 bis 1:200. Ein Negativ wird optisch auf Stecknadelkopf-Größe verkleinert, so daß es etwa unter einer Briefmarke befestigt werden kann.

*

Quelle: Geheimdienst-Ausdruck für einen Informanten.

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie Ihnen gerne zu.

Morgen in der WELT:
Frisierte Informationen für die Kernkraft-Gegner in der Bundesrepublik – Agentenschleuse: Sicher durch das Minenfeld – Treff mit „Sperber" in Budapest

Personen

VERNISSAGE

„Worpswede – Bilder einer Künstlerkolonie vor den Toren Bremens" gehört zur Zeit zu den Ausstellungen, die in Bonn besonders großen Anklang finden. Im Hause der Bremer Landesvertretung hat Senator **Wolfgang Kahrs** zusammen mit **Siegfried Salzmann**, dem Direktor der Bremer Kunsthalle, die Bilderausstellung eröffnet. Gezeigt werden bis zum 26. Oktober Werke von **Fritz Mackensen**, **Otto Modersohn**, **Hans am Ende**, **Fritz Overbeck**, **Heinrich Vogeler** und **Paula Modersohn-Becker**. Zu den ersten Besuchern bei der Ausstellungseröffnung gehörten der Staatssekretär im Bundesinnenministerium **Franz Kroppenstedt**, der Parlamentarische Staatssekretär im Wirtschaftsministerium Dr. **Rudolf Sprung** und seine Frau **Giesela Modersohn-Sprung**, Ministerialdirektor Professor Dr. **Klaus König**, Bundeskanzleramt, und Staatssekretär **Hans-Hilger Hannschild**, Bundesforschungsministerium. In Bonn zu Gast war auch der amtierende Bürgermeister von Worpswede **Johann Rück**.

UNIVERSITÄT

Dr. **Gerhard Abstreiter**, wissenschaftlicher Angestellter am Institut für Festkörperphysik der TU München, hat einen Ruf auf den neugeschaffenen Lehrstuhl für Experimentelle Halbleiterphysik I am künftigen Zentralinstitut für physikalische Grundlagen der Halbleiterelektronik (Walter-Schottky-Institut) der TU München erhalten.

*

Professor Dr. **Roland Fahrion** von der Universität Freiburg hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Wirtschaftsinformatik der Universität Heidelberg erhalten.

*

Frau **Pirkko Pellinen** aus Lappenranta in Finnland wurde am Institut für Forsteinrichtung und -ertragskunde der Georg-August-Universität Göttingen mit einer Arbeit zur Biomasseuntersuchung im Kalkbuchenwald promoviert. Sie ist seit 20 Jahren die erste Frau, die an diesem Institut den Doktortitel erworben hat. Die 30jährige Finnin hatte 1982 im Bereich der Ökosystemforschung ihr Diplom erworben. In den letzten zehn Jahren hielten sich ständig finnische Studenten am Forstwissenschaftlichen Fachbereich der Universität auf.

GEBURTSTAGE

Einer der Großen der deutschen Geographie, Professor Dr. **Albert Kolb**, feierte seinen 80. Geburtstag. Nach wissenschaftlichen Tätigkeiten an den Universitäten Heidelberg, Leipzig und München folgte der gebürtige Karlsruher 1949 einem Ruf an die Universität Hamburg, wo sich ihm ein breites Wirkungsfeld für seine nach Übersee gerichteten geographischen Interessen eröffnete. Forschungsreisen führten ihn durch die ganze Welt. Immer wieder waren Ostasien und der pazifische Raum Ziel seiner Unternehmungen, die vor allem in den international bekannt gewordenen Büchern „East Asia – China, Japan, Korea, Vietnam" und „Die Pazifische Welt" ihren wissenschaftlichen Niederschlag fanden. Das Institut für Geographie und Wirtschaftsgeographie der Universität Hamburg gibt zu Ehren von Professor Dr. Albert Kolb aus Anlaß seines 80. Geburtstags am 24. Oktober ein Festkolloquium im Hörsaal des Museums für Völkerkunde.

*

Der in Ost-Berlin lebende Bildhauer **Fritz Cremer** begeht morgen seinen 80. Geburtstag. Er ist im Westen vor allem durch seine Monumentalplastiken, wie sie in den ehemaligen Konzentrationslagern Buchenwald und Ravensbrück stehen, bekannt geworden. Zum Werk Cremers, in dem die Ostberliner Führung einen ihrer wichtigsten Künstler sieht, gehören außer Plastiken unterschiedlicher Größen auch Grafiken und Ölbilder. Der Themenkreis des in Arnsberg an der Ruhr geborenen Künstlers umfaßt insbesondere die Bereiche Politik und dem im Sozialismus lebenden Menschen. Daneben weist Cremers Werk auch eine umfangreiche Auseinandersetzung mit der Gestalt und dem Leiden Jesu Christi vor. Der Bildhauer versuchte das Leben Christi in unsere Zeit zu übertragen. Cremer, der als 25jähriger der kommunistischen Arbeiterbewegung beigetreten war, hat an der Folkwang-Schule in Essen und später in Berlin-Charlottenburg studiert. 1937 erhielt er für das Relief „Trauernde Frauen" den Preußischen Staatspreis. 1950 übersiedelte er nach Ost-Berlin, wo er seitdem lebt und arbeitet. Von 1974 bis 1983 war er Vizepräsident der Akademie der Künste der „DDR".



Fritz Cremer

*

Die Sängerin **Sena Jurinac** hat sich weitgehend von Bühne und Konzertsaal zurückgezogen, aber die Opernfreunde haben sie nicht vergessen und werden auch ihren 65. Geburtstag am Freitag zu feiern wissen. Sena Jurinac, geboren im bosnischen Ort Travnik, wohnt heute in Augsburg, wo sie nach wie vor als Gesangslehrerin tätig ist. 1942 hatte sie als Mimi in Puccinis „La Boheme" debütiert. Noch 1944, kurz bevor der Krieg alle Theater schloß, wurde sie in Wien an die Staatsoper engagiert. Ihre eigentliche Karriere begann im Mai 1945, als die Wiener Oper bereits wieder spielte. Sena Jurinac gehörte bald zu dem heute legendären Mozart-Ensemble, das, vor allem unter der Leitung von Josef Krips, Modellaufführungen bot. Unvergeßlich blieb sie aber in ungezählten Aufführung von Richard Strauß' „Rosenkavalier" als Octavian, später als Marschallin.



Sena Jurinac

BERUFUNG

Der Suhrkamp Theaterverlag steht vom 1. November an unter der Leitung von **Rainer Weiss**. Weiss tritt die Nachfolge von **Rudolf Rach** an, der als Verleger des Verlages L'Arche in Paris arbeiten wird. Rainer Weiss (47) betreut seit April 1985 das deutschsprachige Lektorat des Suhrkamp-Verlages. Unter seiner Leitung will der Theaterverlag neue Initiativen von Autoren im Gespräch mit deutschen und ausländischen Theatern entwickeln.

EHRUNGEN

Dem italienischen Staatspräsidenten Professor **Francesco Cossiga** ist gestern in Bonn die Würde eines Ehrensenators der Universität Bonn verliehen worden. Während einer Feierstunde zur Eröffnung des Akademischen Jahres 1986/87 überreichte Rektor Professor **Kurt Fleischhauer** in Anwesenheit von Bundespräsident **Richard von Weizsäcker**, Bundestagspräsident **Philipp Jenninger** und Bundesbildungsministerin **Dorothee Wilms** (CDU) Cossiga die Auszeichnung in „Anerkennung seiner Verdienste um die kulturellen Beziehungen zwischen der Republik Italien und der Bundesrepublik Deutschland".

*

Auf der Hauptversammlung des Hartmannbundes in Baden-Baden hat die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Professor Dr. **Rita Süssmuth**, dem Vorsitzenden des Hartmannbundes, Professor Dr. **Horst Bourmer**, das Große Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland überreicht. Mit der vom Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker** verliehenen Auszeichnung wird das jahrzehntelange ehrenamtliche Engagement Professor Bourmers in der ärztlichen Standes- und Berufspolitik gewürdigt.

*

Der mit umgerechnet 215 000 Mark dotierte Planeta-Preis, mit dem jedes Jahr der beste Roman in spanischer Sprache gewürdigt wird, ist dem katalanischen Schriftsteller, Übersetzer und Journalisten **Terenci Moix** für sein Werk „Una historia de amor" (frei übersetzt „Eine Liebesgeschichte") zuerkannt worden. Der 43jährige Moix galt bereits vor der traditionell im Rahmen eines Banketts veranstalteten Jury-Sitzung in Barcelona als Favorit für den zum 35. Mal verliehenen Preis.

*

Professor Dr. **Ernst Fiala**, im Vorstand der Volkswagen AG verantwortlich für Forschung und Entwicklung, wurde von der Fakultät für Theoretische Medizin der Universität Heidelberg die Ehrendoktorwüde verliehen. In einer akademischen Feier ehrte die Hochschule Fiala. „Er ist einer der Pioniere des vielseitigen Insassenschutzes", hieß es in der Laudatio. Allein in diesem Bereich habe Fiala mit einer ganzen Reihe von Arbeiten zur Verbesserung der inneren und äußeren Fahrzeugsicherheit ein junges Forschungsgebiet vorangetrieben, die Biomechanik. Durch alle seine rund 120 bislang erstellten wissenschaftlichen Arbeiten ziehe sich wie ein roter Faden die Frage, was getan werden könne und müsse, um das „Auto menschenfreundlicher zu gestalten", betonte die Hochschule.

*

Man nennt ihn den „Vater der Phospholipide", Professor **Eugene P. Kennedy** von der Harvard-Universität in Boston in den USA. Für seine Verdienste um die biochemische Grundlagenforschung wird ihm am 31. Oktober in München – der Wirkungsstätte des 1957 verstorbenen Nobelpreisträgers – der Heinrich-Wieland-Preis verliehen. Dieser mit 20 000 Mark dotierte Preis wird seit 1963 jährlich vergeben. Phospholipide sind phosphathaltige fettähnliche Substanzen, die im tierischen und menschlichen Organismus lebenswichtige Bausteine für alle Stoffwechselprozesse darstellen. In jahrelanger Forschungsarbeit hat Kennedy die Synthesewege der Phosphorlipide aufklären können.

*

Professor Dr. **Erich Truckenbrodt**, emeritierter Ordinarius für Strömungsmechanik der Technischen Universität München, ist von der Deutschen Gesellschaft für Luft- und Raumfahrt e. V. (DGLR) für seine hervorragenden Verdienste in Forschung und Lehre um die Gesellschaft zum Ehrenmitglied ernannt worden. Die Ernennung zum Ehrenmitglied bedeutet zugleich die Zugehörigkeit zum Vorstandsrat der DGLR.

VERANSTALTUNG

„Schlimm wäre es, wenn die Politik sich nicht ausruhen könnte", so Arbeitsminister **Norbert Blüm**. Er und 250 Gäste genossen aus vollen Zügen im Museum Alexander Koenig in Bonn das derzeit berühmteste Pianisten-Duo der Welt: Die türkischen Zwillingsschwestern **Güher** und **Süher Pekinel**. Eingeladen hatte die Gesellschaft der Musikfreunde Bonn. Der Abend im Museum stand ganz im Zeichen der virtuosen Klaviermusik. Nach dem Konzert für zwei Klaviere c-Moll von Bach glänzten die beiden Schwestern mit „Funerailles" von Franz Liszt und mit Igor Stravinsky „Le Sacre du Printemps". Die Artisten auf dem Klavier haben heute Engagements auf der ganzen Welt. Die meisten der weltberühmten Orchester luden sie bisher ein. Güher und Süher waren auch schon Gäste von **Herbert von Karajan**. Nach ihrer Europatournee werden sie im Januar in die USA gehen. Der türkische Botschafter **Oktay Iscen** beendete den Musikabend mit einem festlichen Kerzenlichtdinner in seiner Residenz. Als Gäste gebeten waren auch Frankreichs Botschafter **Serge Boidevaix**, die Staatssekretäre **Jürgen Ruhfus** und **Manfred Baden**, der außenpolitische Berater des Bundeskanzlers Ministerialdirektor **Horst Teltschik** und der frühere Präsident des Bundestages **Kai Uwe von Hassel**.

FERNSEHEN

Der 77jährige Fernseh-Jubilar Professor Dr. **Bernhard Grzimek** macht noch lange nicht Schluß: Auch nach dem 30. Geburtstag seines Dauerbrenners „Ein Platz für Tiere" am 28. Oktober hat er „nicht die Absicht, in absehbarer Zeit aufzuhören". Für das nächste Jahr sind bereits fünf neue Folgen im ARD-Fernsehen terminiert. Der nächste Beitrag, der am 4. November als 173. im „Ersten" auf dem Programm steht, wird am 31. Oktober in einem Fernsehstudio des Hessischen Rundfunks produziert. Dann soll es im Frankfurter Funkhaus noch nachträglich ein Glas Jubiläumssekt geben. 1987 können die Fernsehzuschauer neben den neuen Folgen fünf Wiederholungen der populären Serie mit und von dem früheren Frankfurter Zoo-Direktor einschalten. In Hessen 3 laufen im nächsten Jahr gar zwölf Wiederholungen, deren Drehzeit bis zu 20 Jahre zurückliegt. Der aus Schlesien stammende Zoologe und Veterinärmediziner Grzimek hat sich mit seiner Tierserie an einen der ersten Plätze der Programmrenner emporgearbeitet. Neben dem „Frühschoppen" und „Was bin ich?" hält Grzimek mit seinen Tieren den dritten Rang unter den Fernseh-Oldies. Seit der Erstsendung am 28. Oktober 1956 hat der Tier- und Naturfreund Grzimek mit Hilfe des Fernsehens über 50 Millionen Mark Spenden gesammelt. Diese Beträge kamen weltweit zu mehr als 99 Prozent der bedrohten Tierwelt zugute.



Bernhard Grzimek

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Alle 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 02 28/30 41, Telex 8 85 714

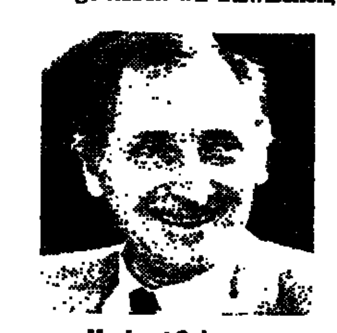
Meldung reisender Gewalttäter

„FDP nähert sich einer ‚Kronzeugen-Regelung'"; WELT vom 16. Oktober

Jedem Journalisten kann ein Irrtum passieren – manchmal wird er einem auch unterschoben ... Es ist falsch, daß Nordrhein-Westfalen sich nicht am sogenannten Meldedienst über reisende Gewalttäter beteiligt. Das Gegenteil ist der Fall.

Die nordrhein-westfälische Polizei beteiligt sich an diesem Datenverbund von Anfang an, obwohl Fachleute der Polizei Zweifel an seiner Effektivität haben. Wir tun dies nicht zuletzt deshalb, damit ein von anderen Bundesländern für sinnvoll gehaltenes polizeiliches Mittel nicht durch unsere Weigerung blockiert wird; wenn Sie so wollen, aus „Bundesfreundlichkeit".

Ebenfalls führen wir den Melderegisterabgleich durch, um Spionage-Legenden enttarnen und terroristische Wohnungen finden zu können. Allerdings hatten wir diesen Abgleich für einige Zeit unterbrochen gehabt, weil das Volkszählungsurteil des Bundesverfassungsgerichts aus Datenschutzgründen eine gesetzliche Grundlage für derartige Maßnahmen verlangt hatte. Diese gesetzliche Grundlage haben wir inzwischen, so daß jedenfalls Nordrhein-Westfalen auf verfassungsrechtlich einwandfreier Grundlage auch in diesem Bereich effizient arbeitet.



Herbert Schnoor

Dr. Herbert Schnoor, Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf

„Toleranz, zivilisierte Tugend"

„Zentrum des Terrors ist Teheran"; WELT vom 6. Oktober

Millionen meiner Landsleute können sich mit Dr. Bakhtiar identifizieren, wenn er sagt: „Toleranz ist die erste Tugend der zivilisierten Menschen." Es ist für uns deshalb akzeptabel, weil das iranische Volk, als eines der ältesten zivilisierten Völker der Welt, immer diese Tugend akzeptiert und danach gehandelt hat. Das Verlassen dieser Tugend durch das Mullah-Regime und deren intolerantes Handeln hat uns besonders klargemacht, wie wichtig diese Eigenschaften für die Existenz unseres Volkes sind.

Ich kann auch seine Ausnahme bezüglich der Tätigkeit der Volksmudschahedin verstehen, weil gerade wir Iraner, die jetzt im Ausland leben, Zeugen der Methoden der Anhänger dieser Gruppe sind. Es vergeht kaum ein Tag, in dem sich die Sympathisanten irgendeiner iranischen oppositionellen Gruppe in der Mensa der Universität, auf der Straße oder in Wohnheimen nicht prügeln. Sie schnüffeln in Asylantenwohnheimen und erstellen Listen, in denen die Gesinnung jedes einzelnen Heimbewohners aufgeführt ist. Sie teilen alle Perser in zwei Gruppen: ihre Gesinnungsgenossen und die „Feinde des Volkes".

Bakhtiar hat außerdem seine Toleranz und Dialogbereitschaft in der Tat gezeigt, als er den Posten des Ministerpräsidenten des Schahs übernahm, obwohl er dreißig Jahre lang dem damaligen Regime in Opposition gegenüberstand. Er stellte den Kampf gegen die Diktatur der Mullahs über jeden persönlichen Egoismus und über jede Rachsucht und benahm sich wie ein verantwortungsbewußter Staatsmann.

Hossein Assadi, München 21

Kleinaktionäre

„Aktienmuffel": WELT vom 10. Oktober

Die Deutsche Bank beginnt, die Aktienmuffel-Mentalität zu fördern:

Vor ca. 14 Tagen wollte ich einen kleinen Auftrag über 1200 Mark (Kauf von RWE-Vorzügen) erteilen. Da war ich ganz schön erstaunt, als die Bankangestellte mir erklärte, daß die Auftragshöhe mindestens 2000 Mark betragen müsse.

Ist das nun Arroganz, oder will man einfach den „kleinen Aktionär" verscheuchen? Ich kann mir denken, daß sich die Deutsche Bank solch ein Vorgehen erlauben kann, weil dieses Institut einfach zu gewaltig groß geworden ist. Sie klotzt eben und gibt sich nicht mehr mit den Kleckerbeträgen ab.

Carl Bergmann, St. Georgen, Schw.

Jagdpolitik

„Pankraz, die Jagdlust und das Palöoli-thikum": WELT vom 13. Oktober

Daß der Haussegen schief hängt bei den Jägern, daran sind die selber schuld. Sie haben es verlernt – gemeint ist die Verbandsführung – gerade Linie zu gehen und eine saubere Klinge, ohne Falsch und Finten, zu fechten.

Jagdpolitik ist das Schlüsselwort zu jeder Überlegung. Toleranz wird mehr und mehr Synonymon für Dummheit, Feigheit und Bequemlichkeit ... übrigens nicht allein bei der Jägerei.

Walther Niedl, Wörthsee

Wort des Tages

„Die Koalition ist diejenige Regierungsform, welche an die Stelle politischen Haders die gütliche Verteilung der Posten gesetzt hat."

Alexander von Lernet-Holenia, österreichischer Autor (1897–1976)

„Rausschmiß"

„Jagd – Naturschutz im Visier" und „Jagd – ein Hobby zum Töten": WELT vom 10. Oktober

Die Selbstreinigung des Deutschen Naturschutzrings als einen Erfolg für Jagdlobby und Jäger darstellen zu wollen, erscheint doch als Beschönigung eines Rausschmisses. Da helfen dem DJV-Präsidenten Frank auch nicht die griffigen Funktionärssprüche vom „paroleschreienden Naturschützer".

Dr. Inge Jaffke, Komitee gegen den Vogelmord e. V. Berlin

*

Der Deutsche Naturschutzring hat allzulange gezögert, einen Verband aus seinen Reihen auszuschließen, dessen Treiben sich in höchstem Maße naturschädigend auswirkt.

Der Deutsche Jagdschutzverband war es, der seinen italienischen und französischen Zunftgenossen den Rücken stärkte und aus der EG-Vogelschutzrichtlinie ein Jagdschutzpapier machte und den Vogelmord europaweit legalisierte. So dürfen noch immer 72 Vogelarten, darunter hochgradig bedrohte Arten, abgeschossen werden. In der Bundesrepublik schlägt dieser Vogelmord alljährlich mit 2,5 Millionen Vögeln zu Buche, von denen der überwiegende Teil lediglich zur Befriedigung primitiver Schießleidenschaft sein Leben lassen muß.

Ingeborg Kersten, Berlin 28

Böllerschüsse

„Wer nützt mehr der Natur – die Jäger oder die Naturschützer?": WELT vom 10. Oktober

Die Böllerschüsse gegen Naturschützer im allgemeinen und den Deutschen Naturschutzring im speziellen sind lediglich geeignet, die Skepsis gegenüber dem Jagdsport bei uns kritischen Bürgern noch zu vertiefen.

Wer die Jägerprüfung als Staatsprüfung aufwertet und in jedem Jäger einen geprüften Naturschützer sieht, müßte mit gleicher Logik auch jedem Autofahrer medizinischen Sachverstand attestieren, schließlich ist ein Erste-Hilfe-Kurs Bestandteil der Fahrschülerausbildung.

Manfred Carstens, Deutscher Naturschutzverband, Schleswig-Holstein, Oelixdorf

Mit Bundesschatzbriefen bringen Sie's weiter.

Sie können zwischen den Bundesschatzbrief-Typen A und B wählen. Typ A läuft 6 Jahre, die Zinsen werden jährlich ausgezahlt. Typ B läuft 7 Jahre, Zins und Zinseszinsen werden angesammelt. So wachsen 1.000,– DM in 7 Jahren auf 1.502,– DM.
Typ A hat 5,53% Rendite, Typ B 5,99%.
Beide lassen sich nach dem 31.7.1987 jederzeit zu Bargeld machen. Zum vollen Wert plus Zinsen, bis zu 10.000,– DM monatlich.
Bundesschatzbriefe sind bei allen Banken, Sparkassen und Landeszentralbanken gebührenfrei erhältlich.
Konditionen: Stand 20.10.1986, Ausgaben 1986/7 und 8.

1. Jahr: 3,50%
2. Jahr: 4,50%
3. Jahr: 5,00%
4. Jahr: 6,00%
5. Jahr: 7,00%
6. Jahr: 8,00%
nur Typ B 7. Jahr: 8,00%

Näheres über die Bundesschatzbriefe erhalten Sie vom Informationsdienst für Bundeswertpapiere, Postfach 100 461, 6000 Frankfurt 1, Tel. 0 69/55 07 07. Aktuelle Konditionen Tag und Nacht unter Tel. 0 69/5 97 01 41.

BUNDES SCHATZ BRIEFE

Die für Norddeutschland typischen, mit Bäumen, Büschen und Sträuchern bewachsenen Erdwälle – Knicks genannt – sind keineswegs überflüssiges Gestrüpp; da sie gleichermaßen als Erosions- und als Pflanzenschutz dienen, haben sich viele Naturschutzverbände und die Fördergemeinschaft Integrierter Pflanzenbau in Bonn vorgenommen, diese Hecken als Bestandteil der Landschaft zu sichern. Ihrer Ansicht nach sind Knicks ein lebendiger Beweis dafür, daß sich Ökonomie und Ökologie in der Landwirtschaft nicht ausschließen müssen.

Warum Wallhecken mehr als nur ein Windschutz sind

Von M. GLAUBRECHT

Schon das Reichsnaturschutzgesetz von 1936 sprach ihnen einen speziellen Schutz zu, und auch die heutigen Gesetze verbieten es, die Wallhecken oder Knicks, wie sie in Norddeutschland genannt werden, zu beseitigen. Dennoch scheint das Wissen um ihre Bedeutung vielerorts immer noch „unter die Räder der Ackerfahrzeuge" zu kommen.

Prof. Heinrich Weber von der Universität Osnabrück berichtete kürzlich in „Natur und Landschaft" von einer planmäßigen Zerstörung der Wallhecken durch die Viehbeweidung im nordwestlichen Niedersachsen. Die Regionen Aurich und Freisland, einst von einem dichten Netz von Knicks durchzogen, drohen so ihr typisches Landschaftsgepräge zu verlieren und zu einer ausgeräumten Weidelandschaft zu „degenerieren".

Menschen und Tiere als Störenfriede der Natur

Da die Zäune oft so dicht an die Wälle gesetzt werden, weidet das Vieh erst den wichtigen Unterwuchs ab, um dann anschließend die Wälle zu zertrampeln. Auf diese Weise werden immer mehr Knicks abgetragen, bis schließlich nur noch vereinzelte alte Bäume auf großen Weideflächen als stumme Zeugen der einstigen Wallhecken bleiben.

Aber auch der Mensch erweist sich als „Störenfried". Nach Angaben des Kieler Landwirtschaftsministeriums ist diese Landschaftsform seit 1945 in seiner Gesamtlänge allerdings von ehemals 75 000 Kilometern auf knapp 40 000 Kilometer zurückgegangen. Über 24 000 Kilometer Knick sind allein für Straßenbauten und bei Flurbereinigungsmaßnahmen beseitigt worden.

Die Wallhecken entstanden Ende des 18. Jahrhunderts im Zuge umfangreicher Agrarreformen. Die Feldgemeinschaften wurden aufgehoben und die Bauern bekamen eigenen Grund und Boden. Das sogenannte Verkoppelungsgesetz verpflichtete sie, ihre Felder und Weiden mit „lebendem Pathwerk" zu umzäunen. Die Bauern schichteten daher an ihrem Rand Steine auf; so setzten sich die niedrigen Wälle bald mit Erde zu, die der Wind ständig vom Acker fortwehte. Aus den nahen Waldstücken entnahm man Schlehen- und Haselnußsträucher und pflanzte sie auf die Wälle, während sich Buchen, Eichen, Erlen und Ebereschen von selbst aussäten.

Einmal zugewachsen, zeigte sich, wie nützlich die Hecken tatsächlich sind: Das Vieh konnte auf den Koppeln gehalten werden, der Wind trug nicht mehr so viel Ackerkrume fort, die Knicks lieferten ganz nebenbei verschiedene Beerenfrüchte und Nüsse, vor allem aber das begehrte Holz. Für die Bauern waren die Knicks zum Wald auf schmalstem Raum geworden.

In Schleswig-Holstein hat man 85 verschiedene Knicktypen festgestellt. Durch das wahllose und bunte Bepflanzen der Erdwälle hat sich vor 200 Jahren der sogenannte „bunte Knick" entwickelt, mit einem typischen stufenweisen Bewuchs. Eine charakteristische Artenkombination auf lehmigem Boden einer Jungmoräne ist beispielsweise das Hasel-Schlehdorn-Weißdorn-Gebüsch mit Pfaffenhütchen, Hundsrose, Heckenrose, Himbeere und Holunder.


Einst nur als Umzäunung gedacht entwickelten sich die Hecken und Feldgehölze der Knicks zu den „Kleinwäldern" Norddeutschlands FOTO: S.SCHAPOWALOW

Dank des sogenannten Randeffekts sind die Knicks ähnlich wie Waldränder ein vielfältiger Lebensraum, mehr noch als das Waldinnere. Denn im Grenzgebiet zwischen Wald und offenem Gelände trifft man eine Flora und Fauna an, die reich ist an Arten beider Zonen. In der waldarmen Region Norddeutschland bedeutet dies zur Zeit etwa 100 000 Kilometer ökologisch wertvolles Waldrandökosystem.

Heute gelten die Knicks als die artenreichsten Lebensräume in Schleswig-Holstein überhaupt. Jeder, der sich im Spätsommer schon einmal zur Brombeerernte aufgemacht hat, weiß, daß die Knicks die besten Fundorte sind. Es gibt sogar Brombeerarten, die nur dort in den Wallhecken vorkommen, wie etwa die Raspel und die Bekleidete Brombeere.

Noch reicher aber ist das Tierleben mit rund 7000 Arten. Auffällig ist die reiche Singvogelwelt; in einem Knick von einem Kilometer Länge brüten im Durchschnitt etwa 30 verschiedene Vogelarten, von der Dorngrasmücke bis zur Goldammer; darunter viele vom Aussterben bedrohte Arten, wie etwa Neuntöter, Gelbspötter und Heckenbraunelle.

Bevorzugter Wohnort von Insekten und Kleinsäugern

In einem Doppelknick oder in einer Knickverzweigung steigt die Brutpaardichte sogar bis auf das Sechsfache an, wie der Ornithologe Klaus Puchstein in seinen mehrjährigen Studien ermitteln konnte. Die Knicks sind nicht nur ein Versteck für Igel, Hase und Reh, sie sind auch Wohnort und Nahrungsquelle für Spinnen, Schmetterlinge und Käfer, sind das Winterquartier für Insekten und winterschlafhaltende Kleinsäuger. Und genau hierin liegt der ökonomische Nutzen für die Landwirte: Die meisten dieser Tiere sind wichtige Helfer bei der biologischen Schädlingsbekämpfung.

Die physikalischen und klimatologischen Auswirkungen auf ihre Umgebung sind wesentlich größer, als es der Ausdehnung der Knicks entsprechen würde. Dank ihrer linearen Anordnung haben sie eine viel größere aktive Grenzfläche. In der waldarmen Landschaft ersetzen die Wallhecken den Wald, da sie die Feuchtigkeit gut zu halten vermögen und die Taubildung begünstigen.

Diese Verbesserung des Kleinklimas kommt natürlich den Feldfrüchten zugute, denn die Knicks entfalten eine breite Flächenwirkung, die bis zu 200 Meter in die Felder hineinreicht. Sie sind wirkungsvolle Barrieren gegen den Wind: an der Luv-Seite wird die Windgeschwindigkeit um bis zu zehn Prozent gemindert. Auf der Lee-Seite kann sich die Windabschwächung bis zu 170 Meter weit auswirken. Um einen optimalen Windschutz zu erreichen, müßte die Entfernung zwischen zwei Knicks höchstens 200 m betragen.

Trotz ihres Nutzens sind die Wallhecken bei den Landwirten wenig beliebt. Beim Knicken, der althergebrachten Nutzung der Knicks, fällt viel Holz an, für das die Landwirte kaum mehr Verwendung haben.

Gereinigte Blutprodukte schützen vor Infektionen

Gerinnungsfaktoren für Hämophile werden immer sicherer

Von VERA ZYLKA

Die in der Bundesrepublik verwendeten Blutprodukte werden heute so gereinigt, daß eine Übertragung von infektiösen Krankheiten auf den Patienten so gut wie ausgeschlossen werden kann. Die Bundesrepublik war das erste Land auf der Welt, in dem nur noch Spenderblut weiterverarbeitet wurde, das man zuvor auf Antikörper gegen Hepatitis B und gegen das Aids-Virus untersucht hatte. Dies betonten jetzt Prof. Inge Scharrer (Frankfurt) und Prof. Klaus Schimpf (Heidelberg) anläßlich des 4. Kongresses für Thrombose- und Hämostaseforschung in Düsseldorf.

Blutkonserven oder aus dem Spenderblut isolierte Eiweiß-Anteile werden nicht nur bei großen Operationen verwendet. Von rund 6000 Patienten, die an der Bluterkrankheit „Hämophilie A" leiden, benötigen 2000 regelmäßig einen Eiweißstoff für die Blutgerinnung, ähnlich wie ein Zukkerkranker während seines gesamten Lebens auf die Gabe von Insulin angewiesen ist.

Die Blutgerinnung ist ein in mehreren Stufen ablaufender Prozeß, der abhängig ist vom Vorhandensein und von der Funktion verschiedener Gerinnungsfaktoren. Der Ausfall eines einzigen Faktors bewirkt, daß die „Kaskade" der Reaktionen unterbrochen wird. Bei der Hämophilie A tritt der achte von dreizehn Gerinnungsfaktoren entweder vermindert auf oder fehlt vollständig. Als Folge davon kommt es zu Blutungen, und dies nicht nur bei Verletzungen, sondern sogar spontan, also ohne äußeren Anlaß. Besonders davon betroffen sind die Muskulatur und die Gelenke. Dies kann zu erheblichen Funktionseinbußen bis hin zur Gelenkversteifung führen.

Schätzungen zufolge sind bis zur Einführung der Reinigungsverfahren rund 60 Prozent der Hämophilie-Kranken durch die Behandlung mit Blutprodukten mit dem Aids-Virus (HIV) infiziert worden. Wieviele davon an Aids erkranken werden, kann zur Zeit nicht vorhergesagt werden. Bislang sind nach Angaben des Bundesgesundheitsamt insgesamt 46 Fälle von Aids-Erkrankungen bei Blutern aufgetreten. „Wir haben berechtigte Hoffnung, daß die Aids-Erkrankung bei Hämophilen weniger häufig auftritt als bei anderen Risikogruppen", so Prof. Inge Scharrer. „Außerdem scheint die Aids-Erkrankung nach Infektion eines Bluterkranken nicht nur später aufzutreten, sondern auch einen milderen Verlauf zu nehmen". Beispielsweise sei in der Bundesrepublik bei Bluterpatienten noch kein sogenanntes Kaposi-Sarkom beobachtet worden. Dabei handelt es sich um eine Geschwulst der Haut, die bei den meisten Aids-Patienten auftritt.

Mit Hilfe moderner Verfahren (Erhitzung in flüssiger Form auf 60° C über mindestens 10 Stunden) kann man heutzutage Blutprodukte so reinigen, daß sowohl Aids- als auch Hepatitis-Viren inaktiviert werden. Dabei zeigte sich, daß das Aids-Virus gegenüber Hitze empfindlicher ist, also schneller inaktiviert wird, als die Hepatitis-Viren.

Auf den Erfolg dieser Maßnahmen weist eine von der Universitäts-Kinderklinik in Frankfurt vorgestellte Studie hin. Hier wurden seit 1979 insgesamt 27 Bluterkinder behandelt, die ausschließlich das gereinigte Faktor-VIII–Präparat erhielten. Bei keinem der Kinder konnten bislang Antikörper gegen Hepatitis B oder gegen das Aidsvirus nachgewiesen werden.

Um eine Übertragung von Erregern auszuschließen, bemüht sich die Forschung zur Zeit, gentechnisch hergestellte Blutprodukte zu entwikkeln. Es ist bereits gelungen, das Gen für den Blutfaktor VIII zu isolieren, auf Hamsterzellen, die in Kulturen gezüchtet werden, zu übertragen und den Faktor von ihnen in größeren Mengen produzieren zu lassen.

In den USA sind diese „künstlichen" Eiweißstoffe (rekombinanter Faktor VIII) bei der Behandlung von hämophiliekranken Hunden mit Erfolg eingesetzt worden. Sie scheinen dem menschlichen „Naturprodukt" gleichwertig zu sein. Erste klinische Erprobungen werden in den nächsten Wochen anlaufen.

Mit dem Super-Kühlschrank in die Umlaufbahn

Infrarot-Sensor an Bord eines Satelliten soll ab 1989 verläßliche Meßdaten über den Zustand der Ozonschicht liefern

Von DIETER THIERBACH

Kommt es langfristig zu einer Klimaverschiebung auf unserem Planeten? Veränderungen in der Stratosphäre, der Zone in etwa 15 bis 50 Kilometer über uns, lassen Wissenschaftler um das Temperatur-Gleichgewicht fürchten. Mit Sorge registrieren sie auch den fortschreitenden Abbau der Ozongaswolke in den oberen Bereichen dieser Schicht, da gerade hier die gefährlichen Komponenten des Sonnenlichts weitgehend ausgefiltert werden.

Seit längerem klafft – vor allem in den Monaten September und Oktober – über dem Südpol ein riesiges Loch in diesem Ozonschild, das von Jahr zu Jahr größer wird. Bereits vor einigen Monaten erreichte es die Ausdehnung des nordamerikanischen Kontinents. Mehrere US-Forscherteams untersuchen im Moment – ausgerüstet mit 33 Meßballons – von der Forschungsstation am McMurdo Sund, wie es um den Zustand dieses lebenswichtigen Gasschleiers bestellt ist.

Unterstützung erhalten sie jetzt durch ihre Kollegen von der Luft- und Raumfahrt: US-Ingenieure sind dabei, ein Experiment vorzubereiten, das die Gesamtzahl aller relevanten Gase in der Ozonschicht vom Weltraum aus erfassen will.

Das Experiment, „Cryogenic Limb Array Etalon Spectrometer", kurz CLAES genannt, soll im Verlauf einer permanenten Messung die genauen Anteile von Ozon, Methan, Kohlendioxid, Wasserdampf und den verschiedenen Stickstoff- und Chlorverbindungen registrieren, die im Ozon-Nebel vorkommen.

CLAES wird das größte einer ganzen Reihe von Experimenten sein, die 1989 von der Nasa mit einem Forschungssatelliten für die obere Atmosphäre in die Umlaufbahn katapultiert werden sollen. Der Satellit, unter Federführung des Goddard Space Flight Centers entwickelt, soll für einen Zeitraum von 18 Monaten seinen Dienst erfüllen.

CLAES wird primär die charakteristische Infrarot-Strahlung messen, wie sie von der Ozonschicht reflektiert wird. Um die Messungen überhaupt durchführen zu können, muß das Experiment im All bei extrem tiefen Temperaturen „gefahren" werden, um die natürliche Infrarotstrahlung zu unterdrücken, die von den Oberflächen der Instrumente abgegeben wird.



Techniker überziehen den Tank mit isolierenden Schichten aus Seidennetzen und aluminiumbeschichteten Kunststoffasern FOTO: LOCKHEED

Geschieht diese Thermo-Isolierung nicht, würde die oft nur sehr schwache von den Atmosphärengasen ausgehende Strahlung vollkommen überdeckt werden.

Um die extrem tiefen Temperaturen für die Zeitdauer der gesamten Messung zu gewährleisten, haben die Ingenieure eine Behältervorrichtung konstruiert, welche die Meßeinheit, den Infrarotsensor, bei einer konstanten Temperatur zwischen minus 230° und minus 180° Celsius hält.

Dieser „Super-Kühlschrank", auch Kryostat genannt, wird erstmals in der Geschichte der Raumfahrt gefrorenen Wasserstoff (Schmelzpunkt: – 259,4° C) in die Umlaufbahn transportieren, um ihn dort – nach geringer Temperaturzufuhr – als gasförmiges Langzeit-Kühlmittel für die Instrumente einzusetzen.

NOTIZEN AUS LABORS UND INSTITUTEN

Aufholjagd

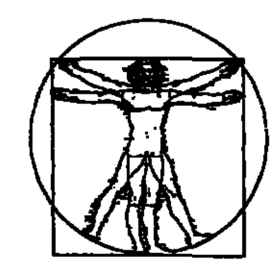
Bonn (AP) – Bis zum Jahr 1990 wollen deutsche Computerspezialisten den Anschluß an den internationalen Standard bei der Entwicklung neuer, höchstleistungsfähiger Elektronenhirne gefunden haben. Diesem Ziel dient ein „Scenario 90", das der Aufsichtsrat der Gesellschaft für Mathematik und Datenverarbeitung genehmigt hat. Knapp 170 Millionen Mark sollen von 1986 bis 1990 für diese „Aufholjagd" aufgewendet werden. Eines der Ziele des Konzepts ist es, die über 900 Mitarbeiter der GMD mit den notwendigen Arbeitsmitteln für die Entwicklung neuer Supercomputer auszustatten.

Zellstoffverfahren

München (dpa) – Ein neues, umweltschonendes Verfahren zur Herstellung von Zellstoff für die Papierindustrie wird jetzt auf Förderung des Bundesforschungsministeriums in einer Demonstrationsanlage in München erprobt. In dem installierten Zellstoff-Kocher in München-Pasing sollen jährlich 1000 Tonnen Zellstoff ohne Schwefel hergestellt werden. Das bedeutet, daß der Rohstoff Holz nicht mehr durch Sulfat und Sulfit aufgeschlossen wird, sondern mit Hilfe organischer Lösungs mittel wie Äthanol oder Methanol. Im Gegensatz zu den bisher üblichen Verfahren treten hier keinerlei Umweltbelastungen auf. Darüber hinaus erhöht das neuartige Verfahren die Ausnutzungsquote des Rohstoffs von bisher 46 Prozent auf über 90 Prozent.

Cyanid-Abbau

Hamburg (R.H.L.) – Stickstoff-fixierende Bakterien, die das Cyanid aus Blausäureverbindungen zu Me-



than und Ammoniak abbauen, sind im Schlamm der Alster gefunden worden. Da das Gift in unbehandelten Abwässern oft biologische Kläranlagen lahmlegen kann, wird im Bereich Bioingenieurwesen an der Hamburger Fachhochschule derzeit geprüft, ob eine Nutzung der Mikroorganismen bei vertretbaren Kosten technisch machbar ist.

Forschungskolleg

Stuttgart (dpa) – *Zur Förderung* von Forschung und Lehre auf dem Gebiet technischer Kommunikation will die Standard Elektrik Lorenz AG jährlich 100 000 DM in ein mit der Universität Stuttgart eingerichtetes Stiftungskolleg einbringen. Wie das Unternehmen mitteilte, soll das Kolleg sich insbesondere dem Bereich des „Zusammenwirkens von Mensch und Technik bei modernen Informations- und Kommunikationssystemen" widmen.

Platanensterben

Bonn (ips) – Nach den Ulmen sind nun auch die Platanen durch eine Baumkrankheit bedroht. Erreger dieses „Platanenkrebses" ist ein Pilz, der durch Wunden in der Rinde eindringt, sich rasch im Holz ausbreitet und innerhalb weniger Jahre den Baum zum Absterben bringen kann. Zur Zeit verursacht der Pilz in verschiedenen Gegenden Europas große Schäden. Eine direkte und wirkungsvolle Bekämpfungsmethode ist bislang nicht bekannt.

BERLIN FÜR KAPITALANLEGER

Die Wirtschaftsmetropole Berlin bietet auf der Basis des Berlinförderungsgesetzes die erforderliche Sicherheit für Kapitalanleger. Gezielte steuerliche Vorteile, teilweise in Kombination mit staatlichen Förderungsprogrammen, bilden die Grundlage für die von der Berlin-Anlagen-Agentur initiierten Produktlinien. Sie beinhalten Wirtschaftlichkeit, steuerliche Sicherheit und ein hohes Maß an Kontinuität für den Kapitalanleger.

BERLIN-DARLEHENS-FONDS
Berlin-Darlehen nach § 17 Abs. 2 BerlinFG kürzen die Einkommensteuerschuld bis zu 50 % bei gleichzeitig kontinuierlichem Ertrag über 25 Jahre. Berlin-Darlehen können steuerunschädlich refinanziert werden. Empfehlenswert ist die zusätzliche Kombination mit einer kapitalbildenden Lebensversicherung.

BERLINER IMMOBILIEN-FONDS
Ziel ist die Modernisierung von Mehrfamilienhäusern, bevorzugt in Kombination mit Dachausbauten unter Nutzung erhöhter steuerlicher Vergünstigungen gemäß § 14 a und § 14 b BerlinFG. Angebotskombinationen auch mit Neubaumaßnahmen unter Einbezug öffentlicher Förderungsprogramme. Dadurch langfristige Mietsicherheit und Rentabilität.

BERLINER NEUBAUTEN
Errichtung individueller Wohnanlagen in bevorzugten Wohngegenden. Geeignet für Einzelanleger und kleine Anlegergruppierungen.
Interessante steuerliche Vorteile durch erhöhte AfA auf Herstellungskosten in Höhe von 50 %. Teilweise in Kombination mit öffentlichen Förderungsprogrammen. Dazu Finanzierungssicherheit durch langfristige Zinsbindung.

BERLINER ALTBAUTEN
Achtung: 1986 letztmalig erhöhte Steuervergünstigung gem. § 15 Berlinförderungsgesetz für vermietetes Wohnungseigentum.
Attraktive innerstädtische Lagen, z. T. in unmittelbarer Nähe des Kurfürstendamms, sorgfältig modernisiert und instandgesetzt. Wohnungsgrößen von 40 bis 150 qm. Gesamtaufwand DM 2.250,– bis 2.450,– pro qm (DM 90.000,– bis 367.500,–) incl. aller Anschaffungsnebenkosten (vor Damnum). Bei entsprechender Bonität Vollfinanzierung durch deutsche Großbank.

Leistung und Vertrauen

BERLIN-ANLAGEN AGENTUR
Bassmann & Partner GmbH
Lepsiusstraße 110
1000 Berlin 41
Telefon 030 / 79 10 71

INFORMATIONS-COUPON
Wissenswertes in Sachen Steuerersparnis 1986. Bitte informieren Sie mich kostenlos und unverbindlich über:
- [ ] BERLIN-DARLEHENS-FONDS
- [ ] BERLINER IMMOBILIEN-FONDS
- [ ] BERLINER NEUBAUTEN
- [ ] BERLINR ALTBAUTEN

Name
Vorname
Straße
PLZ/Wohnort
Vorwahl/Telefon
Welt

Anfragen von Anlageberatern und Anlagevermittlern beantworten wir gern.

Eine Studie, die im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft von einer Gießener Expertengruppe erarbeitet wird, ist geeignet, so manchem Hochschulchef und Kultusminister den Schlaf zu rauben. Es wird schon bald zu einem heftigen Wettbewerb der akademischen Ausbildungsstätten um Studenten kommen. Welche Universitäten haben die besten Chancen zu überleben, wenn mangels Bewerbern ihre Kapazitäten nicht mehr ausgelastet sind? Wer könnte auf der Strecke bleiben? Die Hochschul-WELT berichtet in einer dreiteiligen Serie.

Wo sich Universitäten um Studenten reißen werden

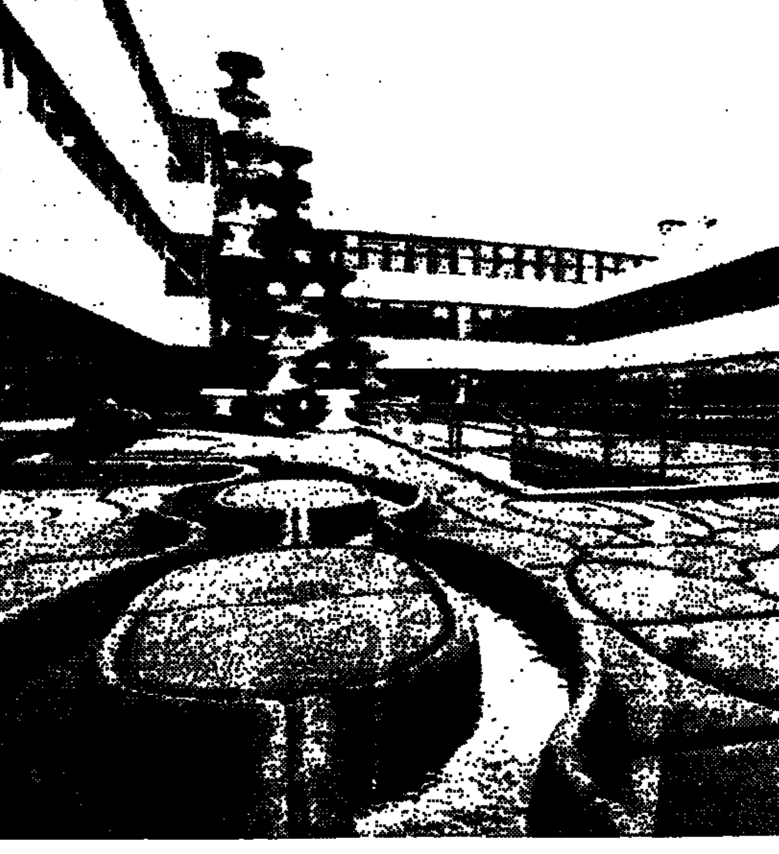
Von JÜRGEN BÖCKLING

Das Phänomen ist bekannt, in seinen Wirkungen aber noch kaum untersucht: Nach zwei Jahrzehnten des Aufschwungs, des „Bildungs-Booms" mit kontinuierlich steigenden Studentenzahlen, bringen die neunziger Jahre ein ganz neues Erlebnis auf dem bundesdeutschen Ausbildungssektor. In dem bereits eingeläuteten „Wettbewerb um Studenten" werden nach Ansicht von Experten dann wohl einige Hochschulen das Nachsehen, andere aber – schon heute erkennbar – „die Nase vorn" haben.

Das ist die Quintessenz einer Untersuchung, die im Auftrag der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) am Zentrum für regionale Entwicklungsforschung der Universität Gießen gegenwärtig abschließend bearbeitet wird und demnächst als Buch erscheinen soll: „Anziehungskraft und Wettbewerbsfähigkeit wissenschaftlicher Hochschulen in der Bundesrepublik Deutschland" lautet das Thema dieser umfangreichen Studie. Sie basiert auf der amtlichen Hochschulstatistik ebenso wie auf den jährlichen Abiturientenbefragungen der Statistischen Bundesämter und wertet auch die Hochschulwünsche der Studienbewerber aus, wie sie vor jedem Semester der Zentralstelle für die Vergabe von Studienplätzen (ZVS) in Dortmund bekanntgegeben werden.

Erstes Resultat: Die großen, alten Universitäten, die im wesentlichen die Studentenströme der letzten Jahre aufzunehmen hatten, dürfen durchaus eine gewisse Entlastung von dem Massenansturm erwarten, es bleiben ihnen jedoch dramatische Rückschläge mit schwerwiegenden ökonomischen Auswirkungen erspart. Anders die Situation der in den letzten zehn bis 20 Jahren gegründeten Universitäten und Gesamthochschulen, aber auch verschiedener kleinerer Hochschulen mit durchaus ansehnlicher Tradition: Selbst so „klassische" Universitätsstädte wie Gießen oder Marburg müssen sich wie Würzburg oder Saarbrücken auf einen schrofferen Abwärtstrend einstellen; viele der sehr jungen Universitäten aber, die in den siebziger Jahren gegründet wurden, drohen mitsamt der einheimischen Wirtschaft in Existenznöte zu geraten.

Während Großuniversitäten wie München oder Münster, Köln oder Hamburg noch unter der Last von jeweils über 40 000 Studierenden stehen, sehnen sich Passau oder Bremen, Regensburg oder Paderborn, Bayreuth oder Bielefeld nach wenigstens einem Bruchteil dieses Studentenaufkommens.



Beispiel Konstanz: Die in den sechziger Jahren gegründete Universität (Bild: Innenhof) laboriert daran, daß die nahe Schweizer Grenze wie der Bodensee ihr Einzugsgebiet beengen. FOTO: DPA

Und so werden vielerorts schon Überlegungen angestellt, wie mit diversen „Marketing-Konzepten" die Gunst der künftigen Studiosi zu gewinnen sei. „Unverwechselbare Profile" werden gesucht, um im Wettbewerb der 52 Universitäten wiedererkennbar zu werden und zu bleiben. Bildungs- und Strukturpolitik spielt in diese Problematik ebenso hinein wie das wirtschaftliche „Bruttosozialprodukt" einer Stadt oder einer ganzen Region – Aspekte, die schon bei der Standortentscheidung für bestimmte neue Universitäten ganz wesentlichen Einfluß hatten.

Wo Angebot und Nachfrage bereits jetzt auseinanderlaufen, sehen die Mitarbeiter des Zentrums für regionale Entwicklungsforschung der Universität Gießen erst recht für die neunziger Jahre schwarz – zumal dann, wenn verstärkter Wettbewerb um weniger Studenten auch eine Lockerung der Zulassungsbeschränkungen („Numerus clausus") zur Folge hätte, die zentrale Studienplatz-Verteilung in immer mehr Fächern damit überflüssig und mancher Hochschule auch noch „ihr" NC-Kontingent unfreiwillig zugewiesener Studentinnen und Studenten genommen würde. Genau diese Prämisse legten die Gießener Forscher ihrer Nachfrage-Prognose ebenfalls zugrunde – und kamen dabei auch zu dem Ergebnis, mit der eigenen Universität in hohem Maße existenzgefährdet zu sein.

Denn: An der Gießener Justus-Liebig-Universität, wo 77 Prozent der Erstsemester in ein zulassungsbeschränktes Fach gingen, hätte jeder fünfte Studienanfänger gern einer anderen Hochschule den Vorzug gegeben. Wenn die hessische Mittelstadt mit ihren 70 000 Einwohnern Mitte der neunziger Jahre statt der gegenwärtig 17 500 nur noch 13 400 Studierende in ihren Mauern hätte, würde dieser Verlust wirtschaftlich die gesamte Stadt und Region empfindlich treffen: Das bisherige Kaufkraft-Volumen von 135 Millionen Mark, von denen 90 Millionen am Studienort ausgegeben werden, würde mit den Studenten, die sich neu orientieren, entsprechend vermindert – überproportional spürbar in einer durch studentische Klientel besonders geprägte Infrastruktur.

Ähnliche, teilweise noch weit schlimmere Opfer müßten die neu gegründeten Universitäten hinnehmen. Dies gilt auch für die Gesamthochschulen, die – abgesehen von bestimmten Disziplinen – schon jetzt eher gemieden werden.

Wirtschaftsfaktor Hochschulen

Beispiel Gießen: Hier studieren fast achtzig Prozent der Erstsemester in einem zulassungsbeschränkten Fach. War für alle die Justus-Liebig-Universität wirklich die Wunschhochschule? Was geschähe, wenn der Numerus clausus Zug um Zug gelokkert werden könnte, es somit eine freie Wahl des Studienortes gäbe? Für eine Mittelstadt wie Gießen sind Studenten ein wichtiger Wirtschaftsfaktor. Ihr Kaufkraftvolumen liegt bei 135 Millionen Mark im Jahr. Eine Reihe von Kommunen leben zu einem Gutteil von ihren Hochschulen.

In der nächsten Ausgabe:
Die Liste der Sieger und der Verlierer

BAföG für Erstsemester

Die seit Anfang Oktober gültigen Neuregelungen

Zunächst sind bei der Studienfinanzierung die Eltern gefordert. Erst wenn sie aufgrund ihrer Einkommensverhältnisse und sonstiger Verpflichtungen außerstande sind, die Ausbildung pekuniär sicherzustellen, hilft der Staat. In diesem Fall kann der Student auf das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) zurückgreifen.

Formulare sind bei den Studentenwerken beziehungsweise Ämtern für Ausbildungsförderung erhältlich. Eine rückwirkende Unterstützung ist ausgeschlossen: Daher müssen Anträge spätestens am letzten Tag des Monats beim zuständigen Studentenwerk eingehen, in dem die Vorlesungen beginnen. Ledige Antragsteller haben einen monatlichen Einkommensfreibetrag von 260 DM. Unter Berücksichtigung aller steuerlichen Freibeträge dürfen sie jährlich aus nichtselbständiger Arbeit nicht mehr als 5400 DM brutto verdienen (= 450 DM monatlich). Sonst wird das BAföG gemindert. Die Freibeträge erhöhen sich bei Verheirateten um 440 DM, für jedes Kind kommen nochmals 350 DM hinzu.

Seit dem 1. Oktober gilt: Wer nicht bei Eltern wohnt, kann monatlich im Höchstfall 823 DM erhalten. Im einzelnen setzt sich dieser Betrag wie folgt zuammen:

- Lebensgrundbedarf DM 515,
- Mietzuschuß DM 195. Ist die Miete teurer, so können bis zu 75 DM zusätzlich gewährt werden.
- Zuschuß zur studentischen Krankenversicherung in Höhe von DM 38.

Wer bei den Eltern wohnt, erhält im Höchstfall 613 DM. Darin ist ein „Unterkunftszuschlag" von 60 DM enthalten. Die Einkommensfreibeträge liegen für berufstätige Gatten bei 1075 DM und für Eltern ab 1570 DM.

Die Förderungshöchstdauer beträgt je nach Fachrichtung rund zehn Semester. Im Schnitt sind für ein Studium allgemein jedoch 12,7 Semester zu veranschlagen; deshalb haben die Westdeutsche Rektorenkonferenz, das Deutsche Studentenwerk und der RCDS immer wieder gefordert, diese Lücke zu schließen. Nur in Ausnahmefällen (so bei Krankheit, Schwangerschaft, Auslandsausbildung, Unterbrechung wegen Wehr- oder Zivildienst) wird die Förderungshöchstdauer verlängert. Während Urlaubssemestern wird kein BAföG gezahlt, allerdings wird diese Zeit auch nicht auf die Höchstdauer angerechnet.

Grundsätzlich müssen ab dem fünften Fachsemester Leistungsnachweise vorgelegt werden. Bei einem Mehrfächerstudium (zum Beispiel Lehramt) sind sie für jede Disziplin einzureichen.

BAföG wird auf Volldarlehensbasis gewährt. Die Rückzahlung beginnt in der Regel fünf Jahre nach der letzten Zahlung. Über Ausnahmen und vor allem die Möglichkeiten, später bis zu siebzig Prozent des Darlehens erlassen zu bekommen, berichtet die Hochschul-WELT in einer weiteren Folge. HEIDE SCHWARZ

Hilfe gegen den Schock der Praxis

„MTP": Generalproben für künftige Manager an möglichen Einsatzorten

CHRISTIAN GEYER, Köln

Was hilft das beste Examen, wenn die praktische Erfahrung im künftigen Berufsfeld fehlt? Die Unternehmen legen in der Regel Wert darauf, daß der Hochschul-Bewerber schon Praxis-Luft geschnuppert hat. Wer während des Studiums „nur" studiert hat, hat es nicht selten schwer, in die engere Auswahl zu kommen.

Normalerweise bleibt es der Findigkeit des einzelnen Studenten überlassen, über den Tellerrand des eigenen Studiums und Faches hinauszuschauen. Denn der Studienablauf ist nun einmal in den meisten Fällen alles andere als praxisnah. Diese Erfahrung macht der Student spätestens dann, wenn er in den Beruf eintritt. Zwischen der universitären Ausbildung und den Anforderungen seiner neuen Arbeitsstelle liegen oft Welten.

Um dem „Praxis-Schock" zu entgehen, haben Anfang der achtziger Jahre einige Wirtschaftsstudenten zur Selbsthilfe gegriffen und den Verein „Marketing zwischen Theorie und Praxis" (MTP) gegründet.

Heute sind es mehr als 400 Studenten aus der Bundesrepublik, die sich als aktive MTP-Mitglieder gezielt auf ihren künftigen Beruf vorbereiten. Unternehmen und Hochschüler sollen einander nähergebracht werden.

Dazu dienen etwa die monatlichen Vorträge, die auch von Nicht-Mitgliedern besucht werden können. Praktiker aus der Wirtschaft referieren über konkrete Probleme ihrer Unternehmen. In zum Teil mehrtägigen Seminaren analysieren kleinere Gruppen von zwanzig bis dreißig Teilnehmern aktuelle Fallbeispiele. Ihre Aufgabe besteht darin, alternative Lösungskonzepte zu entwickeln. Im Gespräch mit den Praktikern überprüfen sie dann die Durchführbarkeit ihrer Ideen.

Der „Sprung ins kalte Wasser" ist allerdings wegen des Vertrauensschutzes nur den MTP-Mitgliedern vorbehalten. Sie arbeiten im Auftrag von Firmen an konkreten Marktforschungs-Projekten.

So haben sich die Jung-Manager schon den Kopf über eine „Weltmarktanalyse für eine Nutzfahrzeug-Kategorie" zerbrochen. Ein anderes Mal interessierte sich ein Unternehmen für die „Erforschung neuer Distributionskanäle für einen Heizgeräteherstellet". Auch der „Produkt- und Packungstest im Softdrinkbereich" gehörte zu den Fragestellungen der Projekt-Teams.

Bei solchem Engagement stellt sich die Marketing-Erfahrung ganz von selbst ein. Und sei es auch nur beim Organisieren einer Veranstaltung, bei der Einladung von Referenten oder beim Entwurf der Broschüren und Plakate.

Hand in Hand mit der fachlichen Qualifikation im engeren Sinne geht die Persönlichkeitsbildung. Denn ohne Initiative und Verantwortungsbewußtsein lassen sich die Aufgaben nicht bewältigen. Mitglieder müssen mit einem Arbeitsaufwand von acht Stunden in der Woche rechnen. Nicht selten muß auch einmal die Nachtruhe verkürzt werden. „Das alles sollte aber nicht zu Lasten des eigenen Studiums gehen", sagt Christian Schwarz, Vorsitzender von MTP. Jeder Bewerber hat eine dreimonatige Probezeit zu durchlaufen.

Die Unternehmen wissen den Einsatz der praxishungrigen Hochschüler zu schätzen. „Studenten mit dem Markenzeichen MTP geben uns die Gewißheit, daß es sich hierbei um Absolventen handelt, die den Anforderungen der Praxis gerecht werden", urteilt beispielsweise Jürgen Garms, Marketing-Manager bei Procter & Gamble. Und nicht umsonst finden sich im nationalen Förderkreis von MTP renommierte Unternehmen von Coca-Cola bis Siemens. Mit jährlich 2500 Mark greifen sie dem Studenten-Verein unter die Arme.

„Marketing zwischen Theorie und Praxis" (MTP) hat Büros an den Universitäten Berlin, Frankfurt, Freiburg, Köln, Mannheim, Münster, München, Nürnberg und Saarbrücken.
Interessenten wenden sich an den Vorstand des Vereins:
MTP e.V., Kantstraße 26, 6000 Frankfurt 1,
Telefon: 069/449385.
Die Mitgliedsgebühr beträgt jährlich 40 Mark.

Welche ist die Schönste im Lande?

DW. München

Von den 41 045 bayerischen Schülern, die in diesem Jahr die Hochschulberechtigung erworben haben, gaben 14,7 Prozent an, eine Fachhochschule besuchen zu wollen. Fest zum Studium entschlossen waren 60,9 Prozent.

Rund jeder vierte zeigte sich noch unentschieden, ob er nicht mit einer praktischen Berufsausbildung beginnen sollte. Wunsch-Uni ist nachwievor, mit weitem Abstand, München. 4816 junge Bayern zog es hierhin. Die Technische Universität München ist die klare Nummer zwei, mit 2685 Nominierungen. Auf Platz drei liegt Erlangen-Nürnberg (2136).

Die nächstplazierten Universitäten: Regensburg (933) und Würzburg (926). Aus dem gesamten Bundesgebiet gaben 8260 Abiturienten an, am liebsten an der Universität München studieren zu wollen. Für die TU München sprachen sich aus dem Bundesgebiet 3463 Interessenten aus. Generell gilt der Trend: Man will möglichst heimatnah studieren.

Samstags: Die Serviceseiten Berufs-WELT. Die Hochschul-WELT erscheint jeden Dienstag in Zusammenarbeit mit dem RCDS.

Das Hauptfach heißt hier Europa

Genfer Institute, die Studiengänge mit internationalem Horizont bieten

HENDRIK GROTH, Genf

Die Schweiz bleibt weiterhin für ausländische Studierende geöffnet. Die im Sommer von der Bundesregierung in Bern erlassene Verfügung, Studenten über 22 Jahren keine Aufenthaltsgenehmigung mehr zu erteilen, ist von der zuständigen Bundesrätin Elisabeth Kopp gestoppt worden. Wäre die Verordnung in Kraft getreten, hätten allein in Genf 548 Studenten ihre Koffer packen können. Für eine Vielzahl von weltweit angesehenen Forschungseinrichtungen hätte diese Verfügung das Ende bedeutet.

Eines davon ist das Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales in Genf. Das Durchschnittsalter der Studenten, die mit einem Diplom abschließen, ist 29 Jahre, das der Doktoranden 33 Jahre.

Über 60 Nationen vertreten

Das Institut de Hautes Etudes Internationales bietet Inhabern eines akademischen Abschlusses die Möglichkeit zu promovieren oder ein weiteres Diplom zu erwerben. Ferner besteht die Möglichkeit, ein Studium mit einer „Licence" abzuschließen. Wie schon vom Namen her ersichtlich, sind vor allem Akademiker oder Studenten, die eine Karriere auf internationaler Ebene anvisieren, angesprochen.

Der Großteil der Abgänger, so Jean-Claude Frachebourg, Secrétaire général des Instituts, arbeitet bei internationalen Organisationen oder in der Diplomatie. Gegenüber der Hochschul-WELT wies er darauf hin,daß auch die private Wirtschaft zunehmend Interesse an Absolventen habe.

Der formale Aufbau des Studiums, die Herkunft der Professoren und Studenten sowie die Wahl Genfs als Standort belegen den internationalen Charakter des 1927 gegründeten Instituts. Angehörige von über 60 Nationen studieren am Ufer des Lac Léman. Mehrere Fachrichtungen werden in enger Beziehung zueinander gelehrt. Wer zum Beispiel seinen Doktor im internationalen Recht ablegen möchte, muß zuvor Prüfungen in Geschichte, Politischen Wissenschaften und Wirtschaftswissenschaft bestehen.

Lange Jahre von der Rockefeller-Stiftung finanziert, wird das Institut de Hautes Etudes heute von der Schweiz und vom Kanton Genf unterstützt. Stipendien können direkt beantragt werden; zu den Mäzenen gehören Schweizer Unternehmen.

Für Studenten, die noch keinen Universitätsabschluß haben, aber für zwei Semester zur Erweiterung ihres akademischen Horizontes ins Ausland möchten, ist das Institut Universitaire d'Etudes Européennes interessant. Innerhalb eines Jahres kann an dieser ebenfalls in Genf ansässigen Einrichtung ein Certificat d'études européennes erworben werden. Wie schon am Institut de Hautes Etudes wird hier interdisziplinär gelehrt. Schwerpunkt ist in Geschichts- wie Politikwissenschaft dabei der alte Kontinent.

Mathematik ist Bedingung

Um am Institut d'Etudes Européennes zugelassen zu werden, muß man die Voraussetzungen für eine Immatrikulation an der Universität Genf erfüllen. Dazu gehört beispielsweise, daß Mathematik in der Jahrgangsstufe 13 voll belegt wurde; der Notendurchschnitt beim Abitur muß mindestens 2,5 betragen (wobei zu beachten ist, daß in der Schweiz schlechtere Zensuren als in etlichen deutschen Bundesländern gegeben werden).

Für genauere Informationen hier die Adressen:

Institut Universitaire de Hautes Etudes Internationales 132, rue de Lausanne, case 36, 1211 Genève 21

Institut Universitaire d'Etudes Européennes 122, rue de Lausanne, 1211 Genève 21

Mit dem Diplom gleich auch den Arbeitsplatz

DW. Stuttgart

An den Berufsakademien in Stuttgart und Mannheim wird zum Wintersemester erstmals ein Studiengang „Technische Informatik" angeboten. Die Berufsakademien sind eine baden-württembergische Besonderheit, eine Übertragung des dualen Systems auf die Hochschule.

Voraussetzung für die Zulassung ist, neben dem Abitur, der Abschluß eines Ausbildungsvertrages mit einer geeigneten Ausbildungsstätte, die für die berufspraktische Schulung zuständig ist.

Die Bilanz ist erfreulich: Unter den Absolventen des letzten Jahres mußten sich mehr als 94 Prozent gar nicht erst nach dem Studium auf Arbeitsplatzsuche begeben. Sie wurden sogleich übernommen.

Der neue Studiengang schließt mit dem Titel des Diplom-Ingenieurs (BA) ab. Auf das zweijährige Grundstudium folgt im dritten Studienjahr eine Vertiefung wahlweise in Produktionsinformatik, Prozeßdatenverarbeitung oder Telekommunikation.

An den insgesamt acht Berufsakademien des Landes sind – das ist ein neuer Höchststand – insgesamt 7800 Studenten eingeschrieben, davon 2900 neu.

PRAKTIKANTEN-BÖRSE

Für eine Reihe von Studiengängen sind Praktika erforderlich, in anderen wünschenswert und nützlich. Der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) bietet in der Hochschul-WELT wöchentlich solche Stellen für einzelne Tätigkeitsbereiche an. Während der Semesterferien besteht in begrenztem Umfang eine kostengünstige Unterbringungsmöglichkeit in Studentenheimen. Angebote und Nachfragen bitte ausschließlich an den RCDS, Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Tel. 02 28 / 46 00 55.

Maschinenbau

lfd. Nr.	Einsatzort	Branche	Einsatz-Schwerpunkt	Besch.-Dauer
1	Adelebsen	Maschinen- u. Anlagebau	Konstruktion/Fertig.	n. V.
2	Bisingen	Leicht- u. Schwermetallg.	Gießerei	1 – 4 M.
3	Bochum	Härterei	Wärmebehandlung	3 M.
4	Ennepetal	Maschinenbau	Konstruktion	n. V.
5	Essen	Personalmanagement	Maschinenbau	min 1 J.
6	Gelsenkirchen	Elektro	Maschinenbau	n. V.
7	Gollheim	Zementindustrie	Produkt./Instandhalt.	2 M.
8	Hanau	Metallverarbeitung	Schmelze/Walzwerk	1 – 6 M.
9	Hannover	Konditorei	Handwerkstechnik	1 – 2 M.
10	Heidenstein	Rolladen/Gitter	Konstruktion	1 J.
11	Herschbach	Motorenbau/Landtechnik	Fertigung	n. V.
12	Hildesheim	Haustechnik	Technik	n. V.
13	Kehl	Blechverarbeitung	Arbeitsvorbereitung	6 M.
14	Köln	Metallverarbeitung	Blechbearbeitung	1 – 2 M.
15	Linnich	Papier/Pappe/Kunstst.	Produktion	3 – 6 M.
16	Mainburg	Maschinenbau	Fertigung	2 – 3 M.
17	Meschede	Metallbearbeitung	Arbeitstechnik	1 – 6 M.
18	Münster	Filterwerke	Werkzeugmacherei	2 – 4 M.
19	Noderstedt	Baumaschinen	Werkstatt	n. V.
20	Plettenberg	Kaltwalzwerk	Schlosserei	2 – 3 M.
21	Rammingen	Maschinenbau	Konstruktion	n. V.
22	Salach	Maschinenbau	Konstruktion/Produkt.	6 M.
23	Seeheim	Hartverchromung	Verchromung/Wartung	1 J.
24	Velden	Metall	Fabrikation	n. V.
25	Waghäusel	Maschinenbau	Betriebl. Abteilung	6 M.
26	Wallertheim	Spezialmaschinen	Fertigung/Wartung	n. V.
27	Willstätt	Anlagenbau	Konstruktion/Fertig.	6 – 12 M

In der nächsten Woche: Elektrotechnik und Bauwesen

STUDIENPLATZ-TAUSCH

Die Anfragen und Antworten für die Tausch-Börse nimmt ausschließlich der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), Siegburger Str. 49, 5300 Bonn 3, Telefon: 02 28 / 46 49 33, entgegen. Bei den Antworten sollen nur das Studienfach, das Semester und die laufende Nummer der Offerte angegeben werden. In der Tabelle ist jeweils an erster Stelle der bisherige, an zweiter Stelle der gewünschte Studienort des Anbieters genannt. Die Tauschaktion betrifft das Sommersemester 1987. Die Semester-Angabe in der Tabelle bezieht sich dagegen auf das Wintersemester 1986/1987.

Humanmedizin Klinik

Erstsemester

	von	nach
1	Uni Essen	Uni Erlangen
2	Uni Essen	Uni Freiburg
3	Uni Essen	Uni Göttingen
4	Uni Essen	Uni Hannover
5	Uni Essen	Uni Heidelberg
6	Uni Essen	Uni Köln
7	Uni Essen	Uni Münster
8	Uni Essen	Uni Tübingen
9	Uni Essen	Uni Würzburg
10	Uni Erlangen	Uni Freiburg
11	Uni Erlangen	Uni Heidelberg
12	Uni Frankfurt	Uni Hamburg
13	Uni Frankfurt	Lübeck
14	Uni Frankfurt	Uni Kiel
15	Uni Göttingen	Uni Hannover
16	Uni Hannover	Uni Heidelberg
17	Uni Hannover	Uni München
18	Uni Hannover	Uni Tübingen
19	Uni Hannover	Uni Würzburg
20	Uni Heidelberg	Uni Freiburg
21	Uni Heidelberg	TU München
22	Uni Heidelberg	Uni München
23	Lübeck	Uni Hamburg
24	Uni Kiel	Uni Freiburg
25	Uni Kiel	Uni Heidelberg
26	Uni Kiel	Uni Hamburg
27	Uni Kiel	Uni Köln
28	Uni Kiel	Uni Tübingen
29	Uni Kiel	Uni Ulm
30	TU München	Uni Freiburg
31	Uni Mainz	Uni Düsseldorf
32	Uni Mainz	Uni Köln
33	Uni Mainz	Uni Würzburg
34	Uni Saarbrücken	Uni Freiburg
35	Uni Saarbrücken	Uni Heidelberg
36	Uni Saarbrücken	Uni Tübingen
37	Uni Tübingen	Uni Heidelberg
38	Uni Ulm	Uni Freiburg
39	Uni Ulm	Uni Heidelberg
40	Uni Ulm	Uni Tübingen
41	Uni Würzburg	Uni Erlangen
42	Uni Würzburg	Uni Freiburg
43	Uni Würzburg	TU München
44	Uni Würzburg	Uni München

Humanmedizin Klinik

2. Semester

	von	nach
1	Uni Bonn	Uni Göttingen
2	FU Berlin	Uni Heidelberg
3	FU Berlin	Uni Hamburg
4	FU Berlin	TU München
5	FU Berlin	Uni München
6	Uni Düsseldorf	Uni Freiburg
7	Uni Düsseldorf	Uni Heidelberg
8	Uni Düsseldorf	Uni München
9	Uni Essen	RWTH Aachen
10	Uni Essen	Uni Göttingen
11	Uni Essen	Uni Münster
12	Uni Erlangen	Uni Freiburg
13	Uni Erlangen	Uni Heidelberg
14	Uni Erlangen	Uni Tübingen
15	Uni Frankfurt	Uni Heidelberg
16	Uni Frankfurt	Uni Hamburg
17	Uni Frankfurt	Lübeck
18	Uni Frankfurt	Uni Kiel
19	Uni Frankfurt	TU München
20	Uni Frankfurt	Uni München
21	Uni Frankfurt	Uni Tübingen
22	Uni Gießen	Lübeck
23	Uni Gießen	Uni München
24	Uni Gießen	Uni Mainz
25	Lübeck	Uni Hamburg
26	Uni Marburg	Uni Bonn
27	Uni Marburg	Uni Düsseldorf
28	Uni Marburg	Uni Freiburg
29	Uni Marburg	Uni Göttingen
30	Uni Marburg	Uni Heidelberg
31	Uni Marburg	Uni Hamburg
32	Uni Marburg	Lübeck
33	Uni Marburg	Uni Köln
34	Uni Marburg	Uni Münster
35	Uni Marburg	Uni München
36	Uni Marburg	Uni Tübingen
37	Uni Mainz	RWTH Aachen
38	Uni Mainz	Uni Heidelberg
39	Uni Mainz	Uni Mannheim

Humanmedizin Klinik

3. Semester

	von	nach
1	RWTH Aachen	Uni Bonn
2	RWTH Aachen	Uni Freiburg
3	RWTH Aachen	Uni Heidelberg
4	RWTH Aachen	Uni Köln
5	RWTH Aachen	Uni Tübingen
6	Uni Bochum	Uni Freiburg
7	Uni Bochum	Uni Heidelberg
8	Uni Bochum	Uni Mannheim
9	Uni Bochum	Uni Münster
10	Uni Bochum	Uni München
11	Uni Bochum	Uni Tübingen
12	FU Berlin	Uni Freiburg
13	FU Berlin	Uni München
14	FU Berlin	Uni Würzburg
15	Uni Düsseldorf	Uni Münster
16	Uni Düsseldorf	TU München
17	Uni Düsseldorf	Uni München
18	Uni Essen	FU Berlin
19	Uni Essen	Uni Frankfurt
20	Uni Essen	Uni Heidelberg
21	Uni Essen	Uni Mannheim
22	Uni Essen	Uni Mainz
23	Uni Gießen	Uni Frankfurt
24	Uni Gießen	Uni Heidelberg
25	Uni Gießen	Uni Mainz
26	Uni Gießen	Uni Tübingen
27	Uni Gießen	Uni Ulm
28	Uni Göttingen	Uni Düsseldorf
29	Uni Göttingen	Uni Frankfurt
30	Uni Göttingen	TU München
31	Uni Göttingen	Uni München
32	Uni Heidelberg	TU München
33	Uni Heidelberg	Uni München
34	Uni Köln	Uni Hamburg
35	Uni Köln	Uni München
36	Uni Marburg	FU Berlin
37	Uni Marburg	Uni Hamburg
38	Uni Marburg	Uni Köln
39	Uni Ulm	Uni München
40	Uni Ulm	Uni Tübingen
41	Uni Würzburg	Uni Freiburg
42	Uni Würzburg	Uni Heidelberg
43	Uni Würzburg	TU München
44	Uni Würzburg	Uni München
45	Uni Würzburg	Uni Tübingen

Humanmedizin Klinik

4. Semester

	von	nach
1	Uni Bonn	Uni Freiburg
2	Uni Bonn	Uni Marburg
3	Uni Bonn	Uni Tübingen
4	Uni Essen	Uni Hamburg
5	Uni Essen	Uni Münster
6	Uni Erlangen	Uni Bonn
7	Uni Gießen	Uni Bonn
8	Uni Gießen	FU Berlin
9	Uni Gießen	Uni Würzburg
10	Uni Marburg	Uni Düsseldorf
11	Uni Marburg	Uni Hannover
12	Uni Marburg	Uni Hamburg
13	Uni Mainz	Uni Heidelberg

Humanmedizin Klinik

5. Semester

	von	nach
1	Uni Münster	Uni Göttingen

Humanmedizin Klinik

6. Semester

	von	nach
1	RWTH Aachen	Uni Düsseldorf
2	RWTH Aachen	Uni Münster
3	Uni Essen	Uni Bonn
4	Uni Marburg	Uni Hamburg
5	Uni Marburg	Uni Münster
6	Uni Marburg	Uni München
7	Uni Mainz	Uni Frankfurt

Städte wollen mehr Geld für Volkszählung

AP, Bonn

Die kommunalen Spitzenverbände haben Bund und Länder aufgefordert, den Städten und Gemeinden mehr Geld zur Ausrichtung der für Mai 1987 geplanten Volkszählung zur Verfügung zu stellen. Andernfalls, so erklärte der Präsident des Deutschen Landkreistages, Joseph Köhler, vor Journalisten in Bonn, werde die Qualität der Umfrage erheblich leiden. Finanzielle Sorgen haben die Städte und Gemeinden nach den Worten Köhlers auch wegen der ständig steigenden Sozialhilfe, der zunehmenden Zahl von Asylbewerbern und wegen gefährlicher Müllablagerungen, die beseitigt werden müssen.

Die Kommunen erwarten, daß entweder der Bund im Haushalt des nächsten Jahres mehr als die bislang eingeplanten 275 Millionen Mark zur Verfügung stellt, oder aber die Länder ihren Anteil von 300 Millionen Mark zugunsten der Gemeinden aufstocken. Die Kommunen haben nach Angaben Köhlers einen Finanzierungsbedarf je Einwohner in Höhe von 9.50 Mark errechnet, während der Bund bisher davon ausgegangen ist, daß je Bürger lediglich 4,50 Mark aufgebracht werden müssen. Einen Boykott der Volkszählung durch die Kommunen schloß Köhler jedoch aus. Dazu seien die Gemeinden viel zu sehr an deren Ergebnis interessiert.

Weitreichende finanzielle Konsequenzen befürchten Gemeinden, Städte und Kreise auch aus der gegenwärtigen steuerpolitischen Diskussion, insbesondere über die Gewerbesteuer. Ein weiterer Abbau der noch verbliebenen ertagsunabhängigen Bestandteile der Gewerbesteuer könne auch bei einem globalen Ausgleich der finanziellen Verluste der Kommunen nicht akzeptiert werden.

Den Haag nimmt Anstoß an Text von Vaclav Havel

Niederlande befürchten Konflikt mit CSSR-Regierung

HELMUT HETZEL, Den Haag

Die niederländische Regierung hat versucht die Rede des tschechoslowakischen Bürgerrechtlers Vaclav Havel anläßlich der diesjährigen Verleihung des Erasmus-Preises zu zensieren. Havel, ein Gründungsmitglied der tschechoslowakischen Bürgerrechtsbewegung „Charta 77", wird am 12. November anläßlich des 450. Todestages des großen niederländischen Humanisten Erasmus von Rotterdam der diesjährige Erasmus-Preis in Abwesenheit überreicht werden. Der Prager Schriftsteller und Bürgerrechtler – so hieß es dazu in Den Haag – wolle sein Heimatland nicht verlassen, da er fürchte nicht mehr zurückkehren zu können.

Aus diesem Grund habe Havel der niederländischen „Erasmus-Stiftung" einen von ihm verfaßten Redetext vorab zukommen lassen. Dieser Text sollte – so war es eigentlich geplant – in Abwesenheit des Preisträgers von einer dritten Person verlesen werden. Der Redetext von Havel aber ist nach Angaben der niederländischen „Erasmus-Stiftung" von der Haager Regierung beanstandet worden. Noch nicht bekannt ist jedoch, an welchen inhaltlichen Stellen Den Haag Anstoß nahm.

Rolle der „Charta 77"

Die zuständigen Regierungssprecher der amtierenden Mitte-Rechts-Regierung hüllen sich dazu in Schweigen. Das angesehene „NRC-Handelsblad" berichtet in diesem Zusammenhang, man habe sich in Den Haag über eine im Text vorkommende Bemerkung Havels mokiert, bei der der tschechische Bürgerrechtler fordere, nicht ihm, sondern der gesamten „Charta 77" den Preis zuzugestehen. Gegenüber der WELT wurde von regierungsamtlicher Stelle in Den Haag bestätigt, „daß man keine diplomatischen Konflikte mit einem Land wolle, zu dem man gute Beziehungen unterhalte". Diese Aussage aber läßt eher darauf schließen, daß Havel in seiner von Den Haag zensierten Rede die Menschenrechtssituation in der CSSR erneut heftig kritisieren will.

Rede wird verteilt

„Diplomatische Konflikte", so meinte der Haager Regierungssprecher gegenüber der WELT weiter, „könnten sich aus der Anwesenheit des niederländischen Staatsoberhauptes ergeben, da Königin Beatrix bei der Preisverleihung anwesend sein wird". Man habe vor der Frage gestanden: Entweder der Text von Havel wird verlesen und Königin Beatrix bleibt der Preisverleihung fern, oder aber das holländische Staatsoberhaupt erscheint und der Text wird nicht öffentlich vorgetragen, hieß es.

Vaclav Havel habe sich allerdings geweigert, seinen Redetext inhaltlich zu ändern. Daher habe man sich mit ihm auf einen „Kompromiß" geeinigt. Er sieht vor, die Rede von Havel nicht wie zunächst geplant öffentlich bei der Preisverleihung in Rotterdam, die von Prinz Bernhard vorgenommen wird, zu verlesen, sondern lediglich als Vervielfältigung an alle anwesenden Ehrengäste zu verteilen. Auch innerhalb der „Erasmus-Stiftung" soll es Streitigkeiten darüber gegeben haben, ob man den Preis an die gesamte „Charta 77" oder nur an eines ihrer Mitglieder aushändigen solle. Der nun erreichte Kompromiß soll zwischen Vertretern der niederländischen Botschaft in Prag und Havel persönlich ausgehandelt worden sein.

Neue Vorwürfe gegen Berliner Bürgermeister

hrk. Berlin

Die Affäre um Fraktionschef Buwitt ist für die Berliner CDU noch nicht abgeschlossen, da wird die Partei bereits mit neuen Vorwürfen gegen ein Mitglied konfrontiert. Staatsanwälte und Kripobeamte durchsuchten gestern die Amts- und Privaträume des Bürgermeisters im Bezirk Tiergarten, Hans-Martin Quell, nach Unterlagen, die den Verdacht erhärten sollen, der Bürgermeister habe die 80 000-Mark-Spende eines Berliner Bauträgers nicht – wie zunächst angenommen – an die CDU weitergeleitet, sondern möglicherweise für sich behalten.

Quell war bereits im Januar 1986 im Zusammenhang mit Notizen im Kalender des Bauträgers Kurt Franke belastet worden. Er versicherte damals, 60 000 Mark als Parteispende von Franke erhalten und für „Wahlkampfzwecke" in seinem Bezirk ausgegeben zu haben. Ein Ermittlungsverfahren gegen Quell war im März eingestellt worden.

Justizsprecher Walter Neuhaus erklärte gestern der WELT, es hätten sich Schriftstücke gefunden, „die den Verdacht der Vorteilsannahme durch Quell" erregen. So sei ein Brief an den Finanzsenator aufgetaucht, in dem sich Quell mit großem Nachdruck für die Vergabe eines „Filet-Grundstücks" an Franke eingesetzt hatte. Franke war jedoch nicht zum Zuge gekommen. Bei der Durchsuchungsaktion nahmen die Beamten gestern eine Reihe von Unterlagen an sich. „Sie müssen jetzt ausgewertet werden", erklärte Neuhaus.

Gestern hielten innerhalb der Berliner CDU die Krisensitzungen zur Lösung des Falles Buwitt an: Möglicherweise legt der CDU-Fraktionschef nun den Vorsitz im wichtigsten parlamentarischen Gremium, dem Hauptausschuß, nieder.

Kohl soll bei Reagan die Kontinuität der Abschreckungsstrategie anmahnen

CDU fordert von Kreml-Führung Abkommen über Mittelstreckenraketen-Abbau

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Einflußreiche Politiker der Bonner Koalition haben Bundeskanzler Kohl vor dessen Reise in die USA nochmals darauf hingewiesen, daß Rüstungskontrolle nur eine Möglichkeit zur Verbesserung der Sicherheit sein kann. Sicherheit müsse der Leitbegriff für die deutsche Außenpolitik bleiben. So deutlich ist das in Bonn in letzter Zeit noch nie betont worden. Dies beweist, daß man in verantwortlichen Kreisen inzwischen erkannt hat, wie nötig es ist, denjenigen Kräften, die der Rüstungskontrolle am liebsten ein Eigenleben verschaffen wollen, nun Zügel anzulegen.

Die Washingtoner Gespräche von Bundeskanzler Kohl mit Präsident Reagan haben für die sicherheitspolitische Lage Westeuropas eine außergewöhnlich Bedeutung erlangt. Dies wird insbesondere dadurch deutlich, daß Kohl die Minister Genscher und Wörner sowie den stellvertretenden CDU/CSU-Fraktionsvorsitzenden Rühe in die USA mitgenommen hat und auch im Interesse Großbritanniens und Frankreichs spricht. Die in Reykjavik angesprochenen weitreichenden Aussichten auf Rüstungsverminderungen im Bereich der strategischen und halbstrategischen Atomwaffen drohen nämlich die Bündnisstrategie zu erschüttern. Der Prozeß der Rüstungskontrolle scheint eine Dynamik zu gewinnen, die der Friedenssicherung in Europa nicht unbedingt förderlich sein muß.

Für die NATO, deren Nukleare Planungsgruppe sich im schottischen Gleneagles derzeit ebenfalls mit diesem Thema befaßt, stellt sich nun die Frage, wie sie bei einer beiderseitigen Null-Lösung auf dem Sektor der Mittelstreckenwaffen größerer Reichweite, jedenfalls für Europa, ihre Strategie der flexiblen Reaktion gegenüber der UdSSR wirksam erhalten kann. Kohl, so sagen Fachleute, müsse jetzt in Washington anmahnen, das „Kontinuum der Abschreckung" zu erhalten.

Das bedeutet für den Fall, daß im Rahmen eines amerikanisch-sowjetischen Abrüstungsvertrages auf westlicher Seite die Pershing 2-Raketen und Marschflugkörper aus Europa abgezogen werden sollten, eine Lükke in der NATO-Verteidigung entsteht. Damit würde sich nicht nur das konventionelle Übergewicht des Warschauer Paktes gegenüber Westeuropa stark erhöhen, sondern auch die nukleare Bedrohung. Die NATO verlöre ein Instrument, im Falle einer sowjetischen Invasion auf Westeuropa Moskaus Führung mit dem Einsatz amerikanischer Nuklearmittel von Europa aus auf kriegsentscheidende Potentiale im eigenen Lande zu konfrontieren. Dieser Gedanke war ursprünglich entscheidend dafür, daß die NATO überhaupt ihre Atomwaffen mittlerer Reichweite in Gestalt der Pershing 2-Raketen und der Marschflugkörper modernisieren wollte. Erst später kam unter dem Begriff „NATO-Doppelbeschluß" der Wunsch hinzu, diese Systeme als Verhandlungsobjekt zum Austausch gegen *die sowjetischen SS 20 zu* betrachten. Inzwischen hat sich diese Entwicklung verselbständigt und das Verlangen nach Erhalt des „Kontinuums der Abschreckung" in den Hintergrund treten lassen.

Durch das überdimensionale Übergewicht der Sowjets bei den Nuklearwaffen kürzerer Reichweite (zwischen 500 bis 150 Kilometer) wird die Bedrohung Europas noch vergrößert. Bundeskanzler Kohl muß deshalb in Washington darauf bestehen, daß sich die NATO für die sogenannte Kategorie der Mittelstreckenwaffen kürzerer Reichweite (SRINF) das Recht sichert, notfalls eigene Optionen zu entwickeln, falls die UdSSR in neuen Rüstungskontrollverhandlungen nach einem Abkommen über SS 20 sowie Pershing 2 und Marschflugkörper die Verschrottung der SRINF-Systeme verweigern sollte.

*

DW. Bonn

Das CDU-Präsidium hat die UdSSR aufgefordert, mit den USA ein separates Abkommen über den Abbau von Mittelstreckenraketen abzuschließen. Unmittelbar vor der Reise von Kohl in die USA erklärte das CDU-Führungsgremium in Bonn, es liege jetzt vor allem an der UdSSR, ob es zu einem Abkommen über die Abrüstung auf diesem Gebiet komme. Moskau solle zu seiner vor dem Treffen von Reykjavik erklärten Haltung zurückkehren.

In einer nach der Sitzung verbreiteten Erklärung des CDU-Präsidiums heißt es, die Bemühungen Kohls, den Prozeß der Verständigung zwischen den beiden Weltmächten über Abrüstung und Rüstungskontrolle weiter voranzutreiben, würden unterstützt. Das Treffen zwischen US-Präsident Reagan und Kreml-Chef Gorbatschow in Island habe sich als wichtige *Etappe des West-Ost-Dialogs* erwiesen. Noch nie zuvor in der Geschichte der Abrüstungsverhandlungen seien sich die Verhandlungspartner so nahe gekommen.

„Auf der Basis dieser erreichten Ergebnisse sind Erfolge bei den Abrüstungsverhandlungen in Genf, insbesondere bei den Mittel- und Kurzstreckenwaffen sowie beim weltweiten Verbot chemischer Waffen, in greifbare Nähe gerückt", heißt es. Die Tür zu einem weiteren Gipfelgespräch zwischen Reagan und Gorbatschow bleibe offen.



Vermögensberatung durch die Sparkasse eröffnet Ihnen angenehme Perspektiven für später.

Auf die Frage, wie man sein Geld gewinnbringend anlegt, gibt's viele Antworten. Weil aber nicht jede zu jedem paßt, lohnt sich ein Gespräch mit Ihrem Geldberater. Wenn er weiß, welche Vorstellungen Sie haben – etwa die Anlagedauer und spätere Verfügbarkeit –, wird er ein klares Konzept entwickeln. Für Sie und mit Ihnen gemeinsam.

Denken Sie an diesen Sparkassen-Service, wenn Ihre Lebensversicherung fällig, die betriebliche Rente ausbezahlt oder die verkaufte Zweitwohnung zu Kapital wird: Ihre Sparkasse bietet unter anderem festverzinsliche Wertpapiere und interessante SparkassenFonds, die alle eines gemeinsam haben: die Sicherheit, daß Ihr Kapital auf gutem Kurs ist.

Sprechen Sie mit unserem Geldberater über die verschiedenen Anlageformen.

Wenn's um Geld geht - Sparkasse

Entführte Mossad israelischen „Atomverräter"?

SAD, London

Der israelische „Atomverräter" Mordechai Vanunu soll von Agenten des Geheimdienstes Mossad entführt worden sein. Das meldet das amerikanische Nachrichtenmagazin „Newsweek" in seiner jüngsten Ausgabe. Weiter heißt es dort, der 31jährige Atomtechniker solle in seiner Heimat vor Gericht gestellt werden.

Vanunu, der fast zehn Jahre lang in der israelischen Reaktoranlage Dimona gearbeitetet hatte, war die Quelle für den sensationellen Bericht in der englischen Zeitung „Sunday Times". Danach soll Israel seit 20 Jahren Atomsprengköpfe herstellen, jedes Jahr Plutonium für zehn weitere Bomben produzieren und auch in der Lage sein, Wasserstoffbomben zu bauen.

Fünf Tage vor dem Erscheinen des ersten der beiden „Sunday Times"-Berichte verschwand der Israeli am 30. September aus seinem Londoner Hotel – noch bevor er seinen Vertrag mit der Zeitung, über angeblich 300 000 Dollar, unterschrieben hatte. Seitdem wurde vergeblich nach ihm gefahndet.

„Newsweek" verbreitet über die Entführung folgende Version: Mossad habe eine junge Frau eingeschaltet. Die Frau, eine Bekannte von Vanunu, habe den Atomtechniker zu einer Mittelmeer-Kreuzfahrt an Bord einer Privatjacht überredet. Als das Schiff dann internationale Gewässer erreicht hätte, sei Vanunu von Mossad-Agenten verhaftet worden. Nach Angaben des Magazins droht dem Israeli eine Verurteilung zu lebenslanger Haft.

Babrak Karmal und die Liebe der Afghanen

AFP, Kabul

Der im Mai praktisch entmachtete afghanische Staatschef Babrak Karmal hat am Sonntag bei einer Militärparade in Kabul seinem Nachfolger als Parteichef, Nadschibullah, die Schau gestohlen. Bei der Verabschiedung eines sowjetischen Regiments, bei der sich Karmal in der Gruppe der hochrangigen Gäste befand, stieg er völlig unprotokollarisch von der Tribühne herab und tauchte in die Menge der Zuschauer, die ihn spontan begrüßte.

Er wurde jubelnd umringt und auf Schultern gehoben. Auf Fragen westlicher Journalisten gab Karmal die knappen Antworten: „Es geht mir gut. Ich bin Patriot. Das Volk liebt mich." Darüber befragt, ob er Vorsitzender des Revolutionsrates bleibe, sagte er: „Ich denke schon." Als er erneut auf der Tribüne war, unterließ Karmal es als einziger der anwesenden Ehrengäste, den vorbeimarschierenden Sowjets Blumen zuzuwerfen.

Der 58jährige Politiker, den die Sowjets im Dezember 1979 an die Macht gebracht hatten, hat offiziell aus Gesundheitsgründen das Amt des Parteichefs verloren und steht praktisch unter Hausarrest. Er dürfte Moskau politisch wohl vor allem mit seinem Versagen verägert haben, Frieden zwischen den beiden verfeindeten Fraktionen der „Volksdemokratischen Partei Afghanistans" (PDPA) zu stiften. Sein sichtlich wenig populärer Nachfolger, der 40jährige Nadschibullah, stand dem „Informationsamt" (Khad) vor, der afghanischen Variante des sowjetischen Geheimdienstes KGB.

Hasenfus beschuldigt Bush und CIA

dpa, Washington

US-Vizepräsident George Bush hat nach Meinung des Amerikaners Eugene Hasenfus über die Versorgungsoperationen für die anti-sandinistischen „Contras" Bescheid gewußt. Hasenfus, der am 6. Oktober über Nicaragua in einem Flugzeug mit Waffen für die Widerstandskämpfer abgeschossen worden war und seitdem in Managua in Haft ist, sagte in einem Interview der Fernsehgesellschaft CBS, er sei immer der Auffassung gewesen, im Auftrag der Regierung oder des Geheimdienstes CIA gearbeitet zu haben. In Managua sollte gestern ein Prozeß gegen den Amerikaner beginnen.

In dem Fernsehinterview sagte der 45jährige, er habe seine Tätigkeit, für die er rund 3000 Dollar im Monat erhalten habe, lediglich als „Job" betrachtet. Er sei kein „Freiheitskämpfer" und glaube auch nicht, daß die Auseinandersetzung in Nicaragua „Amerikas Krieg" sei.

Der Abteilungsleiter für interamerikanische Angelegenheiten im US-Außenministerium, Elliot Abrams, hat nach Angaben der „New York Times" versichert, die von der Regierung zur Verfügung gestellten geheimen Unterlagen hätten die meisten Verdachtsmomente von Kongreßmitgliedern hinsichtlich einer Verwicklung Washingtons beseitigt. Die Zeitung schrieb weiter, zwei demokratische Mitglieder des Geheimdienstausschusses, die die Unterlagen gesehen hätten, seien trotzdem weiter besorgt, daß die Regierung gegen das Verbot des Kongresses verstoßen und die „Contras" unterstützt haben könnte.

In Belgrad ein Ruf nach Freiheit

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

„Wir wenden uns an das Parlament der *Sozialistischen Föderativen Republik* Jugoslawien und an die jugoslawische Öffentlichkeit mit dem Vorschlag, eine Änderung des politischen und juristischen Systems herbeizuführen, durch das die Herrschaft des Rechts sichergestellt werden soll." Mit diesen Worten sind jetzt 18 prominente Belgrader Intellektuelle, Schriftsteller und Wissenschaftler – darunter mehrere Kommunisten – in einem offenen Brief hervorgetreten, der in der Hauptstadt kursiert.

„Willkür regiert"

Die Unterzeichner – unter ihnen der Schriftsteller Dobrica Cosic, der Lyriker Matija Beckovic, mehrere Professoren der neomarxistischen „Praxis"-Gruppe sowie Titos ehemaliger Generalarzt in der Partisanenarmee, Gojko Nikolis – erklären, jetzt sei die Zeit gekommen, nicht nur einzelne Fälle der Verletzung von Menschen-, Bürger- und Freiheitsrechten in Jugoslawien anzuprangern.

Vielmehr müsse man sich mit den Ursachen befassen, die zu dieser Unterdrückung von Freiheiten führten. Das „Komitee zur Verteidigung der Gedankenfreiheit", dem die 18 Unterzeichner angehören, stelle daher fest, daß in Jugoslawien nicht das Recht, sondern die Willkür einer Partei regiere.

Die ihrer *Ansicht nach wichtigsten* Voraussetzungen für die Schaffung rechtsstaatlicher Zustände in Jugoslawien haben die Unterzeichner in einem Zehn-Punkte-Katalog zusammengefaßt:

- Die Abschaffung des Machtmonopols einer politischen Partei oder einer „exklusiven Gruppe" durch freie und unmittelbare Wahlen. An die Adresse der KP wenden sich die Intellektuellen mit der Feststellung: „Niemand kann ständig und auf unabsehbare Zeit über die öffentliche Macht verfügen, indem er sich nur auf seine früheren Siege und Verdienste, auf seine historische Mission und auf seine Rolle als Avantgarde beruft."
- Die Herstellung einer konsequenten rechtlichen und politischen Gleichheit aller Bürger und das Aufgeben der bisherigen „nicht verfassungsgemäßen Praxis", durch die staatliche und öffentliche Ämter hauptsächlich nur Mitgliedern der KP zugänglich waren.
- Einführung einer wirksamen demokratischen Kontrolle der Macht durch öffentliche Freiheit und eine wirklich freie Presse.
- Einführung einer wirklichen Unabhängigkeit der Gerichte. Wörtlich heißt es dazu: „Richter dürfen keinerlei Anweisungen von der Partei oder irgendeinem Staatsorgan entgegennehmen."
- Abschaffung des Rechts der Verwaltungsorgane, eigenmächtig und ohne Anrufung von Gerichten den Bürgern Freiheiten zu beschneiden.
- Annullierung von Verfassungsbestimmungen, wonach einige Freiheiten und Rechte den Bürgern nur unter bestimmten Voraussetzungen gewährt werden. Darunter fällt beispielsweise das in der Verfassung verankerte Verbot, Freiheiten und Rechte „zum Zweck des Sturzes der sozialistischen demokratischen Selbstverwaltungs-Ordnung" zu nutzen.

‚Gedankendelikt' verurteilt

- Abschaffung der Möglichkeit präventiver Verhaftungen und der zeitlich unbegrenzten Inhaftierung ohne Gerichtsurteil.
- Abschaffung des sogenannten „Gedankendelikts" – vor allem Aufhebung der Gesetzesbestimmungen über das Verbot sogenannter „feindlicher Propaganda".
- Abschaffung der Verletzungen des Brief- und Telefongeheimnises durch den Staat.
- Herstellung des Rechts aller Staatsbürger, sich friedlich und öffentlich zu versammeln und Vereine zu bilden sowie des Streikrechts.



Streik im öffentlichen Dienst – den Franzosen drohen heute erhebliche Störungen im Post-, Bahn- und Flugverkehr. Bei der 24stündigen Arbeitsniederlegung handelt es sich um die erste gemeinsame Aktion seit dem Wahlsieg Chiracs. (S. 16) FOTO: AP

FÜR DEN ANLEGER

Bundesbank: Morgen laufen ersatzlos Wertpapierpensionen über 4,8 Mrd. DM aus.

Edding: Das Familienunternehmen bietet fünf Mill. DM stimmrechtslose Vorzugsaktien zum Kurs von 370 DM zur Zeichnung an. Die Aktien werden in den geregelten Freiverkehr der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg einbezogen. Die voraussichtliche Dividende soll zehn DM betragen, die *Dividendenrendite* (mit KöSt) liegt bei 5,8 Prozent.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 264,22 (265,89); Chemie: 156,03 (157,38); Elektro: 330,25 (331,32); Auto: 688,37 (691,37); Maschinenbau: 144,63 (146,36); Versorgung: 159,16 (159,32); Banken: 388,80 (393,14); Warenhäuser: 179,22 (183,50); Bauwirtschaft: 540,89 (543,31); Konsumgüter: 172,90 (175,67); Versicherung: 1323,40 (1318,45); Stahl: 143,54 (144,12).

Kursgewinner:	DM	+ %
IFI Inh. Vz.	45,00	5,39
Nippon Shinpan	13,10	4,80
Hartmann & Br.	2310,0	4,76
VGT	230,00	4,55
Atlas Copco NA	62,00	4,38

Kursverlierer:	DM	– %
Nikko Securitie	16,20	14,7
Ymos AG J Inh.	170,10	8,05
Sumitomo	2,60	7,14
Nippon Kokan	3,00	6,25
Olivetti Vz.	12,50	6,02

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: leichter

MÄRKTE & POLITIK

Stahl: Die großen Produzenten der EG haben sich in Luxemburg fast übereinstimmend gegen eine weitere Liberalisierung des Markts zum jetzigen Zeitpunkt ausgesprochen. Die Bundesregierung hat gegen den Wegfall des Quotenschutzes für bestimmte Produkte vor allem wegen Arbed Saarstahl Bedenken.

Druckindustrie: Die „XII. Woche der Druckindustrie" beginnt heute in Karlsruhe. Der Bundesverband Druck erwartet dazu über 1000 Unternehmer und Führungskräfte.

Frankreich: Die bedeutendste Nahrungsmittel-Fachmesse neben der Kölner Anuga, der Salon International de l'Alimentation (SIAL), beginnt heute in Paris.

Berlin: Für die Stadt fordert der Wirtschaftssenator Elmar Pieroth eine kreative und innovative Wirtschaftspolitik. (S. 17)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	**17. 10. 86**	**16. 10. 86**	**1. 7. 86**	**1. 8. 85**	**1973**
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	165,00	166,50	165,00	286,00	97,00
Heizöl (schwer/3,5 % S)	66,50	65,00	51,00	139,00	29,00
Gasöl (Heizöl/Diesel) 0,3 % S	116,75	117,25	104,00	226,00	84,00

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

BASF: Mit einem stärkeren „Wir"-Gefühl zeigt der Chemiekonzern Flagge. Zahlreiche Tochtergesellschaften wurden umbenannt (S. 17)

Schuhe: In der Bundesrepublik werden noch 87 Mill. Paar hergestellt, 75 Mill. weniger als vor 15 Jahren.

Bertelsmann: Der Medienkonzern baut seine Druckerei „Elsnerdruck" in Berlin zum europäischen Taschenbuch-Zentrum aus. (S. 17)

NAMEN



Metallgesellschaft: Vorstandsvorsitzender Dietrich Natus (Foto) feiert heute seinen 60. Geburtstag. Natus, der an der TH in Dresden promovierte, lernte den Anlagenbau von der Pike auf. Über die Metallgesellschafts-Tochter Lurgi rückte er vor zwei Jahren an die Unternehmensspitze.

DAL: Der Gründer der Mainzer Deutschen Anlagen-Leasing (DAL), Eberhard Kühl (61), und der frühere Steuerberater des Unternehmens, Herbert Paulus (47), sind aus der Untersuchungshaft entlassen worden. Das Landgericht Koblenz, vor dem sich die beiden Angeklagten wegen Steuerhinterziehung verantworten müssen, hat die seit Januar bestehenden Haftbefehle außer Vollzug gesetzt. Die Staatsanwaltschaft hat gegen die Haftverschonung für Kühl Beschwerde eingelegt. Die Urteilsverkündung aus dem seit dem 22. September laufenden Prozeß wird für den Dienstag nächster Woche erwartet.

WER SAGT'S DENN?

Unternehmerisches Genie besteht zu zehn Prozent aus Inspiration und zu 90 Prozent aus Transpiration.

Sprichwort

Der deutsche Export ist heute nicht mehr der Konjunkturmotor

Die fünf Institute rechnen für 1987 mit einem Wachstum der Einfuhren um fünf Prozent

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Auch 1987 werden die deutschen Exporte nur mäßig expandieren. Die fünf führenden wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute rechnen nur mit einer Zunahme um drei Prozent real. Für das laufende Jahr veranschlagen sie den Zuwachs auf lediglich 0,5 Prozent, der damit erheblich hinter der Zunahme der Einfuhren von real 4,5 Prozent zurückbleiben wird. Das Wachstumstempo der Einfuhren dürfte sich 1987 sogar auf 5,5 Prozent beschleunigen.

Nach der Prognose der Institute werden in den westlichen Industriestaaten Nachfrage und Produktion 1987 nur mäßig steigen. Im Verlaufe des Jahres wird das Tempo wahrscheinlich sogar etwas nachlassen.

Für die Vereinigten Staaten erwarten die Institute eine verhaltene Aufwärtsentwicklung. Die Expansion des realen Bruttosozialprodukts, die im laufenden Jahr bei 2,5 Prozent lag, dürfte sich im kommenden Jahr wieder etwas verlangsamen. Gleichwohl wird die Zuwachsrate wegen des relativ hohen statistischen Überhangs drei Prozent betragen. Die Beschäftigung wird weiterhin steigen. Der US-Preisauftrieb wird sich wegen des Nachlassens des Ölpreisrückgangs auf vier Prozent beschleunigen. Nach fünfjährigem Anstieg dürfte sich das Leistungsbilanzdefizit 1987 erstmals etwas verringern.

Japan sagen die Institute eine verhaltene Expansion voraus. Das reale Bruttosozialprodukt wird 1987 um drei Prozent höher als im Jahr zuvor sein, nach einem Anstieg von rund 2,5 Prozent 1986. Die Verbraucherpreise werden unter den Nachwirkungen der starken Aufwertung des Yen und der Ölverbilligung im nächsten Jahr annähernd stabil bleiben.

In Westeuropa hat sich der Anstieg der Produktion im Sommerhalbjahr wieder verstärkt. Das reale Bruttosozialprodukt dürfte 1987 wie im laufenden Jahr um 2,5 Prozent zunehmen. Die Lage auf dem Arbitsmarkt wird sich weiter leicht bessern, doch wird die Arbeitslosigkeit auf hohem Niveau verharren. Der Anstieg der Verbraucherpeise dürfte mit 3,5 Prozent etwas stärker ausfallen als in diesem Jahr.

Der Welthandel lag im ersten Halbjahr nur etwa 3,5 Prozent höher als vor einem Jahr, eine Rate, die auch im Jahresdurchschnitt 1986 von den Instituten erwartet wird. Für 1987 wird mit einem Plus von vier Prozent gerechnet. Die Einfuhr der Industrieländer wird weiter steigen. Dabei werden die Importe in Westeuropa und Japan durch die Aufwertung ihrer Währungen zusätzlcih angeregt. In den USA werden sie dagegen gedämpft. Wegen der hohen Verschuldung steigen die Einfuhren der ölimportierenden Entwicklungsländer nur mäßig. Die Opec-Staaten müssen ihre Importe weiter spürbar einschränken.

Für die deutsche Ausfuhr kommt zu den weltwirtschaftlichen Komponenten noch die Anpassung an die veränderten Wechselkursrelationen hinzu. Die Möglichkeiten, höhere Ausfuhrpreise durchzusetzten, bleiben wegen der mäßigen Expansion der Nachfrage und der Höherbewertung der D-Mark vorerst eng begrenzt. Nicht nur die Wareneinfuhr, sondern auch die Importpreise werden im nächsten Jahr wieder steigen. Allerdings wird sich die Teuerung wegen der Schwäche auf den Rohstoffmärkten in Grenzen halten.

Der reale Überschuß im Warenverkehr wird 1987 wie schon in diesem Jahr abnehmen. Da im Laufe des nächsten Jahres auch die Importpreise etwas stärker steigen werden als die der Exporte, wird sich dann auch der Überschuß in der Handelsbilanz leicht auf rund 100 Mrd. Mark verringern. Die Defizite in der Dienstleistungsbilanz sowie bei den übertragungen steigen weiter. Der Überschuß in der Leistungsbilanz dürfte um rund zehn auf 60 Mrd. Mark zurückgehen.

Gegen Sonderstatus für das Bausparen

Bundesverband Deutscher Banken wendet sich gegen höhere Förderrahmen

StÜ./VWD, Bonn

Die bereits jetzt gegenüber allen anderen Formen des Geldsparens bevorzugte Form des Bausparens sollte entgegen den Vorstellungen der Länder nicht noch stärker gefördert werden. Diese Auffassung vertritt der Bundesverband Deutscher Banken in seiner Stellungnahme zum Entwurf eines zweiten Vermögensbildungsgesetzes, zu dem der Ausschuß für Arbeit und Soziales morgen in Bonn eine Anhörung veranstaltet.

Die Bedenken der Banken richten sich gegen den Vorschlag des Bundesrates, im Rahmen der Vermögensbildung generell für alle Sparformen den einheitlichen Höchstbetrag von 936 Mark im Jahr einzuführen. Derzeit kann dieser Betrag nur für Anlagen in Produktivkapital (Aktien, Investmentfonds) voll genutzt werden. Beim Geld-, Versicherungs- und Bausparen können Arbeitnehmer nur für höchstens 624 Mark jährlich die staatliche Sparzulage beanspruchen.

Sympathie für den Vorschlag, den Förderhöchstbetrag einheitlich für alle Sparformen auf 936 Mark anzuheben, dafür aber die Fördersätze stärker zu differenzieren, bekundet der Deutsche Sparkassen- und Giroverband. Ganz anders argumentiert der Bankenverband: „Wenn für das Bausparen die gleichen Vergünstigungen wie für das Beteiligungssparen eingeführt werden, so wäre die eigentliche Zielsetzung des Vermögensbeteiligungsgesetzes, nämlich das Beteiligungssparen zu fördern, völlig konterkariert".

In der Diskussion ist aus der Sicht des Spitzenverbandes zu bedenken, daß beim Bausparen die Förderung nicht an eine entsprechende Verwendung der Sparbeiträge geknüpft ist. Das Bausparsystem sei im Hinblick auf Ertragslage und Eigenkapitalausstattung durchaus funktionsfähig, so daß es auch aus diesem Grund keiner Verbesserung der Bausparförderung bedürfe. „Das herkömmliche Bausparen ist gegenwärtig mehr denn je eine Art der Geldvermögensbildung, deren verschiedene Formen gleichzubehandeln sind", heißt es in der Eingabe.

In die gleiche Richtung zielt die Stellungnahme der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), die sich ebenfalls gegen eine Öffnung des erhöhten Förderrahmens für das Geld- und Bausparen ausspricht.

Zwar verkennt die DAG nicht, daß viele Arbeitnehmer bei der Anlage vermögenswirksamer Leistungen gerade diese traditionellen Sparformen bevorzugen. „Andererseits aber wird eine – wenn auch allmähliche – Veränderung des allseits beklagten Ungleichgewichts in der Verteilung des Produktivvermögens nur unter der Voraussetzung herbeigeführt werden können, daß eine klare Weichenstellung in diese Richtung von seiten des Gesetzgebers erfolgt", heißt es in der Stellungnahme. In diesem Zusammenhang wertet die DAG den Gesetzentwurf der Regierung als Fortschritt, sie vermißt aber einen gesetzlichen Rahmen für Tariffonds.

Steuerreform wie in den USA noch verfrüht

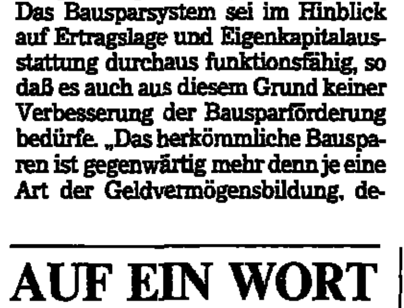
VWD, Hamburg

Die Voraussetzungen für einen großen und mutigen Schritt in der Steuerpolitik wie in den USA müßten in der Bundesrepublik erst noch geschaffen werden. Zu diesem Schluß kommt das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung, Hamburg, in einer Analyse der Frage, ob die US-Steuerreform, die in Europa und insbesondere in der Bundesrepublik mit Neid betrachtet wird, übertragbar ist.

So weist der Wirtschaftswissenschaftler Eberhard Thiel darauf hin, daß in der Bundesrepublik eine Senkung der Steuersätze wie in den USA nur durchgeführt werden kann, wenn sie als Gemeinschaftsaufgabe begriffen wird. Die bisherigen negativen Erfahrungen mit der Subventionspolitik, die Streitigkeiten um den Finanzausgleich und die eher auf eine fiskalische Konsolidierung ausgerichtete Politik zeigten, daß wesentliche Voraussetzungen noch fehlten.

Eine Stunde der Wahrheit könnte es in der nächsten Legislaturperiode geben, meint Thiel, wenn in der Bundesrepublik eine Senkung der Steuersätze durch einen gleichzeitigen Abbau von Subventionen ermöglicht werden soll. Notwendig sei dazu vor allem ein politisches Konzept, nachdem die mit einer solchen Reform verbundenen Änderungen der Steuerlastverteilung durchgesetzt werden sollen. Die Streichung von Privilegien könne nach allen Erfahrungen nur im Rahmen eines kompromißfähigen Paketes durchgesetzt werden.

AUF EIN WORT





„Für uns als Unternehmerbank besteht kein Zweifel daran, daß private Investoren ein besseres Gespür für kommende Marktentwicklungen haben als eine im Regelfall doch recht marktferne Bürokratie."

Dr. Walter Krüger, Vorstandssprecher der Industriekreditbank AG Deutsche Industriebank, Düsseldorf. FOTO: HANS LACHMANN

Pöhl drängt London zum EWS-Beitritt

SIEGFRIED HELM, London

Bundesbankpräsident Karl Otto Pöhl führte gestern in London einen „Zweifrontenkrieg", um der Lady die Angst vor der Schlange zu nehmen. Bei seinem Vortrag vor der Deutsch-Britischen Handelskammer lief Pöhl mit seinem Werben für einen Vollbeitritt Englands zum Europäischen Währungssystem offene Türen ein.

Im Blick auf ein anschließendes Gespräch mit Premierminister Margaret Thatcher in der Downing Street, das auf britischen Wunsch zustande kam, blieb offen, „wer wem Vorträge hält", wie ein Insider es formulierte.

Pöhl fand lobende Worte für den „Big Bang", mit dem der Finanzmarkt der Londoner City am Montag den Sprung ins Computerzeitalter wagt. „Um so bedauernswerter ist es, daß das Vereinigte Königreich bisher nicht in der Lage war, dem EWS-Wechselkursmechanismus beizutreten," sagte Pöhl. „Ich bin mir allerdings darüber im klaren, daß ein System fester Wechselkurse in Europa einschließlich Englands nicht leicht zu verwirklichen sein wird, besonders bei einem schwachen Dollar und einer starken Mark."

Gleichzeitig betonte der Bundesbankpräsident, daß der US-Dollar weit genug gefallen sei. „Eine weitere Abwertung wäre in niemandes Interesse." Der Dollar habe gegenüber europäischen Währungen ein Niveau erreicht, daß viel besser den wirtschaftlichen Grunddaten entspreche, als vor 18 Monaten.

Kernfragen bleiben

J. Sch. (Paris) – Die Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) hat der Versuchung widerstanden, ihren 25jährigen Geburtstag in Paris mit großen Festreden auf die glorreiche Vergangenheit zu begehen. Statt dessen veranstaltet sie heute ein Symposium, das vor allem in die Zukunft gerichtet ist. Welche grundsätzlichen wirtschaftlichen Veränderungen werden sich in den nächsten 25 Jahren anbahnen, lautet die Kernfrage der Veranstaltung, zu der zahlreiche Minister und Wirtschaftsführer Stellung nehmen wollen.

Von Bedeutung ist, daß dabei zum erstenmal auch führende Vertreter der Entwicklungsländer bei der OECD offiziell in Erscheinung treten, darunter Enrico Iglesias, der in der Gatt-Runde für die Dritte Welt tonangebende Außenminister Uruguays. Er hält dieses Symposium sogar für das vielleicht wichtigste Weltwirtschaftskolloquium der letzten Jahre. Aber dafür müßten die OECD-Staaten zunächst einmal ihre eigene Entwicklung weiter vorantreiben.

Hier geht es jetzt wohl vor allem um die bessere Organisation der Arbeit, meint OECD-Generalsekretär Jean-Claude Paye. Voraussetzung dafür ist aber, daß die OECD ein konstruktiveres Verhältnis zu den Gewerkschaften findet. Bisher traten diese nur vor den jährlichen Ministerratstagungen mit meist ungehörten Protestkundgebungen in Erscheinung. Bleibt abzuwarten, inwieweit diesen und anderen Geburtstagsbekenntnissen im Laufe der Jahre konkrete Taten folgen.

Konsequent

cd. – Die Bundesbank schwenkt nicht etwa auf einen Restriktionskurs ein, wenn sie jetzt eins der auslaufenden Wertpapierpensionsgeschäfte, über die sie die Banken mit Liquidität versorgt, nicht ersetzt. Sie zieht lediglich die Konsequenz daraus, daß der Bankenapparat schon durch die umfangreichen Interventionen am Devisenmarkt sehr flüssig geworden ist.

Denn für jeden Dollar, den die Bundesbank kauft, pumpt sie zwei Mark in den Geldkreislauf. In der letzten und vorletzten Woche summierten sich solche „Geldspritzen" immerhin auf mehr als 2 Mrd. Mark. Würden die Währungshüter dieses Geld nicht abschöpfen, drohte letztlich Inflationspotential zu entstehen.

Schonzeit für die Bauern

Von WILHELM HADLER, Brüssel

Erst einmal abwarten, hieß die Devise der Finanzminister, als die EG-Kommission sie nach der Sommerpause über die bedrohliche Haushaltsentwicklung der Gemeinschaft ins Bild setzte. Schon gar nicht wollten sie die Diskussion über eine erneute Aufstockung der EG-Einnahmen in Gang bringen. Schlafende Hunde soll man nicht wecken, und frühzeitige Hoffnungen auf mehr Geld steigern bekanntlich die Begehrlichkeit.

Dennoch ist es höchste Zeit, sich des Themas anzunehmen. Kaum jemand nämlich zweifelt daran, daß die EG schon im kommenden Jahr ihren finanziellen Verpflichtungen nicht mehr nachkommen kann. Mit Müh und Not (und auf Kosten anderer Bereiche) hat der Rat zwar in den 87er Etat eine Reserve für zusätzliche Agrarausgaben einstellen können. Es müßte aber schon in nächster Zeit eine deutliche Erholung des Dollarkurses eintreten, wenn dieses Polster ausreichen soll.

Wie eine stille Anklage gegen die Manager der EG-Agrarpolitik türmen sich in den öffentlichen Kühlhäusern die Getreide-, Butter-, Milchpulver- und Rindfleischberge.

Seit Jahr und Tag mangelt es in der EG an einer vernünftigen Ausgabenplanung. Ein Grund dafür ist, daß die Kosten der Preisstützung für landwirtschaftliche Marktordnungserzeugnisse zum Teil von Faktoren abhängig sind, auf die die Gemeinschaft nur wenig Einfluß hat.

Ein Prozent Dollarverfall bringt (wegen der höheren Aufwendungen für Exporterstattungen) für den Brüsseler Agrarfonds Mehrausgaben von 0,4 Prozent. Im Jahr macht diese „Berichtigung" leicht zwei bis drei Milliarden Mark aus. Um das Budget knapp zu halten, pflegen die Finanzminister meist von vornherein von einem zu optimistischen Dollar-Ecu-Verhältnis auszugeben. Anschließend müssen dann Nachtragshaushalte verabschiedet werden. Auch die 1984 vereinbarten Grundsätze für eine striktere „Haushaltsdisziplin" haben der Dollarentwicklung und dem sinkenden Weltmarktpreis für Agrarerzeugnisse nicht standhalten können.

Wie eine stille Anklage gegen die Manager der Agrarpolitik türmen sich in den öffentlichen Kühlhäusern die Getreide-, Butter-, Milchpulver- und Rindfleischberge. Für andere Aufgaben der EG bleibt deshalb vergleichsweise weniger Geld. Erwartungen auf einen größeren Ressourcentransfer zugunsten der ärmeren Mitgliedsländer werden enttäuscht.

Ärger schafft vor allem die Tatsache, daß nicht die bedürftigen Länder, sondern wohlhabende wie Dänemark oder Holland zu den hauptsächlichen Nutznießern der Agrarsubventionen gehören. Die Marktordnungen für „südliche" Erzeugnisse gehen zwar auch ins Geld, doch gewähren sie weitaus weniger strikte Preis- und Absatzgarantien, als sie die Getreide- und Milcherzeugner erhalten, die die höchsten Überschüsse produzieren.

Wer geglaubt hätte, daß wenigstens die Finanzminister ihren Agrarkollegen kräftig Dampf machen würden, sah sich beim letzten „Ecofin-Rat" enttäuscht. Besonders in Bonn scheint es (in Zeiten des Wahlkampfes) oberste Maxime zu sein, die Bauern zu schonen.

Andererseits bedeutet das Stillhalten der Finanzminister den Verzicht auf rechtzeitige Budgetkontrolle. Nur wenn sich eine Lösung für das Problem der explodierenden Agrarkosten abzeichnet, ist eine erneute Aufstokkung des Mehrwertsteueranteils der EG politisch realisierbar.

Schon 1983 waren die ursprünglichen Mehrwertsteuereinnahmen der EG erschöpft. Wegen der ungeregelten Probleme des britischen Beitragsausgleichs und weil die Bundesregierung über den Hebel der EG-Finanzen den Widerstand Frankreichs gegen die Süderweiterung brechen wollte, wurde die Aufstockung erst Anfang 1986 vorgenommen.

Heute haben sich die Fronten beinahe verkehrt: Spanien und Portugal drängen auf eine Reform der kostspieligen Agrarpolitik. Sie machen zu recht geltend, daß sie an den bisherigen Fehlentwicklungen unschuldig sind. Die Bundesregierung hingegen will Korrekturen nur soweit mitmachen, wie sie nicht zu Einkommenseinbußen für die deutschen Landwirte führen. Gleichzeitig sperrt sich Bonn gegen den Gedanken, durch eine Aufstockung der EG-Finanzen noch stärker zum „Nettozahler" zu werden.

Es wird jedenfalls nicht leicht werden, die nationalen Parlamente für eine erneute Erhöhung der EG-Mittel zu gewinnen. Selbst wenn bereits ein Beschluß der Regierungen vorliegen würde, müßte sich die Gemeinschaft wegen der zeitraubenden Ratifizierung darauf einstellen, vorerst wieder einmal von der Hand in den Mund zu leben. Die Kommission will es nicht bei Vorschlägen für mehr Geld belassen, sondern zugleich die „Gretchenfrage" stellen, wieweit die Regierungen überhaupt noch an einer Weiterentwicklung der EG interessiert sind.

SAUBER UND SICHER. RUHRKOHLE AUS DER STECKDOSE

Ohne Strom sähe es finster aus. Strom bringt Licht in die Städte, läßt den Verkehr rollen, treibt Industrien an, sorgt für Wärme. Strom ist lebenswichtig. Strom aus heimischer Kohle bedeutet stets zuverlässige Versorgung – aus sauberen Kraftwerken. Licht, Kraft und Wärme – die Ruhrkohle garantiert sichere Energie, auch in Zukunft. **SICHER UND SAUBER.**



DIE RUHRKOHLE.

Offener Konflikt mit Japan

FTA warnt vor Sonderzöllen auf asiatische Einfuhren

Ha. Brüssel

Vor Hysterie in der Handelspolitik gegenüber Japan hat der Dachverband des Europäischen Außenhandels FTA (Foreign Trade Association) gewarnt. In einer Stellungnahme erklärte er, von einer Überschwemmung des EG-Marktes könne bei einer realistischen Berechnung der tatsächlichen Marktanteile „überhaupt keine Rede" sein.

Die negative Stimmung gegenüber Japan habe sich in der EG in letzter Zeit zu einer offenen Animosität zugespitzt. So habe sich der (aus Arbeitgebern, Arbeitnehmern und anderen Berufsgruppen zusammengesetzte) Wirtschafts- und Sozialausschuß der Gemeinschaft sogar dazu hinreißen lassen, trotz des in Punta del Este beschlossenen „Stand Stills" Sonderzölle für japanische Einfuhren zu fordern.

Als Beispiel für die bedenkliche Entwicklung nennt der Verband die von der EG beschlossenen Anti-Dumpingzölle für japanische Produziergeräte. Da vergleichbare Produkte auf dem europäischen Markt nicht hergestellt würden und die Kläger sogar Teile oder ganze Geräte selbst aus Japan bezögen, könne niemand geschützt werden. Die EG-Maßnahme werde auf die Dauer lediglich zu einer Anhebung der japanischen Exportpreise führen.

Japan sei ein „unentbehrlicher Konsumgüterlieferant", meint die FTA. Die tatsächlichen Marktanteile der wichtigsten japanischen Erzeugnisse seien weit niedriger als gewöhnlich behauptet werde. So hätten Büromaschinen aus Japan zum Beispiel in der Bundesrepublik mit zehn Prozent eine weit schwächere Position als Produkte aus der EG (mit 31,9 Prozent).

Anzeige

Vorankommen mit der BERUFS-WELT

Informieren Sie sich, wie viele Berufs-Chancen Ihnen die WELT jeden Samstag in dem großen Stellenteil für Fach- und Führungskräfte bietet. Rufen Sie einfach 0130-6060 an (zum Ortstarif!). Die BERUFS-WELT kommt dann 4 Wochen kostenlos zu Ihnen ins Haus.

01-245


DIE WELT

Eine neue Lohnwelle rollt auf Italien zu

Harte Auseinandersetzungen erwartet – Arbeitsminister befürwortet Tarifspaltung

GÜNTHER DEPAS, Mailand

Auf die italienische Wirtschaft rollt gegenwärtig eine neue Lohnwelle. Rund 13 Millionen Beschäftigte, 55 Prozent aller Erwerbstätigen, warten derzeit auf die Erneuerung ihrer Tarifverträge. In vielen Fällen sind die Tarifabkommen bereits vor zwei Jahren abgelaufen, wurden bisher aber aufgrund einer stillschweigenden Vereinbarung zwischen den privaten und staatlichen Arbeitgebern auf der einen und den Gewerkschaften auf der anderen Seite auf Eis gelegt.

Jetzt haben die Arbeitnehmerorganisationen das Schweigen gebrochen und drängen in allen Wirtschaftszweigen auf die Erneuerung der Tarifverträge bis zum Jahresende. Die neuen Tarifrunden haben die Metallarbeitern kürzlich mit einem geschlossenen Streik eingeläutet.

Unter den Produktionszweigen, deren Beschäftigte gegenwärtig auf Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen drängen, befinden sich die personalstärksten Bereiche wie die Metallindustrie oder das Baugewerbe. In der Industrie sind mehr als zwei Drittel der Beschäftigten von Tariferneuerungen betroffen.

Die Lohnforderungen der Industrie klaffen auseinander: Sie reichen von monatlich 110 000 Lire (Textilindustrie) bis zu 150 000 Lire (Lebensmittelindustrie). Im öffentlichen Dienst liegen die Forderungen durchweg unter 100 000 Lire. Aber auch hier wollen die Arbeitgeber weniger zugestehen.

Während der Staat in der Person von Schatzminister Giovanni Goria „Abschlüsse mit Lohn- und Gehaltssteigerungen von 30 000 bis 40 000 Lire als angemessen" betrachtet und sich auf harte Auseinandersetzungen mit den Arbeitnehmerorganisationen einstellt, lehnt in der Industrie eine Reihe von Bereichen es überhaupt ab, mit den Gewerkschaften über Tarifverbesserungen zu verhandeln.

Arbeitgeber-Repräsentanten aller Produktionszweige weisen darauf hin, daß die italienischen Exportunternehmen schon jetzt großen Schwierigkeiten begegnen, im internationalen Wettbewerb zu bestehen. Große Befürchtungen wecken vor allem die Lohnstückkosten, die trotz der schwächeren Lohndynamik weiter schneller steigen als in den anderen westlichen Industrieländern. Nach Angaben des Spitzenverbandes der italienischen Industrie erhöhten sich die Lohnstückkosten im ersten Halbjahr durchschnittlich um 7,2 Prozent; im Durchschnitt 1981 bis 1985 sogar 13 Prozent. Der Vergleichswert lag in der Bundesrepublik bei 1,3 Prozent.

Die Gewerkschaften bemerken hingegen, daß *die Reallöhne* zwischen 1985 und 1986 erstmals zurückgegangen sind und deshalb die neuen Lohnforderungen nur einen Ausgleich herstellen. In den Kreisen der Regierung wird für den Fall, daß sich die Auseinandersetzungen in der Industrie zuspitzen sollten, auf einen Kompromiß hingearbeitet. Eine mögliche Lösung hat der sozialistische Arbeitsminister Gianni de Michelis angedeutet, der eine Rückkehr zur Lohnspaltung in nord- und süditalienische Tarife vorschlägt.

In den 60er Jahren bestand zwischen dem Norden und Süden Italiens ein ausgeprägtes Lohngefälle. Aufgrund gewerkschaftlichen Drucks wurden die verschiedenen Lohntarife in der Folge jedoch vereinheitlicht. Inzwischen setzt sich jedoch die Einsicht durch, daß die Standortnachteile des Südens durch Lohnvorteile ausgeglichen werden müssen.

Streik im öffentlichen Dienst

Franzosen drohen Störungen im Post-, Bahn- und Flugverkehr

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die französischen Gewerkschaften haben für heute im öffentlichen Dienst und bei den staatlichen Versorgungs- wie Verkehrsunternehmen zu einem 24stündigen Streik aufgerufen. Dies ist ihre erste gemeinsame Aktion seit dem Wahlsieg der Rechtsparteien vom letzten März. Sie dürfte zu Störungen vor allem im Post- sowie im Eisenbahn- und Flugverkehr führen. Die nationale Wirtschaft ist darüber hinaus von Stromabschaltungen bedroht.

Allgemein wollen die Gewerkschaften gegen die Sparmaßnahmen des neuen Haushaltsplans der Regierung protestieren, der für 1987 den Abbau von 20 000 Beamtenstellen (ohne Entlassungen) vorsieht und Lohnerhöhungen, die kaum über dem Preisanstieg liegen. Bereits in diesem Jahr war das Beamtenheer verkleinert worden; allerdings verbuchten die öffentlich Angestellten einen Kaufkraftzuwachs aufgrund der günstigen Preisentwicklung.

Außerdem sollen künftig die Beamten in gewissen Grenzen zur Arbeitslosenversicherung herangezogen werden, obwohl sie nicht entlassen werden können, andererseits aber – im Unterschied zu den Verhältnissen in der Bundesrepublik – ein Streikrecht besitzen. Speziell die Eisenbahner fürchten darüber hinaus einen Abbau ihrer zahlreichen noch aus der Zeit der Dampflokomotive stammenden Privilegien, was auch bei anderen öffentlichen Unternehmen Schule machen könnte.

Die Aktion gilt als Test auf die allgemeine Streikbereitschaft in Frankreich. Sie war in den letzten Jahren angesichts der zunehmenden Arbeitslosigkeit immer geringer geworden. So gingen der Wirtschaft 1985 nur noch 0,9 Millionen Arbeitstage durch Streiks verloren, gegenüber 1,3 Millionen 1984. Inzwischen hat sich aber die Lage am Arbeitsmarkt vor allem von der Angebotsseite her und dank der Regierungsmaßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit etwas aufgehellt.

Sollte der Streik für die Gewerkschaften sehr erfolgreich verlaufen, dann muß wohl auch mit Aktionen in der Privatwirtschaft gerechnet werden. Sie könnten sich vor allem an der Zurückhaltung des Unternehmerverbands bei den Verhandlungen über die vertragliche Substituierung des behördlichen Genehmigungszwangs von Entlassungen entzünden.

Ernte-Rekorde in Afrika

FAO-Bericht: Produktionssteigerung und Absatzprobleme

AFP, Rom

Zahlreiche Entwicklungsländer verzeichneten im vergangenen Jahr Rekordernten. Dennoch hatten sie große Schwierigkeiten, ihre Überschüsse bei geringeren Preisen auf dem Weltmarkt abzusetzen. Dies wird in dem in Rom veröffentlichten Jahresbericht der Organisation der Vereinigten Nationen für Ernährung und Landwirtschaft FAO festgestellt. Die Produktion stieg in den Entwicklungsländern mit zwei Prozent stärker an als in den Industriestaaten.

Die Produktion von Nährpflanzen stieg 1985 weltweit um 1,4 Prozent nach vier Prozent 1984. Die Weltgetreiderzeugung erreichte 1985 wie schon 1984 mit über 1,8 Mrd. Tonnen einen Rekordstand. Dies war hauptsächlich den höheren Ernten bei Nebengetreide zuzuschreiben, da die Weizenproduktion leicht zurückging und die Reiserzeugung nur geringfügig anstieg. Insbesonders in Afrika wurde die Produktion von Mais, Hirse und Sorgho gesteigert.

Allgemein hat sich 1985 die Ernährungslage in Afrika gebessert. Die Ernten lagen hier laut FAO über dem Durchschnitt, die Anbauflächen und der Ertrag nahmen zu und die Fleischproduktion stieg an. Während Ende 1984 in 21 Ländern des Kontinents starker Mangel an Nahrungsmitteln herrschte, war dies ein Jahr später nur noch in sechs Ländern der Fall. In den acht Sahel-Staaten erreichte die Getreideernte den Rekord von sieben Mill. Tonnen gegen nur 3,8 Mill. Tonnen 1984.

Die Rekordernten ermöglichten jedoch keine Steigerung der Exporterlöse, da der Welthandel mit Agrarprodukten 1985 sank. So fielen die Getreideeinfuhren um 14 Prozent. Im Realwert sanken die Weltpreise für Grundnahrungsmittel auf den Stand von 1966. Für Weizen und Mais fielen die Preise auf ein vor fünf Jahren erreichtes Niveau, während Reis nur noch die Hälfte der Preise von 1981 erreichte.

Zinnpreise bringen Malaysia in Verlegenheit

260 Minen mußten in den vergangenen zwölf Monaten den Betrieb einstellen

dpa/VWD, Kuala Lumpur

Die Besitzer von Zinnminen in Malaysia, dem größten Produzenten der Welt, klagen über schlechte Zeiten: Allein in den letzten zwölf Monaten stellten in dem südostasiatischen Land 260 Zinnminen den Betrieb ein. Fachleute vermuten, daß von den jetzt noch betriebenen 170 malaysischen Minen wahrscheinlich nur 30 lebensfähig sind. An der Zinnbörse in Kuala Lumpur schwankt der Kilopreis für dieses Metall schon seit Monaten um die Notierung 14 Ringgit (knapp 11 DM).

Von dem Zinnboom der frühen 70er Jahre, als in Malaysia noch rund tausend Zinnminen mit einer jährlichen Gesamtförderung von etwa 70 000 Tonnen gute Gewinne erwirtschafteten, ist augenblicklich nichts zu spüren. Die damalige Fördermenge hatte einen Wert von über 2 Mrd. Ringgit. Bevor das Internationale Zinnabkommen (ITA) im Herbst letzten Jahres zusammenbrach, wurde das Kilo Zinn noch mit bis zu 29,15 Ringgit gehandelt. Inzwischen sind 1000 Gramm eben nur noch die Hälfte wert.

Die Krise entstand aufgrund einer sinkenden Nachfrage bei gleichzeitig hohen Vorräten. Diese Entwicklung hat die jährliche malaysische Zinnproduktion auf etwa 23 000 Tonnen gedrückt. Und selbst bei dieser Menge gibt es Absatzprobleme. Experten hoffen, daß eine weitere Produktionskürzung nicht nötig sein wird. Einige sind sogar optimistisch und glauben an merkbar steigende Preise bis Ende der 80er Jahre. Sie denken, daß für ein Kilo dann wieder 21 bis 24 Ringgit verlangt werden können. Zuvor müßte der Weltmarkt den derzeit vorhandenen Zinnüberschuß von vermutlich bis zu 100 000 Tonnen freilich abgeschöpft haben.

Zinn wurde in Malaysia 1980 noch von 39 000 Arbeitern abgebaut; 1985 waren es nur noch 14 700. Brachte die einheimische Zinnindustrie Malaysia 1980 noch 2,31 Milliarden Ringgit Exporterlöse ein, so waren es im vergangenen Jahr nur noch 1,08 Milliarden.

Angesichts dieser Entwicklung und der hohen Investitionskosten der Zinnminen haben malaysische Minenbesitzer ihre Regierung ersucht, ihnen finanziell stärker unter die Arme zu greifen. Für teure ausländische Minenausrüstungen sollten keine Importzölle verlangt werden.

Im südostasiatischen Raum ist Indonesien Malaysias größter Rivale im Zinngeschäft. Der Chef der staatlichen Minengesellschaft P. T. Tambang Timah, Sujatmiko, setzt ebenfalls darauf, daß sich der Zinnpreis nach einigen Jahren wieder erholen werde. Die gegenwärtigen Tiefpreise würden unweigerlich zur Stillegung weiterer Minen führen. Damit werde sich automatisch die Zinnversorgung verringern. Die von ihm geleitete Gesellschaft will trotz der niedrigen Zinnpreise die Produktion (1985: 22 000 Tonnen) weiter steigern. Sujatmikos Begründung: Das Unternehmen brauche Bargeld.

Internationale Finanzen

Wandelanleihe: Die Bet PLC geht mit einer Euro-Wandelanleihe über 60 Mill. Pfund erstmals an den internationalen Kapitalmarkt. Sie soll mit einem Kupon von etwa 6,5 Prozent ausgestattet werden, die Laufzeit beträgt 15 Jahre. Das Wandlungsaufgeld wurde auf 4,8 Prozent festgelegt, außerdem erhält jedes Anleihestück eine Verkaufsoption, die nach fünf Jahren mit Aufgeld ausgeübt werden kann. Die genaueren Konditionen werden noch bekanntgegeben.

Xerox Canada: Eine Euroanleihe in Höhe von 80 Mill. KanDollar legt die Xerox Canada Finance Inc. auf. Die Laufzeit beträgt zehn Jahre. Sie ist mit einem Kupon von zehn Prozent ausgestattet, wird in Stücken zu 1 000 und 10 000 KanDollar notiert und zu 100,25 Prozent ausgegeben. Fälligkeit ist der 3. Dezember 1996.

Euroanleihe: Die Olivetti International SA begibt eine mit 9,41 nominal verzinste Euroanleihe in Höhe von 50 Mill. KanDollar. Fälligkeit ist der 4. Dezember 1990, der Ausgabekurs liegt bei 101,5 Prozent.

Bonds: Sechsprozentige Eurobonds über 150 Mill. Hfl. emittiert die Mortgage Bank of Denmark mit Fälligkeit 1. Dezember 1991. Der Ausgabekurs liegt bei 99,75 Prozent, die Rendite beträgt 6,06 Prozent. Die Titel werden in Stücken von 10 000 Hfl. valutiert, aber nicht notiert, jedoch wird die Amro-Bank einen Emissions-Markt schaffen.

Floating-Rate-Notes: Im Wege der Privatplazierung durch ihre Tochter Nikon Inc. AM, New York, legt die Nippon Kogaku K. K. am 29. Oktober dreijährige Floating-Rate-Notes über 10 Mill. Dollar am Euromarkt auf. Die Tilgung erfolgt zu pari, der Ausgabekurs liegt bei 100,25 Prozent. Für das erste Jahr wird kein Kupon festgesetzt, für die beiden letzten Jahre beträgt er 2,85 Prozent über dem sechsmonatigen Liborsatz.

Die Unternehmerbank zieht Bilanz

Geschäftsjahr 1985/86

Beschäftigungsmotor Mittelstand

Mittelständische Unternehmen haben die Zahl ihrer Beschäftigten in den Jahren 1982 – 1985 mit einer Rate von fast 5 vH sehr viel stärker erhöhen können als die Gesamtwirtschaft (1,8 vH). Nur jede 5. Neueinstellung wurde dabei vom Arbeitsamt vermittelt. Bemerkenswert ist ebenfalls, daß Kündigungen von den Arbeitnehmern ebenso häufig veranlaßt wurden wie von der Arbeitgeberseite. Zudem ist die Zahl der offenen Stellen doppelt so hoch wie dem Arbeitsamt gemeldet. *Dies sind Ergebnisse aus einer Umfrage bei etwa 1.300 Geschäftsfreunden der Unternehmerbank. Weitere Ergebnisse dieser vielbeachteten Untersuchung finden sich im ersten Teil des IKB-Geschäftsberichts 1985/86.*

Anhaltende Ergebnisverbesserung

Der Zinsüberschuß der Industriebank konnte um 9,5 vH auf 225 Mill. DM gesteigert werden. Das Betriebsergebnis erhöhte sich um 8,7 vH auf 138 Mill. DM.

Erhöhung der Dividende

Aufgrund des verbesserten Ergebnisses konnte die Dividende auf 8 DM je 50 DM-Aktie angehoben werden. Der Bilanzgewinn stieg um 18,5 vH auf 28,8 Mill. DM. Die haftenden Mittel betrugen zum Geschäftsjahresende (31. März 1986) 601,5 Mill. DM; nach der im Mai 1986 durchgeführten zweiten Kapitalerhöhung innerhalb von 8 Monaten verfügt die IKB inzwischen über Eigenmittel in Höhe von 733,5 Mill. DM.

Expandierendes Kreditgeschäft

Das Kreditgeschäft konnte in den letzten Jahren überdurchschnittlich ausgeweitet werden (vgl. Abb.). Dabei hat das Gewicht der langfristigen Ausleihungen im Geschäftsjahr 1985/86 erneut zugenommen: zwei Drittel unserer Kreditzusagen entfielen auf den Laufzeitenbereich von 10 und mehr Jahren. Unsere Forderungen an Kunden sind um über 1 Mrd. DM auf 12,2 Mrd. DM angestiegen.

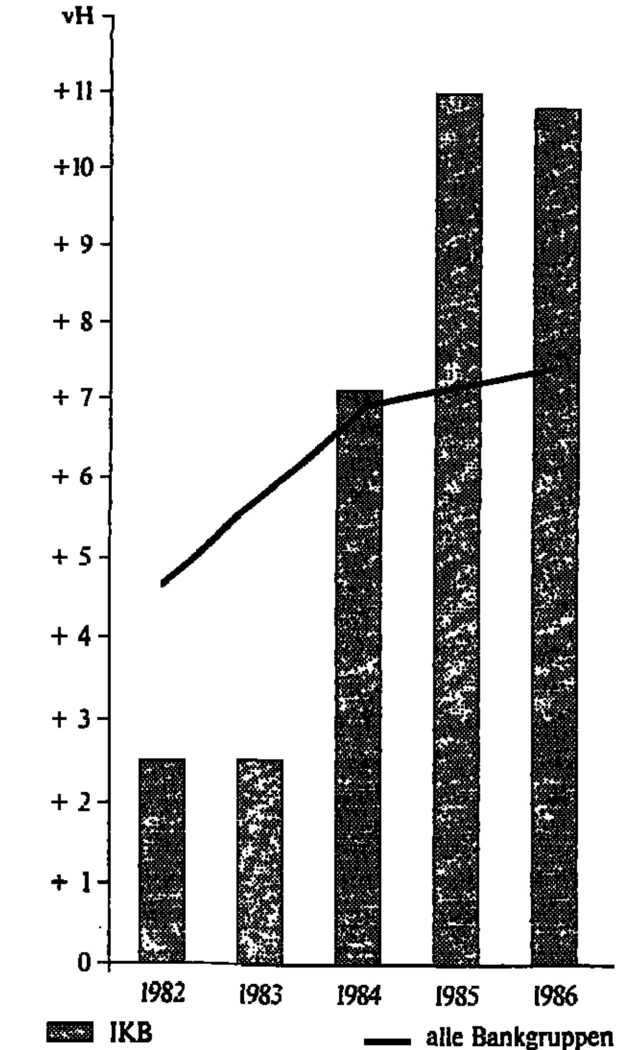
Zusätzliches Leistungsprogramm

Zur Abrundung dieses Kerngeschäftes bieten wir unseren Geschäftsfreunden eine Palette zusätzlicher Leistungen an. Die IKB-Tochter Industriebank International, Luxemburg, betätigt sich erfolgreich im internationalen Kreditgeschäft, im Euro-Geldhandel und im Wertpapiergeschäft. Das Leasing-Geschäft betreibt die 100-prozentige Tochter IKB Leasing GmbH in Hamburg. Im Auslandskreditgeschäft konzentrieren wir uns auf die langfristige Finanzierung von Maschinen- und Anlageexporten. Aufgabe einer weiteren Spezialabteilung ist die Unternehmensvermittlung und Beteiligungsberatung. Gemeinsam mit anderen Banken betreibt die IKB eine Venture Capital-Gesellschaft und eine Beteiligungsgesellschaft für nichtemissionsfähige Unternehmen. Für eine umfassende Unternehmensberatung steht uns die IKB Consult GmbH zur Verfügung.

Die IKB versteht sich als „Hausbank für Beratung und langfristige Finanzierung".

Zuwachsraten der langfristigen Kundenforderungen

(Veränderung jeweils Ende März ggb. Vorjahr in vH)



Zusammengefaßte Bilanz per 31. März 1986*)

Aktiva	Mill. DM
Barreserve und Schecks	49,3
Forderungen an Kreditinstitute	3.060,9
davon langfristig	999,8
Wertpapiere	839,4
Forderungen an Kunden	12.247,2
davon langfristig	11.786,7
Beteiligungen	108,4
Eigene Schuldverschreibungen	70,7
Übrige Aktiva	284,8
Bilanzsumme	16.660,7
Indossamentsverbindlichkeiten	82,3
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften	179,6

Passiva	Mill. DM
Fremdmittel von Banken	5.870,3
davon langfristig	4.278,8
Fremdmittel von anderen Gläubigern	3.314,0
davon langfristig	3.299,0
Schuldverschreibungen	6.366,8
Rückstellungen	136,0
Grundkapital	180,0
Offene Rücklagen	421,5
Bilanzgewinn	28,8
Übrige Passiva	343,3
Bilanzsumme	16.660,7

Zusammengefaßte Gewinn- und Verlustrechnung für 1985/86

Aufwendungen	Mill. DM
Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	999,2
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und Wertpapiere	42,1
Personalaufwand	58,7
Sachaufwand	28,4
Steuern	60,0
Übrige Aufwendungen	9,6
Jahresüberschuß	40,8
Summe der Aufwendungen	1.238,8

Erträge	Mill. DM
Zinsen und zinsähnliche Erträge aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	1.155,3
Laufende Erträge aus Wertpapieren, Schuldverschreibungen und Beteiligungen	69,2
Übrige Erträge	14,3
	1.238,8

*) Unser ausführlicher Jahresbericht mit dem vollständigen Jahresabschluß, versehen mit dem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk des Abschlußprüfers, steht Ihnen auf Anforderung zur Verfügung (Postfach 11 18, 4000 Düsseldorf 1). Der vollständige Jahresabschluß wird im Bundesanzeiger Nr. 193 vom 16. Oktober 1986 veröffentlicht.

Industriekreditbank AG
Deutsche Industriebank



Die Unternehmerbank

Düsseldorf Berlin Frankfurt Hamburg München Stuttgart Luxemburg

…liegen unter eigener Flagge

…D richtet Liniendienste nach Köln und Düsseldorf ein

dos, Hannover

…ie Regionalverkehrsgesellschaft …nberger Flugdienst GmbH & Co (NFD) wird mit Beginn des Win…lugplans am 27. Oktober von Han…er aus den Linienverkehr nach …sseldorf und nach Köln/Bonn auf…men. Der Nürnberger Flugdienst, …5 als Lufttaxi-Unternehmen ge…ndet, bedient bereits seit 1982 im …nen der DLT die Route Nürnberg …annover und für die Lufthansa die …ecken von Hannover nach Amster…n und Brüssel.

…fit den neu eingerichteten Verbin…gen, so erklärten die geschäfts…renden Gesellschafter Manfred …schel und Hans-Rudolf Wöhrl, …sentiere sich NFD jetzt auch in …nover „unter eigener Flagge". So…l Düsseldorf als auch Köln wer… täglich dreimal angeflogen. Ein…etzt werden „Metroliner", die 19 …sagieren Platz bieten. Auf der …aditionsstrecke„ zwischen Nürn…g und Hannover kommt jetzt erst…ls ein 46-sitziges Flugzeug vom …ATR 42 zum Einsatz.

…nsgesamt verfügt der Nürnberger Flugdienst über elf Maschinen, darunter sieben Metroliner. Die zweite ATR wird nach Möschels Worten im März 1987 ausgeliefert. Im Jahre 1985 beförderte die Gesellschaft 114 000 Passagiere, davon rund 28 000 auf der Strecke Nürnberg-Hannover.

Der Vertrag mit der DLT läuft im Herbst kommenden Jahres aus. Eine Entscheidung über die Verlängerung, sei noch nicht gefallen. Möschel verwies darauf, daß der Bundesverkehrsminister der Gesellschaft, die das wirtschaftliche Risiko trägt, auch die Verantwortung über die Streckennutzung zuerkannt hat.

Zufrieden äußert sich Möschel zur wirtschaftlichen Entwicklung. Der Umsatz, der 1985 bei 30 Mill. DM lag, soll im laufenden Jahr rund 35 Mill. DM erreichen. Die Gesellschaft habe immer schwarze Zahlen geschrieben; dies gelte auch für 1986. In der Luftfahrt seien dabei aber andere Maßstäbe als in anderen Branchen anzulegen. Möschel: „Wenn die Abschreibungen und Zinsen verdient werden, und das haben wir, dann ist dies ein Erfolg."

BASF: Ein Chemiekonzern zeigt Flagge

„Wir" – Die ehrliche, positive Selbstdarstellung nutzt mehr als jedes Versteckspiel

JOACHIM WEBER, Ludwigshafen

Aus der BASF Wyandotte wurde die BASF Corporation, aus der Sasea die BASF Italia, aus Badilin die BASF Danmark, und Tochtergesellschaften wie der Pharmahersteller Knoll AG erhalten den Zusatz „BASF Gruppe": Ein Unternehmen zeigt Flagge. „Wir haben keinen Grund, uns zu verstecken", unterstreicht Hans Albers, Vorstandschef der Konzernmutter BASF AG, Ludwigshafen.

„Ich halte nichts davon, den Kopf in den Sand zu stecken und zu glauben, man erkennt uns nicht. Jeder, der es wissen will, weiß eh, welche Gesellschaften zu uns gehören." Außen wie innen nütze eine ehrliche, positive Selbstdarstellung viel mehr als jedes Versteckspiel. Freilich: Mit neuen Briefköpfen, Firmenschildern, Visitenkarten, Werkzeitungs-Titeln, Verpackungen, kurz: Mit dem ganzen formalen Zubehör einer „corporate identity" allein ist es nicht getan.

„Wenn hinter der Fassade ein Profil, eine eigenständige Unternehmenspersönlichkeit sichtbar werden und wirken soll, dann muß man das ganze auch mit Inhalt füllen", fordert Albers. Und dieser Inhalt müsse auch von jedem einzelnen der weltweit 130 000 Gruppen-Mitarbeiter verinnerlicht werden. Denn: „Der einzelne Mann vor Ort, beim Kunden – der ist die BASF." Sein Verhalten bestimme die Glaubwürdigkeit des ganzen Konzerns, müsse deutlich machen, daß Anspruch und Wirklichkeit nicht auseinanderklafften.

Dasselbe gelte auch für die Wirkung nach innen, die Albers („Ich bin mehr ein family man") mindestens so hoch einschätzt wie die Wirkung auf das wirtschaftliche und politische Umfeld. Unter dem Motto „Eine Unternehmensidentität muß man vorleben" hat er das Projekt zur Vorstandssache gemacht. In Führungskräfteseminaren und bei eigens dafür angesetzten persönlichen Auslandsbesuchen werden die Manager der ganzen Gruppe (und manchmal auch ihre Frauen) vom Chef selbst allmählich auf den gelegentlich noch ungewohnten Gemeinschaftskurs gelenkt.

Teilweise nicht ohne aktuellen Grund: Durch seine Akquisitionen in den USA hat der Chemiekonzern im vergangenen Jahr auf einen Schlag seine US-Belegschaft auf rund 20 000 Mitarbeiter verdoppelt. Den Konzern-Neulingen müssen häufig erst einmal die einfachsten Grundsätze („Wir sind eine Chemiegruppe und wollen es auch bleiben") nahegebracht werden.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Doch nicht nur sie gilt es zu integrieren. Auch im übrigen Konzerngebilde registriert der gelernte Chemiker Defizite („viele Führungskräfte wissen so gut wie nichts über unsere Geschichte") und wünscht sich „ein höheres Wir-Gefühl": „Wenn wir die Probleme der Zukunft lösen wollen, dann müssen alle noch mehr als bisher an einem Strick in eine Richtung ziehen."

Den Kompaß zur Richtungsbestimmung hatte die BASF sich schon geschaffen, ehe das Modewort von der Corporate Identity überhaupt Einzug ins Unternehmen hielt. Mit den „Unternehmensleitlinien", an denen auch die Arbeitnehmervertreter mitgewirkt hatten, bekamen die Mitarbeiter eine Orientierungshilfe für die wichtigsten Grundsatzfragen in die Hand. Allgemeine Unternehmensziele und operative Leitlinien sind darin ebenso fixiert wie die Konzernpositionen zu wichtigen Problemkreisen: Umweltschutz (eigenverantwortlich), Sicherheit („Produktivität und Wirtschaftlichkeit dürfen nicht zu ihren Lasten gehen") Personalführung (kooperativ), Finanzgebaren (konservativ) und Forschung (High-Tech-betont).

An der Latte seiner Grundsätze will sich das Unternehmen bereitwillig messen lassen. Wenn man zum Beispiel über selbst erkannte Umweltschutzprobleme aus eigener Initiative – „ohne ‚Spiegel' und ohne ‚Stern'" – freiwillige Vereinbarungen mit den zuständigen Ministerien und Behörden abgeschlossen habe, dann sei das „ein Stück gelebter Leitlinien", erläutert Albers die Unternehmensphilosophie der klaren Linie.

Weil aber sprödes Gedrucktes nicht jedermanns Sache ist und weil es in einer weltweiten Belegschaft gelegentlich auch Sprachprobleme gibt (die ganz selbstbewußt immer häufiger auch mit Deutschkursen angegangen werden), sollen die Leitlinien den Mitarbeitern nun auch verstärkt mit dem verfügbaren Konzerninstrumentarium – zum Beispiel mit populärer formulierten Beilagen zu den Mitarbeiter-Zeitungen – nahegebracht werden.

Selbst im Ludwigshafener Stammhaus mit seinen rund 50 000 Mitarbeitern ist noch einiges an mühseliger Bewußtseinsarbeit nötig: „Da müssen wir auch die Mentalität von Menschen ändern, die in einem Provinzunternehmen angefangen haben und das Wachstum zum Weltkonzern noch nicht so ganz nachvollzogen haben."

Ölvorrat soll 75 Tage reichen

Verlängerung der Referenzperiode auf drei Jahre geplant

JB. Hamburg

Im Bundeswirtschaftsministerium gibt es Überlegungen, die Referenz-Periode für die Vorratshaltung von Mineralölprodukten für den Krisenfall zu verlängern. Während sich die Höhe der Vorratshaltung zur Zeit nach der Absatzentwicklung des Vorjahres richtet, soll künftig ein gleitender Durchschnitt von drei Jahren ausschlaggebend sein. Damit würden den kurzfristigen Mengenbewegungen, die sich aus dem Auf- und Abbau der Bestände ergeben, die Spitzen gebrochen, heißt es beim Hamburger Erdölbevorratungsverband (EBV). Außerdem plant Bonn, die Reichweite der Vorratspflicht, die gegenwärtig 65 Tage beträgt, um mindestens zehn Tage zu verlängern.

Der EBV, der als öffentlich-rechtliche Körperschaft die Bevorratung für den Krisenfall besorgt, hat gegenwärtig rund 16 Mill. t Rohöl, Benzine, Diesel, leichtes und schweres Heizöl eingelagert. Von den Beständen sind 13 Mill. t im Eigentum des EBV (Marktwert von rund 4 Mrd. DM), der Rest Delegationsmengen. Zwei Drittel der Mengen lagern in Kavernen, ein Drittel in Tanklagern. Vom Gesamtbestand entfallen 5,7 Mill. t auf Benzine, 6,5 Mill. t auf Diesel und leichtes Heizöl.

Die Bestände sind nach Angaben des EBV in dem seit April laufenden neuen Haushaltsjahr 1986/87 um 0,5 Mill. t aufgestockt worden. Etwa die gleiche Menge wird der Verband noch einmal zukaufen müssen. Die höhere Bestandvorhaltung ergibt sich aus der Marktentwicklung in den ersten Monaten dieses Jahres. Zudem ist der EBV dabei, die Delegationsbestände durch Eigentumsbestände zu ersetzen. Weitere 2,3 Mill. t müßten in dem Fall zugekauft werden, daß die Vorratspflicht um mindestens zehn Tage erhöht wird. Neben den Vorratsmengen des EBV hat der Bund selber noch 7,3 Mill. t Mineralölprodukte für den Krisenfall eingelagert. Die verstärkte Importtätigkeit des Handels hat dazu geführt, daß die Zahl der EBV-Mitglieder auf 224 gestiegen ist. Nach dem Erdölbevorratungsgesetz von 1978 ist jeder Importeur verpflichtet, dem EBV beizutreten.

PERSONALIEN

Dr. **Heiko Holborn**, Vorstandsmitglied der Brauerei Feldschlößchen AG, Braunschweig, vollendet am 22. Oktober 1986 sein 60. Lebensjahr.

Dr. **Werner Schwass**, Gesellschafter-Geschäftsführer der Bergin-Gruppe Essen/Beckum, feiert am 22. Oktober 1986 seinen 75. Geburtstag.

Detlef Wulfes (44), Geschäftsführer der Horten AG, Trier, übernimmt am 1. November die Geschäftsführung des Carsch-Hauses in Düsseldorf. Er ist Nachfolger von **Gerd Zimmer** (42), der zum gleichen Zeitpunkt in die Geschäftsführung des Warenhaus-Verbundes Münster und Hamm, in Münster eintritt.

Heinz F. Landré, Bielefeld, wurde mit Wirkung vom 1. Januar 1987 zum Präsidenten des Deutschen Verbandes für Schweißtechnik e. V. (DVS), Düsseldorf, gewählt. Er ist Nachfolger von Dr. Dr. **Josef Mennen**. Stellvertretender Präsident wurde Dr. **Klaus Nürnberg**, Hamburg.

Ralph G. Dürrmeier (38), wurde Geschäftsführer der Spezialagentur InterBrand GmbH, Frankfurt.

Wolfgang Ebinger (40), bisher bei Wang für den Bereich Kundenberatung und Vertriebsunterstützung tätig, kehrt als Leiter Marketing Deutschland/Österreich zu Cincom, Frankfurt, zurück.

Willibald Slavik (49), bisher stellvertretender Geschäftsführer der Buchgemeinschaft Donauland, Wien, übernimmt am 1. Januar 1987 die Geschäftsführung der Hamburger Morgenpost.

…NTERNEHMEN UND BRANCHEN

…V-Bank wächst

…tuttgart (nl) – Die Baden-Württembergische Bank AG (BW-Bank), …tgart, verbuchte im bisherigen …resverlauf 1986 eine „erfreuliche …wicklung in Volumen und Er…". Nach einem Zwischenbericht …Instituts stieg die Bilanzsumme …en ersten drei Quartalen um 8,6 …zent. Das Betriebsergebnis habe …gute Vorjahresergebnis trotz wei… steigender Verwaltungskosten …ler erreicht.

…rzberger zufrieden

…aarbrücken (HL.) – Mit einem …satzsprung um rund 30 Prozent …60,9 Mill. DM konnte die deutsch…zösische Unternehmensgruppe …Herzberger, Saarbrücken, das …chäftsjahr 1985/86 (30.6.) abschlie… Firmenchef Rolf Herzberger …te sich zufrieden mit der Entwick…g seiner Unternehmen. Dazu ge…en die französische Sektfirma Ni…s Napoléon S.A., deren Absatz in …Bundesrepublik im vergangenen …r auf 4,5 Mill. Flaschen stieg, und …Uni-Handelsgesellschaft, Impor… hochwertiger Spirituosen aus …ßbritannien und Italien (Malt …skies, Fernet, Amaretto).

…operation

…ünchen (sz.) – Mit dem Abschluß …s Fertigungsabkommens hat die …N Nutzfahrzeug GmbH, Mün…n, jetzt den letzten Schritt zur Ko…ration mit der amerikanischen Ea…Corp., Cleveland/Ohio, vollzogen. …ie Unternehmen werden nun eine …Anfang 1985 gemeinsam entwik…e (einfach übersetzte) Antrieb…se für mittelschwere und schwe…kw sowie Omnibusse produzie… und vermarkten. MAN wird diese …sen ab Mitte 1987 in eine neue …zfahrzeug-Baureihe einbauen. Ea… die Getriebe und Achsen produ…t, wird das neue Produkt in ihr …kaufsprogramm aufnehmen. Er… Verkaufsgespräche mit anderen …v-Herstellern befänden sich, wie …eißt, schon in einem fortgeschrit…en Stadium.

…ieder ausgeglichen

…aris (J. Sch.) – In Frankreich …affen nur 5 Prozent aller in Kon…s geratenen Unternehmen über …Schuldenmoratorium die Sanie…g. Dazu gehört Maco-Meudon. …ser größte Hersteller von Preßluft…äten legt nach 13 Verlustjahren für …5 erstmals wieder einen ausgegli…nen Abschluß vor. Für dieses Jahr …artet Generaldirektor Patrick …ssardy bei 170 (160) Mill. F Umsatz …bis 2 Mill. F Reingewinn. Die Firma konnte in Frankreich bedeutende Aufträge (Atlantik-TGV) verbuchen und inzwischen auch auf dem amerikanischen wie japanischen Markt Fuß fassen. In der Bundesrepublik wird ein Marktanteil von 15 Prozent angestrebt.

Eingliederung

Frankfurt (adh) – Als „saarländische Lösung", die den Anliegen der Mitarbeiter und Kunden am besten gerecht werde, bezeichnen die Brauereien Gross GmbH, Riegelsberg, und die Karlsberg Brauerei KG Weber, Homburg, ihr künftiges Zusammengehen. In einer gemeinsamen Presseerklärung teilen beide Brauereien mit, daß Gross schrittweise in den Karlsberg-Verbund eingegliedert werden soll. Die Familie Gross übernimmt eine stille Beteiligung im Karlsberg-Verbund.

Besseres Ergebnis

Hannover (dos) – Ein gegenüber der gleichen Vorjahreszeit deutlich besseres Ergebnis registriert die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank AG, Hannover, in den ersten neun Monaten 1986. Nach Angaben des Instituts stiegen der Zinsüberschuß und das Einmalergebnis auf 67,2 (61,6) Mill. DM. Befriedigend verlief im Berichtszeitraum das Neugeschäft. Bei Hypothekendarlehen ergab sich ein Plus von 14,8 Prozent auf 552 Mill. DM, während das Kommunalkreditgeschäft leicht auf 1,04 (1,08) Mrd. DM zurückging. Der Bestand langfristiger Ausleihungen erhöhte sich um 890 Mill. DM auf 10,5 Mrd. DM. Die Bilanzsumme stieg seit Anfang 1986 um 7,3 Prozent auf 11,3 Mrd. DM.

Schnelle Leitung

Frankfurt (adh.) – Eine schnelle Leitung wird demnächst 14 westeuropäische Notenbanken und die Zentralbanken von Japan und den USA miteinander verbinden. Die zur Bosch-Gruppe gehörende Telenorma (TN), Frankfurt, hat jetzt den Zuschlag für den Aufbau eines weltweiten Kommunikationsnetzes für die Notenbanken erhalten. Auftraggeber für das 4-Mill.-DM-Projekt ist die Deutsche Bundesbank. Die direkte Verbindung über gemietete Standleitungen soll eine reibungslose Kommunikation zwischen den wichtigsten Finanzplätzen der Welt sicherstellen. Die beteiligten Notenbanken können künftig per Tastendruck Konferenzgespräche schalten. Das System, das 1987 in Betrieb genommen werden soll, kann auch als elektronische Telefon-Nebenstellenanlage genutzt werden.

Bertelsmann stärkt Elsnerdruck

th. Berlin

Zu seinem europäischen Taschenbuch-Zentrum baut der Medien-Konzern Bertelsmann, Gütersloh, die Berliner Druckerei „Elsnerdruck" aus. Mit einem Aufwand von fast 12 Mill. DM ist die Buchproduktion verdoppelt worden. Die Kapazität des Unternehmens beträgt jetzt 120 Millionen Taschenbücher oder taschenbuchähnliche Produkte im Jahr.

Wie Sprecher des Unternehmens mitteilten, glaubt man an die Zukunft des Buches. Vor allem im Bereich Taschenbuch sehe man Wachstumschancen. Inzwischen sind den Angaben nach Aufträge anderer Bertelsmann-Druckereien zur Herstellung von Taschenbüchern aus dem Bundesgebiet fast komplett nach Berlin verlagert worden. Die Auslastung der großen Kapazität bei Elsnerdruck ist gesichert. Beschäftigungssorgen kennt man nicht.

Im Gegenteil. Die Zahl der Mitarbeiter soll von jetzt 190 auf weit mehr als 200 im nächsten Jahr steigen. Von Berlin aus werden nicht nur die eigenen Verlage des Konzerns, sondern auch zahlreiche konzernfremde Auftraggeber in mehreren europäischen Ländern – etwa in Frankreich und Spanien – mit Taschenbüchern versorgt.

Elsnerdruck, 1981 von Bertelsmann übernommen, gehört zum Industriebereich des Konzerns. Dieser Bereich umfaßt mehr als 30 Betriebe in ganz Europa sowie in Nord- und Südamerika mit rund 10 000 Beschäftigten. Der Umsatz für 1985 wurde mit 2 Mrd. DM angegeben. Davon entfallen 25 Prozent auf die Buchproduktion.

Denn die Substanz ist noch ganz dünn"

…eroth fordert eine innovative Wirtschaftspolitik und mehr Unternehmer für Berlin

HANNA GIESKES, Berlin

…Wir brauchen mehr unternehmen… Menschen in unserer Stadt". Der …liner Wirtschaftssenator Elmar …roth befürchtet, daß sonst die Be…kerung schneller wachsen könne …die Zahl der Arbeitsplätze. Denn …in im vergangenen Jahr registrier… die Berliner Behörden per Saldo …r 23 500 Zuwanderungen deut…er Erwerbspersonen; zwar wur… zwischen 1984 und 1986 auch …00 Arbeitsplätze zusätzlich ge…affen, aber immer noch liegt die …liner Arbeitslosenquote mit 9,9 …zent über dem Bundesdurch…nitt von 8,2 Prozent.

…eative Wirtschaftspolitik

…lan müsse sich in Berlin immer …der anstrengen, sagt Pieroth, …nn die Substanz ist noch ganz …n". Freilich ist sie nicht mehr so …n wie zu Beginn der achtziger …re, nachdem die Berliner Wirt…aft zwischen 1972 und 1981 rund …000 Arbeitsplätze verloren hatte. …Rezept des Berliner Wirtschafts…ators: „Kreative und innovative …tschaftspolitik".

…rreicht würde damit die Ansied…g von rund 140 jungen Unterneh…n vorwiegend im High Tech-Be…h. Außerdem wurden in den vergangenen Jahren mit Hilfe der in Berlin ansässigen Banken zwölf Venture Capital-Gesellschaften gegründet. Und so hofft der Berliner Senat die Stadt vom Image „Werkbank des Bundesgebietes" befreien zu können. Mittlerweile hätten „die Jungen den Etablierten Mut gemacht", meint Pieroth, so daß inzwischen auch Siemens Berlin für zwei High Tech-Werke als Standort gewählt habe.

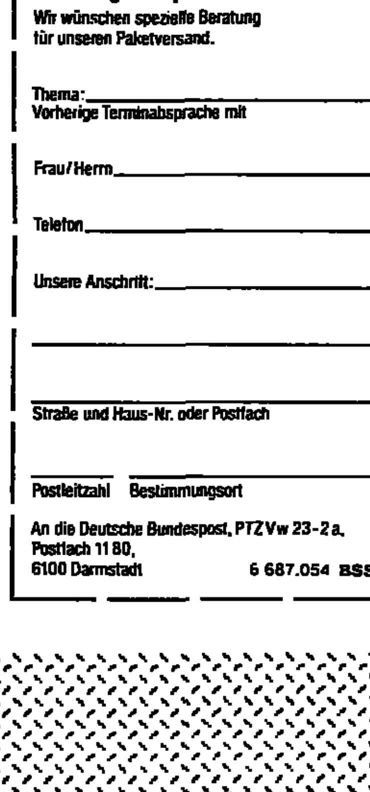
Die Qualitätsstrategie der Berliner Wirtschaftspolitik wird künftig den Dienstleistungsbereich noch stärker als bisher einbeziehen, „denn Berlin hat eine lange Tradition als Dienstleistungsstadt". So müßten produktionsorientierte Dienstleistungssparten wie Unternehmensberatung, Werbung oder Anlagenleasing verstärkt für die Stadt gewonnen werden, „und als bedeutender Industriestandort muß Berlin ein breites Angebot an Finanzdienstleistungen bereit stellen". Außerdem soll Berlin als Zentrum der Filmindustrie ausgebaut werden. Und Chancen für die Stadt sieht Pieroth ebenfalls in moderner Umwelttechnologie. Hier habe Berlin mit seinen Universitäten, Fachhochschulen und wissenschaftlichen Instituten einen Standortvorteil den es zu nutzen gelte.

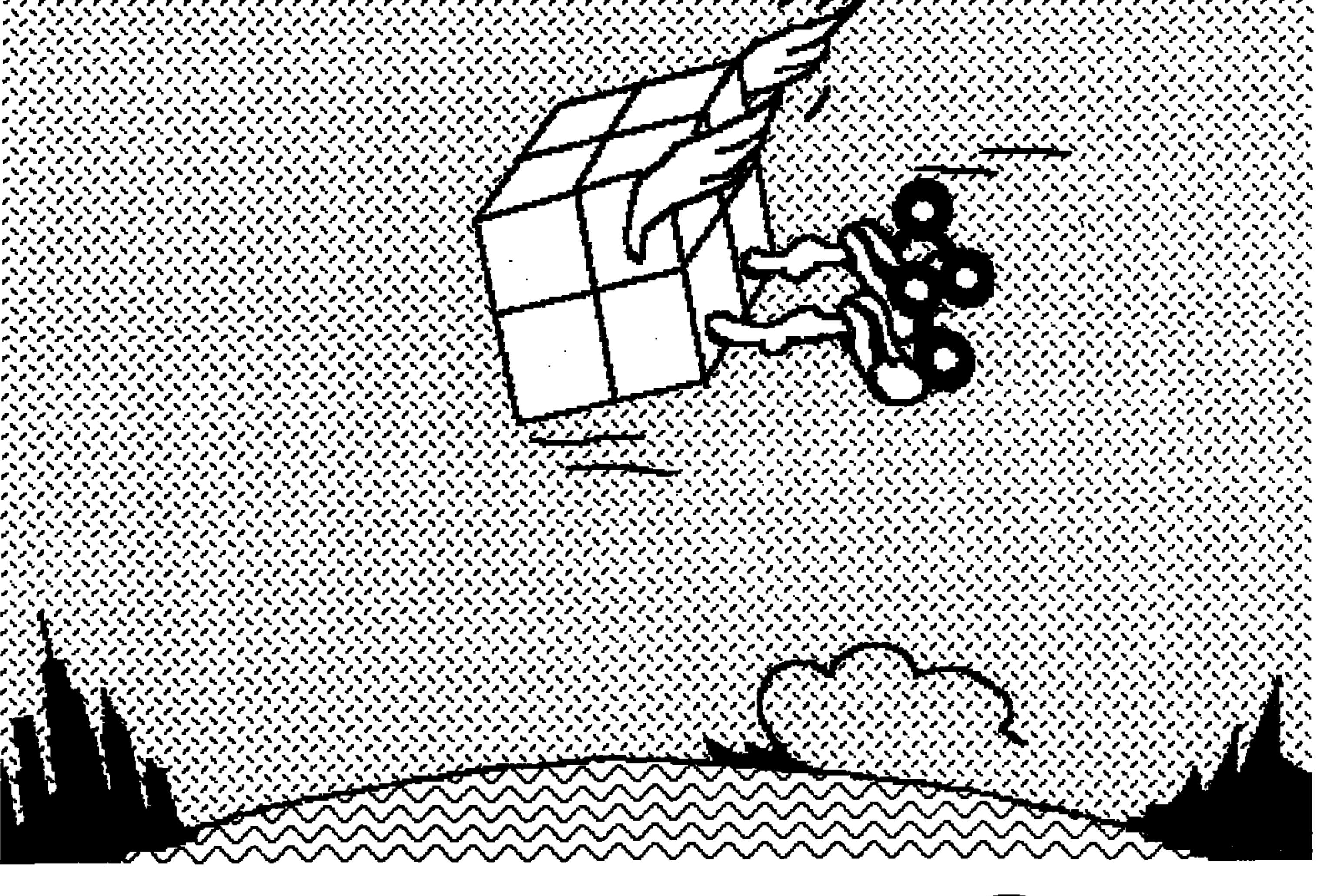
Ohne staatliche Hilfen geht das alles indes nicht. Pieroth hält das Berlin-Förderungsgesetz, das derzeit einer eingehenden Effizienzkontrolle unterzogen wird, für unantastbar: „Wirtschaft und Investoren müssen in Berlin auf gesicherte Strukturen und Rahmenbedingungen bauen können". Immerhin fließen über diese Schiene rund 7,5 Mrd. DM pro Jahr in die Stadt.

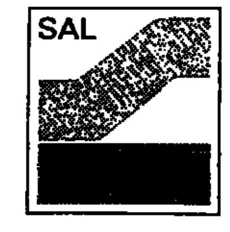
Weniger Bausubventionen

Ansonsten sollten staatliche Maßnahmen die private Initiative herausfordern „und dürfen sie nicht ersetzen". Darum seien alle vom Senat verabschiedeten Strukturprogramme zeitlich limitiert und degressiv ausgestattet, und wenn sie ihren Zweck erreicht haben werden sie abgeschafft gegen Gewährung von Existenzgründungsdarlehen, die es vom kommenden Jahr an nicht mehr geben soll. Abschaffen möchte Pieroth auch die Subventionen am Berliner Wohnungsmarkt. Über eine Milliarde Mark wendet die Stadt jährlich auf um eine Kostenmiete von 23 Mark je Quadratmeter auf 5,60 DM herunterzuschleusen. 1989 soll Berlin Weißer Kreis werden. Voraussetzung seien Übergangshilfen, betont Pieroth. Er ist zuversichtlich, „daß wir diesen Sumpf trocke..legen können".

Auf, auf nach Übersee! Hallo, Pakete. Wenn ihr ruckzuck-preisgünstig in 20 ferne Länder wollt, merkt euch den SAL-»Spartarif« der Post. Gegenüber der Seereise spart ihr eine Menge Zeit, und gegenüber dem Luftpost-Transport schnell ein hübsches Sümmchen. Wie das möglich ist? Weil die Post den SAL-Dienst zwischen den Kontinenten via Flugzeug und hier bei uns und im Bestimmungsland auf der Straße und/oder Schiene laufen läßt, zum Vorteil eines ständig wachsenden SAL-Freundeskreises. Mehr darüber und über andere Postleistungen sagt der Kundenberater, der gern flott mal vorbeikommt. **Und ab geht die Post.**









Btx * 20000 #

Genossenschaft: Prototyp der Marktwirtschaft

Py. Aachen

Als „unverzichtbaren Bestandteil der sozialen Marktwirtschaft" hat Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg die deutschen Genossenschaften bezeichnet, „die vom Mittelstand getragen für den Mittelstand da sind und gleichzeitig selber mittelständische Unternehmen sind". Vor dem Verbandstag der Rheinischen Genossenschaften in Aachen bezeichnete Stoltenberg die genossenschaftliche Bewegung als Garant dafür, „daß die Bedürfnisse, Belange und Interessen der mittelständischen Mitglieder und Kunden eine angemessene Berücksichtigung finden".

Der Vorstandssprecher des Genossenschaftsverbands Rheinland, Claus Peter Mosler, ging noch einen Schritt weiter als der Bundesfinanzminister: „Ohne die Genossenschaften gäbe es keinen so breiten und gesunden Mittelstand, und ohne diesen Mittelstand gäbe es keine soziale Marktwirtschaft." Das gelte für den Handel ebenso wie für das Handwerk und die Landwirtschaft. Mosler hob das Prinzip der Ehrenamtlichkeit in der genossenschaftlichen Unternehmensverfassung hervor. Allein im Rheinland stellten sich jedes Jahr mehr als 6000 Menschen in 700 Genossenschaften für ehrenamtliche Aufgaben und Verantwortung zur Verfügung.

Während die Gesamteinlagen der rheinischen Volksbanken und Raiffeisenbanken in den ersten acht Monaten dieses Jahres um 1,2 Prozent auf 39,4 Mrd. DM stiegen, sanken die Gesamtausleihungen um 1,7 Prozent auf 28,1 Mrd. DM. Die addierte Bilanzsumme aller 365 Volksbanken gingen leicht auf 46,3 Mrd. DM zurück. „Unverändert ist Konsolidierung, die Festigung guter bankgeschäftlicher Verbindungen, wichtiger als eine weitere Expansion", sagte Mosler vor den Delegierten.

Mit einem Plus von 0,3 Prozent auf 5,23 Mrd. DM bedeutete das Umsatzvolumen der 214 ländlichen Waren- und Dienstleistungsgenossenschaften praktisch eine Stagnation. Die Preissenkungen bei Düngemitteln, Futtermitteln, Getreide und Kartoffeln führten sogar zu Umsatzrückgängen. Im Waren- und Dienstleistungsbereich wird der Umsatz bei den 110 gewerblichen Unternehmen 1986 deutlich über den 8,4 Mrd. DM des Vorjahres liegen.

Auslandsfirmen fürchten um ihr Kapital in Brasilien

Garantien der Regierung gefordert – „Deutsche Wirtschaft investiert nur, wenn die Rahmenbedingungen stimmen"

dpa/VWD, Brasilia

Ausländische Wirtschaftsunternehmen fürchten um die Zukunft ihres in Brasilien investierten Kapitals. Rigorose Preiskontrollen der brasilianischen Regierung und bürokratische Behinderungen haben unter den ausländischen Investoren ein Klima entstehen lassen, das von Unsicherheit und der Furcht vor „indirekter Enteignung" gekennzeichnet ist. Mit dieser unverblümten Deutlichkeit brachten deutsche Unternehmer ihre Besorgnis über die Entwicklung während des dreitägigen achten Treffens der deutsch-brasilianischen gemischten Wirtschaftskommission in der Hauptstadt Brasilia zum Ausdruck. Bonns Botschafter in Brasilien, Walter Gorenflos, resümierte: „Ich habe die Sorge, daß sich ein Klima der Besorgnis, der Unsicherheit, des Zweifels, der Zurückhaltung ausbreitet."

Die deutsche Wirtschaft hat zur Zeit rund 5 Mrd. DM in Brasilien investiert. In 1100 deutschen Firmen arbeiten fast 250 000 brasilianische Beschäftigte. Die Bundesrepublik ist nach den USA der zweitgrößte Investor in Brasilien. Der Chef der deutschen Delegation, Bayer-Vorstand Günter Becker, forderte die Regierung Brasiliens zu einer offiziellen Erklärung auf, aus der eindeutig hervorgehen müsse, daß es nicht und niemals zu einer Einschränkung ausländischen Kapitals kommen werde. Becker sicherte gleichzeitig zu, daß die deutsche Wirtschaft weiter in Brasilien investieren wolle – freilich nur dann, wenn die nötigen Rahmenbedingungen gewährleistet seien.

Etwa seit Mitte 1985 wird mehr Auslandskapital aus Brasilien abgezogen als hineinfließt. Nach Darstellung der brasilianischen Zentralbank betrugen die Transfers ins Ausland 1985 rund 1,4 Mrd. Dollar (damals 4,1 Mrd. DM), gegenüber 1,06 Mrd. Dollar an Eingängen. 1986 rechnet die Zentralbank mit 1,55 Mrd. Dollar (derzeit 3,1 Mrd. DM) an Abflüssen. Nur noch 770 Mill. Dollar fließen in das achtgrößte Industrieland der westlichen Welt zurück.

Ein deutlicher Warnruf kam von Volkswagen do Brasil, dem größten Industrieunternehmen Lateinamerikas. „Wir hatten bereits in den vergangenen fünf Jahren Verluste. Jetzt sind wir im sechsten garantierten Verlustjahr", erklärte VW-Vizepräsident Jacy Mendonca. „Dies ist wirklich besorgniserregend und entmutigt die Aktionäre." Volkswagen – wie die übrigen Autohersteller Brasiliens – leidet unter den von der Regierung festgesetzten Verkaufspreisen für Automobile, die großenteils unter den Produktionskosten liegen. Ähnliche Sorgen hat vor allem die pharmazeutische Industrie Brasiliens, seit der brasilianische Plan zur Stabilisierung der Wirtschaft (Cruzado-Plan) beinahe alle Preise auf dem Stand vom 28. Februar 1986 einfror.

Doch die Verunsicherung ausländischer Unternehmen in Brasilien rührt nicht allein von den verordneten Niedrigpreisen her. Die Furcht geht um, daß in der neuen brasilianischen Verfassung Beschränkungen für die Tätigkeit des Auslandskapitals festgeschrieben werden könnten. Brasilien wählt am 15. November 1986 einen neuen Kongreß, der gleichzeitig verfassunggebende Versammlung ist. Im Wahlkampf um die Sitze in Nationalversammlung und Senat sind nationalistische, gegen die ausländischen „Multis" gerichtete Töne billiges Kleingeld zum Stimmenfang.

Das größte lateinamerikanische Land hat ausländisches Kapital bisher liberal gehandhabt. Die Kapitalregistrierung sowie die Überweisung von Gewinnen, Dividenden und Kapitalrückflüssen wurden in einer Weise geregelt, die für Investoren allgemein zufriedenstellend ist. Brasiliens Regierung hat wiederholt versichert, daß es bei dieser Praxis bleiben soll.

Industrie- und Handelsminister Hugo Castelo Branco erklärte auf der deutsch-brasilianischen Wirtschaftskonferenz, ausländisches Kapital sei in Brasilien weiter willkommen und an Beschränkungen sei nicht gedacht. Castelo Branco versicherte außerdem, daß die für die Elektronikwirtschaft bestehende Marktreservierung für brasilianische Firmen nicht auf andere Wirtschaftszweige (etwa Bio- und Feinchemie) ausgedehnt werde. Die deutschen Teilnehmer der Konferenz begrüßten die Klarstellung des Industrieministers. Doch es blieben Zweifel, ob diese Zusicherung auch über die kommenden Jahre der politischen Neuentwicklung Brasiliens Bestand haben kann.

UdSSR: Qualität für Quantität

Reform soll für mehr Flexibilität in den Betrieben sorgen

VWD, Bonn

Die Sowjetunion will im Zuge der eingeleiteten Wirtschaftsreform 21 Ministerien und 70 Unternehmen das Recht einräumen, selbständig zu exportieren und zu importieren. Wie der Direktor des sowjetischen Imemo-Wirtschaftsinstituts, Professor Igor Guriew, auf einer Veranstaltung des Bonner Instituts für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik (IWG) ferner mitteilte, sehen die Reformbestrebungen vor, die Betriebe mit eigenen Kapitalmitteln zur Selbstfinanzierung ihrer Investitionen auszustatten. Den Betrieben soll erlaubt werden, ihren Gewinn bis zu 70 Prozent für technische Umrüstungen selbständig einzusetzen. Bisher wurden die Investitionsmittel den Unternehmen zugewiesen.

Darüber hinaus soll nach Darstellung von Guriew, dessen Institut als das wirtschaftspolitische Beratungsorgan des Zentralkomitees der KPdSU gilt, das Preisbildungssystem in der UdSSR durch mehr Flexibilität verbessert werden. Hauptziel der angestrebten beschleunigten Modernisierung der sowjetischen Wirtschaft bis zum Jahr 2000 sei es, das quantitative Wachstum in ein qualitatives Wachstum umzuwandeln. Dies bedeute insbesondere einen sparsameren Umgang mit den Rohstoffen namentlich mit Energie, mehr Haltbarkeit der Erzeugnisse und eine verbesserte Erfolgskontrolle.

Guriew kritisierte in diesem Zusammenhang die nach seiner Ansicht vielfach mangelnde Flexibilität der Führungskräfte in den sowjetischen Betrieben, die gerne unter die Fittiche des Staates flüchteten sowie die unzureichende Arbeitsproduktivität in der UdSSR. Er kündigte eine Demokratisierung der Führungsstrukturen in den Betrieben an. Ein Problem sei die Einstellung der Menschen zur Arbeit. Der Arbeitsstil müsse verbessert und die Arbeitsproduktivität um das 2,3- bis 2,5fache gesteigert werden.

Im Mittelpunkt des laufenden Fünfjahresplans wird nach Angaben des Wissenschaftlers der Maschinenbau stehen. Bis 1990 soll die sowjetische Maschinenbauproduktion um 40 Prozent gesteigert werden. Guriew räumte ein, daß die bisher weitgehend auf Mengenproduktion ausgerichtete sowjetische Wirtschaft an Grenzen gestoßen sei.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Weber/Marx: Leasingverträge, WRS Verlag, München 1986, 88 S., 19,80 Mark.

Leasen statt kaufen – diese neue Form der Finanzierung erobert immer mehr Marktanteile: 800 000 Fahrzeuge auf deutschen Straßen sind bereits geleast, davon 30 Prozent von Privatpersonen. Als besonders leasingfreundlich erweisen sich Produktionsmaschinen, Bürogeräte und EDV-Anlagen. Obwohl das Leasing-Geschäft mehr und mehr zunimmt, gibt es derzeit noch keine gesetzliche Regelung. Neben dem Abzahlungsgesetz gelten die Allgemeinen Geschäftsbedingungen. Deshalb sollte jeder, der sich mit Leasing beschäftigt – im Unternehmens- oder Privatbereich –, über die wichtigen Einzelheiten Bescheid wissen. Nur so lassen sich Leasingverträge optimal gestalten beziehungsweise Angebote sorgfältig prüfen. Die Broschüre gibt einen umfassenden Überblick über die verschiedenen Formen des Mobilien-Leasing und die entsprechenden Vertragsgestaltungen. Das Fahrzeug-Leasing und die Allgemeinen Geschäftsbedingungen werden dabei besonders berücksichtigt.

Michael E. Porter: „Wettbewerbsvorteile", Spitzenleistungen erreichen und behaupten, Campus Verlag, Frankfurt 1986, 688 S., 98 Mark.

Wettbewerbsvorteile entscheiden über Erfolg oder Mißerfolg jedes Unternehmens – es muß sein Produkt mit Kostenvorsprung liefern oder den Abnehmern einen einzigartigen, höhere Preise rechtfertigenden Nutzen bieten können. Wie aber nun verschafft sich ein Unternehmen die Kostenführerschaft? Und wie differenziert es sich gegenüber der Konkurrenz? In seinem ersten Buch „Wettbewerbsstrategien" (3. Aufl. 1985) entwickelte Michael E. Porter Methoden zur Branchen- und Konkurrentenanalyse, die allgemein Anerkennung gefunden haben. Mit diesem Buch „Wettbewerbsvorteile" nun setzt Porter dort ein, wo er in „Wettbewerbsstrategien" aufhörte. Führungskräfte erfahren, wie die eigene Wettbewerbsposition zu bewerten ist und schrittweise Maßnahmen zu deren Verbesserung durchzuführen sind.

Ambrosius/Hubbard: Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Europas im 20.Jahrhundert, C.H. Beck Verlag, München 1986, 329 S., 54 Mark.

Europa ist heute nicht mehr nur ein geographischer Begriff, sondern es bildet in seinen wirtschaftlichen und politischen Interessen – trotz der Ost-West-Spaltung – eine gewisse Einheit. In diesem Annäherungs- und Einigungsprozeß treffen allerdings Länder aufeinander, die nicht nur in politischer Hinsicht eine sehr unterschiedliche Entwicklung erlebten, sondern auch wirtschaftlich und gesellschaftlich. Ein Überblick, der in leicht verständlicher Form die wichtigsten Entwicklungslinien in den europäischen Ländern zusammenfaßt und einander gegenüberstellt, war bislang nicht verfügbar. Dieses Buch vermittelt solche elementaren Informationen, indem es demographische, soziale und wirtschaftliche Daten vom Anfang des Jahrhunderts bis heute dokumentiert sowie die Geschichte der unterschiedlichen Sozial- und Wirtschaftssysteme in Europa analysiert.

Schwierigkeiten im Warenaustausch

J.G.G. Köln

Schwierigkeiten bei der Einhaltung von Lieferfristen im Handel „DDR"–Polen beklagt das polnische KP-Organ „Tribuna Ludu" im Gespräch mit dem stellvertretenden Chef der „DDR"-Planungskommission, Dieter Albrecht. Der „DDR"-Wirtschaftsfunktionär mußte sich vorhalten lassen, daß die „DDR", die für das jeweilige Jahr festgelegten Lieferungskontingente, besonders bei Maschinen, meist erst im zweiten Halbjahr realisiert, was die polnische Wirtschaft ständig in Schwierigkeiten bringt. Albrecht gab dieses zu, konterte jedoch damit, daß die „notwendigen Lieferungen polnischer Kohle und Koks" ebenfalls nicht zuverlässig sind.

36 Prozent des bilateralen Warenaustausches sind inzwischen Maschinen und Produktionseinrichtungen, so Albrecht. Abschließend forderte er, im Sinne eines besseren Warenaustausches langfristige Verträge in Zukunft zwischen den einzelnen Branchen und sogar Betrieben in beiden Staaten abzuschließen.

Zahlungen werden gestreckt

Chinas Handelsbilanzdefizit erreicht 18 Milliarden Mark

dpa/VWD, Peking

China verzeichnete in den ersten neun Monaten 1986 ein Handelsbilanzdefizit von 8,9 Mrd. Dollar (rund 17,8 Mrd. DM) nach 10,6 Mrd. Dollar ein Jahr zuvor. Seine Zahlungsbilanz wies aber aufgrund hoher Einnahmen aus dem Tourismus und Überweisungen von Überseechinesen einen Überschuß von mehr als 3 Mrd. Dollar auf. Die Devisenreserven, die zur Jahresmitte mit 10,5 Mrd. Dollar angegeben worden waren, haben sich nach Angaben des Sprechers des staatlichen Statistikbüros, Zhang Zhongji, „nicht wesentlich" verändert. Dennoch wird die Volksrepublik wegen der knappen Devisenlage die Zahlungen für eine Reihe von Importen aus „vielen Ländern" strekken. Zhang nannte als eine der Importkategorien Elektrogeräte und -maschinen.

Als erfreulich wertete Zhang das Wachstum der Ausfuhr. Sie entwikkelte sich in den ersten neun Monaten mit einem Anstieg um 14,8 Prozent auf 21,4 Mrd. Dollar schneller als die Einfuhr mit plus 5,1 Prozent auf 30,3 Mrd. Dollar. Im Handel mit der Europäischen Gemeinschaft stieg Chinas Ausfuhr um 80 Prozent, die Einfuhr um mehr als 33 Prozent. Dagegen ging der Handel mit Japan zurück; die Importe fielen um 15,7 Prozent, die Exporte um 21,4 Prozent. Im Handel mit der Sowjetunion, der bereits 1985 mit plus 61 Prozent auf 1,9 Mrd. Dollar die höchste einzelne Zuwachsrate aufwies, verzeichnete China eine Exportzunahme um 51 Prozent und einen Importzuwachs von 57,6 Prozent und steuert damit auf ein neues Rekordhoch zu.

In der Landwirtschaft wird für dieses Jahr eine Getreideernte von 390 Mill. Tonnen erwartet, zehn Mill. Tonnen mehr als 1985. Die Industrieproduktion stieg in den ersten neun Monaten mit 6,4 Prozent nicht ganz so schnell wie veranschlagt, doch hofft Zhang, daß die vorgegebene Steigerungsrate von sieben Prozent noch erreicht wird. Die Investitionen in Sachanlagen lagen mit 18,7 Prozent Zunahme unter der Zuwachsrate der ersten neun Monate des vergangenen Jahres (33,7 Prozent).

Die Worte des Trostes und der Anteilnahme, die uns nach dem Tode meines lieben Mannes, Vaters, Sohnes und unseres Bruders

C. Jörg Ruhnke

erreichten, haben uns in den schweren Tagen sehr geholfen.

Wir danken allen, die sich mit uns verbunden fühlten, sehr herzlich.

Monika Ruhnke
Julia C. Ruhnke
Emma Ruhnke
Doris Umé
Karen Marzola

Hamburg, im Oktober 1986

Für alle Zeichen der Anteilnahme und Verbundenheit nach dem Tode von Herrn

C. Jörg Ruhnke

danken wir.

Das uns gezeigte Mitgefühl und die persönliche Wertschätzung für den Verstorbenen sind für uns Verpflichtung, den von ihm vorgezeigten Weg weiterzugehen.

Gesellschafter, Geschäftsleitung und Mitarbeiter der Firma

Ruhnke Optik

Hamburg, im Oktober 1986

Am 16. Oktober 1986 verstarb im 76. Lebensjahr an seinem Wohnsitz in Hamm

Rechtsanwalt

Dr. Gerd Nickol

Inhaber des Großen Verdienstkreuzes des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland

Präsident der Rechtsanwaltskammer Hamm von 1966 bis 1979

Er hat mit seiner Persönlichkeit, seiner Weitsicht und seiner Beständigkeit die Arbeit der Rechtsanwaltskammer Hamm für die Kollegenschaft über zwei Jahrzehnte geprägt.

Dr. Gerd Nickol wird uns unvergessen bleiben.

Der Vorstand
der Rechtsanwaltskammer Hamm

Hans-Georg Kirchhof
Präsident

Familienanzeigen und Nachrufe

können auch telefonisch
oder fernschriftlich durchgegeben werden.

Telefon:
Hamburg (0 40) 3 47-43 80
Berlin (0 30) 25 91-29 31
Kettwig (0 20 54) 1 01-5 18 und 5 24

Telex:
Hamburg 2 17 001 777 as d
Berlin 1 84 611
Kettwig 8 579 104

Chem. Tätowierentfernungsmittel (Paste)
Optimale Entfernung. Verkauft wird das Mischverfahren und das Know-how (Verkauf). Dieses Angebot stößt in eine Marktlücke. Ziehen Sie den Nutzen, und schaffen Sie sich ein sicheres Standbein.
Mischverfahren + Know-how DM 1200,–.
Zuschr. unter Z 5928 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber:
Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure:
Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur:
Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Fredr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann, Wilhelm Furler (stellv.); Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Hößl; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanns Gieskes, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann; Johannesburg: Monika Germani; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11; Telex 4 12 449
Fernkopierer (0 69) 72 79 17
Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11 - 13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement DM 27,10 einschließlich Zustellkosten und 7% Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. In Österreich ÖS 390 über Morawa & Co., Wien. In Großbritannien DM 49,10 (als Luftpost-Abo am Erscheinungstag). Luftpost-Abonnement weltweit: Preis auf Anfrage. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 60 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 15 gültig ab 1. 10. 1986, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 51.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd-Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp.

Aktien nachgebend

Im Autobereich noch widerstandsfähig

... – Das geringe Angebot am Montag übte in ... Bereichen Druck auf die Kurse aus. Die Lustlosigkeit wird mit der sich zuspitzenden innenpolitischen Auseinandersetzung mit fehlenden Kaufaufträgen aus dem Ausland sowie mit der Dollarschwäche begründet.

Bemerkenswert widerstandsfähig lagen die Kurse der Autoaktien. Sie profitieren von den für 1987 günstigen Ertragsaussichten. Die VW-Aktien zeigten Ansätze einer Stabilisierung. Anlagekäufe wurden im Bereich der Elektrowerte beobachtet. Es wird davon ausgegangen, daß die Elektroindustrie im kommenden Jahr Hauptnutznießer der Investitionen sein wird. PKI-Aktien konnten um rund 20 DM steigen. Nachgebende Notierungen dagegen in den Maschinenbauaktien. Chemiewerte fielen um zwei bis drei DM. Gut behauptet weiterhin Henkel-Vorzüge. Bankaktien bröckelten weiter ab. Die rückläufigen Rentenkurse scheinen dieses Marktgebiet zu belasten. Auch im Versicherungsbereich gab es überwiegend Abschläge. In den einschlägigen Aktien wurden teilweise Gewinnmitnahmen bei rückläufigen Notierungen registriert. Die neu an die Börse gekommenen Schneider-Rundfunk-Aktien litten unter Glattstellungen und bewegten sich deutlich unter 800. Die in der letzten Woche zurückgenommenen RWE-Aktien konnten sich erholen.

Nachbörse: Leichter

DW-Ak.ind.: 264,22 (265,89)
DW-Ums.ind.: 2045 (2131)
Adv.-decline-Zahl: 68 (65)
38-Tg-Linie: 276,63 (277,25)
200-Tg-Linie: 279,79 (279,84)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Düsseldorf · Frankfurt · Hamburg · München

Aktien-Umsätze

Unnotierte Werte

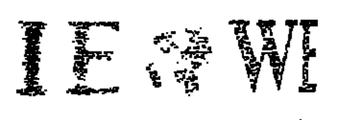
Genußscheine

Ausland in DM

Inland

Freiverkehr

Ungeregelt. Freiverkehr





Das Fernsehen der 90er Jahre hat Kinoqualität.

Ein Kinobesuch ist ein Erlebnis. Die hervorragende Bildqualität, die gesichtsfeldfüllende Projektion – das kann das heutige Fernsehen nicht bieten. Aber das wird bald anders. Die neue digitale Videotechnik von VTE schafft entscheidende Voraussetzungen für Fernsehen in Kinoqualität.

Schon in naher Zukunft wird das Fernsehbild frei von wahrnehmbarem *Bildflackern* sein. *Die Bildfrequenz* wird auf 100 Hz verdoppelt. VTE hat diese neue Technologie realisiert.

Die Perspektive für die 90er Jahre ist noch besser: ein wesentlich größeres Bildfeld mit mehr Bildqualität durch eine etwa 5mal höhere Informationsdichte. Fernsehen wird zum visuellen Erlebnis – wie Kino. Die Technologie, die den Fernsehbereich in den 90er Jahren revolutionieren wird, heißt HDTV (High Definition Television). VTE hat diese Technologie. Jetzt.

100-Hz-Fernsehen und HDTV – zwei Innovationen für die Zukunft der Bilddarstellung. VTE ist der derzeit einzige Hersteller, der der wissenschaftlichen und industriellen Forschung beides als integrierten Technologiekomplex liefert. Und zwar exklusiv in Europa.

So wird die Bildkommunikation mit Hilfe der digitalen Videotechnik von VTE revolutioniert. Und für die Bildverarbeitung setzt VTE schon heute Maßstäbe: 100-Hz-Darstellung und HDTV als integrative Technologie erschließen neue Dimensionen der *Display-Technik*.



Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an
VTE DIGITALVIDEO Systemvertriebsgesellschaft mbH
Bahnhofstraße 1 · D-8036 Herrsching · Telefon 08152/3031
Telex 527780 vtedv d · Telefax 08152/3661

© 1986 Estate of Marilyn Monroe, Licensed by Roger Richman Agency via VIP Promotions, Hamburg. Foto: New Eyes.
© 1986 James Dean Foundation, Licensed by Curtis Licensing via VIP Promotions, Hamburg. Foto: New Eyes.

Langläufer teilweise schwach

Auf dem Rentenmarkt vollzieht sich derzeit eine Angleichung der Renditen zwischen denen der Bundesemissionen und den Pfandbriefen. Da kaum noch Auslandsinteresse für deutsche öffentliche Anleihen vorliegt, weil Hoffnungen auf eine weitere Zinssenkung in der Bundesrepublik derzeit nicht bestehen und weitere Währungsgewinne fraglich geworden sind, gaben Bundesanleihen deutlich nach, wie letzte 30jährige Emissionen sogar um 1,50 Prozentpunkte. Auslandsanleihen bei ruhigem Geschäft etwas nachgebend.

Bundesanleihen

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

D 7 dgl. RS 162	103,75G	103,75G	
D 9½ dgl. RS 172	100G	100G	
D 9 dgl. RS 186	111,25G	111,25G	
D 10 dgl. RS 193	100G	100G	
F 7¼ Kred.Wied.cofb.79	101	101G	
F 8 dgl. 84	109,3G	109,3G	
F 10 dgl. 81	116,5G	116,5G	
F 8½ dgl. 82	112G	112G	
F 7¼ dgl. 83	107G	107G	
F 8¼ dgl. 83	110,3G	110,3	
F 7¼ dgl. 84	103,8	103,8	
F 7½ dgl. 84 I	103,9G	103,9G	

Bundesbahn

F 7 dgl. 77	2/87	100,65	100,65
F 6 dgl. 77	9/87	101,3	101,35G
F 6 dgl. 78 II	7/88	102,05	102,05
F 6½ dgl. 77	5/89	103,6	103,6
F 8 dgl. 79 I	7/89	107,4	107,45G
F 6 dgl. 78 I	2/90	102	102,1
F 8 dgl. 80 II	7/90	108,5G	108,5

Industrieanleihen

Optionsscheine

Währungsanleihen

Optionsanleihen

Wandelanleihen

F PWA 86/94	107	108
F Renow Look 86/91	600	–
F 5¾ Rhythm W. 83/88	1350G	1350G
F dgl. W. 84/89	595	600
F 3½ RWE 86/96	88,5	87
F Ryobi 83	850	925
F Salamander 86/96	156,2	157,8
F 6½ Schering 83/98	294	297,2
F 3 Schw. Bankgesell.	3000	3060
F 5¼ Sch. Bankver. I	264	267
F 2¼ dgl. II	165	161T
F Schw. Kreditanst.	1600	1640
F Senko 86/91	600	–
F 7¾ Siemens 83/90	440	450

F 3½ dgl. o. O. 84	80,25	80,5
F 2¾ dgl. m. O. 86	105	105,25
F 2¾ dgl. o. O. 86	78,25G	78,5
F 4 SKA Fin. m. O. 85	127G	127G
F 4 dgl. 85 o. O.	96,75	96,5bG
F 3 Teijin S. m. O. 85	208G	200G
F 3 dgl. o. O. 85	91,5T	91,5bB
F 3¼ Trio Kenw 85 m. O.	118G	118G
F 3¾ dgl. o. O. 85	94,5G	94,5G
F 3¼ Tsumura Jun.84 m.O	109T	118T
F 3¾ dgl. 84 o. O.	95,35	95,4
F 4 Veba 83 m. O.	194,5G	194,5G
F 4 dgl. 83 o. O.	88,9	89,25
F 3 VW 86 m. O.	145	147,5
F 3 dgl. 86 o.O.	75	75bG

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

9½ dgl. 81/91	111,5	111,75T
9½ dgl. 82/91	110,5	110,75G
7¾ dgl. 82/92	107,25bB	107,6
6½ dgl. 83/95	103,75bG	104,25
7¾ dgl. 84/96	102	102,5
6½ dgl. 86/96	97,25bG	97,2
6¾ Asmai IDC 72/87	100G	100G
6¾ Autop. C.E. 72/87	102T	102,75T
7¾ Avon 85/95	104G	104,25G
10¾ Banesol 82/90	108,5	109
8½ BNDE 77/87	102G	102G
9¾ dgl. 80/88	103	103bG
5¾ BK. America 78/90	96bG	96,1
7 Bank China 85/92	102	102,75

7¾ dgl. 84/94	105,75	104,5
8 dgl. 85/95	106,25T	106,75
7½ dgl. 85/95	102	102,4
7¾ dgl. 85/92	102	103
6 dgl. 86/95	90	91
0 Int. Con. Rub 85/00	37,35	37
7¾ ISEC 83/95	106,25G	106,5G
7¾ dgl. 83/90	106,5T	106T
7¾ dgl. 84/94	104T	104,25G
8½ Irland 80/88	105,05	105,06

6½ Österreich 75/87	101,5G	101,5G
5¾ dgl. 78/90	100,25G	100,25G
8¾ dgl. 80/92	104	104,25T
8½ dgl. 82/92	108,25G	108,25
7¾ dgl. 83/89	104,5T	104,75G
8 dgl. 83/93	108,5G	108,75T
7¾ dgl. 84/94	106,25	106T
7 dgl. 85/92	104	104,5G
6 dgl. 86/98	94,25	94,75
4,812 dgl. 86/98	99,75G	99,75
6¾ Ost.Donaukr. 73/88	100,5	100,5G
8 dgl. 84/94	107	107T

7¾ Ungar. Nat. Bk. 85/95	102,25
7 dgl. 85/95	100,15
7¾ dgl. 86/96	101,25T
6½ Unionbk.Fin.78/88	100,5G
4¾ dgl. 86/96	97,25G
7¾ Un.Techn.Corp. 84/91	102,5G
7¾ Un.Techn.Fin. 82/92	105,5G
6 Venezuela 78/88	99,9bG
6½ dgl. 78/90	100T
9¾ dgl. 80/90	103bG
11½ dgl. 81/91	111bG

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

Warenpreise – Termine

Uneinheitlich notierten am Freitag die Edelmetalle an der New Yorker Comex. Während Gold und Kupfer nachgaben, notierte Silber fester. Schwächer schloß Kakao. Kaffee gab um das Tageslimit nach.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	17.10.	16.10.
Dez.	276,50-277,00	274,50-275,50
März	266,50-267,00	266,00-266,25
Mai	251,50-252,00	251,25251,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t)
Wheat Board cif.

Genußmittel

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb)
Südstaaten fob Werk

17.10.	16.10.
27,00	26,00

MAISÖL New York (c/lb)
US-Mittelweststaaten fob Werk

17.10.	16.10.
20,00	20,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

NE-Metalle

Messingnotierungen

Deutsche Alu-Gußlegierungen

Edelmetalle

Internationale Edelmetalle

Erläuterung – Rohstoffpreise

Westd. Metallnotierungen

New Yorker Metallbörse

Zinn-Preis Penang

Londoner Metallbörse

Energie-Terminkontrakte

Kartoffeln

Baumholz

Devisenterminmarkt

Für Euro-Dollar wurden am 20. 10. bis zu 1/8 Prozentpunkte mehr bezahlt, so daß sich höhere Deports herausbildeten.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,33-0,25	0,80-0,70	1,50-1,30
Pfund/Dollar	0,69-0,67	1,95-1,90	3,65-3,60
Pfund/DM	2,40-1,00	5,60-4,20	9,90-8,50
FF/DM	19-3	40-24	68-52

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 20.10.: Tagesgeld 4,20-4,30 Prozent; Monatsgeld 4,45-4,55 Prozent; Dreimonatsgeld 4,45-4,60 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,60 Prozent, 6 Mon. 4,60 Prozent.
Privatdiskontsätze am 20.10.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 20.10.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 20.10. ; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4⅛-4⅜	3¼-3½
3 Monate	5⅞-6⅛	4⅛-4⅜	3⅞-4⅛
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4¾	3⅞-4⅛
12 Monate	6⅛-6⅜	4⅝-4⅞	3⅞-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 20.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 15,50; Verkauf 18,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 20.10. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gramm	Ankauf	Verkauf inkl. MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	200,00	256,50	35,78
20 ffr. Napoleon	5,8070	149,00	198,36	34,16
20 sfr Vreneli	5,8070	169,00	221,16	38,09
½ Sovereign (E.II)	3,6618	104,00	141,36	38,61

Dollar-Anleihen

Euro-Yen

Lux. Franc Bonds

Rechnungs-Einheiten

ECU

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,55). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 5,25 , Kurs 98,50 , Rendite 5,60 .

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Rückzahlung Datum	Kurs 20.10.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	57,813	6,50
Commerzbank	100,00	22.5.95	57,00	6,76
Commerzbank	100,00	4.8.00	39,85	6,90
Deutsche Bk. $	287,00	23.1.95	139,00	9,14
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	112,37	5,50
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,02	5,50
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	56,57	6,70
Hbg. Ldbk. A.1	100,00	1.7.96	51,25	7,14
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	58,11	6,50
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	39,79	7,00

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

New Yorker Finanzmärkte

ECU-Tageswerte

SZR-Wert

VERKAUFSANGEBOT

über

DM 5 000 000,–

uf den Inhaber lautende stimmrechtslose Vorzugsaktien der



Aktiengesellschaft
Ahrensburg

iit Gewinnberechtigung ab 1. 10. 1986
Wertpapier-Kenn-Nr. 564 793 –

in Bankenkonsortium, dem das Bankhaus M. M WARBURG–BRINCK-ANN, WIRTZ & CO., Hamburg, als Konsortialführerin und die COM-ERZBANK AKTIENGESELLSCHAFT, Frankfurt, angehören, bietet M 5 000 000,– auf den Inhaber lautende stimmrechtslose Vorzugsak-en in der Zeit

vom 22. bis 24. Oktober 1986
zum Preis von DM 270,– je Aktie zu DM 50,–

eibleibend zum Kauf an.

DM 3 000 000,– stammen aus dem Besitz der bisherigen Aktionäre. DM 2 000 000,– aus der am 21. August 1986 beschlossenen und am 3. September 1986 in das Handelsregister eingetragenen Kapitalerhöhung. Die derzeitigen Aktionäre und die Gesellschaft beabsichtigen mit diesen Maßnahmen, den Aktionärskreis zu erweitern und der edding Aktiengesellschaft den Kapitalmarkt für die Zukunft zu öffnen. Die Vorzugsaktien ohne Stimmrecht sind satzungsgemäß mit einer nachzahlungspflichtigen Mindestdividende von 4 % und einer Mehrdividende von 2 % gegenüber den Stammaktien ausgestattet. Kaufanträge nehmen folgende Banken während der üblichen Schalterstunden entgegen:

M. M. WARBURG–BRINCKMANN, WIRTZ & CO. COMMERZBANK AG

Der Kaufpreis für die Aktien zuzüglich Börsenumsatzsteuer und üblicher Effektenprovision ist von den Erwerbern am **28. Oktober 1986** zu entrichten.

Die neuen Aktien werden den Erwerbern nach Zahlung des Kaufpreises zunächst auf Girosammeldepotkonto gutgeschrieben. Bis zum Vorliegen von Einzelurkunden können Ansprüche auf Auslieferung nicht geltend gemacht werden. Der Druck von Einzelurkunden ist veranlaßt. Zu gegebener Zeit stehen die Aktien in Einzelaktien über je 1 Aktie zu DM 50,– und Sammelaktien über je 10 Aktien zu DM 50,– (= DM 500,–) sowie über je 50 Aktien zu DM 50,– (= DM 2500,–) jeweils mit Gewinnanteilscheinen Nr. 2–20 und Erneuerungsschein zur Verfügung.

Die stimmrechtslosen Vorzugsaktien der edding Aktiengesellschaft sind an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg in den geregelten Freiverkehr einbezogen. Die Preisfeststellung wird voraussichtlich am **29. Oktober 1986** aufgenommen.

Ahrensburg, im Oktober 1986 **Der Vorstand**

UNTERNEHMENSBERICHT

Für die Einbeziehung in den geregelten Freiverkehr

von DM 5 000 000,–

auf den Inhaber lautenden stimmrechtslosen Vorzugsaktien

mit Gewinnberechtigung vom 1. Oktober 1986 an

der

edding Aktiengesellschaft, Ahrensburg

100 000 Aktien zu je DM 50,–, verbrieft in

5000 Einzelaktien	über je 10 Aktien zu DM 50,–	Nr. 1–5000
1500 Sammelaktien	über je 50 Aktien zu DM 50,–	Nr. 1–1500
1600 Sammelaktien	über je 1 Aktie zu DM 50,–	Nr. 1–1600

– Wertpapier-Kenn-Nummer 564 793 –

an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zu Hamburg

GRÜNDUNG, SITZ UND GEGENSTAND

)ie edding Aktiengesellschaft – nachstehend auch edding oder Gesellchaft genannt – geht auf die im Jahre 1959 von Carl-Wilhelm Edding nd Volker Detlef Ledermann gegründete Personengesellschaft C.-W. :dding & Co. zum Vertrieb von Büroartikeln zurück.

)iese Gesellschaft übertrug 1984 ihren gesamten Geschäftsbetrieb auf lie c. w. edding & co. GmbH und firmierte nunmehr als Grundstücksgeellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG).

)urch Gesellschafterbeschluß der Grundstücksgesellschaft Edding & :o. (GmbH & Co. KG), vertreten durch ihre Gesellschafter Carl-Vilhelm Edding und Volker Detlef Ledermann als Kommanditisten und ler V. D. Ledermann & Co. GmbH als Komplementär, wurden deren 3eteiligungen an der Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & :o. KG) als Sacheinlage gegen die Gewährung von Gesellschaftsrechen in Höhe von insgesamt DM 7 000 000,– in die c. w. edding & co. GmbH :ingebracht, so daß das gesamte Vermögen der Kommanditgesellschaft iuf die GmbH übergegangen ist.

:n der darauffolgenden Gesellschafterversammlung der c. w. edding & :o. GmbH wurde die formwechselnde Umwandlung in eine Aktiengesellschaft mit wirtschaftlicher Wirkung vom 1. Januar 1986 gemäß § 386 AktG beschlossen.

)as Grundkapital der Aktiengesellschaft betrug zu diesem Zeitpunkt)M 8 000 000,–, eingeteilt in DM 5 000 000,– auf den Inhaber lautende Stammaktien und DM 3 000 000,– auf den Inhaber lautende Vorzugsakien ohne Stimmrecht.

)er Umwandlungsbeschluß vom 13. Juni 1986 enthält auch die Ändeung der Firma in edding Aktiengesellschaft. Die Aktiengesellschaft vurde am 19. August 1986 in das Handelsregister des Amtsgerichts ihrensburg (HR B 2675) eingetragen.

;ondervorteile zugunsten einzelner Aktionäre oder Dritter wurden bei ler Umwandlung in eine Aktiengesellschaft nicht gewährt. Den mit der 3ründung der Aktiengesellschaft verbundenen Aufwand trägt die 3esellschaft bis zum Gesamtbetrag von DM 100 000,–.

Der Sitz der Gesellschaft ist Ahrensburg.

Gegenstand des Unternehmens ist die Entwicklung, die Herstellung und der Vertrieb von Erzeugnissen zum Schreiben, Malen, Signieren, Beschriften und Zeichnen, insbesondere solche des Markenzeichens „edding", von Planungs- und Organisationsgeräten und -systemen sowie von sonstigen Artikeln des Bürobedarfs und anderen Produkten.

Die Gesellschaft kann andere Unternehmen erwerben, sich an solchen beteiligen und Zweigniederlassungen und Zweigbetriebe im In- und Ausland errichten sowie alle Geschäfte betreiben, die geeignet sind, dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar oder mittelbar zu dienen.

KAPITALVERHÄLTNISSE

Vor dem Gesellschafterbeschluß vom 13. Juni 1986 über die Umstrukturierung der edding-Firmengruppe war die c. w. edding & co. GmbH mit einem Stammkapital von DM 1 000 000,– und die Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) mit einem Kommanditkapital von DM 6 000 000,– ausgestattet. Die persönlich haftende Gesellschafterin der Kommanditgesellschaft, die V. D. Ledermann & Co. GmbH, hatte eine Festeinlage von DM 4000,–.

Am 13. Juni 1986 wurde zunächst das Stammkapital der c. w. edding & co. GmbH durch Einbringung der Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) um DM 7 000 000,– auf DM 8 000 000,– im Wege der Sacheinlage gegen die Gewährung von Gesellschaftsrechten erhöht. Die Kapitalerhöhung wurde am 11. August 1986 in das Handelsregister des Amtsgerichts Ahrensburg unter der Nummer B 2535 eingetragen.

Ebenfalls am 13. Juni 1986 faßten die Gesellschafter der c. w. edding & co. GmbH den Beschluß zur Umwandlung der GmbH in die edding Aktiengesellschaft mit einem Grundkapital von DM 8 000 000,–.

Das Stammkapital war eingeteilt in 100 000 Stück auf den Inhaber lautende Stammaktien im Nennbetrag von je DM 50,– und 60 000 Stück auf den Inhaber lautende stimmrechtslose Vorzugsaktien im Nennbetrag von je DM 50,–.

Der Umwandlungsbeschluß vom 13. Juni 1986 hat den Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrates das Grundkapital der Gesellschaft um einen weiteren Betrag von DM 2 000 000,– bis zum 31. Dezember 1990 durch Ausgabe von auf den Inhaber lautenden Vorzugsaktien gegen Bareinlage unter Ausschluß des Bezugsrechts der Aktionäre zu erhöhen.

Von dieser Ermächtigung hat der Vorstand mit Zustimmung des Aufsichtsrates am 21. August 1986 Gebrauch gemacht und das Grundkapital von DM 8 000 000.– um DM 2 000 000.– auf DM 10 000 000,– gegen Bareinlagen durch Ausgabe von 40 000,– neuen auf den Inhaber lautenden stimmrechtslosen Vorzugsaktien zu je DM 50,– mit Gewinnanteilsberechtigung ab 1. Oktober 1986 erhöht. Das Bezugsrecht der Aktionäre wurde ausgeschlossen.

Die Durchführung der Kapitalerhöhung wurde am 3. September 1986 in das Handelsregister des Amtsgerichts Ahrensburg eingetragen.

Die DM 2 000 000,– stimmrechtslosen Vorzugsaktien aus der Kapitalerhöhung gegen Bareinlage sind von einem unter der Führung des Bankhauses M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co. stehenden Bankenkonsortium zum Preise von DM 50,– je Aktie übernommen worden mit der Verpflichtung, diese Aktien zusammen mit nominell DM 3 000 000,– stimmrechtslosen Vorzugsaktien aus dem Besitz der bisherigen Aktionäre dem breiten Anlegerpublikum zum Preise von DM 270,– pro Aktie zu je DM 50,– zuzüglich Börsenumsatzsteuer und der üblichen Effektenprovision mit Gewinnanteilberechtigung ab 1. Oktober 1986 in der Zeit vom 22. bis 24. Oktober 1986 freibleibend zum Kauf anzubieten. Das Bankenkonsortium hat sich bezüglich der aus der Kapitalerhöhung gegen Einlagen übernommenen DM 2 000 000,– stimmrechtslosen Vorzugsaktien verpflichtet, den Unterschiedsbetrag zwischen dem Ausgabepreis von DM 50,– und dem Plazierungspreis von DM 270,– an die Gesellschaft abzuführen. Der Kaufpreis ist von den Erwerbern am 28. Oktober 1986 zu entrichten.

Die Mittel aus der Kapitalerhöhung gegen Bareinlage dienen der Stärkung der Eigenkapitalbasis für das weitere Wachstum der Gesellschaft. Sie sollen insbesondere für Erweiterungsbauten im Büro- und Lagerbereich, zur Finanzierung der neu erworbenen inländischen Tochtergesellschaften sowie für die Aktualisierung und Neuentwicklung von Produkten des bestehenden Sortiments verwendet werden.

Das Grundkapital beträgt nunmehr DM 10 000 000,– und ist eingeteilt in

DM 5 000 000,– auf den Inhaber lautende Stammaktien

– 100 000 Aktien zu je DM 50,– verbrieft in

1000 Sammelaktien über je 10 Aktien zu DM 50,–
Nr. 1–1000
1000 Sammelaktien über je 50 Aktien zu DM 50,–
Nr. 1–1000
2 Sammelaktien über je 20 000 Aktien zu DM 50,–
Nr. 1–2

DM 5 000 000,– auf den Inhaber lautende Vorzugsaktien ohne Stimmrecht

– 100 000 Aktien zu je DM 50,– verbrieft in

5000 Einzelaktien über je 1 Aktie zu DM 50,–
Nr. 1–5000
1500 Sammelaktien über je 10 Aktien zu DM 50,–
Nr. 1–1500
1600 Sammelaktien über je 50 Aktien zu DM 50,–
Nr. 1–1600.

Die Vorzugsaktien sind mit einer nachzahlungspflichtigen Mindestdividende von 4 % und einer Mehrdividende von 2 % gegenüber den Stammaktien ausgestattet. Die Ausgabe weiterer Vorzugsaktien, die bei der Verteilung des Gewinns oder des Gesellschaftsvermögens den jeweils bestehenden Vorzugsaktien ohne Stimmrecht vorgehen oder gleichstehen, bleibt gemäß § 141 Abs. 2 Aktiengesetz vorbehalten. Gleiches gilt für den Fall der Umwandlung von Stamm- in Vorzugsaktien.

Sämtliche auf den Inhaber lautende Stammaktien befinden sich im Besitz der Herren Carl-Wilhelm Edding und Volker Detlef Ledermann sowie der V. D. Ledermann & Co. GmbH.

Gegenstand dieses Unternehmensberichts sind die DM 5 000 000,– auf den Inhaber lautenden stimmrechtslosen Vorzugsaktien. Die Aktienurkunden tragen den Ausstellungsvermerk „Ahrensburg, im September 1986".

Sie sind mit den vervielfältigten Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern und des Vorsitzenden des Aufsichtsrates versehen und von einem Kontrollbeauftragten handschriftlich unterzeichnet. Zu jeder Aktie gehört ein Gewinnanteilscheinbogen mit den Gewinnanteilscheinen Nr. 2–20 und einem Erneuerungsschein.

Die Dividende für das Geschäftsjahr 1986 wird auf die Gewinnanteilscheine Nr. 1 und 2 gezahlt werden, und zwar – entsprechend dem Beginn der Gewinnanteilberechtigung für die den Gegenstand dieses Unternehmensberichtes bildenden Vorzugsaktien mit dem 1. Oktober 1986 – mit drei Vierteln auf den Gewinnanteilschein Nr. 1 und mit einem Viertel auf den Gewinnanteilschein Nr. 2. Es ist sichergestellt, daß für die aus der Kapitalerhöhung vom 3. September 1986 stammenden Stück 40 000 (= nominell DM 2 000 000,–) neuen Vorzugsaktien lediglich auf Gewinnanteilschein Nr. 2 eine Ausschüttung vorgenommen wird.

Die Aktien sind bis zur Auslieferung von Einzelurkunden in Globalurkunden verbrieft, die – soweit sie nicht von den derzeitigen Aktionären anderweitig verwahrt werden – bei der Norddeutscher Kassenverein Aktiengesellschaft, Hamburg, hinterlegt wurden. Die Gesellschaft hat sich verpflichtet, die Globalurkunden unverzüglich gegen Einzelurkunden auszutauschen, sobald diese fertiggestellt sind. Der Druck der neuen Aktien ist eingeleitet. Bis zum Austausch der Globalurkunden können Ansprüche auf Auslieferung von Einzelurkunden nicht geltend gemacht werden.

ORGANE DER GESELLSCHAFT

Der Vorstand der Gesellschaft besteht satzungsgemäß aus einer oder mehreren Personen. Im übrigen bestellt der Aufsichtsrat die Vorstandsmitglieder und bestimmt ihre Zahl.

Der Vorstand setzt sich zur Zeit wie folgt zusammen:

Volker Detlef Ledermann, Ahrensburg, Vorsitzender
Margrit Herrmann, Ahrensburg,
Rüdiger Kallenberg, Ahrensburg.

Die Gesellschaft wird gesetzlich durch zwei Mitglieder des Vorstandes gemeinschaftlich oder durch ein Mitglied des Vorstandes in Gemeinschaft mit einem Prokuristen vertreten. Das Vorstandsmitglied Volker Detlef Ledermann kann die Gesellschaft allein vertreten.

Der Aufsichtsrat besteht satzungsgemäß aus drei Mitgliedern, davon werden zwei Mitglieder von den Aktionären nach den Bestimmungen des Aktiengesetzes gewählt. Ein Mitglied wird nach den Bestimmungen des Betriebsverfassungsgesetzes 1952 gewählt.

Der erste Aufsichtsrat der Gesellschaft setzt sich gemäß § 377 Abs. 2 Satz 2 AktG nur aus Aktionärsvertretern zusammen. Die Mitglieder des Aufsichtsrates werden für die Zeit bis zur Beendigung derjenigen Hauptversammlung gewählt, die über die Entlastung für das 4. Geschäftsjahr nach dem Beginn der Amtszeit beschließt. Hierbei wird das Geschäftsjahr, in dem die Amtszeit beginnt, nicht mitgerechnet. Davon abweichend endet die Amtszeit des 1. Aufsichtsrates mit Beendigung der Hauptversammlung, die über die Entlastung für das Geschäftsjahr 1986 beschließt. Die Wiederwahl in den Aufsichtsrat ist zulässig.

Dem Aufsichtsrat gehören gegenwärtig folgende Mitglieder an:

Dr. Brun-Hagen Hennerkes, Stuttgart, Rechtsanwalt
– Vorsitzender –
Carl-Wilhelm Edding, Dipl.-Kaufmann, Hamburg
– stellvertr. Vorsitzender –
Hans F. Buro, Kaufmann, Hofheim.

Die Mitglieder des Aufsichtsrates erhalten neben der Erstattung ihrer Auslagen eine feste nach Ablauf des Geschäftsjahres zahlbare jährliche Vergütung in Höhe von DM 3000,–. Die Vergütung beträgt für den Vorsitzenden das Dreifache und den stellvertretenden Vorsitzenden das Doppelte.

Die Umsatzsteuer wird von der Gesellschaft erstattet, soweit die Mitglieder des Aufsichtsrates berechtigt sind, die Umsatzsteuer der Gesellschaft gesondert in Rechnung zu stellen, und dieses Recht ausüben.

Die Hauptversammlung findet am Sitz der Gesellschaft oder einem deutschen Börsenplatz statt. Je DM 50,– Nennbetrag der Stammaktien gewähren in der Hauptversammlung eine Stimme. Die Vorzugsaktien haben – außer in den vom Gesetz vorgesehenen Fällen – kein Stimmrecht.

GESCHÄFTSJAHR, BEKANNTMACHUNGEN, ZAHL- UND HINTERLEGUNGSSTELLEN

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

Die Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen im Bundesanzeiger und in mindestens einem Börsenpflichtblatt der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg. Zur Rechtsgültigkeit genügt die Veröffentlichung im Bundesanzeiger.

Die Gesellschaft verpflichtet sich, an den Börsenplätzen, an denen die Aktien in den geregelten Freiverkehr einbezogen oder zum Handel und zur amtlichen Notierung zugelassen sind, mindestens ein Kreditinstitut als Zahl- und Hinterlegungsstelle zu bestimmen und bekanntzugeben, an dessen Schaltern

- die Auszahlung der Gewinnanteilscheine,
- die Ausgabe neuer Gewinnanteilscheinbogen,
- die Hinterlegung von Aktien zur Teilnahme an Hauptversammlungen,
- die Ausübung von Bezugsrechten und alle sonstigen, die Aktien betreffenden Maßnahmen

kostenfrei durchgeführt werden können.

GEWINNVERWENDUNG

Über die Verwendung des Bilanzgewinns bestimmt die Satzung folgendes:

Die Inhaber von Vorzugsaktien ohne Stimmrecht erhalten aus dem jährlichen Bilanzgewinn eine um 2% höhere Dividende als die Inhaber von Stammaktien, mindestens jedoch eine Dividende in Höhe von 4% des Nennbetrages.

Reicht der Bilanzgewinn eines oder mehrerer Geschäftsjahre nicht zur Vorwegausschüttung von mindestens 4% auf die Vorzugsaktien aus, so werden die fehlenden Beträge ohne Zinsen aus dem Bilanzgewinn der folgenden Geschäftsjahre in der Weise nachgezahlt, daß die älteren Rückstände vor den jüngeren zu tilgen und die aus dem Gewinn eines Geschäftsjahres für dieses zu zahlende Vorzugsbeträge erst nach Tilgung sämtlicher Rückstände zu leisten sind. Das Nachzahlungsrecht ist Bestandteil des Gewinnanteils desjenigen Geschäftsjahres, aus dessen Bilanzgewinn die Nachzahlung auf die Vorzugsaktien gewährt wird.

Über die Verwendung eines danach verbleibenden jährlichen Bilanzgewinns beschließt die Hauptversammlung. Der nach einem solchen Beschluß der Hauptversammlung zur Verteilung bestimmte weitere Bilanzgewinn wird zur Zahlung eines zusätzlichen Gewinnanteils auf die Vorzugsaktien und die Stammaktien im Verhältnis ihrer Nennbeträge verwendet. Bei einer Kapitalerhöhung kann die Gewinnbeteiligung neuer Aktien abweichend von § 60 AktG bestimmt werden.

In den letzten vier der Umwandlung vorausgegangenen Geschäftsjahren erzielten die c. w. edding & co. GmbH und die in ihr aufgegangene Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) zusammengefaßt folgende Ergebnisse (in TDM):

	Stamm-kapital/ Rücklagen	Jahres-überschuß	Ausschüttungs-betrag
1985	7057	3497	2620
1984	6004	3436	2987
1983	4604	759	759
1982	4604	2724	2221

Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden die Angaben für 1985 und 1984 der testierten, konsolidierten Bilanz der Einzelgesellschaften entnommen, ohne die aktienrechtlichen Umgliederungen der geänderten in diesem Bericht veröffentlichten Jahresabschlüsse zu berücksichtigen.

Geänderte konsolidierte Bilanz zum 31. Dezember 1985 der Firmen c. w. edding & co. GmbH und Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG)

AKTIVA

	Stand am 1. 1. 1985 DM	Zugang (+) Abgang (–) DM	Abschreibung DM	Stand am 31. 12. 85 vor Umgliederung DM	Umgliederung DM	Stand am 31. 12. 85 nach Umgliederung DM	Stand am 31. 12. 84 TDM
I. Anlagevermögen							
A. Sachanlagen und immaterielle Anlagewerte							
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	3 409 273	–	111 336	3 297 937	–	3 297 937	3 409
2. Werkzeuge, Maschinen und maschinelle Anlagen	772 181	+ 294 664	362 462	704 383	–	704 383	772
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	280 473	+ 122 538	211 503	191 508	–	191 508	281
4. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	33 913	+ 32 752	–	66 665	–	66 665	34
	4 495 840	449 954	685 301	4 260 493	–	4 260 493	4 496
B. Finanzanlagen							
Beteiligungen	1 289 254	–	1 156 788	132 466	–	132 466	1 289
	5 785 094	449 954	1 842 089	4 392 959	–	4 392 959	5 785
II. Umlaufvermögen							
A. Vorräte							
1. Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		216 970			–	216 970	248
2. Fertige Erzeugnisse, Waren		5 935 403			–	5 935 403	6 296
			6 152 373		–	6 152 373	6 544
B. Andere Gegenstände des Umlaufvermögens							
1. Geleistete Anzahlungen		620 661			–	620 661	651
2. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen		3 695 195			–	3 695 195	3 691
3. Kassenbestand und Postscheckguthaben		26 066			–	26 066	112
4. Guthaben bei Kreditinstituten		4 933 030			–	4 933 030	1 192
5. Forderungen an verbundene Unternehmen		2 703 210			–	2 703 210	2 261
6. Sonstige Vermögensgegenstände		1 538 466			–	1 538 466	2 626
			13 516 628		–	13 516 628	10 533
				19 669 001	–	19 669 001	17 077
III. Rechnungsabgrenzungsposten							
Disagien			68 528		–	68 528	82
Übrige			35 100		–	35 100	20
				103 628	–	103 628	102
				24 165 588	–	24 165 588	22 964

PASSIVA

	DM	Stand am 31. 12. 1985 vor Umgliederung DM	Umgliederung DM	Stand am 31. 12. 1985 nach Umgliederung DM	Stand am 31. 12. 1984 TDM
I. Kapital					
Kapitalfestkonten/Rücklagen/Grundkapital		7 056 841	184 790	7 241 631	6 110
Kapital-Sonderkonten		3 137 999	(3 137 999)	–	–
		10 194 840	(2 953 209)	7 241 631	6 110
II. Sonderposten mit Rücklageanteil					
1. Rücklage gemäß § 74 Einkommensteuer-Durchführungsverordnung	294 454		–	294 454	294
2. Rücklage gemäß § 3 Auslandsinvestitionsgesetz	–		–	–	208
		294 454	–	294 454	502
III. Pauschalwertberichtigung zu Forderungen		141 337	–	141 337	136
IV. Rückstellungen					
1. Pensionsrückstellungen	194 285		–	194 285	126
2. Andere Rückstellungen	3 994 814		2 786 564	6 781 378	2 952
		4 189 099	2 786 564	6 975 663	3 078
V. Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren		3 251 000	–	3 251 000	3 919
– davon durch Grundpfandrechte gesichert: DM 3 251 000					
– davon vor Ablauf von vier Jahren fällig: DM 2 243 400					
VI. Andere Verbindlichkeiten					
1. Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	5 316 626		–	5 316 626	5 770
2. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1 000		–	1 000	1 345
3. Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	27 876		(24 740)	3 136	192
4. Sonstige Verbindlichkeiten	648 656		30 853	679 509	426
		5 994 158	6 113	6 000 271	7 733
VII. Rechnungsabgrenzungsposten		700	–	700	–
VIII. Bilanzgewinn		100 000	160 532	260 532	1 486
		24 165 588	–	24 165 588	22 964

Bilanzvermerk
Verbindlichkeiten aus der Begebung und Übertragung von Wechseln: DM 1 321 501
Bürgschaftsverpflichtung: DM 10 180

Geänderte konsolidierte Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 1985 bis 31. Dezember 1985 der Firmen c. w. edding & co. GmbH und Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG)

	Stand vor Umgliederung DM		Umgliederung DM	Stand nach Umgliederung DM		1984 TDM
1. Umsatzerlöse		64 040 658			64 040 658	59 568
2. Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren		40 949 425			40 949 425	39 256
3. Rohertrag		23 091 233			23 091 233	20 312
4. Erträge aus Beteiligungen	611			611		–
5. Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	344 641			344 641		339
6. Erträge aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	6 000			6 000		93
7. Erträge aus der Herabsetzung der Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	–			–		35
8. Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	56 518			56 518		87
9. Erträge aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil	207 963			207 963		–
10. Sonstige Erträge – davon außerordentliche: DM 230 877	656 184			656 184		608
		1 271 917			1 271 917	1 162
		24 363 150			24 363 150	21 474
11. Löhne und Gehälter	5 388 407		290 125	5 678 532		5 106
12. Soziale Abgaben	654 348			654 348		547
13. Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	109 350			109 350		162
14. Abschreibungen auf Sachanlagen	685 302			685 302		638
15. Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen mit Ausnahme des Betrages, der in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen eingestellt ist	1 156 788			1 156 788		94
16. Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen	549 459			549 459		824
17. Verluste aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	–			–		8
18. Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1 003 623		(71 780)	931 843		1 174
19. Steuern a) vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen	977 736		1 712 900	2 690 636		2 548
b) sonstige	39 144			39 144		12
20. Einstellung in Sonderposten mit Rücklageanteil	–			–		208
21. Sonstige Aufwendungen	10 301 620			10 301 620		8 024
		20 865 777			22 797 022	19 345
22. Jahresüberschuß		3 497 373	(1 931 245)		1 566 128	2 129
23. Vortrag aus dem Vorjahr		449 429	–		449 429	(1)
		3 946 802	(1 931 245)		2 015 557	2 128
24. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in die gesetzliche Rücklage		–	(78 306)		(78 306)	(106)
25. Einstellung aus dem Jahresüberschuß in die Rücklage für Kapitalerhöhung		(1 227 290)			(1 227 290)	(536)
26. Einbehaltene Kapitalertragsteuer/Gutschrift auf Gesellschafterkonten		(2 619 512)	2 170 083		(449 429)	–
27. Bilanzgewinn		100 000	160 532		260 532	1 486

Ahrensburg, den 27. August 1986
DER VORSTAND

Vermerk gemäß § 159 AktG:
Im Geschäftsjahr wurden keine Pensionszahlungen geleistet.
In den folgenden fünf Geschäftsjahren werden voraussichtlich keine Zahlungen erfolgen.

Der geänderte konsolidierte Jahresabschluß zum 31. Dezember 1985 der Firmen c. w. edding & co. GmbH und Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG), Ahrensburg, ist abweichend von den tatsächlichen Verhältnissen so erstellt worden, als wären diese Gesellschaften bereits mit Wirkung vom 31. Dezember 1984 in eine Aktiengesellschaft umgewandelt worden. Nach Durchführung der hiernach vorzunehmenden Umgliederungen entspricht der Jahresabschluß zum 31. Dezember 1985 nach unserer pflichtmäßigen Prüfung den aktienrechtlichen Vorschriften.

Hamburg, den 28. August 1986

ERNST & WHINNEY GMBH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft
Steuerberatungsgesellschaft

(Dr. P. Knoblauch)
Wirtschaftsprüfer

Die **Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe sowie für bezogene Waren** in Höhe von TDM 40 949 erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um TDM 1693. Der Anstieg der Aufwendungen resultiert im wesentlichen aus dem Anstieg der Umsatzerlöse.

Die **Sonstigen Zinsen und ähnliche Erträge** erhöhten sich geringfügig um TDM 5 auf TDM 344. Sie enthalten im wesentlichen Lieferantenskonti.

Die **Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen** verringerten sich von TDM 87 auf TDM 57. Der **Ertrag aus der Auflösung von Sonderposten mit Rücklageanteil** in Höhe von TDM 208 betrifft die Auflösung der in 1984 gebildeten Rücklage gemäß § 3 Auslandsinvestitionsgesetz.

Die **Sonstigen Erträge** erhöhten sich von TDM 608 um TDM 48 auf TDM 656.

Die **Personalaufwendungen einschließlich sozialer Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung** haben sich von TDM 5815 auf TDM 6442 erhöht. Der Anstieg um TDM 627 oder 10,8 % liegt im wesentlichen in der Erhöhung der Belegschaft (31. 12. 1985 = 78 Mitarbeiter, 31. 12. 1984 = 73 Mitarbeiter) begründet. Die Umgliederung betrifft Leistungen an Gesellschafter, die aufgrund der geänderten Rechtsform als Personalaufwand auszuweisen waren.

Der Anstieg der **Abschreibungen auf Sachanlagen** um TDM 47 auf TDM 685 resultiert aus dem überproportionalen Zugang von Wirtschaftsgütern mit kurzfristiger Lebensdauer und erhöhten Sonderabschreibungen gemäß § 3 Zonenrandförderungsgesetz. Es sind die steuerlich höchstzulässigen Abschreibungen vorgenommen worden.

Die **Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen mit Ausnahme des Betrages, der in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen eingestellt ist**, erhöhten sich um TDM 1063 auf TDM 1157. Dabei handelt es sich im wesentlichen um die Abschreibung der Beteiligung an der c. w. edding inc., New Jersey, USA.

Die **Verluste aus Wertminderungen oder dem Abgang von Gegenständen des Umlaufvermögens außer Vorräten und Einstellung in die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen** verminderten sich um TDM 275 auf TDM 549.

Die **Zinsen und ähnliche Aufwendungen** sind insbesondere aufgrund geringerer lang- und kurzfristiger Bankenfinanzierung wesentlich zurückgeführt worden. Wegen der Qualifizierung bestimmter Verzinsungsmodalitäten als Element der Gewinnverwendung ist bei aktienrechtlicher Struktur der edding-Gruppe ein Teilbetrag von TDM 72 gewinnerhöhend umgegliedert worden.

Die **Steuern vom Einkommen, vom Ertrag und vom Vermögen** sind wesentlich als Folge der in beiden Jahren unterstellten aktienrechtlichen Besteuerungsstruktur verändert worden. Die Umgliederung reflektiert diese Auswirkungen für 1985.

Die **sonstigen Aufwendungen** von TDM 10 302 setzen sich im wesentlichen aus Werbeaufwand, Versandkosten, Mieten, Zuführung zu Rückstellungen und anderen Kosten für Verwaltung und Vertrieb zusammen.

Die **einbehaltene Kapitalertragsteuer/Gutschrift auf Gesellschafterkonten** ergibt sich als Stand vor Umgliederung wie folgt:

	DM	DM
Gutschrift auf Gesellschafterkonten		
– aus Bilanzgewinn des Vorjahres	449 429	
– aus Jahresüberschuß 1985	11 934 946	2 384 375
Einbehaltene Kapitalertragsteuer für Ausschüttung 1985		235 137
		2 619 512

Aufgrund der Rechtsformänderung war die Verwendung des Jahresüberschusses 1985 und die darauf entfallende Kapitalertragsteuer zu stornieren, da sie an entsprechende Beschlußfassungen in der Folgeperiode gebunden ist. Dementsprechend wurden DM 2 170 083 auf neue Rechnung vorgetragen.

Fünfjahresübersicht (in TDM)

	1981	1982	1983	1984 [1]	1985 [1]
Ertragslage					
Umsatzerlöse	47 686	46 676	51 959	59 568	64 041
Veränderung (%)	–	– 2,1 %	+ 10,2 %	+ 12,8 %	+ 7,6 %
Exportanteil (%)	54 %	52 %	52 %	52 %	51 %
Personalkosten	5 224	5 313	5 458	5 968	6 664
– in % vom Umsatz	11,0 %	11,4 %	10,5 %	10,0 %	10,4 %
Finanzierungsaufwand	1 035	1 513	1 405	1 174	932
– in % vom Umsatz	2,2 %	3,2 %	2,7 %	2,0 %	1,5 %
EEV-Steuern	299	557	225	2 548	2 691
Jahresüberschuß vor EEV-Steuern	1 613	3 282	983	4 677	4 257
Brutto-Cash-Flow (DVFA)	2 556	4 107	3 444	6 041	8 036
Ergebnis DVFA [2]	1 810	3 588	2 699	5 444	7 398
Umsatzrendite (%)	3,8 %	7,7 %	5,2 %	9,1 %	11,6 %
Mitarbeiter	91	88	83	73	78
Abschreibungen auf Sachanlagen	933	1 073	1 024	638	685
Sachinvestitionen	2 098	643	977	478	450
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Finanzanlagen	–	–	279	94	1 157
Vermögens- und Finanzlage					
Anlagevermögen	5 415	5 233	5 447	5 785	4 393
Umlaufvermögen [3]	15 647	15 140	16 871	17 043	19 631
Bilanzsumme [3]	21 062	20 373	22 318	22 828	24 024
Eigenkapital [4]	4 923	5 557	5 441	6 361	7 389
Langfristiges Fremdkapital	3 519	3 379	3 704	4 296	3 593
Kurzfristiges Fremdkapital	12 620	11 437	13 173	12 171	13 042
Kapitalerhöhung	1 600	–	–	1 400	–
Verschuldungskoeffizient	3,28	2,67	3,10	2,59	2,25
Eigenkapitalrentabilität	32,8 %	59,1 %	18,1 %	73,5 %	57,6 %

[1]) Unternehmensdaten aus dem konsolidierten Jahresabschluß der c. w. edding & co. GmbH und der Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) unter der Annahme der Rechtsformänderung in eine Aktiengesellschaft zum 1. Januar.
[2]) DVFA-Ergebnis vor Steuern.
[3]) Die Pauschalwertberichtigung wurde bei den Forderungen abgesetzt.
[4]) Einschließlich 50 % Sonderposten mit Rücklageanteil.

Erläuterungen zur geänderten konsolidierten Bilanz zum 31. Dezember 1985 der Firmen c. w. edding & co. GmbH und Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG)

Abschreibungs- und Bewertungsgrundsätze

In dem nach Aktienrecht geänderten konsolidierten Jahresabschluß zum 31. Dezember 1985 ergeben sich keine Änderungen bei den Bewertungsgrundsätzen gegenüber dem konsolidierten Jahresabschluß der beiden Vorgesellschaften.

Die Aktivposten wurden unter Ausschöpfung sämtlicher steuerlicher Möglichkeiten bewertet. Die Bewertung berücksichtigt alle erkennbaren Wertminderungen und möglichen Risiken.

Die Sachanlagen wurden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten vermindert um Abschreibungen bewertet. Die Abschreibungen erfolgten linear. Neben der Normalabschreibung wurden die Sonderabschreibungen gemäß § 3 Zonenrandförderungsgesetz für Zugänge im Berichtsjahr zum beweglichen und unbeweglichen Anlagevermögen in Anspruch genommen. Von der Vereinfachungsregel nach § 43 Abs. 7 EStR (volle oder halbe Jahresabschreibung bei Zugängen bis 30. Juni und danach) wurde Gebrauch gemacht. Geringwertige Wirtschaftsgüter im Sinne von § 6 Abs. 2 EStG wurden im Jahr des Zugangs voll abgeschrieben.

Die Finanzanlagen wurden zu Teilwerten bewertet.

Die Bewertung der Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erfolgte zu durchschnittlichen Anschaffungskosten.

Handelswaren wurden entweder zu durchschnittlichen Einstandspreisen unter Hinzurechnung der angefallenen Nebenkosten oder – wenn dieser zum Jahresende niedriger war – zum Marktpreis bewertet.

Soweit Bestandsrisiken vorlagen, die sich aus der Lagerdauer und verminderter Verwertbarkeit ergaben, sind Abwertungen in ausreichendem Umfang vorgenommen worden.

Bei den übrigen Gegenständen des Umlaufvermögens wurden erkennbare Einzelrisiken durch Absetzungen berücksichtigt. Dem allgemeinen Kreditrisiko wurde durch die Pauschalwertberichtigung zu Forderungen ausreichend Rechnung getragen.

Die gebildeten Rückstellungen decken alle erkennbaren Risiken angemessen und ausreichend ab.

AKTIVA

Die **Sachanlagen** verminderten sich bei Investitionen von TDM 450 und Abschreibungen in Höhe von TDM 685 auf TDM 4260. Von den Abschreibungen entfallen TDM 132 auf Zugänge des Berichtsjahres wie folgt:

	Zugang TDM	Abschreibung TDM
1. Grundstücke mit Geschäfts-, Fabrik- und anderen Bauten	–	–
2. Werkzeuge, Maschinen und maschinelle Anlagen	295	49
3. Betriebs- und Geschäftsausstattung	122	83
4. Anlagen im Bau und Anzahlungen auf Anlagen	33	–
	450	132

In den Abschreibungen auf die **Betriebs- und Geschäftsausstattung** sind auch Sonderabschreibungen gemäß § 3 Zonenrandförderungsgesetz in Höhe von TDM 47 enthalten.

Die **Finanzanlagen** verringerten sich von TDM 1289 auf TDM 132. Aufgrund der Übertragung des Geschäftsbetriebs auf eine Exklusivvertretung wurde bei der Beteiligungsgesellschaft c. w. edding inc., New Jersey, USA, der Beteiligungsansatz auf den Wert des Reinvermögens der Gesellschaft abgeschrieben.

Die **Vorräte** verringerten sich von TDM 6544 auf TDM 6152.

Die **Geleisteten Anzahlungen** verringerten sich von TDM 651 um TDM 30 auf TDM 621.

Die **Forderungen aus Lieferungen und Leistungen** stiegen geringfügig von TDM 3691 auf TDM 3695. Das Ausfallrisiko auf Forderungen aus dem Warengeschäft mit Dritten wurde durch eine Pauschalwertberichtigung von TDM 141 berücksichtigt. Neben dieser passivisch ausgewiesenen Pauschalwertberichtigung wurden Einzelwertberichtigungen in Höhe von TDM 673 gebildet, die aktivisch verrechnet wurden und alle erkennbaren Risiken berücksichtigen.

Kassenbestand und Postscheckguthaben sowie **Guthaben bei Kreditinstituten** stiegen im Vergleich zu 1984 um TDM 3655 auf TDM 4959.

Die **Forderungen an verbundene Unternehmen** in Höhe von TDM 2703 setzen sich zusammen aus Wechselforderungen an die c. w. edding UK Ltd., London, England, in Höhe von TDM 2092 und Warenforderungen an die c. w. edding inc., New Jersey, USA, in Höhe von TDM 611.

Sonstige Vermögensgegenstände bestehen im wesentlichen aus Umsatzsteuer-Erstattungsansprüchen und aus Forderungen an eine Factoring-Gesellschaft.

PASSIVA

Das Kapital setzt sich wie folgt zusammen:

	1985 TDM	1984 TDM
Kapitalfestkonten/Grundkapital	6004	6004
Rücklagen	1238	106
	7242	6110
Kapital-Sonderkonten	–	–
	7242	6110

Die Position **Kapitalfestkonten/Grundkapital** entspricht den Einlagen der Gesellschafter der Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG), die ihrerseits mit einer Stammeinlage von DM 1 Mio. Alleingesellschafterin der c. w. edding & co. GmbH war. Das Stammkapital dieser Gesellschaft wurde mit dem Beteiligungsansatz der Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) aufgerechnet.

Die **Rücklagen** enthalten für die Jahre 1985 und 1984 gesetzlich erforderliche Dotierungen gemäß § 150 AktG. Diese Einstellungen sind als Umgliederungen ausgewiesen worden. Der Restbetrag der Rücklagen entfällt auf Rücklagen für Kapitalerhöhung.

Die **Kapital-Sonderkonten** waren zum Teil wegen der erst im Folgejahr zu beschließenden Gewinnverwendung in Höhe der Gewinnzuweisungen für das laufende Jahr in den Bilanzgewinn umzugliedern. Die Restbeträge waren aktienrechtlich als „Sonstige Verbindlichkeiten" bzw. „Sonstige Vermögensgegenstände" (1984) auszuweisen. Aus diesen Umgliederungen ergibt sich eine volle Auflösung dieser Konten.

Der **Sonderposten mit Rücklageanteil** in Höhe von TDM 294 beinhaltet ausschließlich Preissteigerungsrücklagen. Die im Vorjahr mit TDM 208 gebildete Rücklage gemäß § 3 Auslandsinvestitionsgesetz wurde erfolgswirksam aufgelöst.

Bei der Bildung der Rückstellungen wurde allen erkennbaren Risiken für ungewisse Verpflichtungen Rechnung getragen. Die **Rückstellung für Pensionsverpflichtungen** von TDM 194 wurde nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelt und entspricht dem steuerlich höchstzulässigen Betrag.

Die **anderen Rückstellungen** erhöhten sich in 1985 gegenüber dem Vorjahr um TDM 3829 auf TDM 6781. Sie enthalten mit TDM 3636 Steuerrückstellungen (davon TDM 2787 Umgliederungen wegen der veränderten Besteuerungsstruktur für die Erfolgsbesteuerung einer Aktiengesellschaft) und mit TDM 3145 Dotierungen für andere Verpflichtungen, im wesentlichen Ausgleichsansprüche gemäß § 89 b HGB, Personalaufwendungen und Prozeßrisiken.

Die **Verbindlichkeiten mit einer Laufzeit von mindestens vier Jahren** bestehen ausschließlich gegenüber einem Kreditinstitut. Die Verbindlichkeiten wurden durch planmäßige Tilgungen um TDM 668 auf TDM 3251 reduziert. Die Position betrifft langfristige Darlehen zu bankküblichen Zinssätzen zwischen 6 % p. a. und 9 % p. a., die bis 1994 zurückzuzahlen sind.

Bei den **Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen** wurde ein Abbau gegenüber dem Vorjahr um TDM 453 auf TDM 5317 erreicht. Die Verbindlichkeiten enthalten mit TDM 4699 Außenstände gegenüber inländischen Gläubigern und mit TDM 618 Auslandsverbindlichkeiten.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** konnten durch die planmäßige Rückzahlung eines kurzfristigen Sonderkredits um TDM 1344 auf TDM 1 erheblich reduziert werden.

Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen bestehen gegenüber der C. W. EDDING & CO. S.A. (PTY) LTD., Johannesburg. Der Vorjahresausweis betrifft Außenstände gegenüber c. w. edding inc., New Jersey/USA. Die Umgliederung von TDM 25 betrifft im wesentlichen eine Umsetzung in „Sonstige Verbindlichkeiten", da es sich hierbei um Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaften handelt, die keine verbundenen Unternehmen der Aktiengesellschaft wären.

Die **Sonstigen Verbindlichkeiten** enthalten vor Umgliederungen hauptsächlich Steuerverbindlichkeiten und Verbindlichkeiten aus der Lohn- und Gehaltsabrechnung des laufenden Jahres. Die Umgliederungen betreffen Umstellungen im Bilanzausweis, die sich im wesentlichen (durch die Änderung der Rechtsform bedingt) aus der Übernahme von Beträgen aus Kapital-Sonderkonten und aus der Bindung der Gewinnverwendung an entsprechende Beschlußfassungen in der Folgeperiode ergeben.

Der **Bilanzgewinn** ist durch Umgliederungen aufgrund der Rechtsformänderung maßgeblich beeinflußt. Die Umgliederungen betreffen folgende Sachverhalte:

	DM	DM
Erhöhung des Gewinnvortrages aus 1984		+ 1 036 686
Ausschüttung des Gewinnvortrages aus 1984 an die Gesellschafter		
– Vortrag vor Rechtsformänderung	449 429	
– Erhöhung wegen Rechtsformänderung	1 036 686	– 1 486 115
Durch die Rechtsformänderung bedingte Ergebnisänderungen 1985 (Personalaufwand/Zins/Steuern)		– 1 931 245
Einstellung in die gesetzliche Rücklage 1985		– 78 306
Verlagerung der Gewinnausschüttung 1985 in die Folgeperiode (Storno der Gewinnzuweisung auf den Kapital-Sonderkonten der Gesellschafter und der Kapitalertragsteuer)		+ 2 619 512
		+ 160 532

Unter Berücksichtigung des Bilanzgewinns vor Rechtsformänderung (DM 100 000,–) ergibt sich zum Stichtag 31. Dezember 1985 ein Bilanzgewinn von DM 260 532,–.

Erläuterungen zur geänderten Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 1. Januar 1985 bis 31. Dezember 1985

Die **Umsatzerlöse** sind gegenüber dem Vorjahr um TDM 4472 (= 7,6 %) auf TDM 64 041 gestiegen. Die Exportquote liegt bei 51 %.

Die Steigerung der Umsatzerlöse ergibt sich sowohl aus Preiserhöhungen als auch aus gestiegenen Absatzmengen.

Von den Umsatzerlösen wurden gewährte Boni und Skonti (TDM 1527) in Abzug gebracht.

BESITZ- und BETRIEBSBESCHREIBUNG
UNTERNEHMENSGESCHICHTE

Die edding Aktiengesellschaft ist aus den beiden von den Herren Carl-Wilhelm Edding und Volker Detlef Ledermann gegründeten Firmen

C.-W. EDDING & CO.
und
V. D. LEDERMANN & CO.

hervorgegangen.

Diese Firmen nahmen folgende Entwicklung:

1959 Gründung der C.-W. Edding & Co. als Offene Handelsgesellschaft in Hamburg zum Vertrieb von Filz- und Faserschreibern unter dem Markennamen „edding". Diese Produkte sind für den deutschen Markt völlig neu und werden benutzt zum Schreiben, Markieren, Malen und Zeichnen. Die Gesellschaft wird 1972 in eine GmbH & Co. KG umgewandelt.

1965 Gründung der V. D. Ledermann & Co. als Offene Handelsgesellschaft in Hamburg zur Entwicklung und zum Vertrieb von Planungs-, Organisations-, Demonstrations- und Schulungstafeln einschließlich Zubehör unter dem Markennamen „planMASTER". Diese Gesellschaft wird 1981 in eine GmbH & Co. KG umgewandelt.

1966 Entwicklung des ersten Faserschreibers im edding-eigenen Design. Die dafür notwendigen Werkzeuge werden von edding in Auftrag gegeben und bezahlt. Das Produkt wird in Lohnverarbeitung hergestellt. Nach diesem Konzept folgen in den nächsten Jahren zahlreiche neue Produkte.

1970 Umzug in das eigene Büro- und Lagergebäude in Ahrensburg aufgrund der starken Expansion der vergangenen Jahre.

1976 Erste Erweiterung der Büro- und Lagergebäude.

1978 Aufnahme der Produktion von Faserschreibern. Aufbau eines eigenen Labors für Qualitätskontrolle und Entwicklung. Bau und Inbetriebnahme einer Produktionshalle.

1980 Zweite Erweiterung der Büro- und Lagergebäude.

1983 Dritte Erweiterung der Bürogebäude.

1983 Gründung der c. w. edding & co. GmbH, die den laufenden Geschäftsbetrieb von den beiden Kommanditgesellschaften übernimmt. Die V. D. Ledermann & Co. (GmbH & Co. KG) wird 1984 nach der Vermögensübertragung auf die Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) – vormals C.-W. Edding & Co. (GmbH & Co. KG) – ohne Liquidation gelöscht. Umstellung der Produktion auf Lohnverarbeitung.

1986 Einbringung der Grundstücksgesellschaft Edding & Co. (GmbH & Co. KG) in die c. w. edding & co. GmbH.

Umgründung der GmbH in die edding Aktiengesellschaft.

TOCHTERGESELLSCHAFTEN

Die edding Aktiengesellschaft hält zur Zeit folgende Beteiligungen:

c. w. edding inc., New Jersey/USA
Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 100%

c. w. edding & co. UK LTD., St. Albans/England
Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 58%

C. W. EDDING & CO. S.A. (PTY) LTD., Johannesburg/Südafrika
Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 100%

c. w. edding & co. Svenska AG, Hindas/Schweden
Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 5%

eps Schreibgeräte Vertriebs-GmbH, Ahrensburg
Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 37,5%

edding Vertriebs-GmbH, Ahrensburg
Vertriebsgesellschaft, Beteiligung 100%

PRODUKTE UND PROGRAMM

Die Produkte der Marke edding umfassen Filz- und Faserschreiber, Boardmarker, Lackmalstifte, Highlighter, Pastenschreiber, Layout Marker sowie Nachfülltuschen und Ersatzminen. Außerdem gehören zum edding-Sortiment Druckbleistifte, Kunststoffradierer, Klebstifte, Heftapparate, Cutter und Cutting-Mats.

Das planMASTER-Programm besteht aus weißen Wandtafeln, Magnettafeln, Zugbandtafeln, Stecktafeln und sonstigen Planungstafeln sowie Flipcharts einschließlich des dafür notwendigen Zubehörs.

Außerdem wird unter dem Namen edding-transfer ein straffes Sortiment von transfer-Schriften und transfer-Symbolen angeboten.

VERTRIEB

Die edding- und planMASTER-Produkte werden in Deutschland und in über einhundert anderen Ländern vertrieben.

Im Inland wird das Sortiment ausschließlich über den Bürofachhandel angeboten. Im Marktsegment für Filzschreiber ist edding hier unangefochten die Nr. 1.

Acht Vertragshändler, die über die Bundesrepublik regional verteilt sind, unterhalten ständig ein umfangreiches Lager an edding- und planMASTER-Produkten, um den Fachhandel schnell und zuverlässig beliefern zu können. Diese Verkaufsorganisation verfügt über 35 Außendienstmitarbeiter.

Im Ausland arbeitet die Gesellschaft überwiegend mit Exklusivvertretungen zusammen. In England wird die Produktpalette über eine eigene Tochtergesellschaft vertrieben. Die Tochtergesellschaften in Südafrika, Schweden und USA haben ihren Geschäftsbetrieb zwischenzeitlich auf Exklusivvertretungen übertragen und bestehen nur noch als non-trading-companies.

Der Export betrug 1985 rund 32,5 Mio DM. Dies entspricht einer Quote von 51%. Wichtigster und größter Exportkunde ist zur Zeit unsere Tochtergesellschaft in England. Die Gesellschaft hat sich dort seit ihrer Gründung 1976 einen bedeutenden Marktanteil gesichert.

MARKETING/KOMMUNIKATION

Zum Erhalt und der Stärkung der Marke ist neben einer gleichbleibend hohen Produktqualität auch eine intensive Werbung erforderlich. Die Werbemaßnahmen richten sich in erster Linie auf die Zusammenarbeit mit den Vertriebspartnern, d. h. dem Bürofachhandel. Attraktive Verkaufshilfen wie Aufsteller, Händleraktionen, Plakate und Dekorationsmittel geben dem Händler Mittel in die Hand, das edding-Programm optimal zu präsentieren. Parallel zu den Werbeaktionen im Fachhandel werden Anzeigen in Fachzeitschriften geschaltet und den Endverbrauchern insbesondere neue Produkte durch umfangreiche Musteraussendungen vorgestellt.

Durch ein einheitliches Produkt- und Verpackungsdesign wird das Markenbild gestärkt. Dies sorgt für einen hohen Wiedererkennungswert aller edding- und planMASTER-Produkte bei Handel und Verbraucher.

MARKENNAMEN UND LIZENZEN

Die Marken „edding" und „planMASTER" sind innerhalb Europas in jedem Land sowie in den bedeutenden überseeischen Märkten gesetzlich geschützt. Mit einigen Ländern, die einen Direktimport nicht zulassen, sind Kooperationen auf Lizenzbasis geschlossen. Die Lizenzgebühren richten sich im wesentlichen nach den erzielten Umsätzen der Kooperationspartner.

Zahlreiche edding-Produkte haben Gebrauchs- oder Geschmacksmusterschutz und sind für ihr fortschrittliches und zweckmäßiges Design ausgezeichnet.

PRODUKTION

Die edding- und planMASTER-Produkte werden in Lohnverarbeitung hergestellt. Dabei stehen die dafür notwendigen Werkzeuge und teilweise auch die Maschinen im Eigentum der Gesellschaft. Durch vertragliche Vereinbarungen ist sichergestellt, daß die Werkzeuge und Maschinen jederzeit von den Lohnverarbeitungsbetrieben abgezogen werden können.

Um die hohe Produktqualität sicherzustellen, unterhält edding eine umfangreiche eigene Qualitätsprüfung. Alle von den Lohnverarbeitern angelieferten Fertigwaren unterliegen dieser Qualitätskontrolle nach vorgegebenen Standards. Damit wird erreicht, daß trotz der dezentralisierten Fertigung alle edding-Produkte die von der Kundschaft gewohnte hohe Qualität besitzen.

FORSCHUNG UND ENTWICKLUNG, PRODUKTINNOVATION

Es wird eine systematische Produktweiter- und -neuentwicklung betrieben. Dabei werden auch Anregungen aus dem Markt berücksichtigt. Die Maßnahmen beziehen sich sowohl auf die äußere Gestaltung und den Gebrauchswert als auch auf die technischen Eigenschaften.

Im Filz- und Faserschreiberbereich spielen insbesondere die Tuschezusammensetzungen eine bedeutende Rolle. Neue, lösungsmittelfreie Tuschen stehen hier inzwischen zur Verfügung und können bei Bedarf jederzeit im Markt eingeführt werden.

Bei den Planungs- und Organisationsmitteln wird die Markteinführung für neue konventionelle Planungsmittel vorbereitet. Außerdem wird im Laufe des nächsten Jahres der Kundschaft eine Planungstafel vorgestellt, die auf elektronischer Basis arbeitet und direkt an einen Computer angeschlossen werden kann.

BESCHÄFTIGTE

Am 13. August 1986 beschäftigte die edding Aktiengesellschaft insgesamt 84 Mitarbeiter, davon 66 technische und kaufmännische Angestellte und 18 gewerbliche Mitarbeiter.

GRUNDBESITZ

Der Grundbesitz der Gesellschaft beträgt 12 270 m^2, wovon 3635 m^2 bebaut sind.

GESCHÄFTSGANG UND AUSSICHTEN

Die positive Entwicklung der Gesellschaft setzt sich auch 1986 fort.
Die nachfolgenden Angaben über die Vermögens- und Ertragslage per 30. Juni 1986 sind dem Zwischenabschluß der c. w. edding & co. GmbH – umgewandelt in die edding Aktiengesellschaft am 19. August 1986 – zum Halbjahr entnommen.

Vermögenslage per 30. 6. 1986 in TDM

Aktiva		Passiva	
Sachanlagen	4 194	Stammkapital/Einlagen	
Finanzanlagen	232	Rücklagen	8 057
Warenvorräte	5 643	Sonderposten mit Rücklagenanteil	294
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	5 554	Pauschalwertberichtigungen zu Forderungen	178
Forderungen an verbundene Unternehmen	3 283	Rückstellungen	4 726
Kasse/Bankguthaben	1827	Langfristige Verbindlichkeiten	2 336
Sonstige Vermögensgegenstände	1 892	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	4 094
		Verbindlichkeiten Banken	1
		Verbindlichkeiten verbundene Unternehmen	3
		Sonstige Verbindlichkeiten	1 156
		Bilanzgewinn	1 780
	22 625		22 625

Ertragslage für die Zeit vom 1. 1. 86 – 30. 6. 86 in TDM

Umsatzerlöse	32 731
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	20 847
Rohertrag	11 884
Sonstige Erträge	877
	12 761
Personalaufwand	3 491
Abschreibungen auf Sachanlagen	367
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	435
Steuern	1 258
Sonstige Aufwendungen	5 530
Halbjahres-Überschuß	1 680

Der vollständige Zwischenabschluß trägt den uneingeschränkten Bestätigungsvermerk der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Ernst & Whinney GmbH, Hamburg.

Bis zum August 1986 erhöhten sich die Umsätze einschließlich vorhandener Aufträge um 7 v. H. auf DM 46,8 Mio.

Die Umsatzsteigerung konnte mit den vorhandenen Kapazitäten im Personalbereich nicht mehr voll aufgefangen werden. So wurden in verschiedenen Abteilungen Neueinstellungen erforderlich. Der Personalbestand zum 31. 8. 1986 beläuft sich auf 84 Mitarbeiter gegenüber 78 am 31. 12. 1985.

Die für das Geschäftsjahr 1986 vorgesehenen Investitionen für die Produktentwicklung wurden bisher planmäßig durchgeführt und werden zum Jahresende mehr als 1 Mio. DM betragen.

Die der Gesellschaft aus der Kapitalerhöhung zufließenden Mittel dienen der Stärkung der Eigenmittel und sollen das weitere Wachstum der Gesellschaft finanzieren.

Vorgesehen ist vor allem die Erweiterung der Büro- und Lagergebäude einschließlich der Errichtung eines Hochregallagers, die Produktentwicklung mit der Weiterentwicklung des bestehenden Schreibgeräteprogrammes und dem Einstieg in eine neue Technologie für Planungsgeräte sowie Investitionen in das Marketing zur Stärkung der Marken „edding" und „planMASTER" im In- und Ausland.

Soweit keine unvorhergesehenen Ereignisse eintreten, ist für das Geschäftsjahr 1986 auf Basis des erhöhten Kapitals mit einem DVFA-Ergebnis von etwa DM 17,– pro Aktie zu rechnen. Aufgrund der derzeitigen Auftragslage und der Nachfrage nach edding-Produkten erwartet die Gesellschaft für das kommende Geschäftsjahr ein DVFA-Ergebnis von annähernd DM 20,– pro Aktie. Diese Entwicklung wird eine angemessene Ausschüttung für das erhöhte Grundkapital ermöglichen.

Ahrensburg, im Oktober 1986 — Vorstand



Die Bedeutung der BNL für Italien
Mit 405 Geschäftsstellen in allen Teilen des Landes vertreten. Sämtliche mittel- und langfristigen Finanzierungen über Sonderkreditabteilungen.
Tochtergesellschaften und Beteiligungen für Leasing, Factoring und die anderen Dienstleistungen einer modernen Bankengruppe.

Die Rolle der BNL im internationalen Bankgeschäft
11 Filialen, 12 Tochtergesellschaften, 15 Repräsentanzen und 39 Beteiligungen in 39 Ländern der Welt. Dazu ein dichtes Korrespondenznetz. Präsent auf den internationalen Finanzmärkten und an allen wichtigen Handelsplätzen.
Die größte Bank Italiens

Die BNL-Gruppe am 31. 12. 1985:
Geschäftsvolumen rund 369 Mrd. DM.
Eigenmittel und Rückstellungen rund 6.6 Mrd. DM.
25.379 Mitarbeiter.

Kreditanstalt des Öffentlichen Rechts
Repräsentanz für die Bundesrepublik Deutschland,
6000 Frankfurt am Main, Neue Mainzer Straße 57,
Telefon (069) 250184. Repräsentant: Dr. Alessandro Zuccaro
Zweigbüro Düsseldorf, Königsallee 28, 4000 Düsseldorf,
Telefon (0211) 320774, Leiter: Dr. Maurizio Laverone
Zweigbüro München, Oberanger 26, 8000 München 2,
Telefon (089) 264004, Leiter: Dr. Franz Graf zu Stolberg.

VERTRIEB HOSPITÄLER UND INTERNISTEN
In allen Bundesländern, außer Rheinl.-Pfalz und Saarland, suchen wir für erfolgreiches Desinfektionssystem Verbindung zu eingeführten Handelsvertretungen.
BANSEMER & PARTNER GMBH, 7500 Karlsruhe 1
Karlstr. 53, Tel.: 07 21 / 37 81 81, Tlx.: 7 825 226

Wir suchen in Krankenhäusern gut eingeführte med.-techn. fachkundige
Handelsvertreter
für einige Bundesländer.
Wir sind ein Unternehmen, das med.-techn. Instrumente für den Einmalgebrauch als Spezialität z. Teil als Neuheit im Bereich der Intensivmedizin, Anästhesie u. der Inneren Medizin herstellt u. vertreibt. Die Produkte sind weitaus bekannt und werden durch viele Referenzen unterstützt.
Wir bieten beste Konditionen mit hoher Provision u. Unterstützung bei der Einführungsarbeit. Das best. Vertretungsgebiet ist bearbeitet u. kann bei intensiver Tätigkeit eine sehr schnelle Erweiterung der Umsätze erzielen.
Zuschriften mit bisherigem Tätigkeitsbericht und Bild unter B 6084 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Lizenznehmer gesucht!
DEPAFAX SB 240/E – tragbar im Handkoffer. 12/220-Volt-Anschlüsse. Sie können es problemlos von unterwegs benutzen, in einem Hotelzimmer oder auch in Ihrem Auto. **Es genügen 3 Minuten, und es kostet weniger als eine Briefmarke.** In wenigen Minuten erhalten Sie eine perfekte Kopie Ihrer Papiere. Bei weiteren Informationen erbitten wir Sie, sich mit uns in Englisch oder Italienisch in Verbindung zu setzen.
DEPAS (EXPORT oder IMPORT)
Via Mannone, 17, 91022 Castelvetrano TP (Italia)
Tel. 00 39 / 9 24 / 4 10 21, Telex 9 10 644

PARTNER
Wer möchte sich selbständig machen? Wer hat Anfangskapital frei, ca. DM 20 000,–, oder eine gute Auskunft? Wer möchte innerhalb seines Wohnbereiches eine feste Anstellung haben und doch selbständig tätig sein eigener Chef sein? Wer möchte DM 4500,– netto monatlich fest verdienen und auch sein Konto selbst überwachend führen? Wer ist in seiner Arbeit beständig und möchte seriös und ehrlich seine Zukunft selbst überwachen und auch verantwortlich bewußt eine in der Kfz-Branche gute, gesicherte Mr.-Carshine Station übernehmen? Bewerbung unter U 5901 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.



DIE WELT — UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND — bezieht ihre Informationen und Berichte von mehreren in- und ausländischen Nachrichtenagenturen sowie vor allem von eigenen Mitarbeitern überall in der Welt. 01-157

Unter der Schirmherrschaft von Alt-Bundespräsident Professor Karl Carstens

Wissenschaftliche Leitung: Verhaltensforscher Vitus B. Dröscher

Sven-Simon-Preis
JUGEND SCHÜTZT UMWELT

30.000,-DM zu gewinnen

Die Natur ist in Gefahr. Die Politiker wehklagen darüber. Die Jugend möchte etwas tun. Wir wollen ihr dabei helfen. Mit dem Sven-Simon-Preis „Jugend schützt Umwelt".

Alle Jugendlichen der Bundesrepublik Deutschland zwischen 10 und 28 Jahren sind eingeladen, an diesem Wettstreit zur Rettung der Natur teilzunehmen. Gewinnen können aktuelle Arbeiten von Einzelpersonen oder Gruppen, die sich mit Tier- und Pflanzen-, Natur- und Umwelt-Schutz befassen.

Die beste „Arbeit des Monats" wird am letzten Sonntag jeden Monats in WELT am SONNTAG veröffentlicht. Unter den 12 Monatssiegern wählen dann die Leser von WELT am SONNTAG den Gesamtsieger. Zu gewinnen sind insgesamt 30.000 DM. Machen Sie mit.
Es lohnt sich – für Sie und unsere Umwelt.

WELT am SONNTAG

Bitte einsenden an:
WELT am SONNTAG, Redaktion, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Ich interessiere mich für die Teilnahme-Bedingungen des Sven-Simon-Preises „JUGEND SCHÜTZT UMWELT"

Meine Anschrift:
Vorname/Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:

Sicherheitsunternehmen
bildet Personenschutz und Sicherheitspersonal aus. Zuschriften unter B 6150 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Wahrsagerin Virchow
Tel. 0 62 02 / 1 04 24

HAMBURG: Kleines Büro mit guter Adresse übernimmt telef. Auftragsannahme. Zuschr. erb. u. W 5903 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Liquiditätsprobleme
Wir helfen Ihnen bei der Lösung Ihrer Probleme mit 12jähriger Sanierungserfahrung.
Tel. 0 44 71 / 62 69

Kunststoff-Verarbeitungsbetrieb
mit Formbau hat noch Kapazitäten frei.
Tel. 0 70 21 / 5 12 54

Ein alter, adeliger deutscher Familienname mit Wappen als Prestige- u. Image-Symbol für Ihre Firma! Nur absolut seriöse Anfragen werden beantwortet.
Nähere Einzelheiten unter Bekanntgabe Ihrer Vorstellungen unter X 5904 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen

Chinesischer Hersteller sucht
eingeführten Vertriebspartner
BRD u. europ. Ausland. Artikel: im Breich rheumatischer Erkrankungen, Gelenkschmerzen etc.
GA GmbH
Höxterstraße 15
2000 Hamburg 54, Tel. 040/5531336
Mo.–Fr. 9–13 Uhr, Telex 2 165 174

Exklusive Schuhboutique
Fußgängerz., Großr. Essen, 25 m², 1000 DM Miete, m. Warenlager (hochw. ital. Damenschuhe), wegen Umzugs zu verkaufen. Angebote unter G 6089 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.

Makler, Anlageberater, Agenten
Ihre Kundschaft wäre von unserem in der Schweiz basierten und verwalteten, außergewöhnlichen sicheren, interessanten, diversifizierten und hochrentierlichen Anlageplan begeistert, Sie jedenfalls auch!
Ihre Anfragen richten Sie bitte an PUBLICITAS, Chiffre 22-115 266
1002 Lausanne, Schweiz

SHOP-in-SHOP
Wir suchen im Kundenauftrag für die Eröffnung eines neuen Ladenkonzeptes in bester Lauflage Hamburgs (Hoheluftchaussee) einen
Einzelhandelspartner
aus den Bereichen CD-Platten, Geschenk-Ideen, Bonbon-Stand, junge Mode (Damen und Herren) o. ä. Branchen mit Pep und witzigen Ideen, die an einer Zusammenarbeit interessiert sind, senden ihre Angebote bitte an
AGENTUR WINKLER OHG
Kollaustr. 70, 2000 Hamburg 20

Münchner
WERBEAGENTUR
bietet
Bürogemeinschaft
inkl. Servicepool, Citylage.
Zuschr. erb. u. V 5902 an WELT-Verlag, Postfach 10 08 64, 4300 Essen.


Trimm Trab:
Das neue Laufen,
ohne zu schnaufen

Farbige Aufgabe
Es geht um Autoreparaturlacke. Als Verkaufsleiter Nord haben Sie Ihre Gesprächspartner im einschlägigen Fachhandel. Wenn Sie Vertriebserfahrung mit technischen Produkten – idealerweise im Bereich „Kfz-Teile/Zubehör" – gesammelt haben, wissen Sie, daß Sie in einer Außendienst-Schlüsselfunktion hier Ihre berufliche Entwicklung selbst bestimmen können. Zumal da die Gesellschaft zu den umsatzstärksten Anbietern der Branche zählt und Sie mit einer qualifizierten Mannschaft unterstützt.
Dies ist eines von vielen interessanten Stellenangeboten am Samstag, 25. Oktober, in der BERUFS-WELT, dem großen Stellenteil der WELT.
Nutzen Sie alle Ihre Berufs-Chancen. Kaufen Sie sich die WELT. Nächsten Samstag. Jeden Samstag.

Abonnieren Sie DIE WELT
– Ihren täglichen Informationsvorsprung

An: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Bitte liefern Sie mir vom nächsterreichbaren Termin an bis auf weiteres DIE WELT zum monatlichen Bezugspreis von DM 27,10 (Ausland 37,10, Luftpost auf Anfrage), anteilige Versand- und Zustellkosten sowie Mehrwertsteuer eingeschlossen

Vorname/Name:
Straße/Nr.:
PLZ/Ort:
Beruf:
Vorw./Tel:
Datum:

Ich habe das Recht, diese Bestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36

Unterschrift: 01-941

Lesenswerter denn je
DIE WELT — UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Sie haben das Recht, eine Abonnementsbestellung innerhalb von 7 Tagen (rechtzeitige Absendung genügt) schriftlich zu widerrufen bei: DIE WELT, Vertrieb, Postfach 30 58 30, 2000 Hamburg 36.

girsberger



Innovation aus Tradition.

trilax

Die neue Dimension im Büro.
Aufgebaut auf 3 Gelenken schmiegt sich Trilax jeder Bewegung körpersynchron an.
Und das Trilax-System ist in jeder Position arretierbar.
Ein Stuhl, heute geschaffen für die Zukunft.
Von Girsberger.

Bezugsquellen durch Girsberger Sitzmöbelfabriken
D-7833 Endingen, Tel. (07642) 7081
CH-4922 Bützberg, Tel. (063) 43 13 55

Ausland

Amsterdam

	20.10.	17.10.
ACF Holding	59,5	58,5
Aegon	92	91,8
Akzo	146,5	146,1
Alg. Bk. Nederl.	539,5	536
Amev	70,8	70,6
Amro Bank	92	91,8
Berkel's Patent	38,4	39
Bijenkorf	120,5	121,8
Bols Lucas	166	166
Bredero	98	113
Buehrmann	210	210,7
Dessecux	183	182
Fokker	58	58,5
Gist Brocades	45,2	45,6
Oce-v. d. Grinten	505	505
Hagemeijer	74,5	74,5
Heineken Bierbr.	164,5	167
KLM	45,2	45,5
Hoogoven Kon.	61,3	60,7
Nationale Ned	78,5	79
Ned. Lloyd Groep	172,5	173,8
Ommeren van	35,4	35,7
Pakhoed	67,5	67,9
Philips	47,4	47,7
Rijn-Schelde	4,2	4,4
Robeco	90,7	91
Rolinco	81,4	81,8
Rorento	49,7	49,8
Royal Dutch	201	200
Credit Lyonnais Bk.N	87	87
Unilever	474	475
Ver. Masch.	26,5	26,7
Volker Stevin	30	30,8
Index: ANP/CBS	258,80	258,20

Brüssel

	20.10.	17.10.
Arbed	2285	2345
Brux. Lambert	3675	3695
Cockerill Ougrée	146	147
Ebes	4530	4535
Gevaert	5960	6120
Kredietbank	16600	16100
Petrofina	9400	9460
Soc. Gén. d. Belg.	3000	3040
Sofina	10975	11100
Solvay	7900	7960
UCB	8480	8230
Index	–	3854,68

Hongkong

	20.10.	17.10.
China Light + P	20,3	20,3
Hongkong Land	5,95	6,3
Hongk. + Sh. Bk.	7,85	7,95
Hongk. Teleph.	13,6	13,2
Hutch. Whampoa	40,75	41,5
Jard Matheson	18,5	18,4
Swire Pac. + A +	17,1	17,3

Kopenhagen

	20.10.	17.10.
Den Danske Bank	290	285
Jyske Bank	495	490
Kopenh. Handelsbk.	262	258
Novo Industri	219	219
Privatbanken	254	248
Ostasiat. Komp.	189	186
Dan. Sukkerfabr.	380	374
For. Bryggerier St.	1070	1030
Kgl. Porc. Fabr.	370	370

London

	17.10.	16.10.
All. Lyons	–	305
Anglo Am. Corp.$	1387,5	1437
Anglo Am. Gold $	7350	7650
Babcock Int.	179	178
Barclays Bank	459	464
Beecham Group	423	413
Bowater	336	333
B.A.T. Industries	443	443
Bowthorpe Hldgs.	545	545
BLOC Int.	326	321
British Petroleum	666	668
British Aerospace	–	465
British Telecom	188	186
Britoil	133	133
BTR	290	295
Burmah Oil	352	352
Cable Wireless	374	324
Cadbury Schweppes	195	194
Charter Cons.	270	270
Cons. Gold. Fields	699	674
Cons. Murchison	–	187,5
Courtaulds	285	292
De Beers $	760	768
Distillers	678	678
Driefontein $	1556,25	1606,25
General Electric	170	170
Guinness	318	316
Hawker Siddeley	455	453
ICI	1107	1106
Imperial Group	–	–
Lloyds Bank	412	417
Lonrho	234	233
Marks & Spencer	202	201
Midland Bank	537	539
Nat. Westminster	512	517
Plessey	182	180
Reckitt & Colman	779	779
Rio Tinto-Zinc	687	684
Rover Group PLC	–	35
Rustenburg Plat.$	1051	1075
Shell Transp.	908	908
Thorn Emi	447	454
TI Group	–	440
Trusthouse Forte	160	153
Unilever	1875	1887,5
Unitech	183	180
Vickers	395	388
Woolworth	395	625
Financial Times	1281,50	1277,60

Luxemburg

	20.10.	17.10.
ARBED	2285	2320
Arlco	123,5	123
Audiofina	5750	5550
Bque. Gen. du Lux.	16300	16300
Bque. Int. du Lux.	15200	15200
Belgo Mineira St.	0,12	0,12
Cegedel	3320	3320
Kredietbank Lux.	18000	18000
PAN Holding	10860	11000
SCI Techn.	630	630
SEO	810	840

Madrid

	20.10.	17.10.
Banco de Bilbao	1173	1175
Banco Central	922	922
Banco Popular	1722	1251
Banco de Santander	850	840
Banco de Vizcaya	1455	1455
Citroën España	650	630
Const. Aux. Ferro	165	165
Cros	150	149
Cubiertas	550	650
Dragados	447	437
Duro Felguera	455	–
El Aguila	–	–
Esp. del Zink	335	325
Esp. Petróleos	356,5	365
Unión Fénix	–	2075
Fecsa	83,25	86
Hidroeléctr. Esp.	115,25	121
Iberduero	162,75	166,5
Macosa	–	110
Papelera	234,5	240
Seda de Barcelona	–	–
Sevillana de El.	126	130,5
Telefónica	181	185
Unión Eléctrica	101,5	104,5
Explosivos RT	234	236
Urbis	420	446
Vallehermoso	332	348
Index	196,34	199,21

Mailand

	20.10.	17.10.
Bastogi	760	745
Benetton Group	16000	16500
Dalmine	454,5	450
Farmitalia C. Erba	12760	12401
Fiat	15450	15510
Fiat Vz.	9050	9093
Gemina	3280	2910
Generali	136000	133000
IFI Vz.	31700	31900
Italcementi	78520	78800
Lloyd Adriatico	32700	32000
Magneti Marelli	5050	5048
Mediobanca	275000	267800
Mondadori A.	11500	11540
Montedison	2940	3005
Mira Lanza	38950	38100
Banco Ambrosiano	3885	3873
Olivetti Vz.	8905	8810
dgl. St.	16400	16300
Pirelli SpA	5490	5500
La Rinascente	1060	1058
RAS	68500	65200
SAI Risp.	344500	34800
SIP	3325	3260
Snia BPD	5410	5510
STET	5200	5228
Index	–	773,63

New York

Ortszeit: 11.00 h	20.10.	17.10.
Adv. Micro Dev.	13,25	14,25
Aetna Life	56,25	57,25
Alcan Aluminium	31,125	31,5
Alcoa #	35,125	35,5
Allied Signal #	40,125	40,875
Allis-Chalmers	2,875	3
AMR Corp.	58,25	59
Amax	13	13,375
Amerada Hess Corp.	25,375	26,25
Am. Brands	44	44,875
Am. Can. #	85,25	87,25
Am. Cyanamid	75,5	76,625
Am. Express #	57,25	58,5
Am. Home Prod.	76,625	77,5
Am. Motors	3,125	3,125
Am. Tel. & Telegr. #	23,375	24,125
Ameritech	129,25	131
Amoco Corp.	65	66,25
Anchor Hocking	32,5	32,5
Armco Inc.	6,625	6,75
Asarco	14,75	14,875
Atlantic Richfield	55,75	55,625
Avon Products	32,25	33,25
Bally	16,75	17
Bk. of America	13,625	14,125
Bell Atlantic	64	65,75
Bell Howell	36,625	37
Bethlehem Steel #	7,125	7,375
Black & Decker	17,125	17,625
Boeing	53,5	54,125
Borg-Warner	34,375	34,625
Bristol-Myers	75,875	77
Brunswick	29	29,375
Burlington Ind.	35,5	36,25
Burroughs	69,75	70
Campbell Soup	61,5	62,625
Capital Cities Corp.	250,5	255,25
Caterpillar	36,75	37,375
CBS	126,125	126,875
Celanese	207	208,5
Centronics	6,75	6,875
Chase Manhattan	34,75	35,625
Chevron #	43,625	44,375
Chrysler	37,125	37,125
Citicorp	47,25	48
Clorox	49,5	50,25
Coca-Cola	37,25	38,375
Colgate	37,75	58,5
Commodore	8	8,5
Comwth. Edison	32	32,125
Comm. Satellite	29,875	29,875
Control Data	24,75	24,875
CPC Int.	72,375	71
Curtiss Wright	53	53,25
CSX	28	28
Deere	23,375	23,25
Delta Airlines	47,25	47,875
Digital Equipm.	94,625	95,25
Dow Chemical	53,5	53,875
Du Pont #	80,625	81,75
Eastern Gas-Fuel	28	29
Eastman Kodak #	55,625	56,5
Enron	43	44,375
Exxon Corp. #	66,875	68,25
First Chicago	29,375	30
Firestone	25,75	26,375
Fluor Corp.	13,25	13,375
Ford Motor	54,75	55,375
Foster Wheeler	11,375	11,5
Fruehauf	43,75	43,75
GAF Corp.	35,5	35,5
General Dynamics	73,25	73,5
General Electric #	75,25	76,75
General Instrument	19,375	19,625
General Motors #	66,125	66,75
Gillette	40,25	41
Global Nat. Res.	5	5
Gen. T. & E.	56,75	57,5
Goodrich	41,875	42,75
Goodyear Tire #	40,5	41,875
Gould	19,75	19,875
Grace	49,375	49,75
Greyhound	32	31,875
Grumman	24,5	25,125
Halliburton	21,375	21,625
Heinz	41,625	42,375
Hercules	54,875	55,125
Hewlett Packard	36,875	37,625
Homestake Mining	27,375	26,875
Honeywell	68,75	69,875
IBM #	120,25	122,125
Inco Ltd. #	12,75	13
Inland Steel	18,25	18,75
Insp. Resources Corp.	4,375	4,25
Int. Tel. & Tel.	51,375	52
Int. Paper #	70,125	71,125
Jim Walter	43,75	44,875
Kaiser Aluminium	17,375	17,625
Kerr McGee	27,5	28,125
Lehmann	16	16
Litton Industries	74,125	75,375
Lockheed Corp.	44	44,875
Loew's Corp.	65,25	65,75
Lone Star	29,125	30
Louisiana Land	27,375	27,75
LTV Corp.	2,125	2
McDermott A	21,75	22,375
McDonald's #	59,75	61
McDonnell Doug.	79,5	79,25
Merck & Co. #	106,75	109,25
Merrill Lynch	37,75	38,375
Mesa Petroleum	3,5	3,5
Minnesota M. #	105,375	107,5
Mobil Oil	37,375	37,875
Monsanto	68,5	69,625
Morgan J.P.	82,25	83,5
Nat. Distillers	42,75	43,625
Nat. Semiconductor	9,25	9,375
Nat. Intergroup	15,625	16
Navistar Int. Corp. #	6,625	6,875
NCR	43,875	44,75
Newmont	68,375	60,625
Owens Ill. #	39,25	40,125
PanAm World	5,625	5,75
Pfizer	59	60,125
Philip Morris #	70,875	72
Phillips Petroleum	10,375	10,625
Pittston	11,375	11,625
Polaroid	69	69,875
Prime Computer	17,125	17,5
Procter & Gamble #	71	73,75
Revlon	13,5	13,5
Reynolds Ind.	49,375	50,875
Rockwell Int.	39	39,75
Rorer Group	43	43,375
Salomon Inc.	39,375	40,375
Schlumberger	32,875	32,625
Sears, Roebuck #	41,875	42,875
Singer	46,375	50,75
Stand. Oil Calif.	43,5	44,375
Storage Techn.	2,125	2,25
Tandem	36,125	36,25
Tandy	34,625	35
Teledyne	307	310,125
Telex Corp.	57,25	57,75
Tesoro	10,25	9,75
Texaco #	34,875	35
Texas Air	33,875	34,75
Texas Instrum.	108,25	109,875
Tosco	2,625	2,625
Trans World Corp.	33,875	33,375
Transamerica	35	35,625
Travellers	44,875	45,25
Turner Broadcast.	17,625	17,875
UAL	57,125	58
Ucal Corp.	24,5	24,625
Union Carbide #	20,875	20,875
Union Oil of Calif.	23,25	23,375
US Gypsum	37,75	37,875
USX Corp. #	26,75	26
United Technolog. #	41,5	42,25
Walt Disney	42,25	42,25
Warner Comm.	23,125	23,375
Westinghouse El. #	55,5	56,125
Weyerhaeuser	36,25	37,75
Whittaker	29,875	30,125
Woolworth #	42,25	43,5
Wrigley	44,625	46
Xerox	53,875	54,875
Zenith Radio	19,5	19,625
Dow Jones Index	1804,70	1837,04
Stand. & Poor's	234,98	238,84

= Berechnung Dow Jones Index
Mitgeteilt von Merrill Lynch (Hbg.)

Oslo

	20.10.	17.10.
Bergen Bank	177	178,5
Den Norske Cred.	165,5	168
Elkem	108	107
Kreditkassen	204	202
Norsk Data	215	215
Norsk Hydro	142,5	142
Orkla/Borregaard	390	390
Storebrand	289	290
OSE Ind. Index	–	372,49

Paris

	20.10.	17.10.
Air Liquide	715	725
Alsthom Atlant.	318	320
Beghin-Say	485	487
BSN-Gerv.-Danone	4050	4060
Carrefour	3302	3380
Comp. du Midi	1435	1508
Club Méditerranée	537	546
CSF Thomson	1441	1585
Elf-Aquitaine	311	311
France Petrol B	433	–
Hachette	2576	2600
Imetal	55	54,8
Lafarge	1212	1272
Lafayette	1035	1050
Locafrance	580	580
L'Oréal	3451	3460
Machines Bull	40,7	42,2
Michelin	2250	2250
Moët-Hennessy	2125	2161
Moulinex	55,8	58,1
Penarroya	35,4	36,4
Pernod-Ricard	940	962
Perrier (Source)	768	780
Peugeot-Citroën	1045	1035
Printemps	466	504
Radio Techn.	840	875
Redoute à Roubaix	2157	2209
Schneider	771	778
Sommer Allibert	1258	1265
Index: INSEE	141,40	143,00

Singapur

	20.10.	17.10.
Cycle + Car.	2,36	2,4
Cold Storage	3,94	3,96
Dev. Bk. of Sing.	9,5	9,6
Fraser + Neave	9,05	9,05
Kl. Kepong	2,27	2,13
Mal. Banking	4,5	4,4
Nat. Iron	4,8	4,8
OCBC	8,75	8,85
Sime Darby	1,91	1,93
Singapur Land	5,45	5,45
Un. Overs. Bank	4,74	4,74

Sydney

	20.10.	17.10.
ACI	3,7	3,7
Ampol. Explor.	2,75	2,75
Westpacific Banking	4,7	4,9
Bougainville Copper	3,25	3,3
Bridge Oil	0,81	0,81
Brok. Hill Prop.	8,6	8,4
Coles	5,58	5,6
CRA	8,04	8,3
CSR (Theiss)	3,1	3,14
Metals Expl.	1,07	1
MIM-Holdings	2,44	2,48
North Broken Hill	2,72	2,77
Oakbridge	0,85	0,88
Peko Wallsend	6,84	7
Poseidon	4,6	4,7
Thomas Nat. Tr.	3,65	3,75
Waltons Bond	0,32	–
Western Mining	4,9	5
Woodside Petr.	1,01	1
Index	1361,20	1353,40

Johannesburg

	20.10.	17.10.
Abercom Inv.	Werte	2,6
AE & CI Ltd.	lagen	14,5
Barlow Rand	bei	20,5
De Beers	Red.-	36
Gold Fields	Schluß	61
Highveld Steel	nicht	5,95
Kloof Gold Min.	vor	37
Rembrandt		78,25
Rustenburg Platinum		50,25
Sasol		7,65
Vaal Reefs		375
RDM Gold Index	–	1820,70
RDM Ind. Index	–	1471,50

Stockholm

	20.10.	17.10.
AGA AB	180	182
Alfa-Laval AB Ser. B	–	299
ASEA Fria	349	347
Atlas Copco AB	211	211
Electrolux AB Ser. B	314	315
Ericsson Ser. B	249	245
Saab-Scania AB	700	710
Sandvik AB	–	158
SKF B	345	346
Volvo B Fria	–	371
J & P Ind. Index	–	2502,85

Tokio

	20.10.	17.10.
Alps	2000	1960
Bank of Tokyo	870	870
Banyo Pharma	909	902
Bridgestone Tire	642	650
Canon	1070	1050
Daikin Kogyo	634	634
Daiwa Sec.	1570	1650
Daiwa House	1550	1520
Eisai	1540	1550
Fuji Bank	1690	1680
Fuji Photo	3140	3180
Hitachi	1020	1040
Honda	1240	1260
Ikegai Iron	280	280
Jujo Paper	362	380
Kansai El. P.	3380	3380
Kao Soap	1450	1470
Kirin Brewery	1320	1330
Komatsu	467	468
Kubota Iron	357	364
Matsushita El. Ind.	1740	1690
Matsushita El. Wks.	1490	1490
Minolta Camera	700	685
Mitsubishi El.	459	437
Mitsubishi H. I.	455	472
Nikko Sec.	1320	1430
Nippon Oil	1180	1180
Nippon St.	168	181
Nomura Sec.	2700	2830
Pioneer	2230	2200
Ricoh	920	915
Sankyo	1140	1170
Sanyo Electric	398	399
Sharp	925	945
Sony	3170	3150
Sumitomo Bank	1940	1990
Sumitomo Marine	856	880
Takeda Chem.	1950	1968
Teijin	685	703
Tokio Marine	1520	1540
Tokyo El. Power	7490	7600
Toray	580	590
Toyota Motor	1890	1920
Index	1591,49	1405,34

Toronto

Ortszeit: 11.00 h	20.10.	17.10.
Abitibi Price	24,75	25,5
Alcan Alu.	43,375	43,75
Bk. of Montreal	34,125	34,5
Bk. of Nova Scotia	16,375	16,375
Bell Cda Enterprises	36	36,625
Bluesky Oil	2,8	2,85
Bow Valley Ind.	11,25	11,375
Brenda Mines	–	–
Brunswick M & Sm.	13,25	13,5
Cdn. Imperial Bk.	19	19,375
Cdn. Pacific	–	15,875
Cominco	13,5	13,375
Coseka Res.	0,85	0,85
Denison Mines	6	5,875
Dome Petroleum	1,12	1,15
Domtar	32,425	32,875
Falconbridge Ltd.	18,25	18,125
Great Lakes Forest	28,5	28,5
Gulf Canada	14,125	14,125
Gulfstream Res.	0,46	0,43
Hiram Walker Res.	36,5	36,625
Hudson Bay Mng.	6,5	6,5
Husky Oil	9,175	9,25
Imperial Oil -A-	45	45,25
Inco	17,75	18,125
Inter City Gas Ltd.	15,125	15,125
Interprov. Pipeline	40,5	40,75
Kerr Addison	–	16,375
Lac Minerals	24,875	24,75
Moore Corp.	–	28,75
Noranda Mines	19,5	19,75
Norcen Energy Res.	14	14,25
Northgate Expl.	6,75	6,625
Northern Telecom.	38,875	40,125
Nova An Alberta 'A'	5,875	6,125
Nu West Group	0,33	0,33
Oakwood Petrol	2,5	2,5
Placer Development	30,375	29,625
Provigo Inc.	17,625	17,75
Ranger Oil	6	6,125
Revenue Properties	–	3,1
Rio Algom	–	22,25
Royal Bk. of Can.	34	34,5
Seagram	83,5	84,375
Shell Canada	[illegible]	[illegible]
Sherritt Gordon	6,25	6,375
Stelco -A-	22,625	23,25
TransCdn. PipeLines	16,875	17
[illegible] Corp.	7,?	7,75
Westcoast Transm.	13,625	13,625
Index: TSE 300	3017,30	[illegible]

Wien

	20.10.	17.10.
Creditanst.-Bkv.Vz.	2295	2300
Gösser-Brauerei	3300	3300
Länderbank Vz.	2240	2250
Lenzing	940	935
Linz Textil	3390	3370
Österr. Brau	3250	3340
Perlmooser Zement	650	650
Reininghaus	860	855
Schwechater Br.	1760	1770
Semperit	202	212
Steyr-Daimler-P.	156	162
Steyrermühl Papier	3140	3130
Universale Hoch	235	231
Veitscher Magnesit	1080	1040
Index	–	230,91

Zürich

	20.10.	17.10.
Alusuisse	615	615
dgl. NA	207	205
Bank Leu	3790	3800
Brown Boveri	1540	1550
Ciba Geigy Inh.	3620	3610
Ciba Geigy Part.	2650	2660
Georg Fischer Inh.	1950	1950
Mag.z.Globus Part.	1670	1670
H. La Roche 1/10	11600	11625
Holderbank	4150	4075
Italo-Suisse	335	334
Jacobs Suchard Inh.	8000	8050
Jelmoli	3900	3950
Landis Gyr	1820	1825
Mövenpick Inh.	4575	4575
Motor Columbus	1800	1800
Nestlé Inh.	8700	8710
Oerlikon-Bührle	1550	1530
Sandoz NA	4330	4325
Sandoz Inh.	11700	11850
Sandoz Part.	1855	1840
Saurer Nom.	70	74
Art. A. Saurer	147	145
Schw. Bankges.	5900	5915
Schw. Bankverein	537	537
Schw. Kredit. A. Inh.	3770	3770
Schw Rückv. Inh.	17300	17450
Schw. Volksb. Inh.	2650	2640
Sika -B-	3600	3650
Gebr. Sulzer Part.	535	550
Swissair	1520	1575
dgl. NA	1100	1110
Winterthur Inh.	6900	6900
Winterthur Part.	1165	1160
Zür. Vers. Inh.	7975	7975
Index: Schw. Bankv.	–	646,50

Inlandszertifikate

	Ausg. 20.10.	Rücknahme 20.10.	Rücknahme 17.10.
AAR-UNIV.F.I	168,55	159,01	159,01
Adifonds	67,04	63,85	64,29
Adirenta	23,84	23,15	23,16
Adirewa	102,67	99,65	100,30
Adinec	106,17	101,11	101,36
Adiverba	172,62	164,40	165,52
Aegis Eink.-Fds.	39,11	37,24	37,39
Aegis Wachst.-Fds.	67,39	64,17	64,23
AGI Fonds	173,16	164,91	164,91
Akkumula	199,65	190,10	192,62
Albingia Rendite Fds	52,30	50,19	50,23
Alfa Kapital Fds.	37,51	34,87	35,04
Allianz-Rentenfonds	127,32	124,21	124,17
Analytik Fonds	31,36	29,15	29,31
Aro-Rendit.	60,07	57,98	57,98
AriDeka	56,51	54,25	54,54
Assecura I	87,87	87,43	88,28
Austr. Pazifik	49,69	47,27	47,68
Berenberg-U-Fonds	400,11	388,46	388,46
Berenberg-U.-Eff.-F.	50,62	49,15	49,40
Berenberg-U-Renten	123,91	120,89	120,98
BW-Renta-Univ.	54,79	53,45	53,45
BW-Wartberg-Univ.	134,16	129,31	129,31
Colonia Rentenfonds	51,82	50,06	50,12
Concentra	37,86	36,94	37,34
dbi-Fonds V 1	59,97	59,97	60,02
DekaFonds	54,68	51,95	52,22
DekaRent	32,75	31,80	31,85
DekaSpezial	230,95	219,41	220,62
DekaTresor	62,66	61,15	61,11
DespaFonds	85,85	81,56	81,56
DEVIF-Invest	106,50	101,41	102,42
DEVIF-Rent	56,00	54,28	54,25
DIFA-Fonds	181,20	172,10	172,10
DIFA GRUND	107,17	101,81	101,81
DIT Fonds f. Verm.	68,19	66,53	66,73
DIT Rohstoffonds	68,52	66,52	66,85
DIT Pazifikfonds	124,44	120,82	121,07
DIT Spezial	74,28	72,12	72,68
DIT Technologiefonds	78,82	76,52	75,68
DIT Wachstumsfonds	71,16	69,09	69,55
DIT Fds.f.Wdl.w.Opt.A	128,21	125,08	125,47
Dt. Rentenfonds	86,45	84,75	84,75
Dt. Vermögensb. Fds. A	39,59	37,70	37,95
dgl. I	51,48	49,02	49,25
dgl. R	28,42	27,59	27,59
DWS Bayern Spezial	97,55	92,91	93,16
DWS Energiefonds	86,60	84,45	84,58
DWS Provesta	84,50	80,47	80,82
DWS Rohstoff Fds.	79,85	77,86	78,27
DWS Technologie Fds.	85,15	83,08	83,42
Fondak	72,48	69,03	69,47
Fondirent	78,00	75,73	75,81
Fondis	63,90	60,86	60,91
Fondra	110,73	105,46	106,15
FT Accuzins	138,29	134,26	134,40
FT Am Dynamik	22,58	20,66	20,80
FT Frankf. Eff. F.	146,53	139,28	140,35
FT Interspezial I	28,77	26,52	26,46
FT Interspezial II	33,41	30,57	30,74
FT Interzins	46,58	45,22	45,19
FT Nippon Dynamik	98,59	90,21	90,85
FT Re-Spezial	195,61	183,93	184,22
Gerling Dynamik	69,73	66,72	67,26
Gerling Rendite	57,30	55,63	55,56
GKD-Fonds	75,10	72,21	72,39
Gothaer...	96,27	92,97	92,90
Grundbesitz-Invest.	75,20	71,55	71,55
Grundwert-Fonds	135,30	128,25	128,25
Hbg.-M. Rentenfonds	60,31	57,99	57,99
Hansainternational	49,79	48,11	48,10
Hansarenta	49,99	48,30	48,30
Hansasecur	66,28	63,12	63,71
Hansazins	50,92	49,20	49,20
Haus-Invest	70,00	66,58	66,58
iii-Fonds Nr. 1	117,90	112,20	112,20
dgl Nr. 2	76,50	72,80	72,80
Industria	63,05	61,21	61,34
INKA-Global	84,70	80,50	80,90
INKA-Rent	52,80	51,20	51,20
INKA-Re-Invest	137,40	133,30	133,70
Iarenta	75,30	73,44	73,42
Interglobal	152,08	147,65	147,75
Inter-Renta	39,30	38,14	38,15
Intervest	99,40	94,64	95,26
Interkapital	27,40	26,00	26,10
Int. Rentenfonds	79,78	77,85	77,80
Int. Rentenfonds K	72,03	70,62	70,75
Investa	70,50	67,15	67,57
Investors Fds.	14,11	13,17	13,18
Iveralonds	62,46	57,15	57,55
Japan-Pazifik-Fds.	79,68	77,34	77,52
Kapitall. Spezial	141,13	130,54	131,60
Magdeb. W.-Fd.DIT	82,76	78,82	79,28
Medico-Invest	117,70	110,00	110,70
Mertur I	28,68	28,68	28,91
NB Rent	57,76	56,07	56,09
Nordcumula	74,02	71,86	72,53
Nordrenta Int.	55,66	54,04	54,13
Nordstern-F. RK	52,17	50,40	50,46
Nürnberger Rentenfds.	50,35	48,32	48,34
Oppenh. Int. Rent.	103,89	100,85	100,89
Oppenh. Priva-Rent	115,35	111,98	112,05
Oppenheim-Privat	57,87	54,34	54,74
Oppenheim-Spez. I	126,24	122,55	122,69
Oppenheim-Spez. II	97,41	92,76	93,44
Plusfonds	77,09	73,42	73,92
Privatfonds	68,98	65,61	66,14
Re-Inrenta	166,90	162,79	162,96
Renditdeka	36,84	34,99	35,00
Rentak	166,76	158,42	158,45
Rentex	112,40	109,02	109,00
Rentensparfonds	58,93	57,21	57,24
Ring Aktien-Fds. DWS	47,65	45,49	45,84
Ring Renten-Fds. DWS	48,35	46,17	46,16
Sölaviar-U-Fonds	172,89	167,85	167,85
SMH-Rentenfonds	53,71	52,15	52,17
Südinvest I	63,30	60,29	60,75
dgl. II	76,35	72,71	73,17
dgl. III	27,68	26,87	26,87
dgl. IV	78,52	75,50	75,98
Thesaurent	63,52	61,97	62,85
Thesaurus	234,77	229,04	231,10
Transatlanta	29,51	28,65	28,51
Unifonds	34,70	32,43	32,59
Uniglobal	95,70	91,07	91,13
Unikapital	84,85	82,75	82,74
Unirak	85,00	80,91	81,24
Unirenta	40,90	39,68	39,68
Unispezial I	–	63,49	64,28
Universal-Eff.-F.	100,95	98,95	98,95
Unizins	116,70	113,28	113,28
Verm.-Aufbau-F.	121,26	115,49	116,05
Verm.-Erzag-F.	98,94	95,13	95,14
VICTORIA Rent.-Adig	72,12	69,68	69,65

Auslandszertifikate

Austro-Inv. DM	34,00	32,10	32,20
Band Valor DM	115,36	111,29	111,21
Convert Fund A DM	33,90	32,20	32,30
Convert Fund B DM	101,30	96,50	96,60
CS Money Market DM	1100,75	1100,74	1100,62
Eurinvest DM	94,90	91,00	91,00
Eurunion DM	183,52	169,13	169,57
Formular Sel. DM	82,30	76,95	76,95
GT Inv. Fund DM	62,10	58,80	58,90
Interspar DM	unerh.	unerh.	26,71
Japan Sel. DM	428,55	400,80	400,80
Unico DM	75,90	73,60	73,58
America-Valor sfr.	426,00	411,75	412,75
Asia Fd. $	332,77	316,92	318,38
Automation sfr.	unerh.	unerh.	112,50
Band-Invest sfr.	63,75	62,25	62,50
Bond Valor Yen	11099,00	10895,00	10883,00
Bond Valor $	129,04	126,63	126,70
Bond Valor sfr.	110,85	108,00	107,95
Bond Valor Ster.	106,05	104,88	104,74
CSF-Bonds sfr.	79,80	76,25	76,25
CS Gold Valor $	117,87	115,68	117,38
CS Money Market $	1171,58	1171,57	1171,41
CS Money Market Ster.	1142,77	1142,76	1142,48
CS Money Market Yen	104533,0	104532,0	104521,0
Convert Valor sfr.	137,60	135,00	135,10
Convert Valor $	158,83	155,87	155,81
Dreyfus $*	14,34	13,48	13,51
Dreyfus Internat. $*	50,79	47,74	47,84
Dreyfus Intercont. $*	48,97	46,03	46,03
Dreyfus Leverage $*	23,81	21,05	21,05
Energie-Valor DM	177,10	168,24	168,53
Europa Valor sfr.	192,00	182,75	183,50
Fonsa sfr.	197,50	193,00	193,00
Founders Growth $*	9,75	9,75	9,80
Founders Mutual $*	8,29	8,29	8,33
Goldmines hfl.	–	209,00	213,00
Intercont. Tr. sfr.	–	309,00	310,25
Interswiss sfr.	173,50	167,00	167,00
Intervalor sfr.	77,75	75,00	75,25
Japan Portfolio sfr.	1383,75	1338,00	1350,25
Kemper Growth $*	10,75	9,82	9,85
Pacific-Valor sfr.	192,00	180,25	180,25
Pharmafonds sfr.	unerh.	unerh.	303,00
Pioneer Fund $*	25,39	23,23	23,29
dgl. II $*	19,36	17,71	19,04
Schweizeraktien sfr.	497,00	471,25	471,75
Siat-Imm. sfr.	unerh.	unerh.	1725,00G
Sic 63 sfr.	unerh.	unerh.	1355,00G
Swissimmob. N.S. sfr.	2650,00	2515,00	2515,00
Swissimmob. 1961 sfr.	1350,00	1285,00	1285,00
Swissvalor sfr.	419,75	407,75	408,25
Technology $*	14,68	13,43	13,41
Technogrowth Fd.	95,18	89,80	89,80
Templeton Growth $*	13,99	12,80	12,82
Universal B.S sfr.	78,00	75,50	75,50
Universal Fund sfr.	114,53	111,24	111,78
Ussec	703,00	669,00	670,00

*Vortags-Kurs (alle Kursangaben ohne Gewähr)

Optionshandel

Frankfurt: 20. 10. 1986
1316 Optionen = 70 300 (84 450) Aktien,
davon 250 Verkaufsoptionen = 13 250 Aktien.

Kaufoptionen: **AEG** 1-300/22G; 320/13; 340/8B; 360/4; 380/2G; 4-300/35B; 320/24,8; 360/10; 380/6B; 7-300/40B; 320/30; 340/23G; 360/15G; **Agiv** 1-440/23G; 460/12,5G; 4-460/15G; **BASF** 1-260/10; 270/9; 280/6; 300/5; 320/2,5; 4-280/15; 300/9; 320/5G; 7-280/26; 300/20; 320/13; **Bayer** 1-280/26; 290/20B; 300/13,5B; 310/9; 320/4,6; 330/3,6; 4-260/50B; 280/34; 300/23; 320/14; 340/7,1; 360/5; 7-300/30B; 320/23B; 340/15B; **BBC** 1-320/14B; 4-340/19,8B; **Bay. Hypo** 1-650/4,5B; 4-600/39G; 700/10B; **Bekula** 1-130/13,1G; 140/7,6B; 150/5G; 4-140/13,6B; 150/8G; 7-140/16,58B; 150/11B; **BMW** 1-500/112; 550/60B; 600/25B; 650/18B; 700/11; 4-550/70B; 600/50B; 650/25B; 700/20; 7-650/40G; **Bay. Vereinsbk.** 1-550/15B; 600/10B; 4-600/20B; **Commerzbk.** 1-280/45B; 300/29; 320/10; 340/7,9B; 360/5B; 380/2B; 4-300/40G; 320/20B; 340/17,5; 360/15,6; 7-340/28B; 360/19; **Conti** 1-300/31; 320/20B; 340/12B; 360/10B; 380/3G; 4-280/59B; 315/40B; 320/32B; 340/22G; 360/20B; 380/8G; 7-320/45B; 340/35; **Daimler** 1-1100/140G; 1200/70; 1300/30,5; 1400/12G; 1500/10G; 4-1100/160G; 1200/90; 1300/56; 1400/33; 1500/20; 1600/15; 7-1200/150B; 1300/70; 1400/55B; 1500/45G; **Daimler com BA** 1-1485,5/21,5G; 1500/15G; 1585,5/9G; **Dt. Babcock St.** 1-200/11,9; 220/4B; 4-200/15G; 220/10B; 7-200/25B; **Dt. Babcock Vz.** 1-280/8B; 4-200/15B; **Deutsche Bk.** 1-750/60; 800/34B; 850/12; 888/10B; 900/8,9; 4-800/60B; 850/30B; 900/20,8G; 950/15,8B; 7-900/29B; **Degussa** 4-500/35G; 550/19G; **Dresdner Bk.** 1-400/20B; 420/15B; 440/9,5; 460/8B; 480/6B; 500/4; 4-420/25B; 440/20B; 460/15B; 480/13B; 500/9,4G; 7-400/60B; 420/56B; 440/37B; **GHH St.** 1-240/10B; 4-260/10B; **GHH Vz.** 1-200/15B; 4-200/20B; **Harpener** 1-300/20G; 340/10B; 7-320/30G; **Hoechst** 1-200/75B; 260/15; 270/12; 280/6,5; 290/3,7B; 300/2,6; 4-240/40G; 260/18B; 280/12; 300/8; 7-260/30B; 280/19,6; 300/16,5; **Hoesch** 1-130/11B; 140/7,5; 160/3,5; 170/2,6B; 175/2,3; 180/2B; 190/1,5G; 4-130/24; 140/14B; 150/10; 160/7,1B; 170/6,5; 180/5G; 190/4; 200/3,5B; 7-130/25B; 140/19; 150/16B; 160/10B; 170/8B; **Karstadt** 1-460/35B; 480/22; 500/16; 4-480/40G; 500/25G; **Kaufhof** 1-500/55G; 543/34B; 550/30G; **KHD** 1-220/7B; 240/5B; 4-220/22B; 240/16B; 7-220/20; **Klöckner** 1-70/8B; 75/6B; 80/3B; 85/2,5B; 90/1,9B; 95/1,2; 4-70/9B; 75/7B; 80/6,5B; 85/5B; 90/3,5B; 100/2,5G; 7-70/15B; 80/11B; 85/10B; 90/7B; **Lufthansa St.** 1-170/20G; 180/8,1; 200/5B; 4-200/10G; 7-180/30G; **Lufthansa Vz.** 1-160/11; 4-160/18; 200/8,5; **Linde** 7-800/98B; **Mercedes** 4-1300/30G; 7-1200/45G; 1300/40G; **Metallges.** 4-360/20B; **Mannesmann** 1-160/18B; 170/10; 180/7B; 190/5B; 200/3B; 220/1; 4-160/24; 170/17; 180/14B; 190/13B; 200/8; 220/5B; 240/4,5B; 7-160/36B; 170/26B; 180/19,8B; 190/18B; 200/13B; **Nixdorf** 1-700/50; 750/28B; 4-700/65G; 750/45B; **Preussag** 1-190/30B; 200/18G; 220/7G; 240/4G; 4-190/36G; 220/14,5G; 240/12,9B; 7-240/15,5G; 260/7G; **RWE St.** 1-200/22; 220/12; 240/3,8; 4-200/30; 220/15; 240/8B; 260/4,9B; 7-200/45G; 220/18G; 240/12G; **RWE Vz.** 1-200/14,5; 220/10B; 4-200/24,9; 220/15B; 240/6G; 7-200/40B; **Schering** 1-600/25,8G; 4-600/30; **Kali + Salz** 1-280/38B; 300/20B; 320/10B; 4-340/8B; 7-300/35B; **Siemens** 1-600/126G; 650/60; 700/34B; 750/10G; 800/7B; 850/2B; 4-600/135B; 650/80G; 700/50; 750/22; 800/15; 850/9,1G; 7-600/190B; 700/6G; 750/60B; 800/40B; **Thyssen** 1-140/17G; 150/11B; 160/6B; 170/4; 180/2,5; 190/1,9B; 200/0,90B; 4-150/18,7; 160/14B; 170/9; 180/5,9B; 190/4G; 7-160/18B; 170/147,5B; 180/9,1; **Varta** 1-360/28B; **Veba** 1-260/35B; 280/20; 290/15B; 300/9; 310/5,2; 320/3,5G; 340/2,5B; 4-260/45B; 280/35G; 320/12B; 340/6B; 380/18B; 7-300/30B; 320/16B; 340/11,2B; **VEW** 1-160/6G; 4-160/12B; 170/9,5B; 180/8B; 7-160/15B; **VW** 1-440/60B; 460/50B; 480/27; 500/20; 519/14; 529/9,4; 550/8; 600/4; 4-440/70B; 460/56,75G; 480/41; 500/35; 529/25G; 7-460/80B; 480/60G; 500/55; 550/40B; 6020/25B; **Alcan** 1-60/5,5G; 65/4B; 70/2B; 4-65/6B; 70/4B; 7-60/11B; 65/8,6B; 70/5,5B; **Chrysler** 1-75/9,4B; 80/5B; 80/6B; **Elf** 1-100/5,9B; 4-90/28B; 100/10; **General Motors** 1-150/7B; 160/3,5B; 4-140/13B; 160/5G; 7-160/8; **IBM** 1-240/19; 260/10G; 280/7B; 300/4,2G; 4-260/18G; 280/14,5; 300/8B; 7-260/26B; 300/11,8B; **Norsk Hydro** 1-35/6G; 40/2,95G; 45/1,4B; 50/0,80B; 4-35/7,5G; 40/4G; 45/2,8B; 50/1,6G; 7-35/9G; 40/5,7G; 45/4B; 50/2,7G; **Philips** 1-40/5,3G; 45/2,6B; 50/1,2B; 55/1G; 4-40/7G; 45/4,4B; 50/3B; 55/2B; 7-40/14G; 45/5,4B; 50/4,7B; 55/2,5B; **Royal Dutch** 1-180/16,58; 190/12B; 200/5B; 4-180/18B; 190/16; 200/9B; **Xerox** 1-110/7; 4-120/6B; 7-110/15B; 120/10B.

Verkaufsoptionen: **AEG** 1-280/7,1G; 300/14; 320/20; 4-260/7,5B; 280/10,3G; 300/15,5G; 320/26G; 7-300/22G; **BASF** 1-250/3G; 260/8; 280/17; 290/25B; 4-240/6,5; 260/10; 280/18G; **Bayer** 1-280/7; 290/12; 300/17,5; 310/25B; **BHF** 1-500/6G; **Bay. Hypo** 1-600/49B; 4-550/21G; **Bekula** 1-135/5B; **BMW** 1-550/10,5; 600/25G; 4-550/15B; 600/34,2G; 7-600/40G; **Commerzbk.** 1-280/7B; 300/10B; 312/15G; 320/21; 4-280/10B; 300/15B; 320/30,6B; 7-300/20B; 320/35; **Conti** 1-280/6B; 300/8G; 320/18B; 4-300/15; **Daimler** 1-1200/45; 1300/125B; 4-1200/55G; 7-1200/75G; **Dt. Babcock St.** 4-170/8B; **Deutsche Bk.** 1-700/10B; 750/19; 800/40B; 4-750/25; 800/55B; 850/77; 7-750/50B; 800/60G; **Degussa** 7-450/15G; **Dresdner Bk.** 1-380/16; 400/22B; 4-560/8G; 400/25G; 7-400/30G; **Hoechst** 1-240/4; 4-240/4,1G; 260/15,6B; 7-240/6B; 260/22; 280/31B; **Hoesch** 1-120/2G; 130/5G; 140/120B; 4-130/11B; 140/15B; **Karstadt** 4-400/10G; 440/25G; **Kaufhof** 4-480/21B; **KHD** 4-200/29B; **Klöckner** 1-70/2,5G; 75/6,5; 80/8,5B; 85/14,9B; 90/18B; 95/25,5B; 4-70/4,5B; 75/9G; 90/19,6B; 95/25B; 7-80/12,5; **Lufthansa St.** 1-180/6G; 190/10G; 4-180/10G; **Linde** 1-750/10G; **Mercedes** 1-1100/35G; 1200/130G; **Mannesmann** 1-150/2,2; 160/6,6B; 170/10G; 180/15; 190/74B; 4-150/4,5G; 7-188/25B; **Porsche** 1-900/23G; 1000/51G; 4-850/16G; 900/38G; **Preussag** 1-240/35B; 4-190/12,6G; **RWE St** 1.-200/5G; 220/17B; 4-180/6B; 200/7B; 7-220/19B; **RWE Vz.** 1-200/7,6B; 4-180/6B; **Schering** 1-600/21; 4-550/10G; 7-550/20G; **Kali + Salz** 1-280/8G; 4-260/6,3G; 280/14G; 300/22; 7-280/20G; **Siemens** 1-550/2,4G; 600/7,5; 650/15; 4-500/26; 600/10,6B; 700/58G; 7-650/30G; **Thyssen** 1-130/2,6; 140/4G; 150/8G; 160/13B; 4-130/5G; 140/8B; 150/10,6G; 7-140/8,15G; 150/12,2G; 160/20B; **Veba** 1-250/4B; 270/6G; 280/10G; 310/26B; 2390/13; 4-250/10,75B; 280/15G; 290/25; **VEW** 4-150/6B; 160/10B; **VW** 1-469/17; 479/19; 480/20G; 500/45B; 1140/10; 1160/16,5; 4-420/8,6G; 440/12G; 460/21G; 500/50B; 7-460/25G; 480/40G; 500/54; **Alcan** 1-65/6B; 75/15B; 4-65/7B; 7-65/7,9B; **Chrysler** 1-70/3,6G; 75/5G; 80/10B; 4-70/5G; 75/7,5B; 80/12B; 7-70/7B; 75/11B; **Elf** 1-100/12,6B; **General Motors** 1-150/20G; 170/40B; 4-140/20B; **IBM** 1-240/7,2G; 260/22B; 4-260/24B; **Litton** 1-140/9,5B; **Norsk Hydro** 1-40/3; 4-40/3,6B; 45/7B; **Philips** 1-40/2B; 45/4B; 55/15B; 4-40/3B; 45/6B; 50/9,5B; 7-45/5,4G; **Sony** 4-40/7,6B; **Xerox** 1-110/10B.

Rentenoptionen

Frankfurt: 20. 10. 1986

Kaufoptionen: **7 3/4 Bund 82 I (90):** APR87-106/3G; 110/0,30G; OKT87-106/3,5G; 108/2G; **7 1/2 Bund 85 III (91):** APR87-106/2,5G; 108/0,80G; 110/1B; OKT87-106/3,2G; 108/1,7G; **8 1/2 Bund 82 (92):** APR87-110/3G; 112/1,2G; OKT87-112/2,2G; 114/1G; **8 3/4 Bund 82 (92):** APR87-112/2,5G; 114/0,70G; OKT87-112/3,2G; 114/1,7G; **7 1/2 Bund 85 I (95):** APR87-106/3,2G; 108/1,3G; OKT87-106/4,2G; 108/2,5G; 110/1,5B; **8 Bund 85 (95):** APR87-108/3,7G; 110/1,7G; OKT87-108/4,5G; 110/3G; 112/1,5G; **8 1/4 Bund 85 V (95):** APR87-110/3,2G; 112/1,3G; OKT87-110/4,2G; **7 1/2 Bund 84/94:** APR87-106/3,2G; 108/1,3G; OKT87-106/4,2G; 108/2,7G; 110/1,5G; **7 Bund 85 I (95):** APR87-104/2,3G; 106/0,50G; OKT87-104/3,5G; 106/2G; **7 1/4 Bund 85 II (95):** APR87-104/3,5G; 106/1,7G; 108/0,30G; OKT87-104/4,5B; 106/3B; 108/1,7G; **6 3/4 Bund 85 (95):** APR87-102/2,7G; 104/0,80G; OKT87-102/3,8G; 104/2,3G; 106/1,2G; **6 1/2 Bund 85 (95):** APR87-100/3,2B; 102/1,2B; OKT87-100/4,3B; 102/2,7B; 104/1,5B; **7 1/8 Bahn 85 (95):** APR87-102/3,5; 104/1,7B; 106/0,30G; OKT87-102/4,5B; 104/3B; 106/1,5B; **7 Post 85 (97):** APR87-102/2,5B; 104/0,80G; OKT87-102/4B; 104/2,5B; 106/1,3B.

Verkaufsoptionen: **7 3/4 Bund 82 I (90):** APR87-108/1,5G; 110/2,5G; OKT87-108/2,5G; 110/3,5G; **7 1/2 Bund 85 III (91):** APR87-108/2G; 110/3G; OKT87-108/3G; 110/4,2G; **8 1/2 Bund 82 (92):** APR87-112/1,7G; 114/3G; OKT87-112/3,5G; 114/4,5G; **8 3/4 Bund 82 (92):** APR87-114/2G; 116/3,5G; OKT87-114/4G; 116/5,2G; **7 1/2 Bund 85 I (95):** APR87-108/1,8G; 110/2,5G; OKT87-108/3G; 110/4,2G; **8 Bund 85 (95):** APR87-113/2,8G; 114/4,8G; OKT87-110/3,2G; 112/4,5G; 114/6G; **8 1/4 Bund 85 V (95):** APR87-112/2,3G; 114/3,5G; OKT87-110/3G; 112/5,8G; 114/5G; **7 1/2 Bund 84/94:** APR87-108/2G; 110/3G; OKT87-106/2,8G; 108/3,5G; 110/4,5G; **7 Bund 85 I (95):** APR87-104/1,5G; 106/2,3G; 108/4,3G; OKT87-104/3,2G; 108/5,3G; **7 1/4 Bund 85 II (95):** APR87-106/1,8G; 108/3G; OKT87-104/3,2G; 106/3,7G; 108/4,7G; **6 3/4 Bund 85 (95):** APR87-104/2G; 106/3,5G; OKT87-102/3G; 104/4G; 106/5G; **6 1/2 Bund 85 (95):** APR87-104/2,5G; 106/4,8G; OKT87-102/5G; 104/4G; 106/5,5G; **7 1/8 Bahn 85 (95):** APR87-104/1,5G; 106/2,5G; OKT87-104/3,2G; 106/4G; **7 Post 85 (97):** APR87-102/1,5G; OKT87-102/3,5G; 104/4G; 106/5,3G.

Junge Aktien

Berlin: Hermes 810G, VAB 2900B. **Düsseldorf:** BMW 577, Goldschm. 239, Lehnkering 210G, O & K 130, Thüga 450G. **Frankfurt:** BMW 573, Frankona Vz. 650, Fuchs St. 170,5, Fuchs Vz. 157G, Goldschm. 228, Magdeburger Feuer NA 505, Magdeburger Feuer 1158I, Mainkraft 540G, Mercedes 1055,5, Thüga 468G, Ymos Vz. 170,1. **Hamburg:** –. **München:** Mercedes 1060bG, Stumpf 125G, VAB 2600TG.

Bezugsrechte: **Düsseldorf:** FAG 15,6, Ver. Seide entf., **Frankfurt:** FAG 15,6, Magd. Feuer 65, Ver. Seide entf. **München:** –. **Stuttgart:** Allg. Renten „D" 2100.

Devisenmärkte

Am Devisenterminmarkt blieben am 20. Oktober der Dollar und das Britische Pfund gut behauptet. Die etwas höheren Dollarzinssätze und die Visite von Bundesbankpräsident Pöhl in London veranlaßten den Markt zu einem vorsichtigen Agieren. Der Dollar begann bei 1,975 und kam mit 1,9788 zur Notiz. Als am frühen Nachmittag bekannt wurde, daß Pöhl meinte, der Dollar habe sich weit genug abgeschwächt und ein weiteres Nachgeben könnte das Wachstum in Europa gefährden, kletterte der Kurs auf 1,99. Das Britische Pfund wurde um einen Pfennig höher bei 2,83 notiert und nachbörslich mit 2,84 bezahlt. Auch die übrigen amtlichen Währungen waren gut behauptet. Lediglich der Schweizer Franken fiel um 13 Pfennig zurück. US-Dollar in: Amsterdam 2,2395; Brüssel 41,15; Paris 6,487; Mailand 1370,49; Wien 13,921; Zürich 1,624, Ir. Pfund/DM 2,72; Pfund/Dollar 1,4302; Pfund/DM 2,83.

Devisen und Sorten

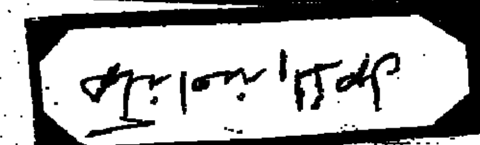
20.10.1986	Disk.-satz	Frankf. Devis. Geld	Frankf. Devis. Brief	Wechs. Ank.-Kurs[1]	Sorten[*] Ankauf	Sorten[*] Verkauf
New York[1]	5,50	1,9748	1,9828	1,9714	1,95	2,03
London[2]	10,0	2,825	2,837	2,779	2,76	2,91
Dublin[2]	16,5	2,713	2,727	2,645	2,64	2,79
Montreal[1]	8,58	1,4185	1,4265	1,4095	1,37	1,47
Amsterd.	5,00	88,36	88,58	88,29	87,50	89,25
Zürich	4,00	121,75	121,95	121,77	120,50	123,25
Brüssel	8,00	4,804	4,824	4,777	4,68	4,86
Paris	9,50	30,445	30,685	30,205	29,65	31,30
Kopenh.	7,00	26,495	26,615	26,75	25,50	27,25
Oslo	8,00	27,085	27,205	26,46	26,25	28,00
Stockh.	8,00	28,905	29,065	28,66	28,00	29,75
Mailand[3] **	12,0	1,4395	1,4495	1,421	1,41	1,49
Wien	4,00	14,196	14,236	14,164	14,11	14,32
Madrid	8,00	1,497	1,507	1,474	1,45	1,57
Lissabon**	14,5	1,349	1,369	1,318	1,05	1,60
Tokio	3,50	1,2785	1,2895	1,28	1,24	1,30
Helsinki	8,50	40,77	40,97	40,06	39,50	41,50
Belgrad* **	–	–	–	–	0,28	0,60
Budap.* **	–	–	–	–	2,75	4,25
Athen* **	20,5	1,453	1,507	–	0,85	1,60
Ankara* **	–	–	–	–	0,19	0,38
Sydney*	–	1,253	1,272	–	1,19	1,37
Johannbg.*	10,5	0,863	0,897	–	0,49	0,94
Hongkong *	–	25,20	25,40	–	23,50	30,00

Alles in Hundert; [1] 1 Dollar; [2] 1 Pfund; [3] 1000 Lire; [4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert; ** Einfuhr begrenzt gestattet.
Mitgeteilt von der Dresdner Bank AG, Essen.

Das Spezial-Angebot an 65 interRent Stationen.
In wichtigen Wirtschaftszentren und an allen Verkehrsflughäfen: Zum Beispiel

Mercedes 190 E pro Tag
69 Mark + 0,69/km*

bei Anmietung und Rückgabe an einer dieser 65 Stationen. Auch im One-way.



* Übrigens: Wir berechnen Ihnen maximal 190 Mark pro Tag inkl. aller gefahrenen km.

NACHRICHTEN

Gerlein-Comelin gestorben

Lausanne (sid) – Der Kolumbianer Gerlein-Comelin, Mitglied des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), ist tot. Der 84 Jahre alte Olympier, der bei der 91. IOC-Session in Lausanne eine schwere Herzattacke erlitt, ist bereits am Samstag abend gestorben. In der Nacht zum Donnerstag war er „klinisch tot" in die Universitätsklinik in Lausanne eingeliefert worden.

Surfen: Naish Weltmeister

Zandvoort (sid) – Der Amerikaner Robby Naish verteidigte seinen Titel als Surf-Weltmeister erfolgreich. Im vierten und letzten Worldcup-Wettbewerb in Zandvoort sicherte er sich den Titel mit 3,4 Punkten vor dem Schweden Anders Bringdal. Bei den Damen siegte die Französin Nathalie Lelievre mit 5,7 Punkten.

Fichtel gewann Weltcup

Pistoia (sid) – Weltmeisterin Anja Fichtel gewann in Pistoia (Rumänien) den Weltcup-Auftakt der Florett-Juniorinnen. Im Finale setzte sich die Tauberbischofsheimerin gegen ihre Mannschaftskameradin Susanne Lang mit 10:9 durch.

Spandau gegen VK Kotor

Berlin (sid) – Im Halbfinale des Wasserball-Europapokals wartet auf Titelverteidiger Spandau Berlin 04 ein schwerer Gegner: Am 1. November muß sich der achtmalige deutsche Meister bei VK Kotor (Jugoslawien) antreten. Bei Kotor spielen drei Spieler, die zu Jugoslawiens Weltmeister-Mannschaft gehören.

Punktrichter geohrfeigt

Budapest (sid) – Box-Europameister Ferenc Somodi (Super-Schwergewicht) wurde bis zum Jahresende 1987 gesperrt, weil er nach dem verlorenen Finalkampf um die ungarische Meisterschaft gegen Istvan Lewan einen Punktrichter ins Gesicht schlug. Die Ohrfeige gab er dem Punktrichter im Kabinengang.

Barcelona verlor 0:1

Barcelona (sid) – Durch eine 0:1-Niederlage bei Real Murcia hat der FC Barcelona in der spanischen Fußball-Meisterschaft die Tabellenführung an Real Madrid abgegeben. Barcelona, das weiterhin auf den früheren Kölner Nationalspieler Bernd Schuster verzichtet, erlitt damit die erste Saison-Niederlage.

Auf neutralem Platz

Istanbul (sid) – Der türkische Fußballmeister Besiktas Istanbul ist bereit, sein Europacup-Hinspiel gegen Zyperns Meister Hapoel Nikosia auf einem neutralen Platz auszutragen. Die Türken reagierten damit auf die Absage von Nikosia, das nach einem Regierungsbeschluß wegen der gespannten politischen Lage zwischen beiden Ländern nicht zum Spiel (22. 10.) nach Istanbul reisen darf. Die Austragung des Rückspiels am 5. November ist ebenfalls noch nicht geklärt.

Golf: Geteilter Sieg

Paris (GAB) – Die Dunkelheit machte Bernhard Langer (Anhausen) und Severiano Ballesteros (Spanien) zum gemeinsamen Gewinner der Lancome-Trophy beim Turnier der Golfprofis in St. Nom la Breteche bei Paris, wofür beide 39 500 Dollar kassierten. Das Stechen mußte nach dem vierten Extra-Loch abgebrochen werden, nachdem Langer (73+66+66+69) und Ballesteros (67+69+68+70) nach 72 Löchern mit je 274 Schlägen gleich waren. Dritter wurde Des Smyth (Irland) mit 72+69+68+66=275.

Trik kämpft um Bronze

Budapest (sid) – Der Freistil-Spezialist Reiner Trik aus Winzeln kämpft bei den Ringer-Weltmeisterschaften in Budapest um die Bronzemedaille. Der 23 Jahre alte Mittelgewichtler (bis 82 Kilo) muß heute im Kampf um den dritten Rang gegen Jozsef Lohyna (CSSR) auf die Matte.

ZAHLEN

FUSSBALL

Zweite Bundesliga, 13. Spieltag: Wattenscheid – Oberhausen 2:3 (1:1).

TENNIS

Internationales Turnier der Herren in Casablanca, Finale: Schwaier (Bundesrepublik Deutschland) – Windhal (Schweden) 6:3, 6:3.

MOTOR

Tourenwagen-EM, 14. und letzter Lauf in Estoril/Portugal: 1. Niedzwiedz/Soper (Bundesrepublik Deutschland/England) Ford Sierra XR 4, 2. Walkinshaw/Percy (England) Roger Vitesse, 3. Hahne/Allam (Bundesrepublik Deutschland/England) Rover Vitesse, 4. Baldi/Andersson (Italien/Schweden) Volvo 240 Turbo, 5. Schlesser/Brancatelli/Joosen (Frankreich/Italien/Belgien) Rover Vitesse, 6. Bosshard/Ambarrena (Schweiz/Spanien) BMW 635 CSL – Fahrer-Wertung, Endstand: 1. Percy 219 Punkte, 2. Ravaglia 218, 3. Vogt (Bundesrepublik Deutschland) 204.

EISHOCKEY

Bundesliga, 10. Spieltag: Köln – Landshut 7:0, Mannheim – Düsseldorf 6:2, Iserlohn – Frankfurt 6:5, Kaufbeuren – Schwenningen 4:1, Rosenheim – Rießersee 6:1.

TISCHTENNIS

Europaliga, 1. Division, zweiter Spieltag: Norwegen – Deutschland 1:6, Dänemark – Finnland 3:4, Österreich – England 0:7, Türkei – Italien 4:3.

GEWINNZAHLEN

Auswahlwette „6 aus 45": 9, 20, 23, 29, 36, 40, Zusatzzahl: 7. (Ohne Gewähr)

EUROPAPOKAL / Zuversicht für die 2. Runde

Lösbare Aufgaben, aber es drohen wieder mal beschwerliche Reisen

sid/dpa, **Düsseldorf**

Weiterkommen und weiterhin kassieren – unter diesem Motto geht die Fußball-Bundesliga morgen voller Zuversicht in die zweite Runde des Europapokals. Die Rückspiele finden am 5. November statt. Nach dem teuer bezahlten K. o. von Vizemeister Werder Bremen zum Auftakt gegen Atletico Madrid steht das verbliebene DFB-Quintett vor lösbaren Aufgaben, aber zum Teil beschwerlichen Reisen.

Schon in den morgigen Hinspielen wollen Meister Bayern München (gegen Austria Wien) und Pokal-Finalist VfB Stuttgart (bei Torpedo Moskau) sowie im UEFA-Pokal Bayer Uerdingen (bei Widzew Lodz), Borussia Mönchengladbach (gegen Feyenoord Rotterdam) und Bayer Leverkusen (bei Dukla Prag) den Grundstein für das Verbleiben im Spiel um die Millionen-Einnahmen legen. Leicht wird dieses Unterfangen nicht, auch wenn der Teamchef Franz Beckenbauer ihnen Mut zuspricht: „Alle Mannschaften haben eine reelle Chance, die nächste Runde zu erreichen."

Bayern München: Das wohl spannendste Duell im Europapokal aus Sicht der Bundesligaklubs steigt sicherlich im Olympiastadion. „Die Spiele Deutschland gegen Österreich waren schon immer etwas besonderes. In diesen Derbys geht es um mehr als nur ums Prestige", meinte Nationalspieler Lothar Matthäus vor der Begegnung mit Austria Wien. Und dieses Prestige-Duell bringt den Bayern dazu noch eine gefüllte Kasse. Die 50 000 Zuschauer, mit denen Bayern rechnet, bringen bei leicht angehobenen Preisen etwa eine Million Mark für den Klub.

Rechnet Schatzmeister Kurt Hegerich die Einnahmen aus dem Spiel gegen Eindhoven (32 000) aus der ersten Runde noch dazu, so ist der Etat aus den Europapokalspielen bereits gedeckt. Kommen die Bayern weiter, kann nur noch Gewinn erwirtschaftet werden.

Weiterkommen will die Mannschaft unbedingt – trotz der schwachen Vorstellung beim 1:1 in Berlin. Trainer Udo Lattek sagt: „Wir wollen nach zehn Jahren endlich einmal wieder den Europapokal gewinnen." Und weiter: „Wer dieses Ziel erreichen will, muß eben auch die Wiener aus dem Weg räumen." Sein Assistent Werner Olk beobachtete Austria beim 1:1 gegen den Grazer AK. Sein Urteil: „Diese Leistung besagt überhaupt nichts. Die können viel stärker spielen, das werden wir am Mittwoch zu spüren bekommen."

VfB Stuttgart: Wie stark Torpedo Moskau sein wird, wissen die Stuttgarter auch nicht ganz genau, obwohl Trainer Egon Coordes und Assistent Helmut Roleder den Gegner beobachtet haben. Coordes über Torpedo: „Das Team bestätigt den Eindruck, den die sowjetische Nationalelf bei der WM in Mexiko hinterlassen hat. Es wird nicht mehr so schematisch gespielt, fußballerisch hat Torpedo viel zu bieten." Deshalb hofft Nationalspieler Guido Buchwald: „Unser Ziel muß es sein, knapp zu verlieren und ein Tor zu schießen, um im Rückspiel den Spieß umzudrehen."

Dabei sind die Stuttgarter am Montag morgen in aller Frühe mit Problemen belastet nach Moskau gereist. Coordes hat den Jugoslawen Pedrag Pasic nach dessen Arbeitsverweigerung (die WELT berichtete in der gestrigen Ausgabe) suspendiert. Torjäger Karl Allgöwer fällt ebenso immer noch wegen Verletzung aus wie Libero Beierlorzer und Mittelfeldspieler Müller. So werden voraussichtlich Alexander Strehmel (18) und Klaus Perfetto (22) zum Einsatz kommen.

Borussia Mönchengladbach: „Wir müssen wie gegen Partizan Belgrad schon zwei starke Leistungen bringen", warnt Gladbachs Trainer Jupp Heynckes. Mönchengladbach erwartet als zweiter Gastgeber am Mittwoch ebenfalls einen starken Zuspruch aus dem Nachbarland und rechnet mit 25 000 Besuchern. Heynckes: „Bei unseren Bundesligaspielen sind immer etwa 1000 bis 2000 Holländer. Die werden am Mittwoch mit gemischten Gefühlen anreisen." Von einer Summe, wie sie Rekord-Europapokalsieger Real Madrid im Meisterpokal gegen Juventus Turin mit umgerechnet drei Millionen Mark einnehmen wird, kann bei den Borussen selbstverständlich nur geträumt werden.

Seinen Eindruck über Feyenoord faßt Jupp Heynckes, der die Mannschaft mehrmals beobachten konnte, so zusammen: „Sie können an einem guten Tag jeden Gegner schlagen. Dennoch erscheint mir die Mannschaft nicht sehr stabil." Nach zuletzt sechs Spielen ohne Niederlage plagen die Gladbacher diesmal keine personellen Sorgen. Die Aufstellung bleibt unverändert, wobei die Dauerverletzten Sude, Hochstätter und Criens doch noch mit einem Comeback in der Hinrunde rechnen.

Bayer 04 Leverkusen: Trainer Erich Ribbeck hob vor dem Spiel bei Dukla Prag den Zeigefinger: „Diese Mannschaft ist eine Klasse besser als Kalmar." Die Schweden waren in der ersten Runde nicht mehr als ein Trainingspartner für die Bayer-Elf. Ribbeck weiter: „Dukla verfügt über eine routinierte Mannschaft mit immerhin fünf Nationalspielern. Die dürfen wir auf keinen Fall unterschätzen."

Bayer Leverkusen verzichtet in Prag auf das Mitwirken von Falko Götz. Dem früheren „DDR"-Auswahlspieler, der 1983 ein Europacup-Spiel von Dynamo Berlin in Belgrad zur Flucht nutzte, erscheint die Einreise in den Ostblock als zu großes Risiko, da die CSSR-Behörden keine ausdrückliche Sicherheitsgarantie abgaben.

Erich Ribbeck hat noch nicht entschieden, wer für Götz ins Leverkusener Team rutscht, zumal auch der Einsatz des Ex-Berliners Christian Hausmann (Magenkrämpfe) fraglich erscheint. In Frage kommen die Mittelfeldspieler Drews und Patzke sowie der Abwehrspieler Peter Zanter.

Bayer 05 Uerdingen: Uerdingen hat nach dem Triumph in Jena vor Lodz keine Angst. „Widzew ist zu packen. Die Mannschaft spielt einen ziemlich stupiden Fußball", urteilt Bernd Lehmann, Trainer-Assistent von Karl-Heinz Feldkamp. Den Krefeldern fehlen zwar weiterhin Raschid, Gudmundsson und Brinkmann, besonders wichtig ist aber, daß Werner Vollack wieder ins Tor zurückkehrt.

Der 32 Jahre alte Friedhelm Funkel feiert in Polen Jubiläum: Zum 25. Mal spielt er auf internationaler Bühne. Der Routinier visiert das ganz große Ziel an: „Ich will mir auf meine alten Tage den Traum vom Europapokal-Finale erfüllen."

EISHOCKEY-KULISSE / Erste Länderspielreise nach China

● *Mannheim und Kaufbeuren (je 15:5) bauten ihre Führung in der Bundesliga weiter aus. Dagegen stecken Köln (12:8) und Düsseldorf (8:12) immer noch in einem Formtief. Rießersee (3:17) kämpft schon jetzt nur noch gegen den Abstieg.*

● Der tschechoslowakische Stürmer Pavel Richter (Kaufbeuren) führt mit jetzt zwölf Toren weiterhin die Torschützenwertung an, wurde aber am Sonntag von Dany Held (ECD Iserlohn) eingeholt. Held schoß am Wochenende insgesamt vier Tore.



Immer wenn es etwas zu raufen gibt, ist der Düsseldorfer Roy Roedger (der auf dem Foto auf einem Gegner sitzt) nicht weit. In Mannheim hatte er mal wieder einen Aussetzer und zettelte eine Prügelei an. FOTO: DPA

„Komisches Gesicht" von Reil beim Handschlag – da schlug Roedger zu

Dem Erfolg der Mannschaft folgte der persönliche Erfolg für die Spieler. Zwei aus der Überraschungsmannschaft des ESV Kaufbeuren können bald mit einer Berufung in die Nationalmannschaft rechnen. Verteidiger **Klaus Micheller** (19) und Stürmer **Adam Dietrich** (22) fielen Bundestrainer Unsinn besonders auf: „Ganz hervorragend, was die gespielt haben. Vor allem der Klaus Micheller. Ein ungemein athletischer Typ", sagte Unsinn. Und weiter: „Der bringt auch die Einstellung mit. Der geht sogar noch nach dem Training in den Kraftraum und trainiert alleine für sich."

In seiner Begeisterung geriet Xaver Unsinn regelrecht ins Schwärmen: „In Kaufbeuren haben sie überhaupt tolle Nachwuchsspieler. Die haben alle ihr Abitur mit 1,2 oder 1,3 gemacht. Das sind intelligente Spieler. Das wichtigste aber ist, daß sie auch die athletischen Voraussetzungen mitbringen. Das hat man ja nicht immer, daß intelligente Leute auch gute Spieler sind. Bei denen aber stimmt alles. Die haben auch eine klare Linie in ihrem Privatleben." Klaus Micheller und Dietrich Adam erhalten in den nächsten Tagen erstmals eine Einladung zur Nationalmannschaft, die Mitte November eine zweiwöchige China-Reise antreten wird.

*

Der Bundestrainer wird in den kommenden Tagen 50 Spieler nominieren. Die große Zahl ist notwendig, weil in der Bundesliga-Pause zwischen dem 16. November und 4. Dezember gleichzeitig zwei Länderspiel-Tourneen auf dem Programm stehen. Die eine Mannschaft wird unter Unsinns Leitung nach Calgary fliegen und in Nordamerika fünf Testspiele bestreiten. Die andere Mannschaft fliegt mit Junioren-Nationaltrainer **Hans Rampf** (55) nach Peking. Sie folgt damit einer Einladung aus dem Außenministerium, das die 80 000 Mark teure Reise mit einem Zuschuß von 57 000 Mark unterstützt. Auch in China, das sich im Welt-Eishockey für die B-Gruppe qualifiziert hat, stehen fünf Spiele auf dem Plan.

„Ich werde keine ausgesprochene A- oder B-Mannschaft aufstellen," sagt Bundestrainer Unsinn. „Beide Mannschaften sollen etwa gleich stark werden, da wir uns in China auf keinen Fall blamieren wollen." Zu einem vorbereitenden Trainingslager bleibt angesichts des prall gefüllten Terminkalenders in der Bundesliga keine Zeit. Deshalb will Unsinn in den bevorstehenden Länderspielen weitgehend komplette und eingespielte Mannschaftsteile aus den Vereinen übernehmen.

*

Eine Sturmreihe drängt sich dem Bundestrainer derzeit aus Mannheim geradezu auf. Das Stürmer-Trio **Peter Obresa** (26), **Georg Holzmann** (25) und **Paul Messier** (28) ist das derzeit erfolgreichste der Bundesliga. Gemeinsam haben sie 21 der bislang 44 Mannheimer Tore erzielt. Schlüsselfigur in diesem Trio ist Paul Messier, der nicht nur mit zehn Toren treffsicherster Mannheimer Angreifer ist, sondern vor allem durch seine Vorbereitung und seine brillanten Pässe maßgeblichen Anteil an der Tabellenführung hat. Messier aber ist Kanadier, was einen Einsatz in Unsinns Nationalmannschaft ausschließt.

Beim Sieg über die Düsseldorfer DEG herrschten im Friedrichspark-Eisstadion beinahe Düsseldorfer Verhältnisse. 8000 Zuschauer deuteten an, daß Eishockey auch in Mannheim dem Fußball bald zur ernsten Konkurrenz erwachsen kann. In Düsseldorf ist es ja längst der Sport Nummer Eins. Und in Mannheim geht der Trend in die gleiche Richtung. „Ein Teil der Fußball-Fans ist bereits bei uns", sagt Geschäftsführer **Horst Kallsbach** (35) vom Mannheimer ERC. Am Samstag beim Bundesligaspiel gegen den VfL Bochum hatte der Fußballklub SV Waldhof Mannheim nur 500 Zuschauer mehr als tags darauf der Eishockey-Verein Mannheimer ERC.

*

Manchmal kriegen wir einfach einen Blackout", sagte Düsseldorfs Mannschaftskapitän **Roy Roedger** (28) und schloß sich selbst gleich mit ein. Nach der Niederlage hatte er sich mit einer bösen Geste von seinem Gegenspieler **Joachim Reil** verabschiedet. Als die Mannschaften nach dem Abpfiff aneinander vorbeifuhren, um sich zu verabschieden, streckte Reil zwar seinen Arm zum Handschlag aus, doch Roy Roedger schlug nicht ein, sondern zu. „Reil hatte im Spiel versucht, mich absichtlich zu verletzen und hat dafür auch eine Zeitstrafe erhalten", sagte Roedger gestern in einem Gespräch mit der WELT. Roedger weiter: „Nachher sagte er, es sei nicht absichtlich gewesen. Aber dabei machte er so ein komisches Gesicht, und ich wußte, es war Absicht. Deshalb habe ich so reagiert."

Die Reaktion von Roy Roedger blieb ohne Folgen, aber sie ist ein Indiz für die zunehmende Nervosität bei der Düsseldorfer EG, die bisher weit hinter den hochgesteckten Erwartungen zurückgeblieben ist. „Wir sind alle frustiert", sagt Roedger, „dabei dachte ich schon nach dem 3:2 gegen Köln, das sei der Durchbruch gewesen." Nach dem ersten Drittel hatte Düsseldorf auch noch 1:0 geführt, aber dann „machen wir immer wieder elementare Fehler in unserem Drittel", sagt Roedger. Ist das alles ein Grund, gleich auszurasten?

STAND ● PUNKT

Nullpunkt erreicht

Der Handball hierzulande steckt in einer Entwicklungsphase. Doch während bei den Männern der Trend aufwärts zeigt, erreichten die Frauen sechs Wochen vor der Weltmeisterschaft den Nullpunkt.

Nicht nur die Tatsache, daß beim Sechs-Länder-Turnier in Holland ein letzter Platz heraussprang, sondern die Art der Niederlagen läßt für die bevorstehende WM das Schlimmste befürchten. Fast jede Begegnung wurde zu einer Demonstration spielerischer Unzulänglichkeit.

Bundestrainer Ekke Hoffmann ist an der negativen Entwicklung nicht schuldlos. Nach der Bronzemedaille, die sein Team bei der B-WM 1985 im eigenen Land gewann, versäumte er es, die sich bildenden Lücken aufzufüllen. So gelang es ihm nicht, die nach dem Rücktritt der Leverkusenerin Britta Vattes noch immer vakante Schlüsselposition der Spielmacherin optimal zu besetzen.

Die Frankfurterin Hannelore Koch, die beste Linkshänderin, wäre als Aufbauspielerin eine gute Alternative, doch auf ihren Einsatz verzichtet der Bundestrainer aus persönlichen Gründen. Das ist kein Einzelfall. Die talentierte Michaela Erler vom VfL Engelskirchen, die auf der international nur ungenügend besetzten Kreisläufer-Position zu den auffälligsten Bundesligaspielerinnen gehört, findet ebenfalls aus privaten Gründen keine Berücksichtigung.

Ohnehin scheint der Bundestrainer eher den Spielerinnen aus unterklassigen Vereinen zu vertrauen. Am Kreis setzte er Lydia Wesche vom drittklassigen SV Union Hamburg ein, ein Experiment, das kläglich scheiterte. Selbst anerkannte Trainerkollegen wie Jürgen Gerlach vom TV Lützellinden haben dafür kein Verständnis. Im halblinken Rückraum fristet Sabine Kalla vom Zweitligisten Brühler TV ein trauriges Statisten-Dasein, ein Schicksal, das sie sich allerdings mit der Engelskirchenerin Corinna Kunze teilt.

Engelskirchens Linkshänderin Dagmar Stellberg, seit Jahren eine Ausnahmeerscheinung im Frauen-Handball, ist im Angriff Alleinunterhalterin. Sie und das Torhüterduo Astrid Hühn und Sabrina Koschella sind die einzig stabilen Größen.

Ekke Hoffmann hat den Kredit, den er mit der Bronzemedaille 1985 gewann, in nur zehn Monaten offenbar verspielt. Er habe praktisch keine Mannschaft, erklärte er nach dem Debakel von Holland – ein größeres Armutszeugnis kann sich ein Trainer kurz vor einer WM wohl kaum ausstellen. ANGELA BERN

NATIONALELF / Aufgebot für Spiel in Wien

Beckenbauer gibt einmal Eike Immel eine Chance

sid, **Düsseldorf**

Im letzten Länderspiel eines ereignisreichen WM-Jahres schickt Franz Beckenbauer am nächsten Mittwoch (19 Uhr) in Wien gegen Österreich zwar keinen Neuling aufs Feld, wohl aber einen Kandidaten aus dem zweiten Glied. Eike Immel, der schon 1980 als 19jähriger seine Premiere feierte und als Kronprinz von Harald Schumacher eingestuft wurde, seitdem jedoch nur noch dreimal das DFB-Trikot trug, rückt diesmal zur Nummer eins auf. „Eike hat sich die Chance verdient", meinte der Teamchef über den Stuttgarter, der sein Reservisten-Dasein im Gegensatz zum Aufmüpfigen Uli Stein (Hamburg) bislang stets mit einer Engelsgeduld ertrug.

Der Wechsel im Tor führt gleichzeitig zu einem anderen Rollentausch. Schumachers Vertreter als Mannschaftsführer ist in seinem 51. Länderspiel wahrscheinlich Lothar Matthäus (25). Von den 79 Vorgängern, die für dieses Ehrenamt auserwählt wurden, war nur der Stuttgarter Karlheinz Förster 1983 ein paar Monate jünger. Allerdings wäre für Beckenbauer auch der Kölner Klaus Allofs ein „sehr geeigneter Kandidat". Beckenbauer: „Wir werden in dieser Frage in Ruhe entscheiden, denn es handelt sich um eine wichtige Auszeichnung."

Großzügig verhält sich Beckenbauer, indem er den Mannheimer Jürgen Kohler und den Nürnberger Dieter Eckstein zur Junioren-Auswahl „U 21" von Berti Vogts abstellt, die ebenfalls am 29. Oktober (17.15 Uhr) in Koblenz ihr erstes EM-Qualifikationsspiel gegen Bulgarien austrägt. Damit ergibt sich für Beckenbauer ein Problem: „Uns fehlt jetzt ein zweiter Manndecker." Berti Vogts schlug vor, den vielseitigen Wolfgang Rolff von Bayer Leverkusen mit dieser Defensivrolle zu betrauen.

Der Teamchef will diese Variante überdenken und setzt ansonsten auf die Rückkehr von Klaus Allofs, der nach seinen drei Toren in Düsseldorf auf jeden Fall spielen soll. Außerdem wieder dabei im 20köpfigen Kader sind Rudi Völler, Olaf Thon, Matthias Herget und Andreas Brehme.

Schon am Sonntag abend fliegt die DFB-Delegation nach Wien (die noch im Pokal beschäftigten Mönchengladbacher Michael Frontzeck und Uwe Rahn kommen am Montag nach).

Das Aufgebot: Tor: Immel (Stuttgart), Schumacher (Köln). – Abwehr: Augenthaler (München), Berthold (Frankfurt), Buchwald (Stuttgart), Brehme (München), Frontzeck (Mönchengladbach), Herget (Uerdingen), Hörster (Leverkusen) – Mittelfeld: Matthäus (München), Rahn (Mönchengladbach), Rolff (Leverkusen), Thon (Schalke), Wuttke (Kaiserslautern) – Angriff: K. Allofs (Köln), Völler (Bremen), Gründel (Hamburg), Rummenigge, Wohlfarth (beide München), Waas (Leverkusen).

BIELEFELD

Sportgericht muß tagen

dpa, **Bielefeld**

Ein Nachspiel vor dem Sportgericht des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) wird das Zweitliga-Spiel Arminia Bielefeld gegen den 1. FC Saarbrücken haben. Die Bielefelder legten gestern Protest gegen die Spielwertung (1:3) ein. „Frühestens in der nächsten Woche ist ein Termin für eine mündliche Verhandlung möglich", bestätigte ein DFB-Sprecher. Der 1. FC Saarbrücken soll ebenfalls zu einer Stellungnahme aufgefordert werden.

Arminia Bielefeld war am vergangenen Samstag wegen insgesamt zehn verletzter oder erkrankter Spieler zum Treffen gegen den 1. FC Saarbrücken nur mit zehn Akteuren – ein Novum im bezahlten Fußball – unter Protest angetreten. Der DFB hatte 24 Stunden zuvor eine Verlegung der Begegnung aus „grundsätzlichen Erwägungen" abgelehnt. DFB-Liga-Sekretär Wilfried Straub dazu: „Wir wollten keinen Präzedenzfall schaffen."

Die Bielefelder hatten sieben Profis und die höchstzulässige Zahl von drei Amateuren aufgeboten und konnten die Mannschaft nicht ergänzen, als sich nach wenigen Minuten mit Thomas Ostermann ein weiterer Spieler bei einem Tackling verletzte. Arminia mußte das Treffen mit nur neun Spielern beenden, da lediglich drei Amateure eingesetzt werden können.

FUSSBALL / Heimliche Feier mit Hertha-Fans

Ostberliner Kneipenwirt muß zwei Jahre in Haft

dpa, **Berlin**

Die Funktionäre von Hertha BSC Berlin waren entsetzt über die Nachricht: Der Wirt, der vor knapp einem Jahr in seiner Ostberliner Kneipe eine heimliche Weihnachtsfeier zwischen Mitgliedern von Hertha BSC und dem „DDR"-Oberligaklub 1. FC Union Berlin organisiert hatte, wurde inzwischen zu zwei Jahren Haft verurteilt.

Das ist nur ein Beispiel dafür, daß für die „DDR"-Sicherheitskräfte die Probleme mit dem Fußballsport und seinen Anhängern nicht abreißen. So gab es in dieser Saison trotz drakonischer Gerichtsurteile in vorherigen Fällen bei einem Oberligaspiel zwischen „Eisern" Union und Energie Cottbus einen Steinwurf aus dem Block der Union-Fans. Nach einem Bericht des Fachblatts „Deutsches Sportecho" traf „der Rabauke", der „einen Spielabbruch provozieren" wollte, mit seinem Stein einen Rostocker Linienrichter am Hinterkopf.

Alkohol spielte oft eine Rolle, was zu einem totalen Alkoholverbot in „DDR"-Fußballstadien führte. Ein Sprecher des „DDR"-Außenministeriums bestätigte: „Angetrunkene Besucher werden nicht reingelassen."

Diese Regel hat neuerdings auch für immer mehr Westberliner Fans Folgen. Die „DDR"-Grenzer verweigern nach zuverlässigen Angaben aus West-Berlin immer mehr angetrunken wirkenden Hertha-Fans die Einreise nach Ost-Berlin, wenn diese dort Spiele von Union besuchen wollen und schon an der Grenze mit Pöbeleien unangenehm auffallen.

Hans Birkenbeul, Sprecher der Innenverwaltung des Senats, bestätigte: „Solche Zurückweisungen lagen in den Personen begründet, nicht in der Sache." Die Grenzer legen jedoch an das Verhalten der Fans bei der Grenzkontrolle einen strengen Maßstab an. Generell ist nach Informationen aus Hertha-Kreisen das Bemühen erkennbar, die Verbindungen zwischen Hertha-Fans und befreundeten Union-Fans zu vermindern.

Nur vor diesem Hintergrund ist nach Meinung von Westberliner Fußballanhängern die außergewöhnlich harte „DDR"-Reaktion auf die heimliche Weihnachtsfeier in Ost-Berlin zu erklären. Die Informationen von Freunden aus Ost-Berlin über das Schicksal des Kneipenwirts sind nach Hertha-Angaben zuverlässig. Schon damals, in den ersten Wochen nach der Feier, in die Volkspolizisten geplatzt waren, hatten Hertha-Mitglieder bei privaten Einreisen nach Ost-Berlin erhebliche Behinderungen und peinlich genaue Kontrollen über sich ergehen lassen müssen.

Trotz aller Schwierigkeiten bleibt es jedoch dabei: Bei Hertha-Spielen wird traditionell ein Transparent im Stadion gezeigt: „Hertha grüßt Eisern-Union" und im Osten an der Wuhlheide heißt es in Sprechchören immer wieder: „Ha-Ho-He-Hertha BSC."

SPORTÄRZTE

Flammender Appell von Donike

sid, **Kiel**

Die Sportärzte der Bundesrepublik haben sich viel vorgenommen. Beim 30. Kongreß in Kiel entwickelte der Präsident des Deutschen Sportärzte-Bundes (DSÄB), Professor Dr. Wildor Hollmann, ein Reformprogramm für den Spitzensport, und der Kölner Dopingexperte Professor Dr. Manfred Donike forderte seine Kollegen von der medizinischen Fakultät in einem leidenschaftlichen Appell zum verstärkten Anti-Doping-Kampf, zur Beendigung der „Experimente an den Spitzensportlern" auf.

Wildor Hollmann, seit dem Weltkongreß in Brisbane auch Präsident des Weltverbandes für Sportmedizin (FISM), engagierter Kritiker expansiver Kommerzialisierung und Professionalisierung des Hochleistungssports, forderte eine Limitierung der Wettkämpfe, das „Ende der Wettbewerbsinflation": „Der Wanderzirkus in Tennis, Leichtathletik und Skisport läßt keine Regeneration zu."

Daneben setzte sich Hollmann für ein Mindestalter für die Teilnahme an internationalen Wettbewerben ein. Für die verletzungsträchtigen Sportarten forderte der renommierte Leiter des Instituts für Kreislaufforschung und Sportmedizin der Deutschen Sporthochschule Köln „einschneidende Regeländerungen zum Schutz der Sportler und des Sports."

Für Furore sorgte das Referat von Manfred Donike. Der Leiter des Kölner Instituts für Biochemie an der Deutschen Sporthochschule Köln warnte seine staunenden Kollegen vor „dem schwarzen Anabolika-Markt, der von vielen Spitzensportlern und deren Betreuern genutzt wird". Zuletzt hatte Donike bei den Asien-Spielen in Seoul zwölf Doping-Vergehen nachgewiesen. Donike forderte das „Ende der Experimente an den Spitzensportlern", wobei er auf den steigenden Mißbrauch des Sexualhormons Testosteron zielte: „Der dramatische Anabolika-Mißbrauch ist der größte Risikofaktor des Hochleistungssports."

Donike sieht die einzig wirksame Chance des Anti-Doping-Kampfes in unangemeldeten Trainingskontrollen, aber dafür „fehlen derzeit die juristischen Voraussetzungen".

Gustav Regler: Postume Ehrung eines Romanciers

Aufbruch in die Heimat

Er war Kommunist und wandelte sich zum militanten Antikommunisten. Die Heimatstadt von Gustav Regler, Merzig im Saarland, hat ihm zwei Jahrzehnte nach seinem Tode ein Denkmal gesetzt. Und 23 Jahre, nachdem er auf einer Reise in Indien starb, erscheint jetzt postum ein bisher ungedrucktes Buch von ihm: „Juanita", die Geschichte eines spanischen Mädchens.

Vom Pariser Schriftstellerkongreß 1935 gibt es ein Foto, das Regler im Gespräch mit Bertolt Brecht, Ilja Ehrenburg und Johannes R. Becher zeigt. Große Namen unter sich? Nun, Reglers Bücher erleben erst jetzt nennenswerte Auflagen; selbst 1953, nach seiner Heimkehr aus dem Exil und seinem ersten Bucherfolg, war



bekannt, daß er von seinen Verlagsprovisionen nicht leben konnte, daß zu seinen Haupteinkünften die Rente gehörte, die ihm wegen seiner Boykottierung im „Dritten Reich" zugesprochen worden war.

Das neue Interesse an seinen Büchern, abzulesen auch daran, daß seine unter dem Titel „Das Ohr des Malchus" erschienene Lebensgeschichte (als Suhrkamp-Taschenbuch) jahrelang vergriffen war, kam verhältnismäßig spät. Es kann sich auf zwei meßbare Tatsachen beziehen. Einmal war Gustav Regler republikanischer Freiwilliger im Spanienkrieg 1936 und politischer Kommissar der 12. Internationalen Brigade. Fünfzig Jahre nach Ausbruch dieses Krieges wurde alles, was dieses Ereignis betraf, aktuell. Und dann haben manche von Reglers Büchern auch genau den Ton, den die heute neuerwachte „Heimat"-Literatur verwendet.

Ein paar Titel sind in den letzten Jahren neu aufgelegt worden, zum Beispiel der Saar-Roman „Im Kreuzfeuer", der die Zeit vor der Abstimmung beschreibt (Gerstenberg-Verlag). „Das große Beispiel", ein Roman aus dem spanischen Bürgerkrieg, erschien bei Kiepenheuer & Witsch in Köln, „Wasser, Brot und blaue Bohnen" bei Suhrkamp in Frankfurt. 1960 erhielt Regler den Saarländischen Kulturpreis, wobei das Wort vom „verlorenen Sohn" fiel, weil er seit seiner Flucht aus einem französischen Lager 1940 ständig in Mexiko lebte (mit seiner dritten Frau). Regler korrigierte die Aussage. Sein Roman „Der verlorene Sohn" von 1933 war ein antikirchliches Buch, an das er vielleicht nicht erinnert werden wollte. Er ließ den Vergleich nur insofern gelten, als er seine geistige Umkehr beträfe. Weder habe er freiwillig die Heimat verlassen, noch sei er bei seiner Rückkehr mit offenen Armen aufgenommen worden.

Immer kämpferisch, immer revolutionär. Geboren 1898 als Sohn des Buchhändlers Michael Regler (die Firma, im Familienbesitz, besteht heute noch, umfaßt zwei Buchhandlungen und eine große Bürobedarfsfirma mit 150 Mitarbeitern), wurde der Musterschüler Soldat, schloß sich 1918 dem „Freiwilligen republikanischen Regiment Reichstag" an, lernte den revolutionären Schriftsteller Ernst Toller kennen, erlebte in München den Versuch des Aufbaus einer „Räterepublik" und deren Zusammenbruch.

Die erste Ehe scheitert schnell, in zweiter Ehe heiratet Gustav Regler die Tochter Marieluise des in Worpswede lebenden Malers und Kommunisten Heinrich Vogeler. 1929 tritt er selbst in die KPD ein. Das kleine Niemandsland an der Saar, damals noch unter der Kontrolle des Völkerbundes, wollte er im Kampf gegen Hitler und dessen Volksabstimmung als Bollwerk gegen die Diktatur erhalten und scheiterte mit diesem Ziel, sogar in der eigenen Familie. Der Vater (im „Ohr des Malchus" so zitiert): „Du wirst enttäuscht werden. Wir sind deutsch, das ist eine sentimentale Fixierung, gegen die kein Kraut gewachsen ist."

Die politische Ernüchterung kam für Gustav Regler mit dem Hitler-Stalin-Pakt, obwohl er es so beschrieb, als ob die Wandlung schon erfolgte, als er sich, vor Spanien, in Rußland aufhielt. „Wer aufbricht, stündlich, von sich selber, hat sein Heim gefunden", schrieb er in einem seiner Gedichte. Die Zeile ging in den Sockel seines Denkmals ein. Er war wohl immer auf der Flucht vor irgend etwas. EBERHARD NITSCHKE

Gustav Regler: „Juanita". Roman. Büchergilde Gutenberg, Frankfurt/M. 400 S., 29,90 Mark.



Starke Irritation: Francesco Clementes „Selbstbildnis" (1984) ziert das Plakat zur Berliner Grafik-Ausstellung FOTO: KATALOG

„Von Beuys bis Stella" – Berlin präsentiert Grafik des letzten Jahrzehnts

Ein Gruppenbild mit Schafsköpfen

Größen-Wahn hat die zeitgenössische Grafik erfaßt. Längst haben sich die verschiedenen Drucktechniken zu autonomen Bild-Medien emanzipiert. Zwar spielen sie, gegenüber dem traditionellen Vorreiter „Malerei", nicht gleich die erste Geige, aber sie machen ihre eigene Musik. Wenn das Kupferstichkabinett Preußischer Kulturbesitz die neueste Folge seiner „Rechenschaftsberichte" im Bereich moderner Neuerwerbungen diesmal nicht in den eigenen Räumen, sondern in der Dahlemer Sonderausstellungshalle der Staatlichen Museen zeigt, dann mit ganz handfesten Gründen. Die Objekte ordnen sich zu einer Fülle intensiver Bildwände, die keineswegs allesamt aus dichter Nähe betrachtet sein wollen. Der Mappenschrank hat als Aufbewahrungort für die Moderne in weiten Bereichen ausgedient. Zu großspurig kommen viele Formate daher. Und nicht alle Arbeiten lassen sich in Einzelblätter zerlegen, wie die bis zu sechs Meter hohen Arbeiten des New Yorkers Vito Acconci.

Aber nicht nur der konservatorischen, auch der gedanklich ordnenden Schublade entziehen sich viele Werke, was man durchaus begrüßen könnte, würde nicht das ausgebreitete Angebot – immerhin 250 von 454 erworbenen, im letzten Jahrzehnt entstandene Grafiken – doch noch in zwei schematisierende Schubladen und damit auf den banalsten gemeinsamen Nenner, gebracht: „Aus der gegenständlichen Welt", „Die Form ist der Gegenstand" und dazwischen das weite Feld „Zwischen ‚Gegenstand' und ‚freier Form'". Mögen die Aktposen eines Philip Pearlstein oder die anhaltende Produktion der Popper und Hyper-Realisten mühelos ins „Gegenstand"-Lager passen – gleichermaßen mit Joseph Beuys' ausdrücklich als „Painting" bezeichneter, mit Ölfarbe und Fett traktierter und angerissener Arbeit „Schafsköpfe" zu verfahren, bedarf es schon mehrerer reflektorischer Saltos.

Man muß sich freilich von den Sortierschwierigkeiten der Museumssammler nicht allzu nachhaltig irritieren lassen, um diese exquisite Kollektion auf sich wirken zu lassen, bei der das Lokale qua Bedeutung, eine un-Stimme im „internationalen" Panorama hat. Längst ist ja, bedingt durch die Einbußen der Sammlung, vor allem aber durch die heutige Mißproportion von Erwerbungsmitteln und Kunstmarktpreisen, die Ambition aufgegeben, „große Meister" komplett im Schrank zu haben.

Dafür ist man intensiv bemüht, möglichst viele Künstler präsent zu halten. Insofern bietet die Ausstellung einen vorzüglichen Querschnitt durch das letzte grafische Jahrzehnt. Die zur Verfügung stehenden Techniken werden reichlich praktiziert, wenn auch mit gelegentlichen Irritationen: Plakat und Katalog zeigen ein Selbstbildnis von Francesco Clemente, einen Farbholzschnitt, der eher an ein Aquarell erinnert.

Das Kupferstichkabinett unterstreicht hier auch dynamisch seine schon lange bewiesene Absicht, aus dem Hintergrund des Bewahrers und Aufbewahrers herauszutreten und durch aktuellste Erwerbungen, auch um den Preis späterer Abwertung, seine „Rolle als Partner im Dialog heutigen Kunstschaffens" zu spielen. (Bis 23. 11., Katalog 15 Mark.)

PETER HANS GÖPFERT

Kölner Kongreß zum Thema Menschenrechte

Vor Tabus sei gewarnt

Alle reden davon, wenige denken darüber nach, kaum jemand analysiert ihre Grundlagen: So steht es heute um die Menschenrechte! Es war darum sehr verdienstlich, daß die deutsche Sektion der Internationalen Vereinigung für Rechts- und Sozialphilosophie auf einer Kölner Tagung sich eine philosophische Analyse der Menschen- und Bürgerrechte als Thema gestellt hatte.

In seinem kenntnisreichen, gründlichen Einleitungsreferat wies Martin Kriele (Köln) darauf hin, daß schon die vorchristliche Stoa und Cicero (106–43) Menschenrechte lehrten, daß dann im Anschluß an die Naturrechtslehre der spanischen Spätscholastik unter anderem bei Vitoria (1483–1546) und Suarez (1548–1617) die Menschenrechte in der Neuzeit entwickelt wurden als Schutz des Bürgers vor dem absolutistischen Staat.

Toleranz konnte vom Herrscher gewährt, aber auch jederzeit widerrufen werden. Menschenrechte dagegen gewähren dem Bürger einen Anspruch unabhängig vom Belieben des Herrschers. Deshalb darf das Recht nicht der Willkür des Herrschers unterworfen sein: Menschenrechte bedingen zugleich die Gewaltenteilung. Kriele zeigte überzeugend, wie Menschenrechte und Gewaltenteilung notwendig sind für den freiheitlichen modernen Staat. Und zugleich belegte er, daß es um die wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte, die in UN-Resolutionen gern gegen die „bürgerlichen" Menschenrechte der Freiheit und Gleichheit ausgespielt werden, um so schlechter steht, je schlechter es auch mit den „bürgerlichen" Menschenrechten geht.

Josef Isensee (Bonn) legte in seinem Vortrag „Wahrheit und Freiheit" dar, daß die katholische Kirche zwar für einige Menschenrechte in der scholastischen und neuscholastischen Naturrechtslehre eine Basis biete, daß aber im 19. Jahrhundert von Pius VI. bis Leo XIII. durch päpstliche Verlautbarungen vor allem die liberalen Forderungen der Freiheit und Gleichheit immer wieder stark eingeschränkt worden seien.

Das sei zu dadurch zu erklären, so Isensee, daß die Menschenrechte der Freiheit und Gleichheit 1791 in der Französischen Revolution verkündet wurden, daß diese Revolution dann aber Hunderte von Kirchen zerstört und zahlreiche Geistliche und Ordensleute getötet habe und schließlich den antichristlichen Kult der „Göttin der Vernunft" propagierte. Erst seit Beginn des 20. Jahrhunderts wandelte sich die Haltung, wurden die Menschenrechte nach und nach immer stärker von der Kirche übernommen, ja schließlich sogar propagiert.

Martin Heckel (Tübingen) wies auf „Die Problematik der Menschen- und Bürgerrechte in der reformatorischen Theologie" hin. Luther wie die übrigen Reformatoren hätten sich für Menschenrechte überhaupt nicht interessiert. Ihnen sei es nur um die Gerechtigkeit und Freiheit des Menschen vor Gott gegangen. Für das 19. Jahrhundert gelte dann genau wie für die katholische Kirche der Schock der Französischen Revolution. Erst in den letzten zehn Jahren beschäftigte man sich in der evangelischen Kirche positiv mit den Menschenrechten. Diese seien nach Heckels Meinung jedoch „ein weltlich Ding", sie könnten nicht aus dem Glauben begründet werden, obwohl sie für die Ausgestaltung gerechten weltlichen Zusammenlebens sehr wichtig seien.

In einer der Arbeitsgruppen ging die Diskussion um Menschenrecht und Gentechnologie. Hier legte Ulfried Neumann (Frankfurt) dar, daß die Menschenwürde als oberstes Menschenrecht entweder primär auf den einzelnen Menschen oder primär auf die Menschheit als solche bezogen werden könne. Wenn man von letzterem ausgehe, komme sie dem einzelnen zu, unabhängig davon, ob er auch aktuell über Selbstbewußtsein und andere Persönlichkeitsattribute verfüge. Wenn außerdem menschliches Leben mit der befruchteten Eizelle beginne, dann seien alle Experimente mit sogenannten überzähligen Embryos (die sich bei künstlicher Befruchtung ergäben) mit der Menschenwürde unvereinbar.

Gerhard Struck (Hamburg) meinte, daß das Argument der Menschenwürde zu einem Tabu zu werden drohe. Bei einem Tabu dürfe man nicht mehr nach seinen Gründen fragen, man habe es einfach gläubig hinzunehmen. Er zitierte etliche Beispiele aus der Antrittsvorlesung von Professor Benda, früher Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, die zeigten, daß die bloße Erwähnung der Menschenwürde als Argument gebraucht werde, ohne genauer zu begründen, wieso sie hier verletzt werde.

ALBERT MENNE

Neue Familienserie über das Mittelschicht-Glück

Schöner, heiler Vorabend

Der TV-Vorabend ist dem Bundesbürger heilig und die Familienserie geradezu unverzichtbar. Nach dem Negativbild der „Lindenstraße", dem Zuckerbäcker-Phantom des „Traumschiffs" und dem aufgedonnerten Holzhammer „Schafkopfrennen" setzte man bei den Machern nunmehr auf „intakt" und „heil".

Der Einstieg ins abendliche Fernsehen soll für die ganze Familie blitzsaubere Unterhaltung, ja sogar so etwas wie Lebenshilfe bringen – also keine kaputten oder auch nur angekränkelten Typen. Man will auf dem Bildschirm Menschen wie du und ich sehen, freundliche Situationen vorfinden, die auch nebenan entstehen könnten. Aus diesem Grunde beißt die am Mittwoch beginnende Serie

Die Wicherts – ZDF, 20.15 Uhr

„Die Wicherts von nebenan". Justus Pfaue hat die vorläufig geplanten 13 Folgen nach dem Muster gepflegter Harmlos-Unterhaltung gestrickt und sie dem Holländer Rob Herzet (Regie) zu familienfreundlichster Aufarbeitung überantwortet. Der Mittwoch gehört also um 17.45 Uhr den „Wicherts" aus Berlin. Das ZDF zeigt heute einen Pilotfilm, der die Personen vorstellen soll. Tags darauf geht es dann weiter mit den „Wicherts von nebenan" – garantiert schockfrei und abendbrot-freundlich.

Ob sie die „Brinkmanns" einholen können? Das darf bezweifelt werden. Dazu sind sie allzu sehr „Durchschnittsfamilie". In ihrer Welt gibt es nur Normales, inklusive der kleinen und kleinsten Problemchen. Wie bei vielen von uns fordert ein Abzahlungseigenheim über Jahre hinweg beträchtliche Einschränkungen, wie bei vielen von uns wird trotzdem ein Mercedes auf Pump gekauft. Eine quengelige, aufs Akademische erpichte Oma lebt mit im Haus. Sie hat kräftig mitfinanziert und bekommt die beiden schönsten Zimmer. Die Söhne (20 und 16) sehen das nicht ohne Grimm. Aber sie sind rundum willfährig, die Familie geht ihnen über alles.

Vater Wichert ist ein normal mürrischer Ehemann, ein Sonder-Schreiner mit handwerklicher Qualitätsmarke. In seinem Betrieb „leistet" er seinen Boß glatt an die Wand. Mit Mutter Wichert ist er 25 Jahre lang verheiratet, und sie lieben sich wie am ersten Tag, eifersüchteln wie Jungverliebte. Stephan Orlac und Maria Sebaldt spielen dieses Intakt-Paar, wobei man Frau Sebaldt die Mittelstands-Mama mit Getränkevertrieb im Keller des Eigenheimes nur schwer abnimmt.

Sonnyboy Andy soll nach dem Willen der Oma (Edith Schollwer spielt sie mit Charme) Chirurg werden, interessiert sich aber mehr für die delikaten Innereien von Hühnern und Enten. Warum auch nicht? Hier merkt man schon: es handelt sich bei den Wicherts nicht ums „Milljö", sondern um eine Bourgeoisie mit Statusbewußtsein. Im Gesangsverein singt man dementsprechend nicht vom „Wald, so hoch dort oben", sondern den Nabucco-Chor von Verdi. Und am häuslichen Herd wird laufend vom Bundeskanzler gesprochen. Allerdings ohne Namensnennung. Denn nach Ablauf der ersten 13 Folgen sind weitere 26 dieser Art möglich – und wer weiß?

ELISABETH KEMPE-LINDEMEIER

VIDEO neuheiten

Als er ins Kino kam, wurde er hochgelobt, und kaum gab's ihn auf Video, da stieg er steil nach oben in der Leih- und Kaufhitparade: John Hustons **Ehre der Prizzis** (Vestron, 115 min) mit Kathleen Turner und Jack Nicholson nebst einem köstlichen William Hickey als Prizzi-Patriarch – Hustons Frucht der späten Jahre. Denn der gerade 80 gewordene Amerikaner hat eine Mafia-Parodie geschaffen, eine Posse um einen Profikiller, der eine Polin liebenlernt, die demselben Gewerbe nachgeht wie er. Das aber erfährt Killer Charley erst im Honeymoon der beiden, plus: daß sie ihren Schatz ursprünglich im Auftrag der „Gesellschaft" wegen einer anderen Affäre beseitigen sollte.

„Lieber gut geklaut als schlecht ausgedacht", kommentierte die Zeitschrift „Video" den neuen Film à la Michael Crichton, einem Spezialisten fürs Makabre. In **Todespoker** sind die Ärzte nur noch Feinmechaniker, überwacht vom Genossen Computer – ein Albtraum mit fast Altman'schem Zynismus, wenn die Weißkittel ihre Freizeit mit erschröcklichen Wetten darüber ausfüllen, wie dieser oder jener Patient unter der Obhut der Maschine es noch so macht. Dann aber gibt es eine Exitus-Serie, und die Rätselei hebt an. Regisseur Brian Bennett hat diesen Thriller gedreht. (Ufa, 98 min)

Wenn ein so erfahrener Drehbuchschreiber wie Lawrence Kasdan („Jäger des verlorenen Schatzes") als Regisseur einen Western dreht, dann kann der eigentlich nur vom Besten sein. 140 Arbeiter haben in einem Tal nahe Santa Fé, Neu Mexiko, die größte Western-Kulisse aufgestellt, die es je gab, und Hunderte „tierischer" Statisten vom Huhn bis zum Rind sorgen in **Silverado** fürs richtige Ambiente (RCA/Columbia, 127 min). Silverado ist der Name einer Stadt und Ziel eines Siedlertrecks. Der aber war von kriminellen Anführern geplündert worden, und so kommt das Quartett von vier „guten Cowboys" den armen Treckern gerade recht: Emmett, der soeben Revolvertypen entkommen war, Paden, den er als ebenfalls überfallenen Leidensgenossen in der Wüste kennenlernt, dann Emmetts Bruderherz Jake, den die beiden Tramps unterm Galgen weglupften, und schließlich ein scharzer Cowboy. Die Vier bringen den Siedlerzug heil nach Silverado, aber da ist das Ungemach noch nicht vorüber: Ein Großgrundbesitzer terrorisiert die braven Bürger, hat den Sheriff und dessen Stellvertreter fest im Griff und will keine neuen Siedler im Städtchen. Und als das Quartett der Guten sich weigert mit den Neuankömmlingen weiterzuziehen, gibt's den westernüblichen Knatsch mit jeder Menge blauer Augen und Bohnen.

Legende ist ein Fantasy-Bestseller, in dem David Bennent als langohriger Zwerg agiert. Ridley Scott hat diese englische Mär 1985 gedreht, in der es um ein Einhorn geht. Das wird von den Bösen gemeuchelt – Grund genug für die Guten, voran die Prinzessin Lili und ihr Liebster Jack, auf verschlungenen Wegen ins Reich der Finsterlinge zu ziehen, um die Welt vorm Tod durch Schnee und Eis – Strafe für den Mord am Unicorn – zu bewahren. Das alles klappt dann auch, und fertig ist ein Trendreiter, der einen Fehler hat: Er ist allzu routiniert heruntergekurbelt. (Thorn/EMI, 94 min). ALEXANDER SCHMITZ

KRITIK

Historienteppich verbarg die Politik

Es fällt schwer, über einen Film Unmut zu äußern, wenn er mit großer Faszination daherkommt, mitreißende Darsteller vorführt, lebendige Bilderbögen entfaltet, so daß man nicht weiß, woher ein Produzent den Mut hernimmt, mit soviel Liebe und Engagement an die Sache heranzugehen – vom professionellen Handwerksethos nicht zu sprechen: **Lenz oder die Freiheit** (ARD).

Ein großartiger Film, der die badische Revolution von 1849 in Spielszenen setzt, ein Film mit wahrhaftigen Gesichtern, mit Menschenliebe und Menschenleid. Es fehlt nichts außer dem eigentlichen Ziel, nämlich der Erschließung der Hintergründe und des politischen Ambiente. Das ging im wallenden Historienteppich verloren. Daher die Unvollkommenheit dieses vollkommenen Films.

Man muß Peter Simonisek nennen, der den Rebellen Lenz auf eine naivdrängende Männlichkeit stilisiert, man muß die Josepha der Annette Uhlen erwähnen, die einer fast unglaubwürdigen Rolle viel Glaubwürdigkeit zurückgewinnt. Man müßte viele Darsteller nennen, aber man täte dann den Komparsen unrecht, die unter kundiger Regie mehr als nur „Volk" spielten. Fazit: Gesetzt den Fall, der Film wäre untergegangen: Er hätte es auf eine grandiose Weise getan. VALENTIN POLCUCH

STUDIO

Ab Januar wird man in der Bundesrepublik Fernsehprogramme der **BBC** und der kommerziellen **ITV** sehen können. 24 Stunden pro Tag strahlt dann ein neuer **Superchannel**. Er gehört den 14 unabhängigen TV-Produktionsgesellschaften, die ITV beliefern. „Superchannel" wird eng mit **musicbox** zusammenarbeiten. Darüberhinaus sollen Spitzenprogramme von BBC und ITV übernommen werden. (SAD)

*

Niedersachsens Ministerpräsident **Ernst Albrecht hat Hessen gewarnt**, die übrigen Bundesländer daran zu hindern, eine Regelung zur **Neuordnung des Rundfunkwesens** zu erreichen. Zu Stimmen aus der hessischen Landesregierung und der **nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion** sagte Albrecht: „Wir wären bei der letzten Jahres-Konferenz der Ministerpräsidenten in Saarbrücken über einen umfassenden Medienvertrag einig geworden, wenn Hessen nicht gewesen wäre." Für wichtig erachtete es Albrecht, „daß das, was wir gemeinsam – zusammen mit Nordrhein-Westfalen – beschlossen haben, **nun in den zehn anderen Ländern auch verwirklicht wird**". (dpa)

*

Der **flämische** Teil des **belgischen Rundfunks** BRT Brüssel hat ein Programm **in Deutsch** eingeführt: täglich außer Sonntag von 21 bis 21.25 Uhr auf der Kurzwelle 5910 kHz und auf Mittelwelle 1512 kHz. H. J.



9.45 Info Verbraucher
10.00 heute
10.03 Der Junge mit dem Jeep
Fernsehspiel von Klaus Poche

15.50 Tagesschau
16.00 Sie – er – es
Das „Frauenmagazin auch für Männer" ist der amerikanischen Schriftstellerin Alice Walker gewidmet.
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Expedition ins Tierreich
Krähenvolk
Von Heinz Sielmann
Die Saatkrähe wurde vom Deutschen Vogelschutzbund zum „Vogel des Jahres 1986" erklärt.
21.00 Monitor
Themen: Nach dem Attentat in Bonn. Terror in Südafrika. 600 Jahre Universität Heidelberg. Dioxan in Shampoos
Moderation: Klaus Bednarz
21.45 Dallas
Nach der Katastrophe
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturweltspiegel
Mit Hansjürgen Rosenbauer
Themen: Giorgos Dalaras, griechischer Volksmusiker. Lázaro Salgado, chilenischer Balladensänger. Imbiß-Ketten in Frankreich
23.45 Was will der Leopard auf dem Kilimandscharo?
Porträt des deutschen Filmproduzenten Bernd Eichinger („Im Namen der Rose")
0.30 Tagesschau
0.35 Nachtgedanken
Stendhal: Über die Eifersucht

11.50 Gott und die Welt
12.25 WISO
12.55 Presseschau
13.00 heute

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
Neue Computerbücher
16.20 Sprich dich aus
„Schüler-Expreß" – Magazin für junge Leute
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm
Rate-Team: Elke Kast, Holde Heuer, Horst Pillau, Carlo von Tiedemann. Regie: Ferry Olsen
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Der Untermieter
Mit Dieter Hallervorden
Nach einer Hypnose tauschen Willi und Katharina ihre Identität.
19.00 heute
19.30 Die Reportage
Terror – Die Fahndung nach den Tätern
Von Manfred Teubner, Bernhard Töpper und Klaus Walther
20.15 Die Wicherts von nebenan
Neue Familienserie
21.45 heute-journal
22.05 Der Marquis von Keith
Schauspiel von Frank Wedekind
Mit Ulrich Pleitgen, Wolf-Dietrich Sprenger, Elisabeth Schwarz, Isabel Karajan
Inszenierung und Bildregie: Thomas Langhoff. Aufzeichnung aus dem Hamburger Thalia-Theater
Hochstapler-Tragikomödie um 1900 im Milieu von Bürgern und Bohémiens in München
0.05 heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221/23 64 33
19.45 Fensterprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Die „Peace People" von Ulster und was aus ihnen wurde.
20.45 Rückblende
Vor 50 Jahren: Entstehung des Farbfilms in Berlin
21.00 Formel Eins
21.45 Besuch aus der Heimat
Auswanderer-Kontakte ins Münsterland
22.15 Monitor im Kreuzfeuer
23.00 Ungarn, geboren 1956
Die Geschichte des Istvan Nagy – vom Aufstand bis heute
23.45 Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Formel Eins
19.15 Vom Sozialplan leben?
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
21.00 Trokadero
Deutsch-österr. Spielfilm (1891)
22.30 Literarisches Café
23.30 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.33 Formel Eins
19.20 Hessenschau
19.55 Drei aktuell
20.00 Ruhestörung
Fernsehspiel von Thomas Leder, Hans-Joachim Noack, Berengar Pfahl
21.30 Drei aktuell
21.45 Bücher-Report
22.30 Als Frau glaube ich eigentlich ...
Über weibliches Sprachverhalten
23.15 Focus on Jazz

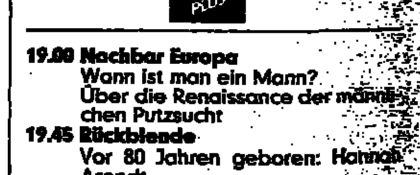
SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater
18.33 Zoos der Welt
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Blick ins Land
19.26 Sandmännchen
19.30 Schauplatz Europa
Italien feiert Goethe
20.15 Reisewege zur Kunst: Italien
21.00 Aktuell/Neues
21.15 Das Auge
Französischer Spielfilm (1982/83)
23.15 Mietrecht
11.: Die Lage ist da
23.45 Nachrichten

BAYERN
18.45 Rundschau
19.00 Wie hammas denn?
Finderlohn für Facharbeiter?
19.55 Z. E. N.
Die Rothenburger Stadtmauer
20.00 Spiegelbilder
20.15 Europäische Kostbarkeiten
Geschichten in Erz
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Frau ohne Gewissen
Amerikanischer Spielfilm (1944)
Mit Barbara Stanwyck, Edward G. Robinson. Regie: Billy Wilder
23.25 Rundschau



15.35 Lassie
16.00 II. World-Cup der Rhythmischen Sportgymnastik
18.00 Verliebt in eine Hexe
Anschließend: Goldies
18.30 APF blick
18.45 Schirm, Charme, Melone
Fahrkarten in die Vergangenheit
19.45 Love Boat
Doc's eifersüchtiger Bruder
Zwei blinde Passagiere
Auch Liebe will gelernt sein
20.40 Airwolf
Kampf der Giganten
21.30 APF blick
Aktuelles, Show und Künste, Sport, Quiz und Wetter
22.15 F. A. Z. etten
Thema des Tages
22.45 Vegas
Ihr Auftritt, Ginny!
23.35 APF blick

19.00 Nachbar Europa
Wann ist man ein Mann?
Über die Renaissance der männlichen Putzsucht
19.45 Rückblende
Vor 80 Jahren geboren: Hannah Arendt
20.00 Tagesschau
20.15 Zwischen den Zügen
Von Noël Coward
Mit A. Fink, P. Pasetti, U. Grabley, K. Jaenicke. Regie: Peter Beauvais
21.25 Der Sieg der Frauen
Japanischer Spielfilm (1946)
22.45 Aus fernen Tagen
Besuch im Hause des Peter Paul Rubens im Jahre 1634
23.30 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Spielregeln
Jugend und Justiz
19.00 heute
19.20 Studio
19.30 Alles aus Liebe
Kellermanns Prozeß
20.30 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2
Anschl.: Nachrichten
22.30 Begegnungen
Graf Dürkheim spricht mit Karl Schnelting
0.00 Nachrichten



18.15 Deutsche Szene / Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Das Tal der Pappeln
Vassilys Verhaftung
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Die freudlose Straße
Italienischer Spielfilm (1954)
Mit G. Lollobrigida, D. Gelin
Regie: Luigi Zampa
22.00 RTL-Spiel
22.05 Nachrichten
22.12 Popeye
22.20 Blick in die Welt
22.30 Wetter/Horoskop/Betthupferl
23.30 Wall Street Final



Mensch und Gesindel

ohn. – Als jüngst Lord Chief Justice Lane, der höchste Richter Englands, einen Erweiterungsbau des Gerichts von Manchester einweihte, machte er einen Ausflug in die Geschichte. Sein Urgroßvater, so erzählte der Jurist, sei in den vierziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts Stellmacher gewesen. Damals hätten wohlmeinende Reformer das Verbrechen auf Armut, Schmutz, entsetzliche Wohnbedingungen und das Fehlen jeder Gesundheitsfürsorge zurückgeführt.

Inzwischen, so Lord Chief Justice Lane, gibt es in Großbritannien den Wohlfahrtsstaat, Schulbildung für alle, staatliche Krankenversorgung, Gesetze zum Schutz der Umwelt – und drei Häftlinge in jeder Zelle, die einst von den gleichen viktorianischen Reformern für die Unterbringung *eines* Gefangenen entworfen worden waren.

Daß es eben *nicht* die Verhältnisse sind, welche an allem und jedem schuld sind, rief Lord Lane denjenigen in Erinnerung, die etwas älter sind: Die dreißiger Jahre waren in Großbritannien eine Zeit, in der Gesetze wie noch nie zuvor beachtet wurden. Und dies, obgleich die Arbeitslosigkeit mit der heutigen vergleichbar war, die Wohnungsverhältnisse oft jeder Beschreibung spotteten, an einen Wohlfahrtsstaat noch nicht zu denken war, wohl aber an Krieg.

Als Grund für die heutige britische Kriminalität nannte der alte Jurist etwas, was jeden Reformer zu wildem Protestgeheul veranlassen muß: Die Normen auf jeder Ebene für alles im Leben seien gesunken, „und wir ernten nun das Ergebnis".

Wie gut, daß das hierzulande anders ist. Sollten die Kriminalstatistiken gar zu hoch werden und alle Erklärungsversuche der Menschenbildner nicht verfangen, kann man ja immer noch Delikte aus der Verfolgung (und der Statistik) herausnehmen. „Der Mensch ist gut", pflegte meine Großmutter zu sagen, „bloß die Leute sind Gesindel". Ihr fehlte das reformerische Bewußtsein.

Glanzvoller Auftakt mit Mißklang: Verdis „Maskenball" zu Beginn der Direktionsära Drese / Abbado an der Wiener Staatsoper

Gustaf III. oder Tod und Leben des Theaterkönigs

Oper war angesagt in Wien, der glanzvolle Auftakt der Direktionsära Claus Helmut Drese. Verdis „Ein Maskenball" sollte die erste Premiere gelten. Nicht dabeizusein bedeutete nicht weniger als das gesellschaftliche Aus. Härter als sonst hatte der Kampf um die knappen Karten getobt. Und eine große Premiere würde „Ein Maskenball" in dieser Besetzung ja fürwahr werden mit Luciano Pavarotti als König Gustaf III. Wasa, Margaret Price als Amelia, Piero Cappuccilli als Graf Ankarström, Ludmila Schemtschuk als Ulrica Arvedson, Magda Nador als Page Oscar. Fünf der leuchtendsten Sterne am heutigen Opernhimmel vereinigt in einer Aufführung: Vielleicht ist nie mehr Gage an einem Opernabend versungen worden!

Am Pult zudem Claudio Abbado, sich damit einführend in sein neues Amt an der Wiener Staatsoper, das des Musikdirektors, eine Position, die es bisher nie gegeben hat in Wien. Wenn denn Dirigenten an der Wiener Oper etwas zu sagen hatten von Gustav Mahler über Richard Strauss, Karl Böhm und Herbert von Karajan bis zu Lorin Maazel, dann waren sie die Direktoren, verantwortlich für das gesamte Geschick des Hauses. Mit Claus Helmut Drese ist ja zum ersten Mal ein Regisseur in die Direktionssuite der Wiener Staatsoper eingezogen, die ganze Epoche des Regietheaters in der Oper so letztendlich gleichsam legitimierend. Abbado also würde an diesem Abend den Marschallstab in die Hand nehmen.

Schließlich ließ auch die Inszenierung Spektakuläres erwarten: Gianfranco de Bosio, einer der großen alten Herren des italienischen Theaters und des Films, dessen „Il terrorista" einst in Venedig ausgezeichnet wurde, der den Renaissance-Dichter Ruzzante, Goldonis Vorbild, wieder auf den italienischen Bühnen einbürgerte, De Bosio drehte das Libretto der Verdi-Oper wieder aufs Original zurück, auf den Königsmord in Stockholm, den auf der Bühne zu zeigen die römische Zensur zu Verdis Zeiten untersagt hatte. Für seine Ausstatter, den Bühnenbildner Emanuele Luzzati und die Kostümbildnerin Santuzza



Luciano Pavarotti als König und Ludmila Schemtschuk als Wahrsagerin in der Wiener Aufführung FOTO: VOTAVA

Cali, hatte er einen Ausstattungsetat durchgesetzt, wie er an der Wiener Oper noch nie genehmigt worden war. Fürwahr, ein Abend der Superlative stand ins Haus.

Rekordverdächtig war aber dann vor allem das Buh-Konzert, das dem Inszenatoren-Team am Schluß von „den billigen Plätzen" entgegenschallte. Und selbst im sonst stets beifallsfreudigen Parkett rührte sich kaum noch eine Hand: Eine Mauer aus Schweigen und Ablehnung. Den Wienern gefiel dieser neue „Maskenball" also ganz und gar nicht, ja, dieses Mißfallen hatte sich den ganzen Premierenabend lang schon wie Meltau über die Stimmung gelegt. Man hatte dabeisein wollen – aber toll finden wollte man den Einstand Dreses wohl partout nicht.

Dabei ist De Bosios Inszenierung gar nicht dumm, gar nicht schlecht und erst recht nicht so altbacken, wie es die Wiener wahrhaben möchten. Zunächst einmal: In Stockholm spielend geht das Stück immer noch besser auf als am Verlegenheitsschauplatz Boston, wo ja nie ein britischer Adliger einen Gouverneur abgegeben hat und der wiederum keinen Kreolen als besten Freund angesehen hätte. Diesen Humbug kann man nur eliminieren, wenn man sich für Stockholm als Schauplatz und den historischen Hintergrund entscheidet.

Die inszenierenden Italiener haben sehr gründlich recherchiert, wie es wohl am Hofe Gustafs ausgesehen hat, und ihr Rokoko stellt sich dar als jene Mischung von Pracht und Dekadenz, die es tatsächlich gewesen ist. Das aber darf in Wien nicht sein: Rokoko muß weiß und silbrig sein, sauber und glänzend, eben wie aus dem „Rosenkavalier". Kräuselperücken mit einem leichten Stich ins Rosa oder Himmelblau, so wie in Formans „Amadeus"-Film, das darf nicht sein, so will man sich seinen Traum vom Rokoko nicht kaputtmachen lassen.

Dabei kann man nur anstaunen, was *Emanuele Luzzati da frei nach* Tiepolo an Deckenfresken und Wanddekorationen hat malen lassen, wie die Girlanden und Rocaillen aus Stuck blühen, wie sich tatsächlich königliche Pracht entfaltet in einer Totalität, die sich wohltuend von den üblichen Bühnenimitaten unterscheidet. Und doch ist das Ganze nicht bloßer Historismus, sondern aus heutigem Blickwinkel angeschielt: ein grelles, schrilles, schräges Rokoko, in dem sich Theater und Leben unentwirrbar miteinander verschränken wie im wirklichen Leben des Schwedenkönigs, der ganze Tage und Nächte hinter den Kulissen seines Opernhauses verbrachte, der in den selbstverfaßten Schauspielen mitwirkte und im vollen Theaterplunder zu höfischen Soupers erschien, der Staatsgeschäfte im Hinterzimmer seiner Loge abwickelte und dort auch sein Privatleben führte.

Zu weit hergeholt und daher auch nicht mehr ganz einsichtig für den Zuschauer mag freilich die Regie-Idee sein, nun gleich auch das Bild bei der Wahrsagerin Mme. Arvedson und das Bild unter dem Galgen in Gustafs imaginärem Opernreich, also auf einer Bühne auf der Bühne, spielen zu lassen, umrahmt von Kulissengerümpel und Samtportieren. Den Wienern war das wohl gar nicht einmal zu kühn – sie haben es einfach nicht begriffen.

Wie gut De Bosio sein Handwerk versteht, das sieht man im letzten Bild, dem „Maskenball", sonst doch stets einer einzigen Verlegenheit, in der sich die Menschenmenge verliert, sobald solo gesungen wird, und zum nächsten Choreinsatz wieder die Bühne stürmt. Hier nichts davon, denn De Bosio hört, endlich Verdi verstehend, das ganze Bild als eine durchgehende Suite von Tanzsätzen, auch Oscars Lied, auch Amelias Warnung. So kann er das Geschiebe des Maskenballs ohne Unterbrechung durchziehen, der Festesrausch treibt dahin, und plötzlich geschieht der Mord, ohne daß man noch sagen könnte, woher der Mörder gekommen ist. Genau so muß es doch sein!

Abbado am Pult zieht die Finali grandios hoch, er läßt bei dem Losentscheid über den Mord die bravourösen Philharmoniker dräuend das Schicksal schildern, er führt das Liebesduett in jenen Taumel der singenden Hingabe (trotz einer hörbar indisponierten Margaret Price), wie ihn nur die Oper und die nur in ihren vollkommenen Augenblicken kennt. Kein Zweifel, daß dies ein großer Abend war. Die Wiener werden sich dereinst nach ihm zurücksehnen.

REINHARD BEUTH

Nächste Aufführungen: 22., 26. (mit Live-Übertragung in den Dritten deutschen TV-Programmen) und 29. Oktober; Karten ausverkauft

JOURNAL

Andrej Wajda kontra Penderecki

JGG. Köln

In einem offenen Brief an den Londoner „The Polish weekly" hat das Regisseurehepaar Wajda dem Komponisten Krzysztof Penderecki energisch widersprochen, daß nur er allein sich gewagt habe, etwas für die „Solidarnośc" zu komponieren, wie er das in einem Interview für diese Zeitung behauptet hatte. In den Jahren 1980/81 brauchte man keinen Mut dazu zu haben, irgend etwas für die „Solidarnośc" zu schreiben, weil sie damals „in" war. „Unserer Meinung nach brauchte man jedoch weitaus mehr dazu, anläßlich des fünfjährigen Jubiläums der Gründung in Danzig aufzutreten, wie das Witold Lutoslawski tat, der ihm auf Bitten von Lech Walesa dort seine dritte Sinfonie präsentierte."

Bundesregierung will Kurzfilme fördern

AP, Bonn

Die Bundesregierung will sowohl den deutschen Kurzfilm als auch die gute Programmgestaltung in den Kinos weiter fördern. Wie das Bundesinnenministerium in Bonn jetzt mitteilte, wird die von Innenminister Friedrich Zimmermann betriebene Förderpolitik ausgebaut. Die erfolgte Auszeichnung von zehn Kurzfilmen mit dem „Deutschen Filmpreis" habe ein positives Echo gefunden. Die Bundesregierung hat Prämien von insgesamt 850 000 Mark vergeben, die für die Herstellung neuer Kurzfilme und für die Modernisierung der Filmtheater zweckgebunden sind. 400 000 Mark davon wurden für zehn Filme als Preise ausgegeben.

Italiens Literatur zu Gast in Köln

dpa, Köln

Insgesamt 19 Autoren werden ab heute während der Italienischen Literaturwochen in Köln bei Diskussionen, Lesungen und auch als Hörspielautoren zu hören sein. Unter den Schriftstellern finden sich so bekannte Namen wie Oriana Fallaci, Luigi Malerba und Alberto Moravia. Die Veranstaltung wird in der Cinemathek von italienischen Literaturverfilmungen ergänzt.

Prähistorische Tierfunde in Frankreich

AFP, Paris

In einer Grotte in dem ostfranzösischen Departement Doubs haben Archäologen die Skelette von drei prähistorischen Rhinozerossen und zwei Mammuts entdeckt. Die Knochenfunde, darunter ein 3,4 Meter langer Stoßzahn eines Mammut, sind gut erhalten. Die seit fast sieben Jahren erforschte Fundstätte liegt in dem Dorf Romain-la-Roche zwischen Montbeliard und Besançon. Bisher wurden dort bereits über 20 000 Zähne und Knochen ausgegraben.

Herrmann inszeniert Verdis „Traviata"

Reg. Brüssel

Karl-Ernst Herrmann, Bühnenbildner und Regisseur, bereitet für den 21. April 1987 seine erste Verdi-Inszenierung „La Traviata" an der Brüsseler Oper vor. Von der Welsh Opera wird Verdis „Falstaff" übernommen, den Peter Stein einstudiert hat. Neu ist die Oper „Das Schloß", *die André Laporte nach* der Vorlage von Franz Kafka komponiert hat. Peter Mussbach inszeniert das dreiaktige Werk im Bühnenbild von Johannes Schütz. Die Uraufführung ist für den 16. Dezember geplant.

Keine Western und Science-fiction-Filme

dpa, Berlin

Die staatliche „DDR"-Filmgesellschaft DEFA will vorerst keine Western und utopischen Filme mehr drehen. Als Grund nannte Chefdramaturg Rudolf Jürschick die „internationale Konkurrenz" sowie die Übernahme solcher Filme auch im „DDR"-Fernsehen. Außerdem wären, um mit der internationalen Konkurrenz Schritt zu halten, Aufwendungen erforderlich, die sich die „DDR" nicht leisten könne. Die DEFA produziert jährlich etwa 17 Kinofilme.

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Ein englisch unterkühltes Gerichtsdrama, in dessen Verlauf der Strafverteidiger Antony Maitland den tatsächlichen Mörder ermittelt und damit für seinen Mandanten den Freispruch erwirkt, bietet „Kommt nun zum Spruch" von Sara Woods (1922–1985). Die Autorin, die drei Dutzend Krimis mit Antony Maitland im Mittelpunkt geschrieben hat, verbindet geschickt Spannung mit Darstellungen der englischen Justiz und des Lebens der Oberschicht. Eine angenehme Unterbrechung in der Flut der Polit- und Agenten-Thriller, doch nicht weniger spannend. ohn

Sara Woods: „Kommt nun zum Spruch", Goldmann, 192 S., 7,80 Mark

Margarete Buber-Neumann wird 85 Jahre alt

Anadyomene, verwegen

Eine „Scheherezade der Lagerwelt" wurde sie von Hans-Dietrich Sander genannt, und in der Tat: Neben Alexander Solschenizyn ist sie die sprachmächtigste und genaueste Zeugin aus jener finsteren Archipel-GULag-Zone, die die Reiche der niederen Dämonen in unserer Zeit grundiert. Dabei hat Margarete Buber-Neumann die Erfahrung des Lagers gleich zweifach gemacht: Sie war Gefangene sowohl bei Hitler als auch bei Stalin, und ihre 1940 von Moskau getätigte „Überstellung" aus einem sowjetischen Lager in das nationalsozialistische KZ Ravensbrück leuchtet unauslöschbar als das grelle Gleichheitszeichen zwischen den beiden Gewaltsystemen.

Aber Margarete Buber-Neumann berichtete in ihren Büchern nicht nur



Widerstand im Archipel GULag den diktatorischen Gewalten des zwanzigsten Jahrhunderts: Margarete Buber-Neumann FOTO: DPA

über die Welt der KZs und Lager. Es gibt die Autobiographie über ihre bürgerliche Jugend während der zwanziger Jahre in Berlin, es gibt den Band über die ersten Jahre der Freiheit nach 1945, es gibt den erschütternden Report über Weggenossen und Kampfgefährten, „Die erloschene Flamme". So hat sich das Werk allmählich zu einem grandiosen Panorama der modernen Möglichkeiten intellektueller Verführung durch Ideologie und Utopie entfaltet, zu einem eindringlichen Menetekel für Deutschlands Jugend, deren hoher Sinn in diesem Jahrhundert immer wieder so grausam mißbraucht und so gründlich in die Irre geleitet wurde.

Margaretes Bücher sind jedoch auch ein Zeugnis für weibliche Verwegenheit und Weltneugier, erzählen sie doch die Geschichte zweier Mädchen aus gutbürgerlichem Potsdamer Hause, Margaretes selbst und ihrer um drei Jahre älteren Schwester Babette, die – wandervogelbewegt und angewidert von der vermeintlichen Saturiertheit der sie umgebenden Bürgerwelt – mit ungeheurem Elan in die geistigen Abenteuer der Zeit eintauchen und sie bis zur Neige auskosten.

Beide heiraten sie in den frühen Zwanzigern junge jüdische Berliner Intellektuelle, Margarete Rafael Buber, Babette einen gewissen Herrn Gross. Beide lassen sich bald wieder scheiden, werden Mitglied der KPD und Lebensgefährtinnen prominenter Kommunisten, Margarete Heinz Neumanns, Babette Willy Münzenbergs. Beider Gefährten werden von den Stalinisten umgebracht. Beide scheitern an ihren politischen Utopien, ohne doch an ihnen zu zerbrechen.

Babette emigriert 1933 nach Frankreich und wird 1940 Mitglied der Résistance; Margarete emigriert nach Rußland, wird dort verhaftet und nach Sibirien verschleppt. 1940, nach Abschluß des Hitler-Stalin-Paktes, liefert man sie zusammen mit anderen emigrierten deutschen Antifaschisten an Hitler aus. Sie kommt ins *Frauen-KZ, wo sie wegen ihrer eisernen* Solidarität und herzerwärmenden Kameradschaftlichkeit und wegen ihres unbezähmbaren Lebensmuts zum „Engel von Ravensbrück" aufsteigt, zur engen Freundin jener ebenfalls legendären Milena Jesenska, der sie später ein herrliches Buch widmen soll.

Nach 1945 werden die beiden Potsdamer Schwestern zu wichtigen Aufklärerinnen in Sachen Kommunismus, die den Verrat der KP an den eigenen Genossen und die Verbrechen der Sowjets ohne Furcht anprangern, und zwar zu einer Zeit, da das buchstäblich mit Lebensgefahr verbunden ist. Margarete wird zur Kronzeugin im Pariser Krawtschenko-Prozeß gegen das Blatt „Les Lettres Françaises", das den Archipel GULag zu leugnen versuchte: Unbeeindruckt vom Wutgeheul der Kommunisten im Zuschauerraum macht sie ihre Aussage, die um die Welt geht und in linken Intellektuellenzirkeln wie Scheidewasser zu wirken beginnt.

Auch in späteren Jahren hat sich Margarete Buber-Neumann nie von irgendwelchen Rollkommandos einschüchtern lassen, hat etwa als Bürgerin von Frankfurt durch Bildung von wirkungsvollen Wählerinitiativen dafür gesorgt, daß die Mißwirtschaft von „Dynamit-Rudi" ein Ende fand, hat als Mitglied des Freien Deutschen Autorenverbandes mitgeholfen zu verhindern, daß die deutschen Schriftsteller in toto ins linksradikale Lager abdrifteten.

Diese Frau hat die Fähigkeit, zu überzeugen und zu faszinieren. Ihre sprühende Erzählerkraft, ihr Charme und ihre bis ins höchste Alter bewahrte Schönheit machen sie zu einem Phänomen, zu einer Venus Anadyomene, die keine Gewalt je unter die Wasserlinie zu drücken vermochte.

GÜNTER ZEHM

L. Seregis „Romeo und Julia"-Ballett in Berlin

Gänsebraten für jeden

László Seregi von der Budapester Staatsoper ist der ausgefuchste Ballettmacher unter den Choreographen. Ihm rutschen ganze Massenszenen des tänzerischen Hochgalopps flugs aus den noch nicht einmal aufgekrempelten Ärmeln. Er versteht es, dem Ballett einzuheizen, daß beinahe schon Saunastimmung aufkommt bei offener Szene.

Ein bißchen Berufs-Ungar der liebenswürdigsten Art ist Seregi überdies. Ja, das Temperament – das liegt ihm so im Blut, daß er mit ihm selbst sperrangelweit offene Türen einzurennen vermag. Lázló Seregi ist ein Choreograph gegen die Ballettlangeweile.

Seine rundum erfolgreiche Einstudierung von Prokofjews „Romeo und Julia" an der Deutschen Oper Berlin ist ein richtiger Happen: Eine Art Tanz-Gänsebraten, der von choreographischer Haute Cuisine nichts weiß. Es gibt Brust und Keule für jedermann, und das Berliner Corps de ballet frißt sich zunächst einmal nach langem Fasten daran gründlich satt. Es tanzt mit Heißhunger, Übermut, Hingabe; es tobt sich geradezu tänzerisch aus. Das allein schon ist eine Lust zu sehen.

Über die Maßen fein oder neu oder künstlerisch ausgepicht geht es dabei gar nicht zu. Aber Seregi kennt sein Handwerk genau und auf die feurigste Art, daß ihm immer wieder zündende Nummern gelingen. Eine tänzerische Clownerie Stefan Zeromskis sprengt beinahe schon durch ihren choreographischen Eigensinn den Fortgang der Handlung. Die rutscht überhaupt im vordergründigen Tumult des Geschehens leicht in den Hintergrund.

Das ist nicht Julias Schuld. Raffaella Renzi tanzt sie mit schöner Emphase. Sie versteht zu bezaubern durch Frische und Anmut der lyrischen Passagen. Sie wird tödlich ernst und wächst zu tragischer Größe empor, wenn es ans Sterben geht. Raffaella Renzi ist der eigentliche Mittelpunkt des Geschehens. Neben ihr wirkt alles andere ziemlich laut.

Nicht freilich der Romeo Lubomir Kafkas. Der junge Herr aus großem Hause, der er zu sein hat, ist er sicherlich nicht: Er ist eher der brave Tanzjunge aus der Veroneser Vorstadt, der sich liebend zur Bel Etage hinaufmüht. „Romeo und Julia" bekommt dadurch fälschlicherweise den Anstrich eines Klassenkampf-Balletts, von dem das Stück überhaupt nichts weiß.

Solcher Kampf klingt aber leider wiederholt auch auf im Orchester, wenn die Holzbläser Capulets anscheinend gegen die Blechbläser Montagues loslegen und Herzog Gyula Jármai am Pult über ihnen die Hände ringt. Einiges musikalische Gemetzel gibt es auch im Orchestergraben.

Die ganze Produktion ist aus Budapest zugewandert. Das tut den Augen nicht eben gut. Die Bühnenbild-Melange Gábor Forrays, die zwischen italienischer Früh-Renaissance und Adolfs Reichskanzlei hin- und herschwankt, Stellwände an Rundpfeiler lehnt, sich vor allem aber immer bombastisch gibt, ist durchaus keine Augenweide. Seregi mit leichtem Hang zu apotheotischem Kitsch grast sie überdies beinahe gierig ab.

Wenn in der Liebesszene der Balkon zum Fahrstuhl wird und Julia in die Arme Romeos herunterruckelt, weiß das überraschte Publikum denn auch zunächst nicht, ob es lachen oder klatschen soll. Großmütig entschließt es sich zu angekichertem Jubel.

David Nixon ertanzt sich als Mercutio den größten Beifall des Abends: Er besitzt so etwas wie zynische Beine. Das ist selten. Als Tybald fletscht der sympathische Charles Scheyd kräftig dagegen an: Ein König der Puffärmel. Die Kostüme Nelly Wágós sind oft eine liebe Last.

Milosz Andrzejczak (Diaghilew zwang zu recht seinen Tänzer, Künstlernamen zu wählen) macht als Paris gute Figur. Katalin Csarnoy ist eine lebhaft beteiligte Gräfin Capulet.

KLAUS GEITEL

Nächste Aufführungen: 21. und 25. Oktober, 1. November. Telefonische Kartenvorbestellung: 030 / 341 4449

KULTURNOTIZEN

„Deutschland und Lateinamerika" lautet das Thema einer Tagung, die die Katholische Universität Eichstätt am 21. und 22. November veranstaltet.

Die zweiten Kinderkinotage von Berlin finden vom 16. bis zum 23. November statt.

Die Schauspielerin Jeanne Moreau ist soeben zur neuen Präsidentin der „César"-Filmakademie in Paris gewählt worden.

Friedrichs d. Gr. Gästehaus im Potsdamer Park von Sanssouci ist in vierjähriger Arbeit originalgetreu restauriert worden. Die voraussichtliche Wiedereröffnung wird im Mai 1987 sein.

Edgar Faure wurde zum neuen Präsidenten des Internationalen Verbandes der Gesellschaften der Autoren und Komponisten (CISAC) berufen.

Die Italienischen Filmfestspiele, die vom 2. bis zum 7. Dezember zum achten Mal in Nizza hätten stattfinden sollen, wurden abgesagt.

Für Neuanschaffungen von Büchern wird das Land Niedersachsen den Hochschul- und Landesbibliotheken 1987 rund 32 Mio. Mark zur Verfügung stellen.

Hamburg: Gosch inszeniert Strindbergs „Totentanz"

Stiller Schlagabtausch

Kein Fenster, keine Tür, nicht der kleinste Fetzen Himmel ist zu sehen, nicht der geringste Schimmer Meer, kein Baum, kein Strauch, geschweige denn andere menschliche Behausungen. Die einzige Verbindung zur Außenwelt: ein dumpf tikkernder Telegraph, der Banales wie Schicksalhaftes gleichermaßen unheildrohend von sich gibt, einer Zeitbombe ähnlicher als einem harmlosen Kommunikationsapparat in dieser mit pechschwarzen Wänden abgeschotteten Heimstatt des Ehepaars Edgar (Traugott Buhre) und Alice (Elisabeth Schwarz). Heimstatt? Eher eine Walstatt, eine Gruft, in der man lebendig begraben ist. „Ja, daß dies das Leben selbst sein sollte, das habe ich eigentlich nie geglaubt. Es ist der Tod."

Auf diesen Todes-Punkt hin, der das Weiterleben-Müssen als Infamie in sich trägt, hat Jürgen Gosch am Thalia-Theater jetzt Strindbergs „Totentanz" inszeniert, dieses wohl brillanteste und hellsichtigste Drama des großen Ahnen aller späteren Stückeschreiber von Albee bis Dürrenmatt. Nach der Kleistschen „Penthesilea" ist dies Goschs zweite große Regie-Arbeit für Hamburg. Und wie bei Kleist ist er auch hier wieder mit einem Rigorismus zu Werke gegangen, mit einer interpretatorischen Stringenz, der man Bewunderung nicht versagen kann. Gosch als Seelen-Vivisekteur – das ist ein eindringliches Abenteuer, wie kräftezehrend sich dieser Geschlechterkampf in dem nur mit Stuhl, Sofa, Klavier und einer Sitz-Kanone möblierten Kerker auch mitunter dehnt.

Denn anders als es uns vor ein paar Jahren in der Rudolph-Ära Ulrich Wildgruber und Hildegard Schmahl am Schauspielhaus vorexerzierten, läßt Gosch diesen heimtückischen Schlagabtausch nie in wüstem Staccato spielen. Er treibt die Protagonisten nicht brüllend, greinend und tobend über die Bühne. Bei Gosch geht's unheimlich still, zum Teil gespenstisch unbeweglich zu. Ja, seine Protagonisten scheinen oft wie von einer Starre befallen, die gleichwohl immer wie ein nur mit letzter Kraft erzwungenes Zusammenreißen wirkt, das alle mörderischen Gefühle unter dem Deckel hält, damit es nicht ständig zur Explosion kommt.

Das suggeriert eine Trostlosigkeit, ein Nieder-Geschlagen-Sein, das die wenigen, dann umso heftigeren Ausbrüche des Hauptmanns, seiner Frau und auch des Mittelsmannes Kurt erst wirklich beklemmend macht. Am Thalia wissen Edgar und Alice: Aus dieser Ehe-Hölle kommt man trotz aller böse eingefädelten Intrigen nicht mehr heraus. So ist es denn auch nur konsequent, daß Gosch das Vernichtungsspiel auf eine Drehscheibe, ein Teufelsrad, gesezt hat und den „Totentanz" rigoros mit dem ersten Teil, mit dem resignativen Appell „Weitermachen", enden läßt, ohne Strindbergs faden zweiten Tragödien-Teil anzupappen.

„Das Ende ist im Anfang, und doch macht man weiter" – so heißt es auch bei Beckett. Und von Becketts Endspiel-Atmosphäre hat diese Strindberg-Inszenierung viel in sich: das ausgeklügelte Wiederholungsritual ebenso wie das Zeitlupenhafte, das die Dialoge mit schweren Pausen zäsuriert. Solch bewußtes Auseinanderziehen des Geschehens zerrt freilich manchmal arg an den Nerven, ohne daß es auch den Schrecken vergrößerte. Auch die Finsternis, in die Gosch und sein Bühnenbildner Gero Troike das ins Vampirische gleitende Intrigenspiel nach der Pause tauchen, verschärft die Tragik weniger, als daß es unfreiwillige Komik evozierte.

Wie man die Komik, die Groteske wie unabsichtlich aus den giftigen Vernichtungs-Sentenzen herauströpfeln läßt, ohne daß sie ihres tragischen Grundtones verlustig gingen, das zeigte Traugott Buhre mit wunderbarer Meisterschaft. Er war der mit tückischer Trockenheit brillierende starke Kraftpol dieses virtuos abgebremsten Höllentanzes. Ein Ekel-Paket, doch Mitleid erregend. Aber auch Elisabeth Schwarz als Alice war vorzüglich in ihrem kalten, verzweifelt ausgestanzten Haß. Und als Kurt machte Horst Mendroch glänzend gequälte Figur. Ihnen galt denn auch der stärkste Beifall.

KLÄRE WARNECKE

Nächste Aufführung: 29. Oktober. Karteninformationen: 040 / 248 713



Kräftezehrender Geschlechterkampf im pechschwarzen Raum: Traugott Buhre als Edgar in der Hamburger Aufführung FOTO: ELISABETH HENRICHS

JVA Stadelheim: Scheitert die Bewachung an „Weitläufigkeit"?

HORST DALCHOW, München

Fünf der sechs Ausbrecher, die in der Nacht zum Sonntag aus der Justizvollzugsanstalt München-Stadelheim entkommen sind, sitzen wieder hinter Schloß und Riegel. Sie wurden von der Polizei in einer Wohnung in Freising überrascht und festgenommen. Der des Rauschgifthandels verdächtige Jugoslawe Isny Mahmudi ist entkommen und hat sich vermutlich in sein Heimatland abgesetzt.

Zum schnellen Erfolg der Fahnder trug wesentlich der Hinweis eines Freisinger Bürgers bei. Ihm war aufgefallen, daß mehrere Männer in das Haus seines Nachbarn kamen, der in Stadelheim inhaftiert gewesen war. Daraufhin drangen am Sonntag abend gegen 23 Uhr 15 Beamte in die Wohnung ein und nahmen die Ausbrecher fest: den 19jährigen Dieter Wildhagen, den 34jährigen Otto Hinterlechner, den 58jährigen staatenlosen Boguslaw Rozwadowski und den 28jährigen Peter Eichner. Die vier Untersuchungshäftlinge stehen unter Mordverdacht. Der 25jährige Franz Josef Wittmann verbüßt eine Haftstrafe wegen Einbruchs und Hehlerei.

Justizbeamter der Beihilfe zur Flucht verdächtig

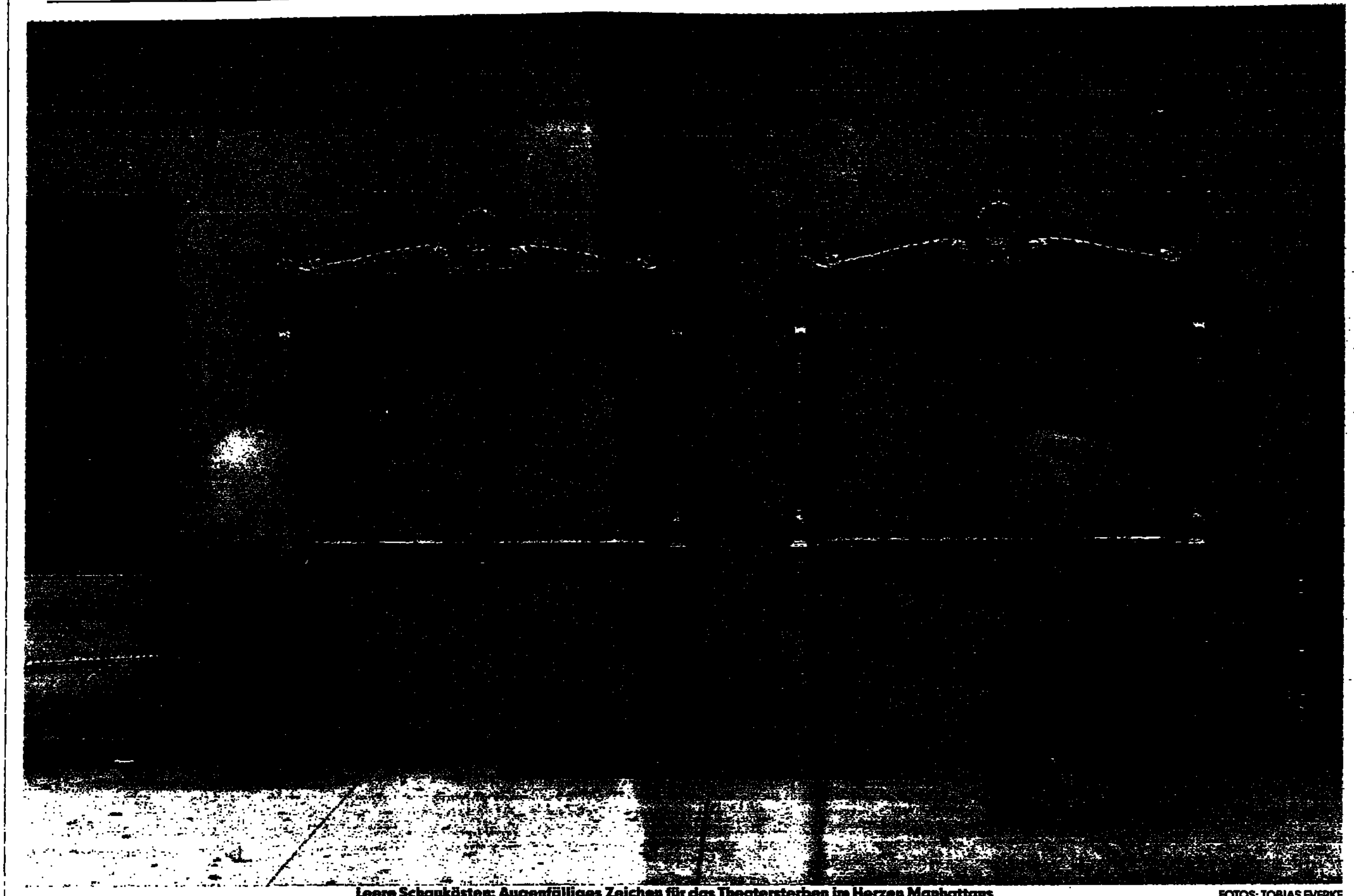
Außerdem wurde ein Justizvollzugsbeamter aus Stadelheim festgenommen. Es bestehe der Verdacht, so Oberstaatsanwalt Dieter Emrich, daß der Beamte bei den Vorbereitungen zur Flucht behilflich war. Der Bedienstete, dessen Wohnung, Fahrzeug und „Umfeld" bisher ohne Ergebnisse überprüft wurden, bestreite mit Nachdruck eine Beteiligung an der Flucht. Bayerns Justizstaatssekretär Wilhelm Vorndran erklärte: „Es besteht weiß Gott ein Verdacht in dieser Richtung, daß ein Bediensteter den Gefangenen geholfen hat."

Geklärt ist inzwischen der Fluchtweg aus der größten Vollzugsanstalt der Bundesrepublik: Die sechs Häftlinge hatten offenbar genaue Kenntnis über die Lage der Versorgungsschächte, durch die sie schließlich auf eine Straße unmittelbar neben dem Hauptausgang der Anstalt gelangten. Ein Eisengitter, mit dem ein 48,5 Zentimeter hoher und 22,5 Zentimeter breiter Mauerdurchlaß verschlossen war, konnten sie mit Werkzeugen herausbrechen, die sie kurz zuvor bei einem Einbruch in eine Gefängniswerkstatt entwendet hatten.

Wie die sechs Häftlinge die Türen ihrer Einzelzellen und auch die Gittertür des Trakts in der vierten Etage ohne Gewaltanwendung überwinden konnten, läßt nur einen Schluß zu: Sie müssen über zwei gut gearbeitete Nachschlüssel verfügt haben, falls ihnen nicht jemand mit den Originalschlüsseln die Türen geöffnet hat. Für die letztere Annahme spricht die Tatsache, daß alle sechs Zellentüren zwar mit einem Schlüssel, jedoch nur von außen geöffnet werden können. Die Justizverwaltung und die Kriminalpolizei schließen aber nicht aus, daß an den Schlössern „manipuliert" worden sein könnte.

Die Tatsache, daß die Flucht von den Wachbeamten nicht bemerkt wurde, erklärt die Direktion der Anstalt mit deren „Weitläufigkeit". Allein die Flure, für die 1600 Häftlinge seien zusammengerechnet rund zehn Kilometer lang. Ein Blick in die Zellen zur Nachtzeit sei wegen der darin herrschenden Dunkelheit nicht möglich. Zudem hatten die Ausbrecher für ihren insgesamt rund 500 Meter langen Fluchtweg allenfalls zehn Minuten gebraucht.

Die Wiege weltberühmter Musicals bietet ein trauriges Bild / Rund um den Time Square herrscht der Nepp



Leere Schaukästen: Augenfälliges Zeichen für das Theatersterben im Herzen Manhattans FOTOS: TOBIAS EVERKE

Vom Antlitz des Broadway blättert die Schminke

Chaos, fünftausend Quadratmeter Chaos, getränkt in grell-buntes Neonlicht, verlogen, verdreckt, verkommen und dennoch ungebrochener Anziehungspunkt für Hunderttausende, in der Mehrheit Touristen, die sich dort nicht selten von dunklen Gestalten ausnehmen lassen wie fette Weihnachtsgänse. Das ist der Time Square, einst New Yorks erste Adresse und der Welt glitzernder Showbusiness-Nabel.

Der Time Square hat die besten seiner Tage hinter sich hat. Er ist zum beliebten Treffpunkt von jugendlichen Diebesbanden, Pennern und Nutten heruntergekommen, die die vergnügungssüchtige Schickeria vertrieben und damit auch das swingende Theaterleben am Broadway, der am Time Square die 7. Avenue kreuzt. Wo früher die Bühnen-Größen der Nation vor einem zahlungskräftigen Publikum auftraten, lokken heute nur noch billige Pornokinos, Sexläden, Imbißstuben und Souvenirgeschäfte die weniger wohlhabende Kundschaft.

Pomp, Glamour und rauschende Tanzvergnügen, wie man den Broadway aus unzähligen Filmen her kennt, gehören der Vergangenheit an. Seit auch an den Musical-Bühnen der Taktstock gegen den Rotstift antreten muß, und das trotz horrender Eintrittspreise von 40 Dollar aufwärts, ist vom einstigen Glitzerruhm im Schein der leuchtenden Neonwerbung nur noch die Musik übriggeblieben. Doch auch sie pfeift aus dem letzten Loch. Aufwendige Premieren, zu denen die Upper-class im polierten Straßenkreuzer vorzufahren pflegte, sind Mangelware, da inzwischen unbezahlbar. Den Hunger des Publikums stillen die Produzenten deshalb fast nur noch mit aufgewärmten Oldies.

„A Chorus Line" zum Beispiel, ein Musical über das harte Leben der Broadway-Tänzer, ging jetzt bereits in die zehnte Saison. Kaum jünger sind auch die beiden anderen Dauerbrenner „42nd Street" und „La Cage aux Folles", vom Uralt-Stück „Oh Calcutta" ganz zu schweigen, das größtenteils nur noch von japanischen Touristenscharen lebt, weil die nirgendwo anders nackte Busen so billig bestaunen können.

„Cats" läuft von allen zehn Broadway-Musicals noch am besten. „Me And My Girl" sowie „Song and Dance" mit Bernadette Peters in der Hauptrolle füllen die Häuser ebenfalls noch einigermaßen. Der musikalische Rest ist Schrott und bald ebenso dem Ende nahe wie in den vergangenen Jahren so manch andere Millionen-Produktion. Jüngstes Opfer war im August das Musical „Rags", das nur viermal aufgeführt und dann wegen fehlender Zuschauer sofort wieder abgesetzt wurde. Es ist damit die teuerste Pleite in der Geschichte des Broadway: Fünf Millionen Dollar wurden für „Rags" in den Sand gesetzt.

Ehe Konkursrichter die Theater schließen, lassen die Broadway-Bosse ihre Häuser lieber freiwillig zu. Zur neuen Saison haben jetzt nur noch 20 Häuser ihre schweren Eisentüren geöffnet. 1985 waren es noch 28, im Jahre davor sogar 35. Zur Erinnerung: Im Broadway-Herbst 1970 gab es in 52 Häusern etwas zu sehen.

Angesichts der ernsten Lage haben jetzt – ganz unamerikanisch – die Theaterbesitzer zum erstenmal Vater Staat um Hilfe gebeten. Direkte Subventionen und Steuernachlässe stehen auf ihrer Wunschliste, die allerdings kaum erfüllt werden dürfte. Statt dessen verweist die Stadt immer wieder auf ihre ehrgeizigen Pläne, das Broadway-Herz Time Square wieder aufzuputzen.

Bereits bis Anfang der 90er Jahre wollen die Retter des traditionsreichen Karrees das heruntergekommene Vergnügungsviertel mit mehr als zwei Milliarden Dollar aufgemöbelt haben: Neun renovierte Kulturpaläste, ein Luxushotel mit 550 Zimmern (bereits fertig) und vier gigantische Bürotürme sowie eine neue Messehalle und zwei renovierte U-Bahn-Stationen sollen nach der Flurbereinigung so attraktiv sein, daß finanzkräftige Käufer und Mieter die Bumbs, Bag-Ladies und bösen Buben vertrieben haben werden.

Der Sanierungsplan hat den Segen der Regierung und das Geld der Privatwirtschaft, die mit üppigen Steuergeschenken für den abgewirtschafteten Time Square gelockt wurde. Trotzdem geht es nicht zügig voran, da Bürgerproteste das Sanierungsprojekt verzögern. Das Zentrum Manhattans, immerhin der Schlüssel für ein Comeback des Broadway, hat trotz eklatanter Mängel immer noch einen Stammplatz in den Herzen der New Yorker. „Was bleibt uns eigentlich noch?" fragte die „New York Times" ihre Leser besorgt. Antworten bekam das Blatt nicht.

FRIEDRICH NEWEL

Triumphe, wie die Neon-Anzeige über dem Theatereingang verheißt, und glänzende Premieren sind selten geworden am Broadway. Aus Angst vor Flops und Millionenverlusten lassen die Produzenten lieber Dauerbrenner auf dem Spielplan, „A Chorus Line" etwa, „Oh Calcutta" oder „42nd Street"

Kleine Jungen fallen häufiger auf die Nase

dpa, Dortmund

In Kindergärten ereignen sich pro Jahr etwa 50 000 Unfälle, von denen Jungen fast doppelt so häufig betroffen sind wie Mädchen. Die Kleinen fallen im wahrsten Sinne des Wortes meist auf die Nase; nach einer gestern von der Bundesanstalt für Arbeitsschutz in Dortmund veröffentlichten Untersuchung sind Stürze die häufigste Unfallart in Kindergärten. In etwa 70 Prozent der Fälle sind Kopfverletzungen die Folge, allerdings kommt die Hälfte der verunglückten Kinder mit Schürf- und Platzwunden davon. Als besonders unfallträchtig gelten Türen, Treppen, Fenster, aber auch Mobiliar und Spielgeräte.

Kommissar festgenommen

dpa, Koblenz

Ein 33jähriger Kommissar des Bundeskriminalamtes ist am Sonntag festgenommen worden, nachdem er eine Tankstelle in der Nähe von Koblenz überfallen hatte. Nach Angaben der Koblenzer Staatsanwaltschaft gab der Täter als Motiv hohe Spielschulden an. Außerdem gestand er zwei weitere Tankstellenraube.

Vierlinge geboren

dpa, München

Im Klinikum Großhadern der Universität München sind nach Angaben der Universitäts-Pressestelle am Sonntag Vierlinge geboren worden. Die Kinder, zwei Buben und zwei Mädchen, wurden durch Kaiserschnitt zur Welt gebracht. Nach Auskunft der Ärzte verlief die Geburt ohne Komplikationen, der Zustand der Mutter sei zufriedenstellend. Wegen Atemstörungen bleiben die Babies zunächst in der Klinik.

Drogenschmuggler gefaßt

dpa, Amsterdam

Die Amsterdamer Polizei hat einen internationalen Drogenschmuggler-Ring ausgehoben. Dabei wurden 28 Personen festgenommen und zehn Kilogramm Heroin beschlagnahmt. Der Bande sollen Niederländer, Türken, Italiener, Jugoslawen und Portugiesen angehören.

Wintereinzug in den Alpen

AP, München

In Teilen der Alpen ist gestern der Winter eingezogen. Die Zugspitze meldete fünf Zentimeter Neuschnee. Die Großglockner-Hochalpenstraße in Österreich ist nur noch mit Winterausrüstung befahrbar.

Brand in Uni-Klinik

AP, Ulm

Bei einem Laborbrand in der Universitätsklinik Ulm ist gestern morgen ein Sachschaden in Höhe von mehreren Millionen Mark entstanden. Vier Feuerwehrleute und eine Laborantin wurden verletzt, 60 Patienten mußten vorübergehend aus einem angrenzenden Krankenhaustrakt evakuiert werden. Nach Polizeiangaben gibt es keinerlei Hinweise auf einen Terroranschlag.

140 000 Besucher

AP, Berlin

Rund 140 000 Personen haben nach Angaben der Veranstalter die am Sonntag zu Ende gegangene Berliner Autoschau „AAA '86" besucht. Auch die Aussteller seien sehr zufrieden gewesen. Zahlreiche neue Modelle wurden hier erstmals vorgestellt.

2,18 Promille

dpa, Dortmund

Wegen Unfallflucht und fahrlässiger Verkehrsgefährdung hat das Amtsgericht Dortmund gestern einen 61jähriger Dortmunder Gerichtspräsidenten zu einer Geldstrafe von 7200 Mark verurteilt. Der Jurist hatte mit 2,18 Promille im Blut einen anderen Wagen gerammt und seine Fahrt danach fortgesetzt.

WETTER: Unbeständig

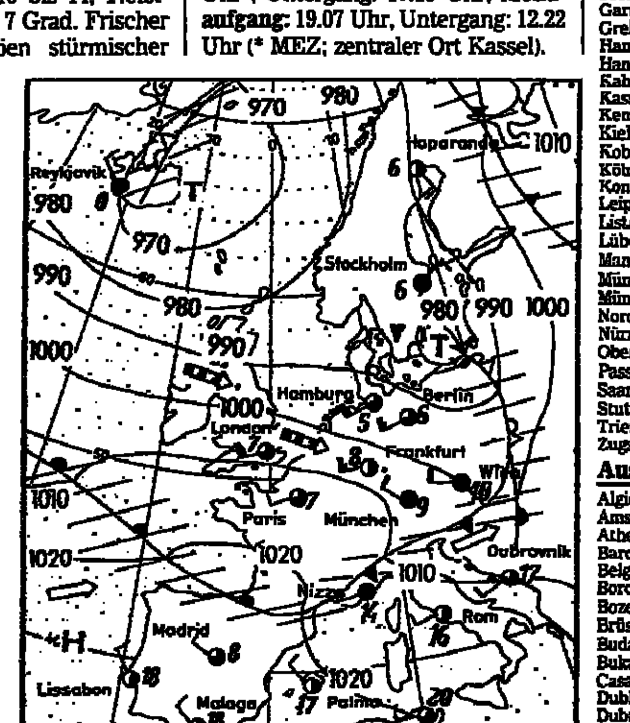
Lage: In einer westlichen Strömung ziehen atlantische Tiefausläufer über Mitteleuropa hinweg nach Osten. Sie führen milde Meeresluft heran.

Vorhersage für Dienstag: Überwiegend starke Bewölkung und einzelne Schauer. Nur im Südwesten geringe Niederschlagsneigung. Höchste Temperaturen 10 bis 14, Tiefstwerte nachts 12 bis 7 Grad. Frischer bis starker in Böen stürmischer Wind aus West bis Südwest, einzelne Sturmböen.

Weitere Aussichten: Weiterhin unbeständig mit zum Teil schauerartigen Regenfällen, bei zunächst noch wenig geänderten Temperaturen. Weiterhin windig.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.57 Uhr*, Untergang: 17.15 Uhr; **Mondaufgang:** 19.07 Uhr, Untergang: 12.22 Uhr (* MEZ; zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 21. Okt., 8 Uhr



Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 13 Uhr (MEZ):

Deutschland:		
Berlin	12	bw
Bielefeld	8	R
Braunlage	5	R
Bremen	8	R
Dortmund	8	R
Dresden	12	bw
Düsseldorf	10	R
Erfurt	9	bd
Essen	9	R
Feldberg/S.	5	R
Flensburg	8	bd
Frankfurt/M.	10	R
Freiburg	14	bd
Garmisch	11	R
Greifswald	11	bw
Hamburg	9	bw
Hannover	9	R
Kahler Asten	4	R
Kassel	8	R
Kempten	10	R
Kiel	9	bw
Koblenz	10	R
Köln-Bonn	11	R
Konstanz	10	R
Leipzig	11	bd
List/Sylt	7	Rs
Lübeck	10	bw
Mannheim	10	R
München	9	R
Münster	8	R
Norderney	8	R
Nürnberg	9	R
Oberstdorf	9	R
Passau	12	bd
Saarbrücken	11	R
Stuttgart	11	R
Trier	10	R
Zugspitze	-3	S
Ausland:		
Algier	26	bw
Amsterdam	12	R
Athen	19	bw
Barcelona	21	be
Belgrad	14	R
Bordeaux	16	R
Bozen	15	bw
Brüssel	14	R
Budapest	13	bw
Bukarest	15	be
Casablanca	24	wl
Dublin	9	bw
Dubrovnik	21	bw
Edinburgh	6	bw
Faro	23	be
Florenz	21	bw
Genf	13	bw
Helsinki	7	bd
Hongkong	28	he
Innsbruck	10	R
Istanbul	19	he
Kairo	27	be
Klagenfurt	13	he
Konstanza	18	be
Kopenhagen	9	he
Korfu	21	bw
Las Palmas	24	bw
Leningrad	9	he
Lissabon	18	bw
Locarno	17	bw
London	13	bw
Los Angeles	17	wl
Luxemburg	12	R
Madrid	17	he
Mailand	12	bw
Malaga	23	be
Mallorca	24	be
Moskau	8	he
Neapel	22	be
New York	10	wl
Nizza	22	be
Oslo	8	be
Ostende	16	bw
Palermo	24	be
Paris	15	R
Peking	13	bw
Prag	10	bw
Rhodos	22	be
Rom	23	be
Salzburg	13	bw
Singapur	31	bw
Split	21	be
Stockholm	9	bw
Straßburg	11	R
Tel Aviv	27	he
Tokio	17	bw
Tunis	24	he
Valencia	23	he
Varna	21	he
Venedig	17	he
Warschau	9	he
Wien	15	bw
Zürich	12	bw

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; - = keine Angabe

Rätselhafter Doppelmord in Backwaren-Firma

hrk. Berlin

„Ich kann mich an einen derartigen Fall in meiner Praxis nicht erinnern", sagt Kriminalhauptkommissar Hans Pohske: Der 52jährige Albert Werner Wilhelm, Chef der Backgerätefirma „Backo", und sein 51jähriger Angestellter Heinz Szepan wurden am Sonntag nachmittag erschossen in ihren Büros aufgefunden – die Kugeln stammen aus demselben Revolver.

Die beiden Opfer lagen, von Kugeln durchsiebt, in verschiedenen Etagen des Gebäudes, das sich auf dem Hof der früher bekannten Brotfabrik „Wittler" befindet. Berlins 6. Mordkommission forscht nach Motiven für die mysteriöse Bluttat: „Bisher sind wir dabei, das Umfeld der beiden Opfer auszuleuchten, um Personen herauszukristallisieren, die vielleicht etwas mit der Tat zu tun haben könnten", erläutert Chefermittler Pohske.

Spekulationen über einen Racheakt seien „aus den Fingern gesogen". Dennoch spricht einiges für diese Vermutung: „Bei solchen kleinen Firmen, um die es sich hier handelt, ist es doch meistens so, daß sie auf Kosten anderer Konkurrenten gegründet oder betrieben werden", so der Hauptkommissar. Auch für den Mord an dem Angestellten hat Pohske eine mögliche Erklärung: „Manchmal kommt man eben an den einen nur über den anderen heran."

Ein Dorfpastor dankt als „Disco-King" ab

dl. Hannover

Die Wahl des „Disco-King", des besten Disco-Tänzers der Bundesrepublik Deutschland, findet im kommenden März ohne einen der Favoriten statt: Helmut Schöfer, 43jähriger Gemeindepastor im niedersächsischen Burgdorf-Ehlershausen und diesjähriger Göttinger „Disco-King", gab in Hannover seinen Verzicht bekannt. Er tanzte sich in der Nacht zum 1. Oktober auf Ibiza zwar unter die besten zehn, will aber einem der gescheiterten Mitbewerber eine Chance geben: „Einige haben hinterher geweint. Für die ist es wichtiger, dabeizusein als für mich", sagte der Vater von drei Töchtern.

Seit seiner Jugend schwärmt Schöfer für Fred Astaire und Tanzfilme. Während einer theologischen Fortbildung in Göttingen Anfang dieses Jahres nutzte der Pastor deshalb seine Freizeit für Besuche in der Disco „Bierdorf". Dort wurde er Zweiter bei einer „Disco-King"-Vorwahl und landete bei der Jahresentscheidung im September auf Platz eins.

Trotz aller Tanzbegeisterung hat der Pfarrer seinen geistlichen Auftrag auch im Saturday-Night-Fever nicht vergessen: So hielt er in Ibiza für die Tänzer einen Gottesdienst am Swimming-pool ab. Die meisten der mehr als hundert Jugendlichen hatten seit ihrer Konfirmation keine Kirche mehr von innen gesehen.

Pforzheim – die Großstadt mit dem meisten Grün

dpa, Köln

Mit einem Anteil von 77 Prozent Grünfläche ist Pforzheim die grünste Großstadt der Bundesrepublik Deutschland. Dies geht aus einer gestern veröffentlichten Statistik des Deutschen Städtetages in Köln hervor. Außerdem verfügt Pforzheim ebenso wie Siegen im Vergleich zu anderen Großstädten der Bundesrepublik über das größte Waldgebiet (51 Prozent der Gesamtfläche). Reich an Grün sind auch Wolfsburg (76 Prozent), Freiburg/Breisgau (74 Prozent) und Münster (73 Prozent). Rund 55 Prozent der Gebietsfläche deutscher Großstädte bestehen auch heute noch aus Grünzonen.

Auf Waldgebiete entfallen dabei im Durchschnitt 16 Prozent der großstädtischen Gesamtfläche, in Saarbrücken und Darmstadt sogar jeweils 45 Prozent. Einen besonders hohen Anteil landwirtschaftlich genutzter Flächen haben Hamm (61 Prozent), Münster (56 Prozent), Salzgitter und Paderborn (je 54 Prozent).

München und Herne sind dagegen die am dichtesten bebauten Großstädte. Dort entfallen 46 Prozent des Gebietes auf Gebäude und die zugehörigen Freiflächen. Dicht bebaut sind auch West-Berlin und Gelsenkirchen (je 42 Prozent des Gebietes), Essen und Oberhausen (je 39 Prozent) sowie Bochum (38 Prozent).

Anzeige

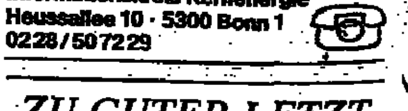
KERNENERGIE NACHRICHTEN

Wulf-Mathies: Arbeitsplätze mehr berücksichtigen

Auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg zeigten sich zahlreiche Redner besorgt über die Wirkungen eines Ausstiegs aus der Kernenergie auf die Arbeitsplätze. Die Vorsitzende der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV), Monika Wulf-Mathies, warnte die SPD vor nachteiligen beschäftigungspolitischen Konsequenzen. Es reiche nicht aus, so die ÖTV-Vorsitzende, die für die Kernenergie arbeitenden Menschen ganz unverbindlich auf beschäftigungspolitische Alternativen zu verweisen. Wer den betroffenen Arbeitnehmergruppen erkläre, ihre Arbeitsplätze könnten aus gesellschafts-politischen Gründen nicht gehalten werden, müsse konkrete Alternativen aufzeigen. Globale Beschäftigungsrechnungen seien nicht ausreichend.

Fragen? Rufen Sie uns an.

Informationskreis Kernenergie
Heussallee 10 · 5300 Bonn 1
0228/507229



ZU GUTER LETZT

„Tierschützer sind gegen eine Sau mit neuen Erbanlagen." (dpa-Meldung über Kritik am „Projekt Schwein" der Münchner Universität)